

Landratsamt Calw

Verwaltungsbericht 2009



Vorwort

Der Verwaltungsbericht ist ein fester Bestandteil unserer Öffentlichkeitsarbeit. Er dient vorrangig der Information unseres Kreistags, stellt aber auch eine interne Bilanz unserer Arbeit dar. Er berichtet über Entwicklungen, Leistungen und Erreichtes im vergangenen Jahr.

2009 – das Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise. Das Wegbrechen von Steuereinnahmen macht auch vor dem Landkreis Calw nicht halt. Sparsames Wirtschaften und klare politische Prioritäten für Zukunftsprojekte sind mehr denn je erforderlich.

2009 war aber auch das Jahr der Wahlen. Europa- und Bundestagswahlen fanden statt; aber auch Bürgermeister, Ortschaftsräte, der Kreistag und der Landrat des Landkreises Calw wurden neu gewählt.

Als neuer Landrat wünsche ich mir für die zukünftige Arbeit motivierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mich in meiner Arbeit unterstützen. Der Verwaltungsbericht 2009 zeigt, dass Leistungen auf hohem Niveau erbracht wurden. Gemeinsam wird es gelingen, die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu meistern.

In 2010 wird ein Schwerpunkt auf die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gelegt. Von zentraler Bedeutung ist für uns die S-Bahn-Verbindung Calw-Stuttgart. Die S-Bahn ist für die Region ein wichtiger Standortfaktor. Hier muss der Kreis von „Stuttgart 21“ oder besser gesagt, von „Baden-Württemberg 21“ etwas abbekommen.

Auch die Wirtschaftsförderung wollen wir als Landkreis aktiv betreiben und die touristische Entwicklung mit Sachverstand und neuen Ideen voran bringen. Wir stehen im Wettbewerb zu anderen Landkreisen. Der Wirtschaftsstandort Landkreis Calw soll weiter gestärkt werden; insbesondere möchte ich den Mittelstand unterstützen.

Auch der Dienstleistungsgedanke wird im Landratsamt bereits gelebt. Es ist unsere Aufgabe, die Kundenorientierung gegenüber unseren Bürgern, den Unternehmen und den Gemeinden im Landkreis konsequent weiter zu entwickeln.

Ich freue mich auf ein gutes Miteinander mit Ihnen hier im Landkreis und wünsche allen Leserinnen und Lesern unseres Verwaltungsberichtes 2009 eine informative und hilfreiche Lektüre.

Calw, im März 2010



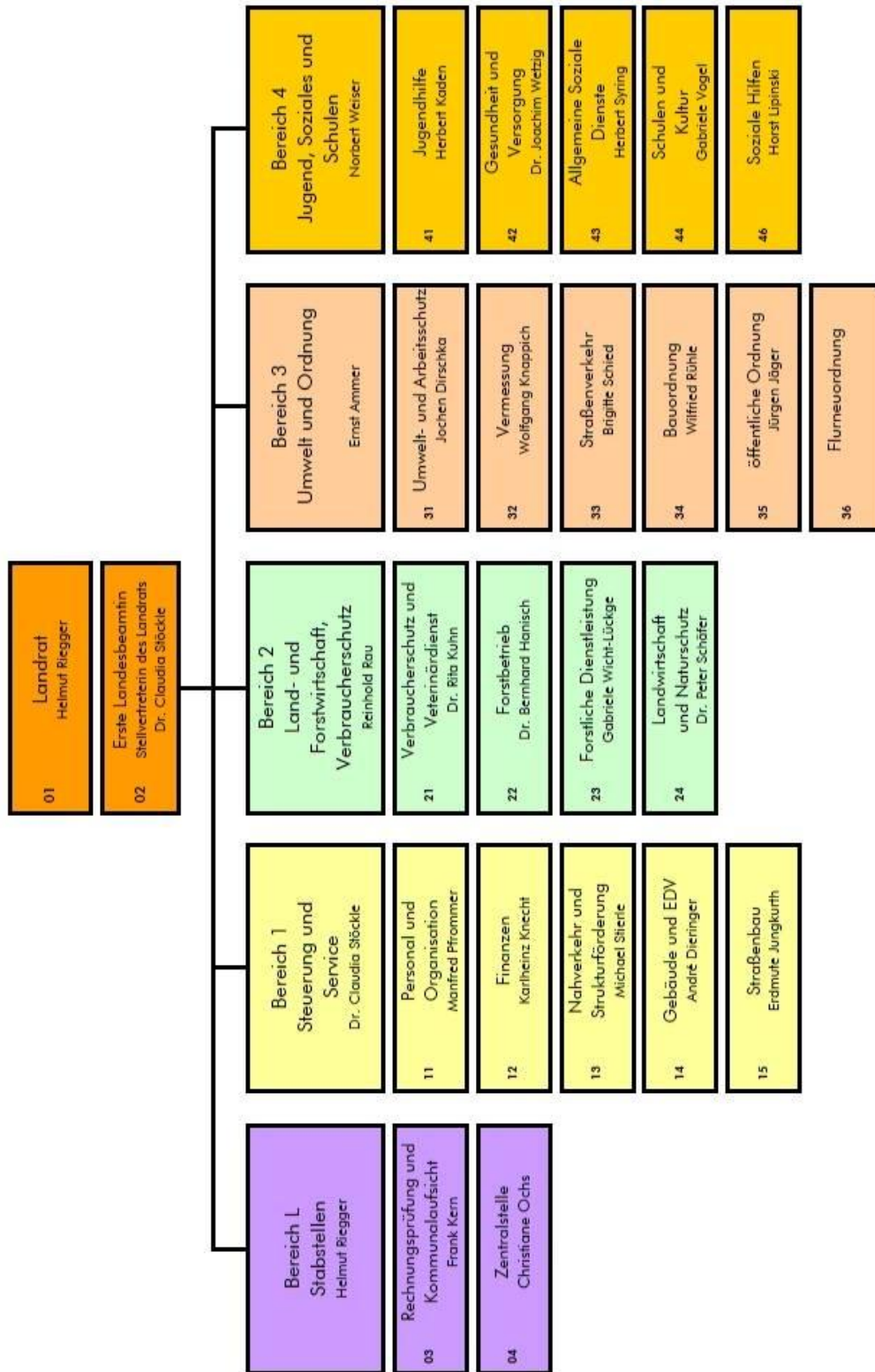
Helmut Riegger
Landrat

Inhaltsverzeichnis

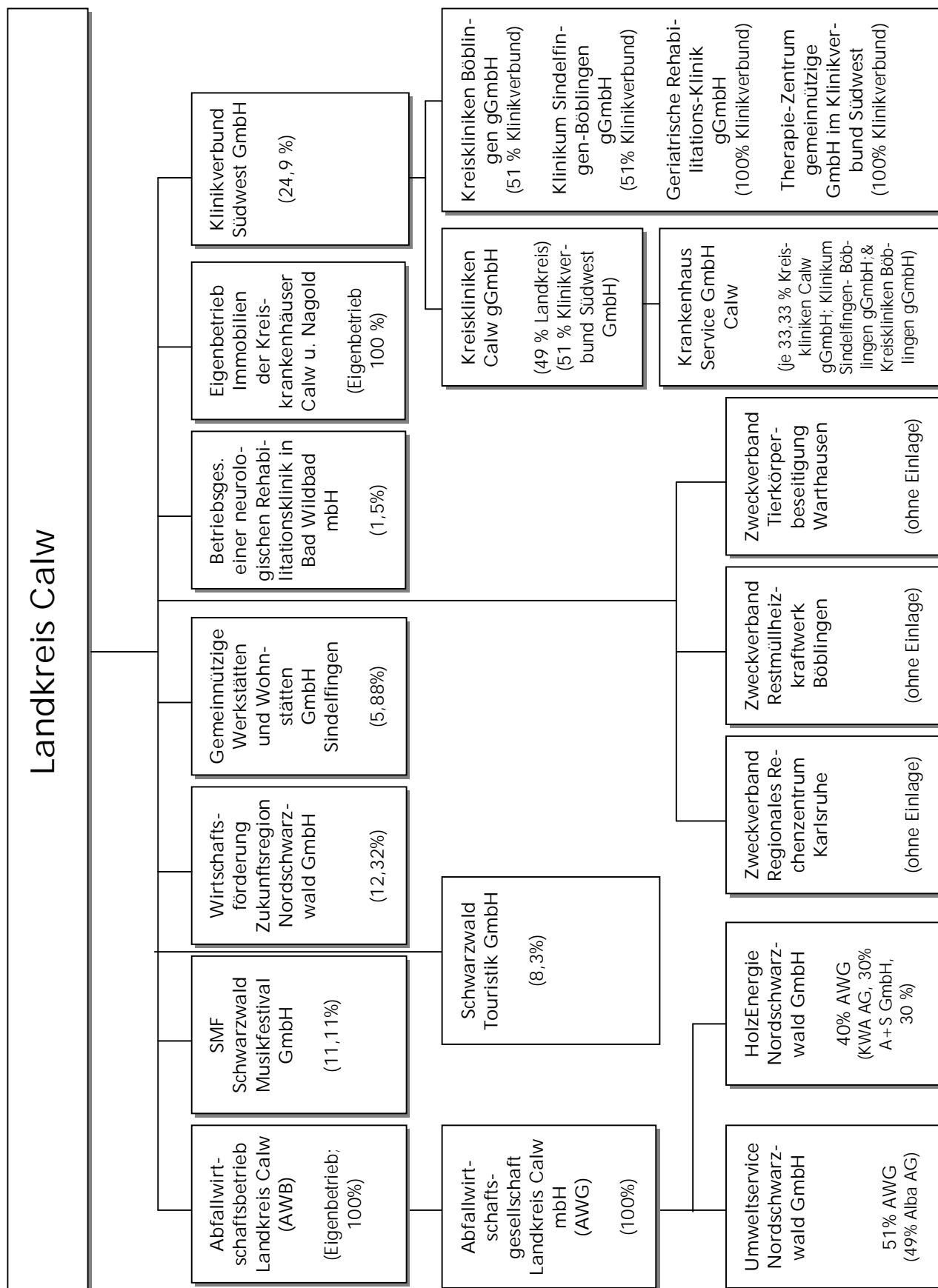
Vorwort	3
Inhaltsverzeichnis.....	5
Organisationsplan des Landratsamtes Calw.....	6
Übersicht über Eigenbetriebe, Beteiligungsunternehmen und Zweckverbandsbeteiligungen des Landkreis Calw	7
Bereich Landrat	8
Rechnungsprüfung und Kommunalaufsicht	8
Zentralstelle	14
Bereich 1 – Steuerung und Service	20
Personal und Organisation	21
Finanzen	30
Nahverkehr und Strukturförderung	36
Gebäude und EDV	42
Straßenbau.....	45
Bereich 2 – Land- und Forstwirtschaft, Verbraucherschutz	49
Verbraucherschutz und Veterinärdienst.....	51
Forstbetrieb	53
Forstliche Dienstleistung.....	63
Landwirtschaft und Naturschutz.....	68
Bereich 3 - Umwelt und Ordnung	76
Umwelt- und Arbeitsschutz	78
Vermessung.....	94
Straßenverkehr.....	99
Bauamt	105
Öffentliche Ordnung	110
Flurneuordnung	115
Bereich 4 – Jugend, Soziales und Schulen.....	116
Jugendhilfe.....	118
Gesundheit und Versorgung.....	122
Allgemeine Soziale Dienste	130
Schulen und Kultur	139
Soziale Hilfen.....	145
Impressum.....	152

Organisationsplan des Landratsamtes Calw

Stand: 01.03.2010



Übersicht über Eigenbetriebe, Beteiligungsunternehmen und Zweckverbandsbeteiligungen des Landkreis Calw



Bereich Landrat

Rechnungsprüfung und Kommunalaufsicht

Interne Rechnungsprüfung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Rechnungsprüfung und Kommunalaufsicht sehen ihre Aufgabe darin, die Verwaltung bei ihren Aufgaben konstruktiv zu unterstützen, ohne die besondere Aufgabenstellung der Prüfung dabei zu vernachlässigen. Dabei gilt es, sowohl den in § 110 Abs. 1 GemO genannten Pflichtaufgaben (z.B. Beachtung der Recht- und Gesetzmäßigkeit), als auch den nach § 112 Abs. 2 GemO durch Kreistagsbeschluss übertragenen Aufgaben gerecht zu werden. Die Abteilung möchte mit ihrer Arbeit die Qualität und Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung unterstützen. Sie ist dabei sowohl vorbeugend, als auch begleitend und nachträglich tätig. Die örtliche Prüfung erstreckt sich im Jahr 2009 auf den gesamten Kreishaushalt einschließlich des Abfallwirtschaftsbetriebs und des Eigenbetriebs Immobilien der Kreiskrankenhäuser.

Die Abteilung befasste sich im Jahr 2009, neben der unterjährigen Beantwortung und Prüfung von Einzelanfragen, schwerpunktmäßig mit den folgenden Gebieten:

- Prüfung Jahresrechnungen des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft und des Eigenbetriebes Immobilien der Kreiskrankenhäuser
Geprüft wurden jeweils die Jahresabschlüsse 2008 mit der Schlussbilanz zum 31.12.2008, die Gewinn- und Verlustrechnung mit Erläuterungen und der Lagebericht. Stichprobenartig geprüft wurden außerdem die Buchführung und der Anlagennachweis. Die Prüfung hat bei beiden Eigenbetrieben keine wesentlichen Anstände ergeben.
- Prüfung der Jahresrechnung des Landkreises
Auch die Prüfung der Jahresrechnung des Landkreises zählt zu den ureigensten Aufgaben der Rechnungsprüfung. Sie umfasst neben der Prüfung der Haushaltsrechnung auch die Kassen- und die Belegprüfung. Die Prüfung hat keine wesentlichen Beanstandungen ergeben.

Die Jahresabschlüsse wurden termingerecht erstellt, so dass der Kreistag diese in seiner Sitzung am 02.11.2009 feststellen konnte.

- Prüfung abgeschlossener und laufender Sozialhilfeakten sowie Prüfung von Sozialhilfedarlehen und Zinsberechnungen (BSHG, SGB II und SGB XII)
Im Bereich der Sozialhilfe wurden auch im Jahr 2009 sehr viele Akten abgeschlossen und der Abteilung vorgelegt. Basierend darauf erhielten wir insgesamt ca. 1.600 Akten. Daneben steht die Abteilung Rechnungsprüfung und Kommunalaufsicht auch bei speziellen Einzelfragen in beratender Funktion zur Verfügung, wovon reger Gebrauch gemacht wurde.
Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Erarbeitung von Standards im Hinblick auf den Abschluss von Fällen sowie die Gewährung von Sozialhilfedarlehen gelegt.

- Betätigungsprüfung
Der Kreistag des Landkreises Calw hat der Rechnungsprüfung am 23.10.1978 die Prüfung der Betätigung des Landkreises als Gesellschafter oder Aktionär in Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit gem. § 112 Abs. 2 GemO übertragen. Die Abteilung prüft zwischenzeitlich jährlich in enger Zusammenarbeit mit der Beteiligungsverwaltung diese privatwirtschaftliche Betätigung des Landkreises.
- Stellenbewertungen
Die Abteilung Rechnungsprüfung und Kommunalaufsicht ist in der Kommission zur Bewertung von Beschäftigten- und Beamtenstellen im Landratsamt Calw vertreten. Aufgabe ist hier, die Tarif- bzw. Gesetzeskonformität sicherzustellen. Die Kommission wird begleitet von der Gemeindeprüfungsanstalt. Die Beteiligung der Abteilung an der Bewertung der Stellen wird als wichtig und im Hinblick auf strukturierte Verfahrensabläufe auch als sehr effektiv betrachtet.
- Kassenprüfung
2009 wurden neben der Kreiskasse und der Sonderkasse Abfallwirtschaftsbetrieb auch sämtliche Zahlstellen geprüft.
- Vergabeprüfung und Abrechnung von Maßnahmen
Seit einigen Jahren nimmt das Vergabewesen einen immer größeren Stellenwert ein. Die Abteilung berät die Fachabteilungen bei allen Ausschreibungs- und Vergabefragen und hat auch im Jahr 2009 Vergaben nach den Verdingungsordnungen für Bauleistungen, Lieferungen und freiberufliche Leistungen (VOB, VOL und VOF) vor der Zuschlagserteilung geprüft. Nach der geltenden hausinternen Verfügung sind dies alle Vergaben mit einer Auftragssumme von mehr als 50.000 EUR (VOB) bzw. mehr als 25.000 EUR (VOL und VOF). Weiter werden Abrechnungen großer Maßnahmen vor der Auszahlung geprüft. Insbesondere die Vergaben im Zusammenhang mit dem Kreisberufsschulzentrum Calw, der Oberflächenabdichtung für die Deponie in Oberhaugstett und die Abrechnung von Maßnahmen an der Ortsumfahrung Rohrdorf können hier genannt werden.
- Umstellung auf das neue kommunale Haushaltswesen
Der Landkreis Calw hat sein Finanzwesen ab dem Haushaltsjahr 2010 auf das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen umgestellt. Durch die Umstellung kommen auch auf die Abteilung Rechnungsprüfung und Kommunalaufsicht umfangreiche neue Prüfungsaufgaben zu. Das Jahr 2009 war daher davon geprägt, sich das hierfür erforderliche Fachwissen anzueignen. Zu diesem Zweck nahm eine Mitarbeiterin der Abteilung zusammen mit den Mitarbeitern der Abteilung Finanzen an insgesamt 22 Schulungsveranstaltungen des Rechenzentrums zu diesem Thema teil. Darüber hinaus wurde die Fachabteilung bereits während der Umstellungsphase begleitet und anstehende Fragen in enger Zusammenarbeit geklärt.

- Schülerbeförderungskosten
Die Schülerbeförderungskosten wurden zuletzt im Jahr 2005 geprüft. Aufgrund des Wechsels des zuständigen Sachbearbeiters und des Zeitraums seit der letzten Prüfung wurde dieser kostenintensive Bereich in 2009 erneut geprüft.

Gegenstand dieser Prüfung waren die Schülerbeförderungskosten im Schuljahr 2008/ 2009 bis Februar 2009 im Landkreis Calw. Hierbei lag ein besonderes Augenmerk auf der Vertragsgestaltung mit den Fuhrunternehmern, der Preisgestaltung, der Abrechnung der Kosten auf den verschiedenen Haushaltsstellen, sowie der Abrechnung der Fahrtkosten nach § 18 FAG. Besondere Feststellungen mussten nicht getroffen werden.

- Kosten für ärztliche Gutachten
Bereits im Jahr 2007 wurden die Kosten für die Erstellung ärztlicher Gutachten durch externe Gutachter im Bereich des Schwerbehindertenrechts untersucht. Im Jahr 2009 erfolgte eine erneute Erhebung zum Zwecke der Feststellung, ob und welche Änderungen in der Zwischenzeit eingetreten sind.

Externe Kommunalaufsicht

Die auf die kreisangehörigen Gemeinden ausgerichtete Kommunalaufsicht umfasst von der Widerspruchsentscheidung über einen Kurtaxebescheid bis hin zur Dienstaufsicht und von der Genehmigung von Haushaltssatzungen bis zur Stellungnahme, ob eine Investitionsmaßnahme für eine Gemeinde finanzierbar ist, die ganze Bandbreite kommunalen Handelns.

Ein wesentlicher Teil ist die Rechtsaufsicht über die 23 Gemeinden (ohne die großen Kreisstädte Calw und Nagold) und 16 Verbände. Innerhalb dieser überwacht die Abteilung die Vereinbarkeit des gemeindlichen Handelns mit der geltenden Rechtsordnung. Dies umfasst die Überprüfung von Rechtsnormen der Gemeinden sowie ggf. Gemeinderatsbeschlüssen, Verträgen etc. Zur Rechtsaufsichtsbehörde gehören auch die Zuständigkeiten als Widerspruchsbehörde in kommunalen Selbstverwaltungsangelegenheiten und die allgemeine Rechtsaufsicht für gemeindliche Ausschreibungen.

- Haushaltspläne / Wirtschaftspläne
Neben den sonstigen anzeigepflichtigen Satzungen erfolgt die Prüfung der Haushaltspläne der Gemeinden und Zweckverbände sowie der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe regelmäßig zum Jahresbeginn. Hinsichtlich der Vorlage von Haushaltsplänen ist festzustellen, dass die Haushaltspläne 2009 teilweise sehr spät (überwiegend erst gegen Ende des ersten Quartals) vorgelegt wurden. Dies begründete sich insbesondere durch die lange vorherrschende Unsicherheit, welche Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes als zusätzlich und damit förderfähig gelten. Zusätzlich wurden 2009 überdurchschnittlich viele Nachtragshaushaltspläne (11 von 25 Gemeinden) beschlossen um der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen.

Nicht ohne weiteres verifizierbar war der aufgrund der weiterhin schwierigen finanziellen Situation einzelner Gemeinden weiterhin hohe Beratungsbedarf. Hier zeichnet sich eine weitere Zunahme in 2010 ab.

- Satzungen

Durch erforderliche Anpassungen an die EU-Dienstleistungsrichtlinie und die notwendige Ausschöpfung der Einnahmebeschaffungsmöglichkeiten lag auch die Anzahl der Satzungsänderungen der Kommunen, die der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen sind, mit über 50 Änderungen bzw. Neufassungen auf deutlich überdurchschnittlichem Niveau.

- Widersprüche gegen kommunale Bescheide

Sofern Widerspruch gegen einen Bescheid einer Gemeinde erhoben wird und die Gemeinde diesem nicht abhelfen kann, wird er der Kommunalaufsicht als Widerspruchsbehörde vorgelegt.

Die Widersprüche wurden in ca. der Hälfte der Fälle durch einen förmlichen und rechtsmittelfähigen Widerspruchsbescheid abgeschlossen. Erfreulich ist, dass ein großer Anteil der Widerspruchsführer die Rücknahme des Widerspruches erklärt, nachdem wir unsere Einschätzung mitgeteilt haben.

Von allen eingegangenen Verfahren sind am Jahresende insgesamt noch 6 Verfahren offen.

- Zuschüsse für kommunale Investitionen

Im Rahmen der staatlichen Bezuschussung von kommunalen Investitionen ist die Rechtsaufsichtsbehörde verpflichtet, eine gemeindewirtschaftliche Stellungnahme zur Finanzierung bzw. Finanzierbarkeit der Maßnahme abzugeben. Bei Anträgen nach den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft (FrWw), Förderrichtlinien Altlasten (FrAl) sind zudem noch die Fördersatzberechnungen zu überprüfen. Bei Anträgen zum Ausgleichstock und zu den FrWw sind auch nach Abschluss der Maßnahmen die Verwendungsnachweise zu prüfen.

Über diese Investitionsförderung werden den Kommunen wesentliche Mittel zur Finanzierung ihrer Maßnahmen zur Verfügung gestellt.

Im Berichtsjahr 2009 wurde zu insgesamt 65 Förderanträgen seitens der Kommunalaufsicht Stellung genommen.

- Überörtliche Prüfung

Der Kommunalaufsicht obliegt die Prüfung der Jahresrechnungen von Gemeinden, die weniger als 4000 Einwohner haben. Dies betrifft im Landkreis 13 Gemeinden. Die Jahresrechnungen sollen in einem Abstand von 4 Jahren geprüft werden. 2009 wurde eine Prüfung durchgeführt.

Superwahljahr 2009

- Bürgermeisterwahlen

In drei Gemeinden, die der Rechtsaufsicht des Landratsamtes Calw unterstehen, fanden Bürgermeisterwahlen statt. In Rohrdorf ist Amtsinhaber Joachim Flik klar in seinem Amt bestätigt worden, in Altensteig wurde der erst 2008 in Simmersfeld wiedergewählte Bürgermeister Gerhard Feeß zum Nachfolger für den als Oberbürgermeister nach Nagold gewechselten Jürgen Großmann gewählt. Die dadurch in Simmersfeld notwendig gewordene Bürgermeisterwahl gewann Jochen Stoll, der bis dahin Kämmerer in Simmersfeld war.

Bereits im Vorfeld einer Wahl finden intensive Abstimmungsgespräche mit den Gemeinden statt, an die sich dann die obligatorische Wahlprüfung durch die Kommunalaufsicht anschließt. Keine der durchgeführten Wahlen wurde angefochten.

Für die Europa-, Kreistags- und Bundestagswahlen war die Geschäftsstelle des Kreiswahlleiters bei der Abteilung Rechnungsprüfung und Kommunalaufsicht angesiedelt.

- Europawahl am 07.06.2009

Wahlberechtigte: 111.120 Personen
Wahlgebiet: Landkreis Calw mit 25 Städten und Gemeinden
142 allgemeine Wahlbezirke und
28 Briefwahlbezirke.
Stimmzettel: 123.000
Wahlbeteiligung: 59.049 Wähler (53,1 %)

Nach dem Wahltag wurden der Abteilung die Wahlunterlagen aller 170 Wahlbezirke zur Prüfung und Aufarbeitung vorgelegt, so dass der Kreiswahlausschuss am 12.06.2009 das endgültige Wahlergebnis der Europawahl im Landkreis ermitteln und feststellen konnte.

- Kreistagswahl am 07.06.2009

Kreistagswahl:
Wahlkreise im Landkreis Calw: 7
Wahlvorschläge: 5 (CDU, FWV, SPD, FDP und GRÜNE)
Zugelassen in der Sitzung des Kreiswahlausschusses am 16.04.2009
Kreistagskandidaten: 315
davon 45 Doppelbewerber, d.h. sie kandidierten in zwei Wahlkreisen.
Frauenanteil: ca. 25 %
Unionsbürger: 1
Stimmzettel: 812.500 und 162.500 Merkblätter
Wahlberechtigte: 115.469
Wahlbeteiligung: 59.452 Wähler (51,5 %)
Kreistagsmitglieder: 53
davon 7 Ausgleichssitze

Anhand der Schnellmeldungen der Bürgermeisterämter wurden bereits am 08.06.2009 das vorläufige Kreistagswahlergebnis und die Sitzverteilung des neuen Kreistags ermittelt. Das endgültige Wahlergebnis stellte der Kreiswahlausschuss nach unserer Vorprüfung am 22.06.2009 fest. Nachdem keine Wahleinsprüche eingingen und auch keine Verstöße gegen Wahlvorschriften festgestellt wurden, hat das Regierungspräsidium nach deren Prüfung am 09.07.2009 die Wahl für gültig erklärt.

- Gemeinderats und Ortschaftsratswahlen 07.06.2009

Gleichzeitig fanden Gemeinderats- und Ortschaftsratswahlen statt. Bei diesen Gemeindewahlen prüfte die Rechtsaufsichtsbehörde die Gültigkeit der Wahl und konnte in allen Fällen deren Gültigkeit bestätigen.

- Bundestagswahl am 27.09.2009

Das Superwahljahr endete für die Abteilung mit der Bundestagswahl. Der Wahlkreis 280 Calw umfasst neben dem Landkreis Calw auch das Gebiet des Landkreises Freudenstadt.

Kreiswahlvorschläge für das Direktmandat:	8
Wahlgebiet:	Landkreise Calw und Freudenstadt 41 Gemeinden 252 allgemeine Wahlbezirke 45 Briefwahlbezirke
Wahlberechtigte:	198.923 davon im Kreis Calw: 111.140 im Kreis Freudenstadt: 87.783
Wahlbeteiligung:	71,8 %

Die acht eingegangenen Bewerbungen um das Direktmandat (Erststimmen) hat der Kreiswahlausschuss am 31.07.2009 zugelassen. Die von den 297 Wahlbezirken zur Prüfung vorgelegten Wahlunterlagen dienten der Ermittlung und Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses (Erst- und Zweitstimmen) im Wahlkreis sowie der Feststellung des gewählten Direktkandidaten (Hans-Joachim Fuchtel, CDU) durch den Kreiswahlausschuss in der Sitzung am 02.10.2009.

Zentralstelle

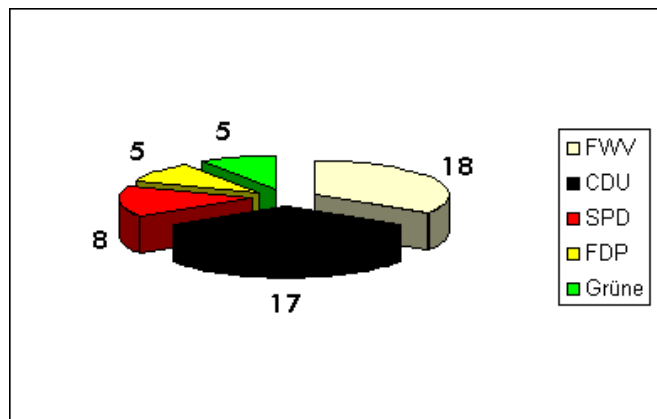
Geschäftsstelle des Kreistags

Beim Frühlingsfest des Kreistags, das am 10. Mai (Muttertag) in Bad Herrenalb stattfand, wurden langjährige Kreisräte für ihr ehrenamtliches Engagement geehrt. So erhielten Paul Baitinger (CDU, Nagold), Hans-Joachim Fuchtel (CDU, Altensteig), Hans Schabert (Freie Wähler, Neuweiler) und Arnold Tölg (CDU, Bad Liebenzell) für ihre 30-jährige Zugehörigkeit zum Kreistag von Landrat Köblitz die silberne Verdienstmedaille des Landkreistags Baden-Württemberg. Für 20-jährige Zugehörigkeit zum Kreistag überreichte der Landrat den Kreisräten Werner Noé (SPD, Gechingen) und Dietmar Greif (Freie Wähler, Oberreichenbach) die Landkreismedaille in Bronze.

Anlässlich des Frühlingsfestes besuchte auch erstmals eine Delegation aus dem polnischen Landkreis Gliwice (Gleiwitz) den Landkreis Calw. Der Kontakt entstand bei Begegnungen mit dem sächsischen Partnerlandkreis Mittelsachsen (früher Freiberg), der bereits eine Partnerschaft mit Gliwice unterhält. Nachdem der Kreistag mit Beschluss vom 02.11.2009 einer Partnerschaft mit dem Kreis Gliwice zugestimmt hat, ist das Partnerschaftsabkommen am 04. Dezember von Landrat Niesporek und Landrat Köblitz im Landratsamt in Gliwice unterzeichnet worden.



Nach den Kommunalwahlen vom 07. Juni änderte sich die Zusammensetzung des Kreistags. So schieden 19 Kreisräte aus dem Gremium aus und 17 Mandatsträger rückten nach, so dass sich der Kreistag in seiner neunten Amtsperiode von 55 auf 53 Mitglieder (davon sieben Frauen – bislang fünf) reduziert hat. Die Freien Wähler bilden mit 18 Mitgliedern jetzt die stärkste Fraktion.



Durch seine Ernennung zum Parlamentarischen Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Soziales ist Kreisrat Hans-Joachim Fuchtel Ende Oktober aus dem Kreistag ausgeschieden. Sein Nachfolger in der CDU-Fraktion ist Textilbetriebswirt Uwe Seeger aus Altensteig, der wie Fuchtel dem Kultur- und Sozialausschuss angehört.

In der letzten Sitzung des Kreistags im Jahr 2009 wählten die Kreisräte am 21. Dezember Herrn Helmut Riegger aus Sindelfingen zum Nachfolger von Landrat Hans-Werner Köblitz, der Ende Januar 2010 in den Ruhestand trat. Er setzte sich klar mit 46 zu 7 Stimmen gegen seinen Mitbewerber Dr. Jörg Peter aus Rastatt durch.

Die Bilanz im Einzelnen:

Sitzungen	2006	2007	2008	2009
Kreistag	5	5	5	7
Verwaltungsausschuss	6	5	5	4
Krankenhausausschuss	2	-	-	-
Umweltausschuss	4	5	3	4
Kultur- und Sozialausschuss	4	4	3	4
Jugendhilfeausschuss	2	2	2	3
Haushaltsstrukturkommission	2	3	2	3
Ältestenrat	1	1	1	1
Zukunftskommission	-	1	7	3
Gesamtanzahl Sitzungen	26	26	28	29
Tagesordnungspunkte				
Kreistag	37	47	53	88
Verwaltungsausschuss	72	64	55	63
Gesundheits- und Krankenhausausschuss	4	-	-	-
Umweltausschuss	21	28	20	32
Kultur- und Sozialausschuss	40	37	36	45
Jugendhilfeausschuss	20	16	15	32
Gesamtanzahl Tagesordnungspunkte	194	192	179	260

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Internationale Grüne Woche Berlin 2010

Zum ersten Mal war der Landkreis Calw am 19. Januar 2010 bei der Internationalen Grünen Woche in Berlin vertreten. Nicht nur Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer und Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel waren vom Angebot der Naturparkwirte am Landkreisstand von Calw und Freudenstadt begeistert. Der gemeinsame Stand der Landkreise Calw und Freudenstadt auf der Internationalen Grünen Woche war ein Publikumsmagnet.

Kinder- und familienfreundlicher Landkreis - Rezertifizierung

Familienfreundlichkeit ist sowohl für den Landkreis insgesamt, als auch für die einzelnen Gemeinden zu einem der wichtigsten Standortfaktoren geworden. Der Förderung dieses „weichen“ Standortfaktors dient das Projekt „Kinder- und Familienfreundlicher Landkreis Calw“. Dazu zählt in erster Linie die 2006 initiierte Zertifizierung der Städte und Gemeinden als „Kinderfreundliche Kommune im Landkreis Calw“.

Diese Aktion war Auslöser einer überaus erfreulichen Entwicklung mit der auf kommunaler Ebene ebenso interessante wie innovative Ideen und Konzepte entstanden sind. Die Ergebnisse der 2009 durchgeführten Rezertifizierung, an der sämtliche 25 Kommunen teilnahmen, verdeutlichen diese Entwicklung.



Mit Althengstett, Bad Wildbad, Enzklösterle, Nagold und Simmozheim wurden von den 25 zertifizierten Gemeinden fünf Kommunen von der Jugendstiftung der Sparkasse Pforzheim Calw mit dem Jugendförderpreis für ihr besonders ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet. Der Preis ist mit 1.500 Euro dotiert.

Wirtschaftsförderung

In der kreisbezogenen Wirtschaftsförderung standen auch im Jahr 2009 die Bestandspflege mit Betriebsbesuchen und die Information von Unternehmern über Fördermöglichkeiten im Vordergrund. Ein weiterer Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung war die Erstberatung von Existenzgründern, bei der vor allem Kontakte zu weiteren Ansprechpartnern vermittelt wurden.



Mit dem „Junior-Manager-Cup“, der seit 2008 im jährlichen Turnus stattfindet, bietet die kreiseigene Wirtschaftsförderung jugendlichen Schülerinnen, Schülern und Auszubildenden die Möglichkeit, unternehmerisches Handeln anhand eines Planspieles zu erlernen und für die berufliche Zukunft zu nutzen. Der „Junior-Manager-Cup“ wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Die Arbeit der Wirtschaftsförderung Nordschwarzwald GmbH konzentrierte sich im Jahr 2009 schwerpunktmäßig auf Regionalmarketingmaßnahmen innerhalb und außerhalb der Region Nordschwarzwald. Dazu gehörte die Präsentation der Region bei der Hannover Messe und der Expo Real. Um die Potentiale und die Qualität der Region weiterhin erfolgreich nach außen darzustellen, wurde die bereits im Jahr 2008 begonnene Sympathiekampagne „wir ticken anders“ weiter entwickelt. Hervorgehoben Themenschwerpunkte der Kampagne sind: Werkstofftechnologie, Prozesstechnik, Kreativbusiness und Tourismus Vital.

top.job-Messe

Jährlich im Frühjahr findet im Landkreis Calw die Bildungsmesse top.job statt. Die Bildungsmesse stellt eine gute Möglichkeit dar, sich über die zahlreichen Ausbildungsmöglichkeiten im Landkreis Calw zu informieren. Die Zentralstelle arbeitet im Steuerungskreis der Messe mit.

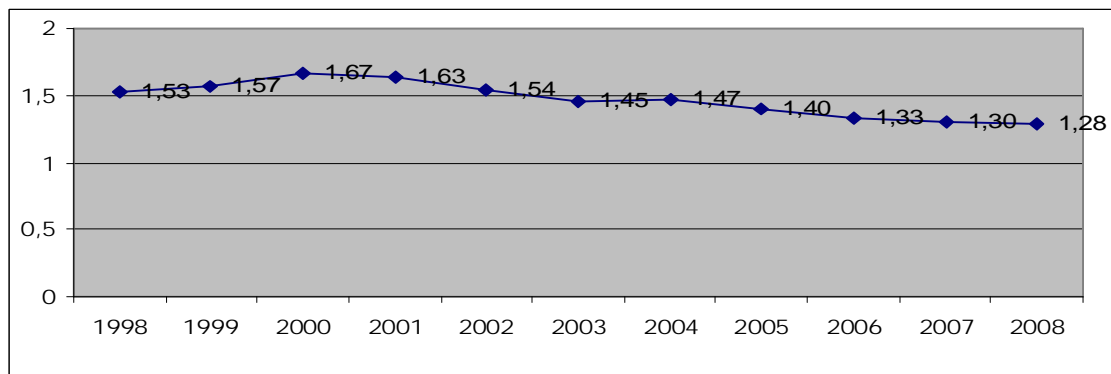
Breitband

Anfang des Jahres 2009 wurde die vom Landkreis erstellte, GIS-basierte Versorgungskarte den Gemeinden zur Verfügung gestellt. Es besteht außerdem das Angebot an die Gemeinden, die Karte in detaillierter Form im Landratsamt im GIS einzusehen. Zusammen mit der Versorgungskarte wurde den Gemeinden auch ein von dem Beratungsunternehmen erstellter Leitfaden zum Ausbau der Breitbandnetze zur Verfügung gestellt. Für die Bürger ist eine Versorgungskarte des Landkreises auch über den Internetauftritt des Landkreises abrufbar. Die Versorgungskarte dient für die Gemeinden als Basis für den Ausbau der Breitbandnetze. Im Rahmen der Breitbandinitiative des Landes ist für einen Förderantrag der Gemeinden immer der Nachweis einer unzureichenden Versorgung Voraussetzung. Dieser Nachweis kann mit der Versorgungskarte erbracht werden.

Tourismus

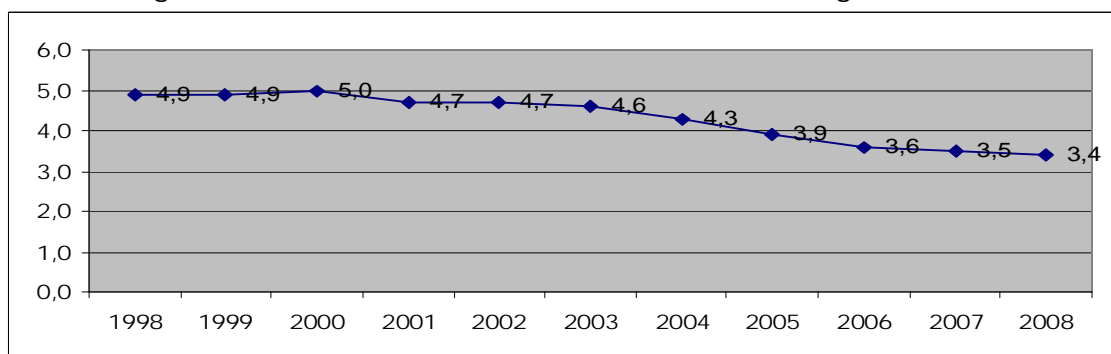
Der Tourismus stellt mit rund 1,3 Millionen Übernachtungen im Jahr einen wichtigen Wirtschaftsfaktor für den Landkreis Calw dar.

Entwicklung der Übernachtungszahlen seit 1998 in Mio.:



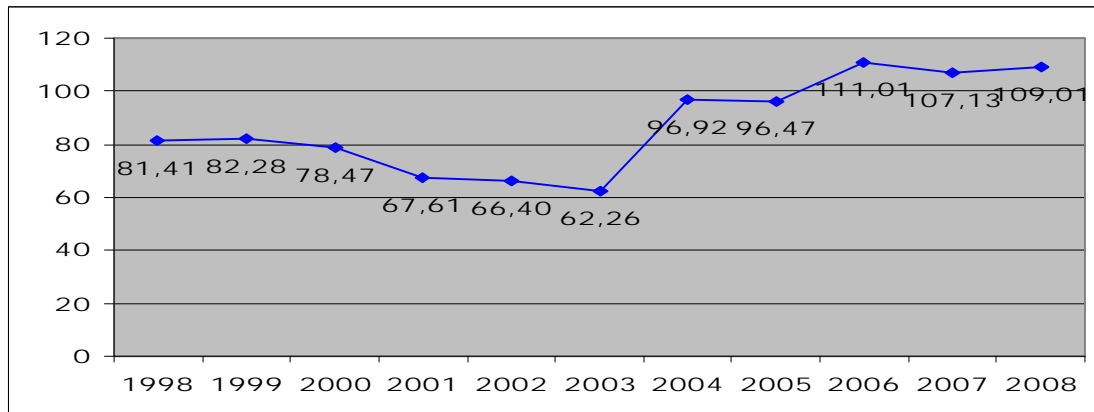
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Fortschreibung jeweils im Juli

Entwicklung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer in Tagen seit 1998:



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Fortschreibung jeweils im Juli

Entwicklung der Übernachtungszahlen der ausländischen Touristen seit 1998 in Tsd.:



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Fortschreibung jeweils im Juli

Schwarzwald Tourismus GmbH



Um für den Schwarzwaldtourismus ein einheitliches, gerechtes und für die Schwarzwald Tourismus GmbH (STG) tragfähiges System zu haben, gibt es seit dem 01.01.2009 eine neue Beitrags- und Gesellschafterstruktur. Der Landkreis Calw ist seitdem direkter Gesellschafter der STG. Gleichzeitig sind damit alle 25 kreisangehörigen Kommunen Mitglied der STG.

Schaffung einer zentralen Tourismusstelle im Landratsamt Calw

Aufgrund der Bedeutung des Tourismus für den Landkreis Calw, der neuen Stellung des Landkreises als direkter Gesellschafter der STG und der daraus entstandenen neuen Aufgabe einer Scharnierfunktion zwischen STG und Tourismus-Kommunen hat der Kreistag in seiner Sitzung am 14. Dezember 2009 der Schaffung einer zentralen Tourismusstelle im Landratsamt Calw zugestimmt.

Radtourismus

Zusammen mit der Abteilung Straßenbau zeichnet die Zentralstelle für die Neufassung des Radwegekonzeptes verantwortlich. In diesem Jahr konnte die erforderliche Befragung der Gemeinden zu dieser Thematik abgeschlossen werden. Die Fertigstellung der Radwegekonzeption ist für das Jahr 2010 geplant.

Die Schwarzwald Tourismus GmbH plant die Ausweisung eines überregionalen "Schwarzwaldtourenradweges". Der Landkreis Calw ist an dem Projekt beteiligt.

Im Jahr 2009 konnte der überregionale Heidelberg-Schwarzwald-Bodensee-Radweg ausgeschildert werden. Der Landkreis Calw war an der Erstellung des Beschilderungsplanes beteiligt.

Der Landkreis Calw ist Mitinitiator der Aktion "Mobil ohne Auto". Der Aktionstag, der jedes Jahr am dritten Juniwochenende stattfindet, war auch im Jahr 2009 ein voller Erfolg.

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Bis Ende Dezember musste die EU-Dienstleistungsrichtlinie von allen EU-Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie sieht die Vereinfachung des Dienstleistungsmarktes innerhalb der EU vor, insbesondere die Vereinfachung von Verwaltungsprozessen und den Abbau von bürokratischen Hindernissen der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit. Konkret bedeutet dies, dass Dienstleistungserbringer sich zukünftig an einen einzigen Ansprechpartner wenden können, der alle notwendigen Schritte des Verfahrens, unter Umständen auch mehrere Genehmigungen von mehreren Behörden, für den Antragsteller erledigt. Der Dienstleistungserbringer kann sich per E-Mail oder über den Internetauftritt sowie persönlich und schriftlich an den Einheitlichen Ansprechpartner wenden. Dafür wurde der Internetauftritt des Landkreises Calw entsprechend optimiert. Die Stelle des Einheitlichen Ansprechpartners ist bei der Zentralstelle angesiedelt und wird von Frau Munsky wahrgenommen.

Der Landkreis Calw hatte neben zwei weiteren Landkreisen für die Umsetzung des Projektes "Umsetzung EU-Dienstleistungsrichtlinie" eine Pilotfunktion inne, das heißt, er hat maßgeblich an einer Handreichung für die Umsetzung in den anderen Landkreisen mitgewirkt.

Bereich 1 – Steuerung und Service

Die Arbeitsschwerpunkte im Bereich 1 – Steuerung und Service standen unter der Herausforderung, trotz der gegenwärtig schwierigen Finanzlage Chancen für die Weiterentwicklung des Landratsamts als Dienstleistungsunternehmen zu nutzen und strukturell bedeutsame Infrastrukturvorhaben voran zu bringen.

Die Überprüfung im Zuge des Zertifikats Kommunale Kompetenz zeigt uns, dass Kunden- und Mitarbeiterorientierung gelebt werden. Das Ziel einer kontinuierlichen Effizienzverbesserung im Personalbereich wird weiterhin fortgesetzt. Damit steigen auch die Anforderungen an die Mitarbeiterschaft. Überbelastungsfolgen wird durch Qualifizierungsmaßnahmen und ein weiter ausgebauten, breites Angebot zur betrieblichen Gesundheitsförderung entgegen gewirkt.

Das Jahr 2009 stand auch im Zeichen der Umstellung auf ein neues Haushalts- und Rechnungswesen. Die Zielrichtung ist klar: Ein Ressourcenverbrauchskonzept löst das seitherige Geldverbrauchskonzept ab. Die praktische Umstellung war eine große Herausforderung und bedeutete auch einen beträchtlichen Aufwand für die Finanzabteilung.

Der Kreisumlagehebesatz konnte im Haushalt 2010 Dank der guten Steuerkraftsummenentwicklung vor zwei Jahren um weitere 1,15%-Punkte auf 27,7 v.H. abgesenkt werden. Dem steht ein prognostizierter Landesdurchschnitt von 31,46 % gegenüber.

Leuchtturmprojekt im Schienenpersonennahverkehr ist die Reaktivierung der Schienenverbindung Calw –Stuttgart über Weil der Stadt in Form eines S-Bahn-Anschlusses. Für dieses Projekt wurden in 2009 unter Einbindung der beteiligten Stellen die für den GVFG-Antrag notwendigen Untersuchungen durch- und die Planungen fortgeführt. Die Untersuchungen für die Schaffung einer Schienenverbindung von Nagold nach Herrenberg wurden ebenfalls weiter verfolgt.

Die nachhaltig hohen Fahrgastzahlen der bestehenden erfolgreichen Schienenprojekte im Enz- und Nagoldtal bestätigen die Bedeutung der Schienenverkehre als Verkehrs- und Entwicklungsachsen.

Im Öffentlichen Personennahverkehr wurde der 2008 beschlossene Nahverkehrsplan mit dem integrierten Linienbündelungskonzept den Beschlüssen des Kreistages und den Zielen für 2009 entsprechend umgesetzt.

Mit der Umfahrung von Rohrdorf konnte ein bedeutsames Straßenbauvorhaben abgeschlossen werden. Die Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs in Nagold-Iselshausen, das zweite Großbauvorhaben, wird mit Nachdruck weiterverfolgt. Ziel ist es, auch für Iselshausen den Bau eines neuen Haltepunkts, zusammen mit allen weiteren Stationen auf der Nagoldtalbahn, bis zum Beginn der Landesgartenschau in Nagold in 2012 umzusetzen.

Das Konjunkturpaket II hat uns die Chance eröffnet, Baumaßnahmen zur Umsetzung zu bringen, die nachhaltige Energie- und Kosteneinsparungen ermöglichen. Diese Chance hat der Landkreis genutzt. Das davon ausgelöste Investitionsvolumen von über 2,2 Mio. €. ist gut angelegtes Geld für unseren Landkreis.

Allgemeines

Das Jahr 2009 stand personalwirtschaftlich unter folgenden Vorzeichen:

- Sparsame Bewirtschaftung der Personalkosten und weitere Effizienzverbesserungen
- Förderung innovativer Arbeitsweisen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Maßnahmen zur Personalentwicklung und zur Gesundheitsförderung

Die sparsame Mittelbewirtschaftung im Personalbereich wurde konsequent weiterverfolgt. Trotz wachsender Aufgabendichte in der Verwaltung ist es vor allem durch eine leistungsstarke Belegschaft gelungen, den Spagat zwischen knapper Finanz- und Personalausstattung und hohen Qualitätsanforderungen erfolgreich zu meistern.

Das Vorschlagswesen im Landratsamt wurde neu gestaltet und erfreut sich reger Teilnahme. Ein neuer Leitfaden zum Thema „Erfolgreich präsentieren“ wurde von einer Projektgruppe entwickelt und in internen Schulungen vermittelt.

Mit der Zielsetzung einer besseren Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf konnten die Rahmenbedingungen für Telearbeit weiterentwickelt und in eine überarbeitete Dienstverarbeitung gegossen werden.

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Auswahl künftiger Mitarbeiter gelegt. Künftige Auszubildende werden in einem Auswahlverfahren sorgsam ausgesucht. Die Qualität der Ausbildung wurde verbessert - Leistung, Kundenorientierung und Verantwortungsbereitschaft werden gezielt gefördert.

In 2009 war ein weiterer Schwerpunkt, bessere Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu entwickeln. Ziel ist es, Nachwuchskräften für Fach- und Führungsaufgaben durch Fortbildung eine Qualifizierungschance zu geben für die persönliche Weiterentwicklung.

Gegen zunehmende Arbeitsbelastung wurden verstärkt Maßnahmen zur Gesundheitsförderung umgesetzt. Zufriedene Mitarbeiter sind eine wichtige Voraussetzung für Kundenzufriedenheit. Und: Arbeit soll weiterhin Freude machen!

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahl (jeweils Stand 30.06.)

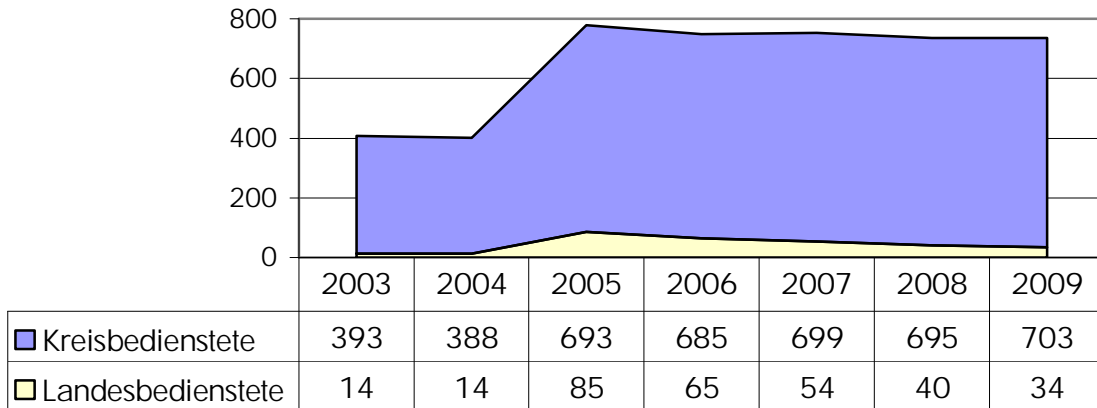
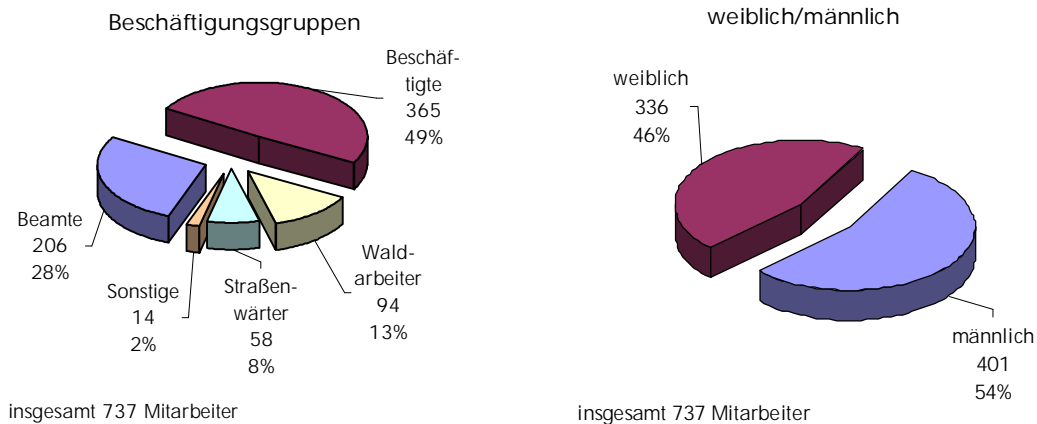


Abbildung 1 - Entwicklung der Beschäftigtenzahl

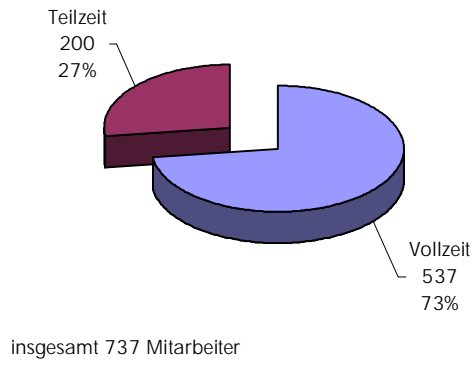
Nicht berücksichtigt in der Beschäftigtenzahl sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Abfallwirtschaftsbetriebes, in Elternzeit sowie Beurlaubte. Miteinbezogen in die Berechnung sind dagegen Auszubildende und Langzeitpraktikanten.

Die Beschäftigtenstruktur (Personalstand 30.06.2009)

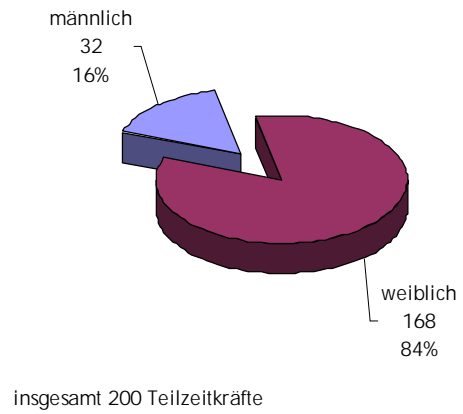
(ohne Abfallwirtschaftsbetrieb, einschließlich Auszubildende und Landesbedienstete)



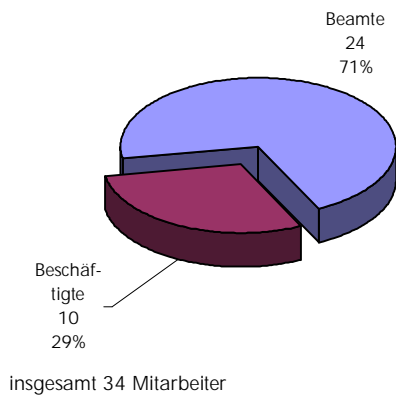
Vollzeit/Teilzeit



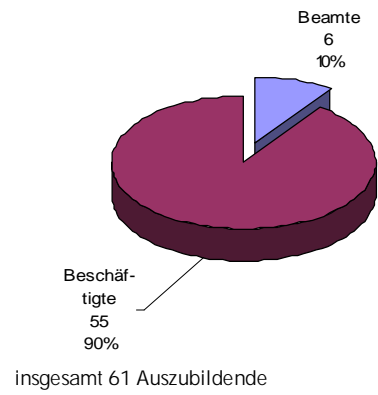
männliche/weibliche Teilzeitkräfte



Landesbedienstete



Auszubildende (Stand: 31.12.2009)



Alterspyramide

Altersbaum der Mitarbeiter des Landratsamtes Calw
am 30.06.2009

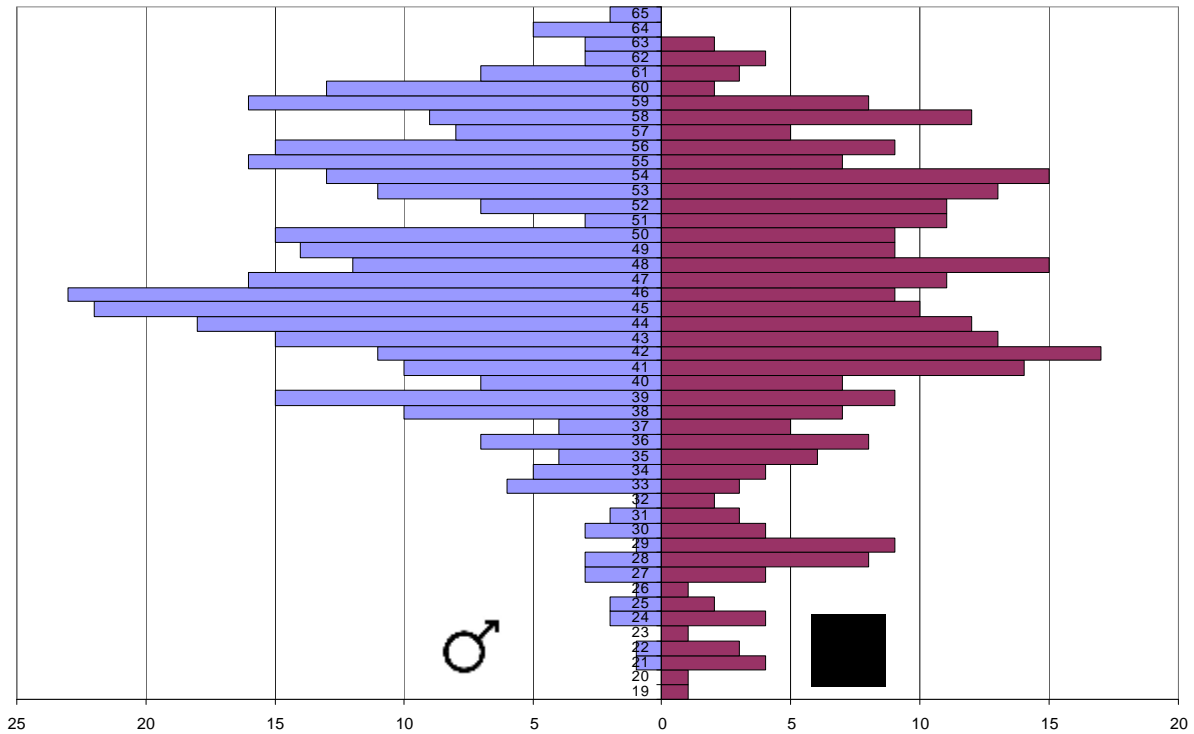
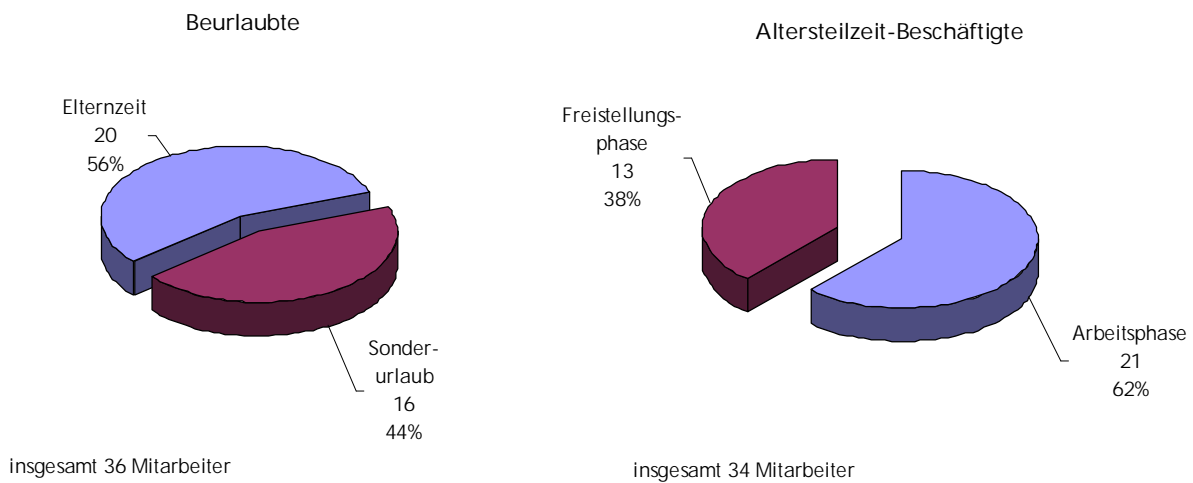


Abbildung 2 - Alterspyramide

In der Alterspyramide sind alle aktiven und beurlaubten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ausgenommen die des AWB berücksichtigt. Nicht berücksichtigt sind Auszubildende und Langzeitpraktikanten.

Beurlaubte und Altersteilzeit (am 30.06.2009)



Personalveränderungen 2009

Wie in den Vorjahren wurden auch 2009 weitere Anstrengungen unternommen, um externe Wiederbesetzungen freiwerdender Stellen zu vermeiden. Die interne Fluktuation war mit 30 Umsetzungen nach Ausschreibung weiterhin auf überdurchschnittlich hohem Niveau.

Stellen- und Personalkostenentwicklung

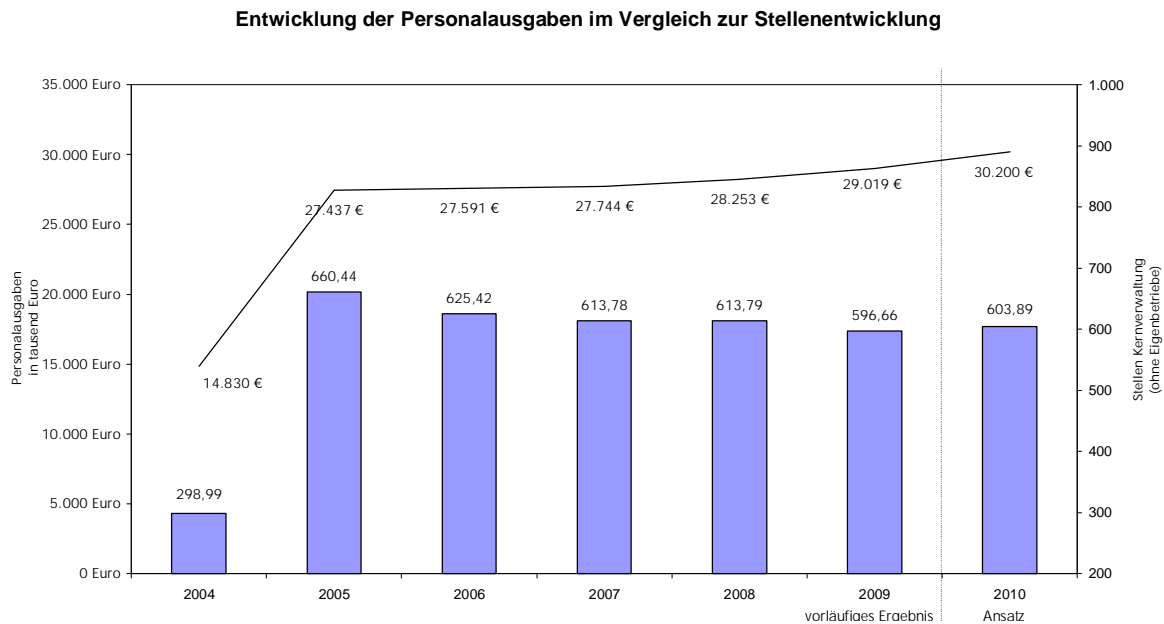


Abbildung 3 - Entwicklung der Personalausgaben im Vergleich zur Stellenentwicklung

Stellenbewertungen

Die nach der Verwaltungsstrukturreform begonnene Bewertung der bis dahin nicht bewerteten oder im Inhalt veränderten Stellen wurde mit sachkundiger Unterstützung der Gemeindeprüfungsanstalt fortgesetzt. Dabei wurden 2009 von der hausinternen Bewertungskommission in zwei Sitzungen insgesamt 26 Stellen bewertet. Etwa 69 % der Stellen wurden höher bewertet, bei den übrigen 31 % wurde die bisherige Einstufung bestätigt.

Ausbildung

„Beim Landkreis Calw wird Ausbildung groß geschrieben“ so die Überschrift einer Pressemitteilung anlässlich der Neueinstellung von 18 Auszubildenden zum 01.09.2009.

Durch eine erfolgreiche und qualitativ hochwertige Ausbildung sichert der Landkreis langfristig die hohe Leistungsfähigkeit seiner Verwaltung.

Herumgesprochen hat sich dies zwischenzeitlich bei den Jugendlichen, was sich an der hohen Anzahl an Bewerbern für die angebotenen Ausbildungsberufe gezeigt hat.

Wir unterstützen die Werbung durch Teilnahme an der regionalen Ausbildungsmesse top.job, welche 2009 in Nagold stattgefunden hat. Dabei konnten sich die Besucher mit praktischen Beispielen, Computersimulationen sowie persönlichen Gesprächen über Ausbildung beim Landkreis informieren. Weiter haben wir uns bei Infoabenden, z.B. bei der Realschule Bad Liebenzell, als Ausbildungsbetrieb präsentieren können. Dass der Landkreis Calw einen guten Ruf als Ausbildungsbetrieb besitzt, zeigt sich auch an der hohen Zahl der Anfragen auf Praktikantenplätze.

Erstmals wurde im Auswahlverfahren der Auszubildenden für den Beruf der Verwaltungsfachangestellte/n sowie der Verwaltungswirte (Beamte mittlerer Dienst) eine Art „Assessment“ durchgeführt. Dies wurde von den Bewerbern begeistert aufgenommen.

Neu war im Jahr 2009 auch der neu gestaltete Ausbildungsgang des bisherigen Beamten im gehobenen Dienst, welcher zum Bachelor of Arts –Public Management wurde. Der Landkreis Calw ist für den Vertiefungsschwerpunkt „Kommunalpolitik –Führen im öffentlichen Sektor“ einer von vier Standorten in Baden-Württemberg zur Durchführung von Arbeitsgemeinschaften.

Beim Landratsamt Calw wurden im Jahr 2009 (Stichtag 31.12.2009) ausgebildet:

Verwaltungsfachangestellte	13
Verwaltungsfachwirte (Beamte im mittl. Dienst)	3
Bachelor of Arts –Public Management 1.Jahr geh.Dienst	2
Bachelor of Arts –Public Management 3.Jahr geh.Dienst	9
Bachelor of Arts – Soziale Dienste (BA)	2
Straßenwärter	3
KfZ-Mechatroniker, Fachrichtung Nutzfahrzeugtechnik	1
Forstwirte	15
Hauswirtschaftlerinnen	2
Vermessungstechniker	4
Bauzeichnerin	1

Von den Auszubildenden, die im Jahr 2009 ihre Ausbildung beendet haben, konnte für alle Verwaltungsfachangestellten und Beamten im mittleren Dienst ein Arbeitsvertrag für ein halbes Jahr abgeschlossen werden. Von diesen sechs Personen konnte zwischenzeitlich für vier ein unbefristetes Arbeitsverhältnis angeboten werden. Mit einem Forstwirt wurde ein Jahresvertrag abgeschlossen.

Das Waldschulheim Burg Hornberg hat für 12 Monate einen Platz für einen Teilnehmer des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) zu Verfügung gestellt.

Gesundheitsförderung und Arbeitsschutz

Arbeitssicherheit

Im Jahr 2009 hat der Arbeitssicherheitsausschuss (ASA), dem Vertreter der Verwaltung, des Personalrats, der Sicherheitsfachkräfte und der Betriebsrat angehören, zwei Sitzungen abgehalten.

Im laufenden Jahr wurde von Kreisbrandmeister Heide eine Brandschutzordnung erstellt und veröffentlicht. Von der EDV-Abteilung wurde in diesem Zusammenhang eine elektronische Alarmierung der Beschäftigten im Brandfall realisiert.

Zum ersten Mal wurde den Beschäftigten mit Dienstfahrten von Betriebsarzt Dr. Dr. Schuler die arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchung G25 „Fahr-, Steuer- und Überwachungstätigkeiten“ angeboten.

Von der Abt. 22, Gesundheit und Versorgung, erhielten die Beschäftigten auch im Jahr 2009 wieder ein Impfangebot gegen die „Neue Grippe“ und die „Saisonale Grippe“. Zum Infektionsschutz gegen die „Neue Grippe“ wurden den Beschäftigten aus kundenintensiven Bereichen Einmalhandschuhe, Infektionsschutzmasken und Hände-Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt.

Gesundheitstag

Am 28.07.2009 fand der 2. Gesundheitstag im Calwer Landratsamt statt. Die Hälfte der Beschäftigten (ca. 350 Personen) nahmen an diesem Tag die Gelegenheit wahr, sich über verschiedene Themen rund um die Gesundheit zu informieren.



In Kooperation mit der AOK Calw, dem Betriebsarzt Dr. Dr. Schuler und der Fachstelle Sucht in Calw wurden interessante und aufschlussreiche Angebote, Kurse und Untersuchungen angeboten.

Einführung eines Müsli-Bufferets

Im Rahmen des neuen Gesundheitsförderprogramms für Beschäftigte wurde im September 2009 das Angebot unserer Landratsamt-Cafeteria um ein Müsli-Bufferet erweitert. Dieses gesunde Frühstück wird seither von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerne und rege in Anspruch genommen.

Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Kindersommer 2009

Ausflüge und Aktionen, Basteln und Spielen – 32 Kinder erlebten auch 2009 wieder vier ereignisreiche Ferienwochen im Calwer Landratsamt.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes hatten vormittags Gelegenheit, ihre 3-12 jährigen Kinder in die Obhut einer ausgebildeten Erzieherin zu geben.

Das inzwischen jährlich stattfindende Angebot für die Eltern ist hervor gegangen aus dem Selbstverständnis des Landkreises Calw, kinder- und familienfreundlich zu sein.



Kindersommer 2009

Dienstvereinbarung Telearbeit

Zur Steigerung der Attraktivität des Landratsamtes Calw als kinder- und familienfreundlicher Arbeitgeber wurde im Oktober 2009 die „Dienstvereinbarung alternierende Telearbeit“ geschlossen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Möglichkeit ihre Arbeitsleistung sowohl zu Hause als auch am Büroarbeitsplatz zu erbringen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Privatleben, Familie und Beruf. Die Telearbeit trägt vor allem dazu bei, die Arbeitszufriedenheit und dadurch die Motivation der Beschäftigten zu erhöhen. Ein günstiger Nebeneffekt der Telearbeit ist die Reduzierung der Umweltbelastungen durch Verminderung der Fahrten vom Wohnort zum Landratsamt.

Flexibler Arbeitsplatz

Zur Verbesserung der Vereinbarkeit zwischen Privat- und Berufsleben wurde 2009 im Landratsamt Calw außerdem der „flexible Arbeitsplatz“ eingeführt. Über ein Notebook wird es Beschäftigten ermöglicht, in Krisensituationen (z.B. Erkrankung von Angehörigen oder bei Abstimmungsproblemen bei der Kinderbetreuung) von zu Hause aus zu arbeiten.

Organisation

Dienstleistungszertifikat „Kommunale Kompetenz“

2008 wurde uns von der Wirtschaftsförderung Nordschwarzwald GmbH erneut das Dienstleistungszertifikat „Kommunale Kompetenz“ verliehen. Im Herbst 2009 stand nun ein Überwachungs-Audit durch die DEKRA Umwelt GmbH an, welches feststellen sollte, ob wir die Kriterien nach wie vor in vollem Umfang erfüllen. An insgesamt 2 Tagen wurde durch den Auditor in diversen Interviews überprüft, ob die Voraussetzungen noch vorliegen. Das Audit wurde positiv beendet. Herr Dettke von der DEKRA Umwelt GmbH beglückwünschte uns zu dem Ergebnis.

Aktives Ideen- und Beschwerdemanagement

Nachdem 2008 ein sehr großer Rückgang der Beschwerden zu verzeichnen war, wurden in 2009 so genannte „Aktivierungswochen“ eingeführt. Im Mai und Oktober haben wir jeweils 2 Wochen lang Antwortkarten mit allen Ausgangsschreiben (außer Negativbescheide) an die Bürger versenden.

Übersicht der Rückmeldungen 2009

Insgesamt Rückmeldungen	57
Kritik über Dauer der Entscheidung	1
Kritik über die Freundlichkeit	4
Kritik an fachlicher Entscheidung	4
Sonstige Kritik	12
Anregungen	13
Lob	23

Auffallend sind die zahlreichen positiven Rückmeldungen. Diese sind nicht nur auf einen bestimmten Bereich oder eine Abteilung zurückzuführen, sondern betreffen das gesamte Landratsamt quer durch alle Bereiche.

In absehbarer Zeit wird unsere Kundschaft die Karten kostenlos an das Landratsamt zurücksenden können. Wir erhoffen uns dadurch noch mehr Rücklauf.

Vorschlagswesen

2009 wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 12 Verbesserungsvorschläge eingereicht. Davon wurden 8 umgesetzt und entsprechend prämiert. Eine neu entwickelte Prämienmatrix ermöglicht die Ausschüttung von höheren Prämienbeträgen, künftig auch für Vorschläge ohne monetäre Auswirkung.

Neues kommunales Haushalts- und Rechnungswesen

Das Gesetz zur Reform des Gemeindefirtschaftsrechts wurde vom Landtag am 22.04.2009 beschlossen und ist rückwirkend zum 01.01.2009 in Kraft getreten. Auch die Gemeindehaushaltsverordnung und die Gemeindegeldverordnung wurden inzwischen an die neue Gemeindeordnung angepasst; beide Verordnungen wurden vom Innenministerium am 11.12.2009 erlassen und sind zum 01.01.2010 in Kraft getreten.

Das Gesetz zur Reform des Gemeindefirtschaftsrechts sieht eine Übergangsfrist von sieben Jahren vor, d.h. spätestens ab dem Jahr 2016 ist das neue Recht von allen Kommunen anzuwenden.

Beim Landkreis Calw wurde die Systemumstellung wie geplant und vom Kreistag beschlossen zum 01.01.2010 vollzogen.

Projektverlauf im Jahr 2009:

- Im ersten Quartal wurde die Erarbeitung der Stammdaten für den neuen Haushalt weitestgehend abgeschlossen.
- Ab März 2009 wurde das neue SAP-System aufgebaut. Die Umstellung auf das neue Recht erfolgte durch einen Wechsel von SAP PSM (Public Sector Management) bzw. FIWES Classic (das bis 2009 noch für die Einnahmen genutzt wurde) auf SAP NKHR (Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen), d.h. das gesamte Rechnungswesen wurde komplett neu aufgesetzt.
- Von März bis Mai 2009 wurden zunächst die Mitarbeiter/innen der Abteilung Finanzen am neuen System geschult.
- Im April 2009 fanden zur Vorbereitung auf die Haushaltsplanung nach neuem Recht Schulungen der Bereichs- und Abteilungsleitungen statt.
- Anfang Mai 2009 wurden den Bereichs- und Abteilungsleitungen die Grundlagen für die Haushaltsplanung zur Verfügung gestellt. Die Planung erfolgte anhand von Excel-Listen, so dass die neuen Sachkonten den bisherigen Gruppierungen gegenübergestellt und alle neuen Kontierungsobjekte wie Produkte und Kostenstellen, übersichtlich dargestellt werden konnten.
- Juli/August 2009: Erfassung der Plandaten im neuen System durch die Abteilung Finanzen.
- Für die Mitglieder des Kreistags wurden im Juli und September 2009 Schulungstermine angeboten. Knapp die Hälfte der Kreisräte hat das Angebot in Anspruch genommen.
- Ab Ende September erfolgte die Beratung des neuen Haushalts in den Gremien, zunächst in der Haushaltsstrukturkommission, im November/Dezember in den Ausschüssen und im Kreistag. Der erste Haushalt nach neuem Recht wurde vom Kreistag am 14. Dezember 2009 beschlossen.
- Parallel zur Beratung in den Kreisgremien erfolgten die Vorbereitungen zur Übernahme der Bewegungsdaten (Stammdaten Kreditoren und Debitoren, offene Posten Debitoren) ins neue System.
- Die Mitarbeiter/innen der Abteilungen wurden im November und Dezember am neuen System geschult.

- Nach Datenübernahme durch das Rechenzentrum erfolgte die Produktivsetzung am 11.01.2010.

Haushalt

Die Abteilung Finanzen forderte nach dem Stand vom 31.05. und 31.08. Budgetberichte (noch nach kameralem Recht) von den Abteilungen an und informierte am 15.06.2009 und 30.11.2009 den Verwaltungsausschuss des Kreistags über die Entwicklung des Haushalts 2009.

Die Steuerkraftsumme 2009 des Landkreises erhöhte sich um etwa 9 % auf rund 164,9 Mio. EUR (Vorjahr 151,0 Mio. EUR) und lag somit bei etwa 1.041 EUR je Einwohner (Vorjahr 948 EUR). Im Landesdurchschnitt waren dies 1.121 EUR je Einwohner (Vorjahr 1.020 EUR).

Der Haushalt 2010 wurde im Kreistag am 02.11.2009 eingebracht und am 14.12.2009 verabschiedet und zwar nach dem Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen. Der Haushaltsplan sieht einen um 1,15 %-Punkte auf 27,7 v.H. verminderten Kreisumlagehebesatz vor. Im Jahr 2009 waren es noch 28,85 v.H.. Damit nahm der Landkreis Calw landesweit den 7. Platz der niedrigsten Hebesätze ein. Im Landesdurchschnitt belief sich die Kreisumlage 2009 auf 32,15 Punkte.

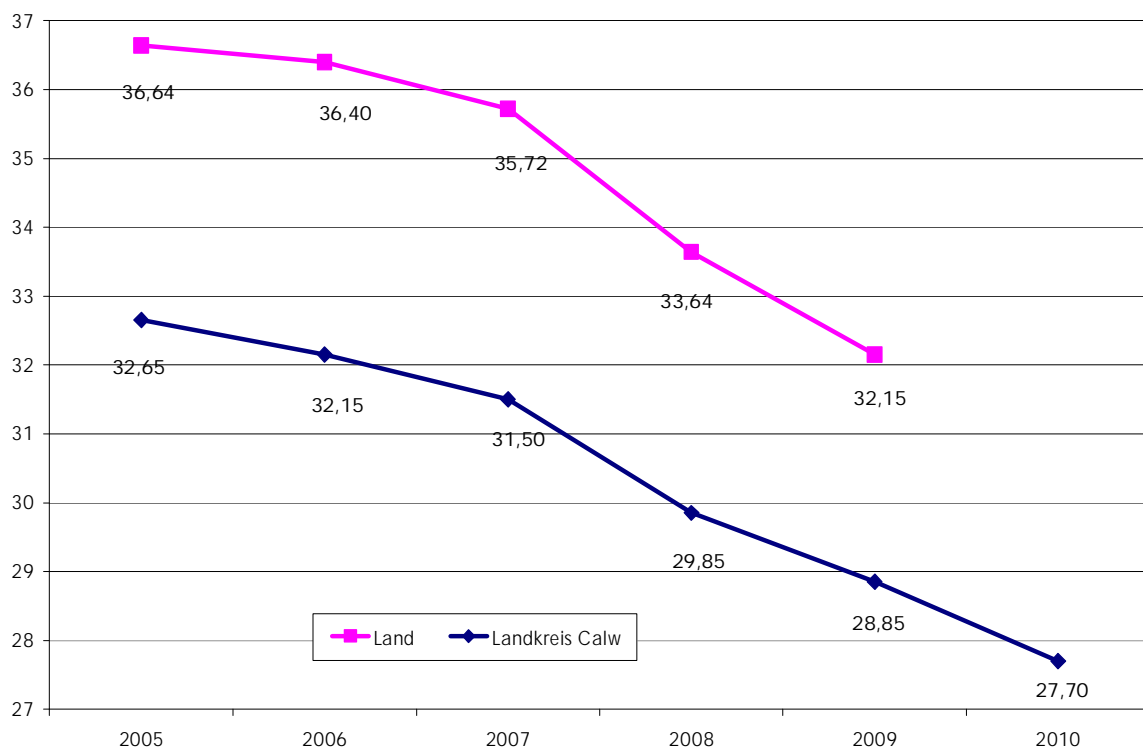


Abbildung 4 - Kreisumlage-Hebesatz in %

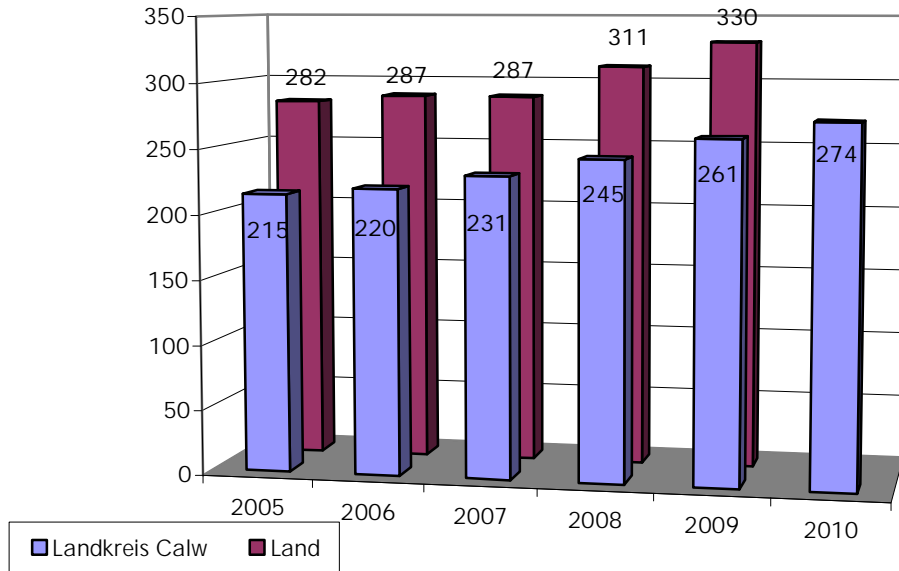


Abbildung 5 - Kreisumlage pro Einwohner in EUR

Der Planansatz des Ergebnishaushaltes 2010 hat ein Volumen von 120,2 Mio. EUR. Der nicht direkt vergleichbare kamerale Verwaltungshaushalt hatte 2009 ein Volumen von 160,6 Mio. EUR. Der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Finanzhaushalt beträgt 20,19 Mio. EUR (Vorjahresansatz im kameralem Vermögenshaushalt 21,63 Mio. EUR).

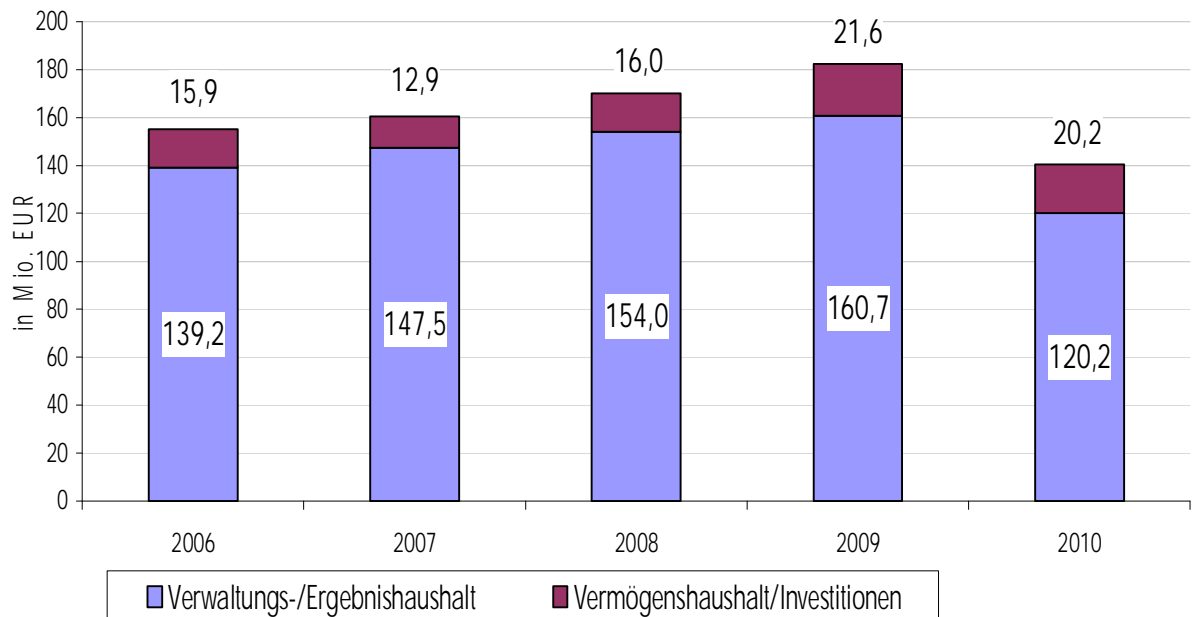


Abbildung 6 - Entwicklung Verwaltungs- und Vermögenshaushalt bis 2009 und Ergebnishaushalt und Investitionen 2010

Der tatsächliche Schuldenstand des Landkreises (einschließlich Krankenhäuser) betrug zum 31.12.2009 rund 34,3 Mio. EUR. Dies entspricht einer Belastung von 217 EUR je Einwohner.

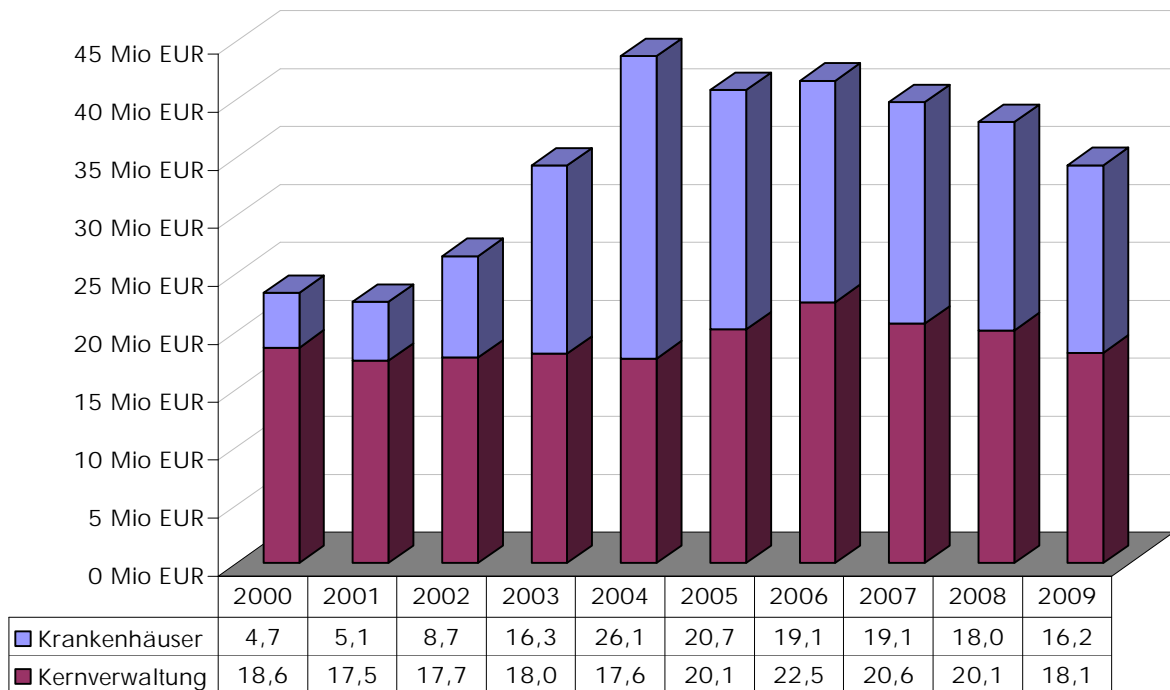


Abbildung 7 - Schuldenstand Landkreis Calw absolut

Allein auf den Kernhaushalt bezogen betrug der Schuldenstand Ende 2009 rund 18,1 Mio. EUR (114 EUR je Einwohner).

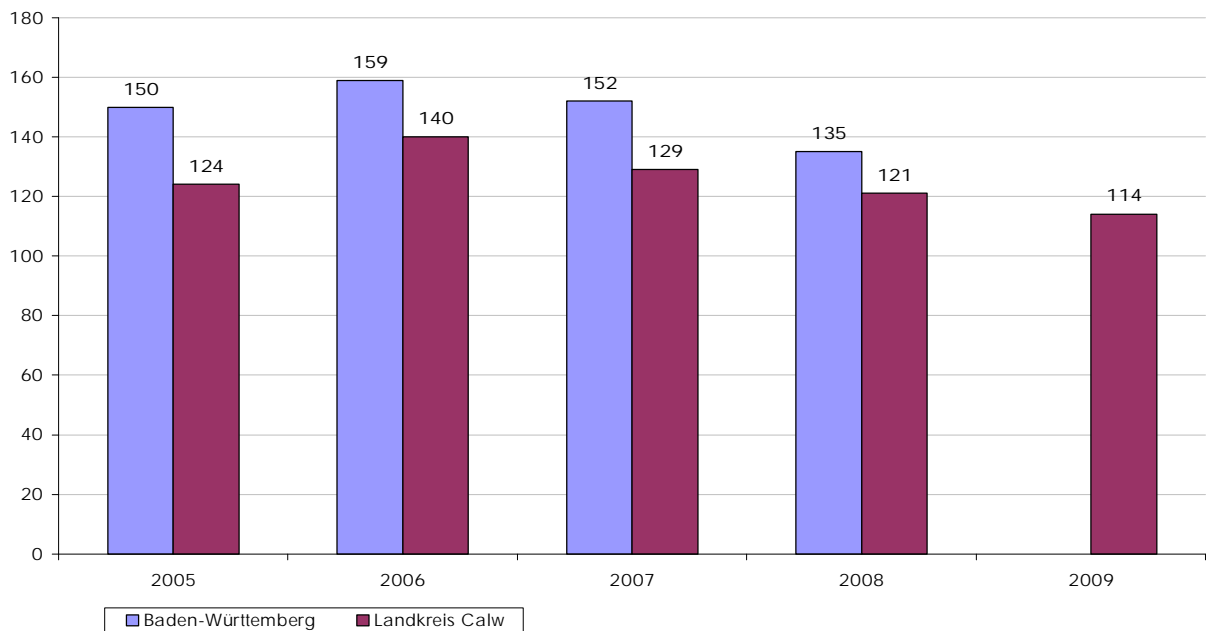
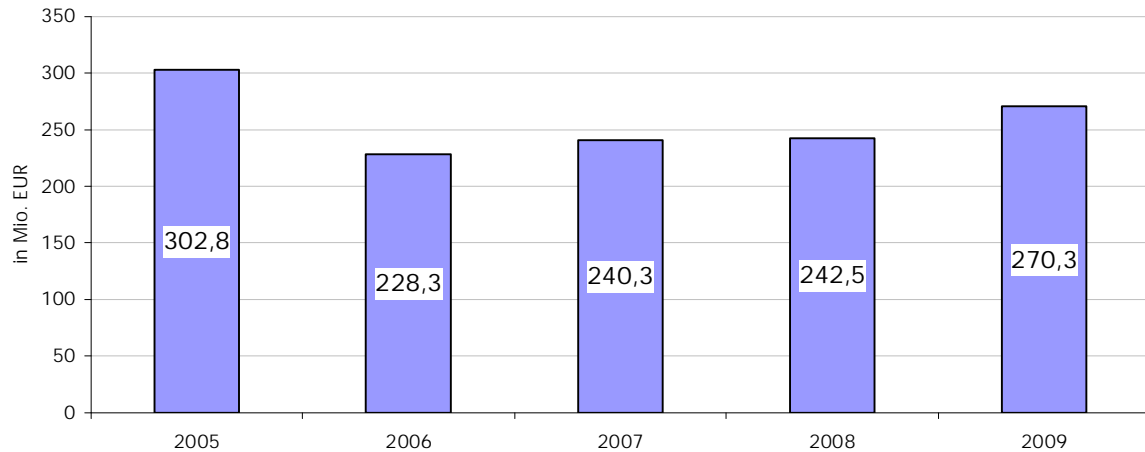


Abbildung 8 - Schulden der Stadt- und Landkreise (Kernverwaltung) pro Einwohner in EUR

Kreiskasse

Die Kreiskasse erledigt alle in der Gemeindekassenverordnung aufgeführten Kassengeschäfte des Landkreises einschließlich der Erstellung des kassenmäßigen Abschlusses. Sie wird in Form einer Einheitskasse geführt; d.h. trotz der Ausgliederung des Rechnungswesens der „Immobilien Kreiskrankenhäuser“ ist diese in Form einer verbundenen Sonderkasse mit der Kreiskasse verknüpft.

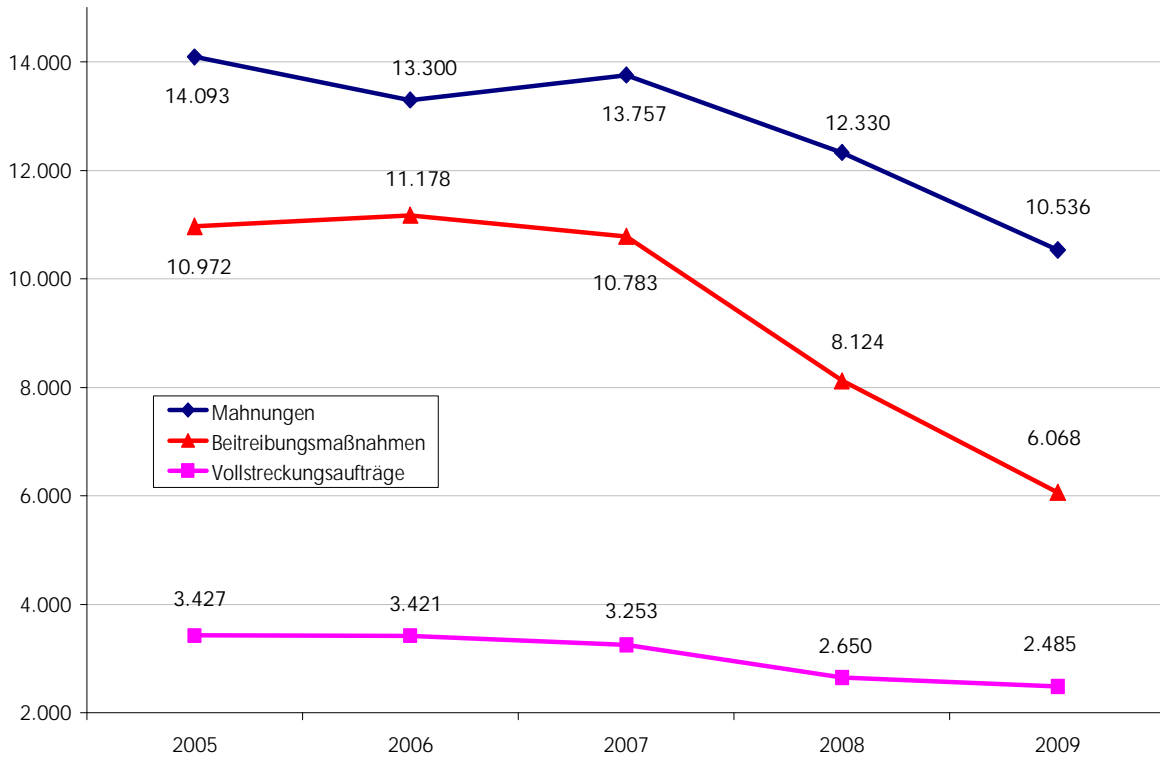
Der Kassenumsatz 2009 belief sich auf 270,3 Mio. EUR (Vorjahr 242,5 Mio. EUR).



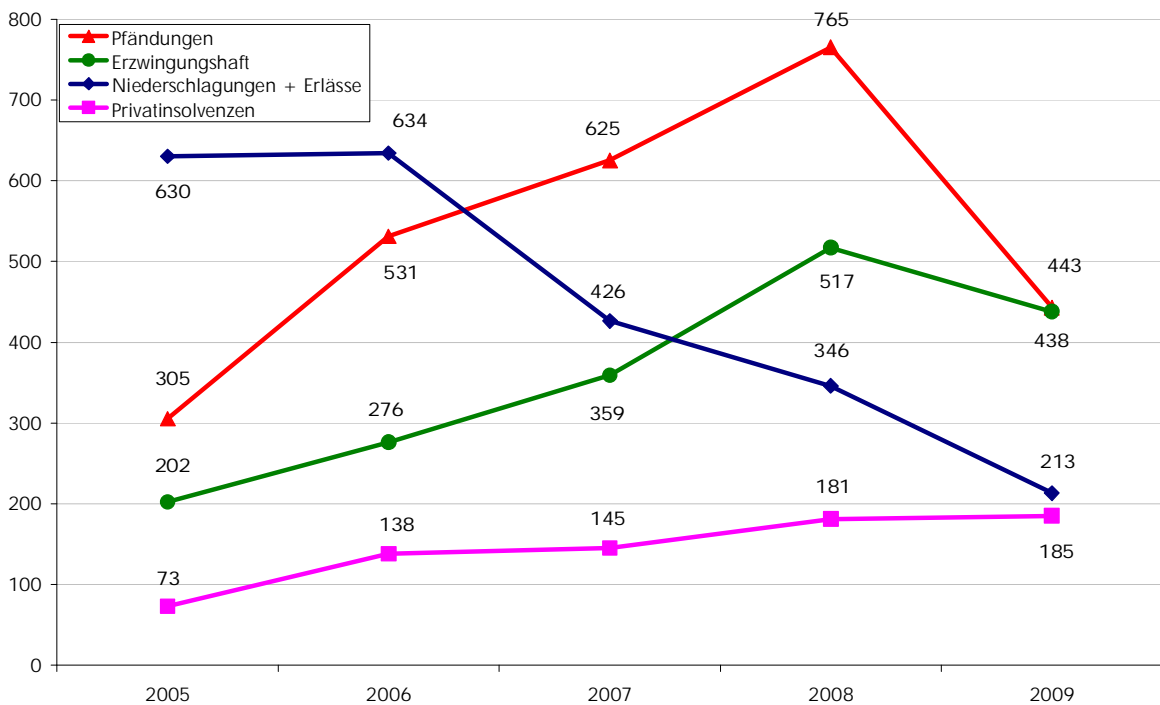
Beitreibungsstelle

Die Beitreibungsstelle weist für 2009 folgende Fallzahlen aus (Vorjahr kursiv):

Mahnungen und Zahlungserinnerungen (ohne Krankenhäuser und Abfallwirtschaftsbetrieb)	10.536	12.330
Beitreibungsmaßnahmen im Programm „AVVISO“	6.068	8.124
Vollstreckungsaufträge an Gerichtsvollzieher und Vollstreckungsbeamten	2.485	2.650



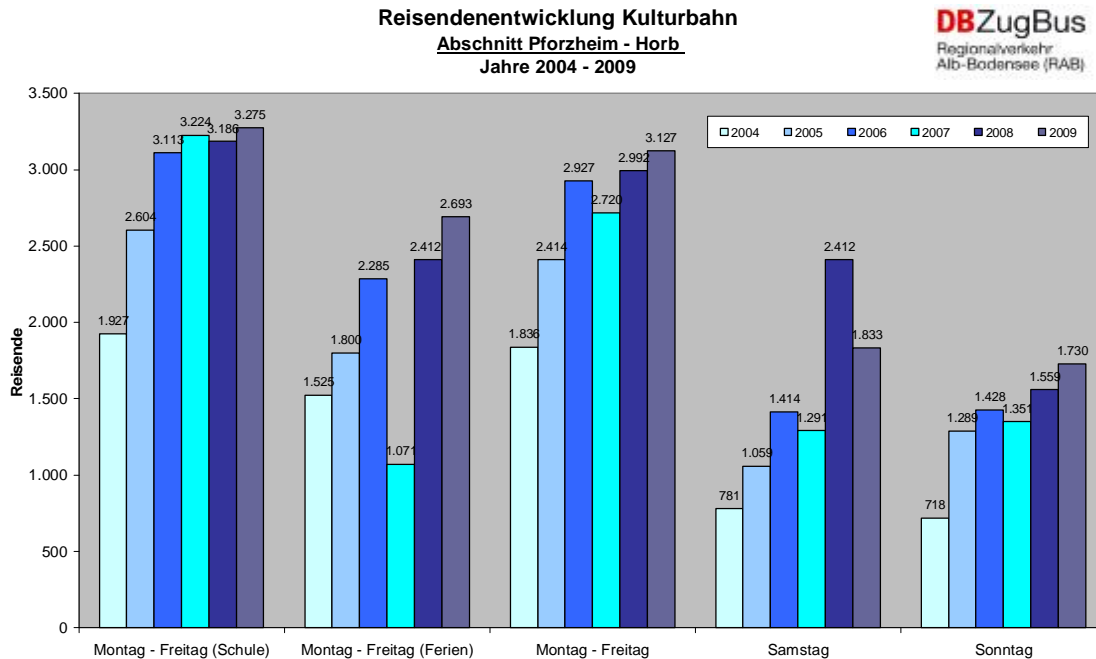
Lohn-, Gehalts- und Bankpfändungen	443	765
Anträge auf Erzwingungshaft	438	517
Niederschlagungs- und Erlassverfügungen	213	346
Privatinsolvenzen, die bei der Beitreibungsstelle anhängig sind	185	181



Kulturbahn im Nagoldtal

Die Planungen für die Modernisierung bzw. den Neubau der Haltepunkte Unterreichenbach, Bad Liebenzell, Wildberg, Bf Nagold, Nagold-Stadtmitte und Nagold Iselshausen wurden im Verlauf des Jahres 2009 stetig weiter verfolgt. Einer pünktlichen Einweihung aller neugebauten bzw. modernisierten Haltepunkte im Nagoldtal zur 2012 in Nagold stattfindenden Landesgartenschau steht nach derzeitigem Kenntnisstand nichts im Wege.

Wie schon in den Jahren zuvor entwickelten sich auch 2009 die Fahrgastzahlen auf der Kulturbahn fast durchweg positiv. Wie der Betreiber, die DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB), ermittelt hat, nutzen unter der Woche und an Sonntagen mehr Fahrgäste als je zuvor das schnelle und komfortable Mobilitätsangebot zwischen Horb im Süden und Pforzheim im Norden. Zu den Steigerungen beigetragen hat sicherlich die im landesweiten Vergleich überdurchschnittliche Pünktlichkeit von 98%.



Schienenverbindung Calw – Weil der Stadt

Nachdem im Jahr 2008 die grundsätzliche Förderfähigkeit einer Verlängerung der S-Bahn über Weil der Stadt hinaus nach Calw festgestellt wurde, wurden die fachlichen Planungen im Verlaufe des Jahres 2009 intensiv vorangetrieben und in vielen Bereichen bereits abgeschlossen. Wie bei Projekten dieser Größenordnung nicht unüblich, warf eine zunehmende Planungstiefe neue Herausforderungen auf, die zu zeitlichen Anpassungen geführt haben. Das Stellen des GVFG-Antrages verschiebt sich daher.

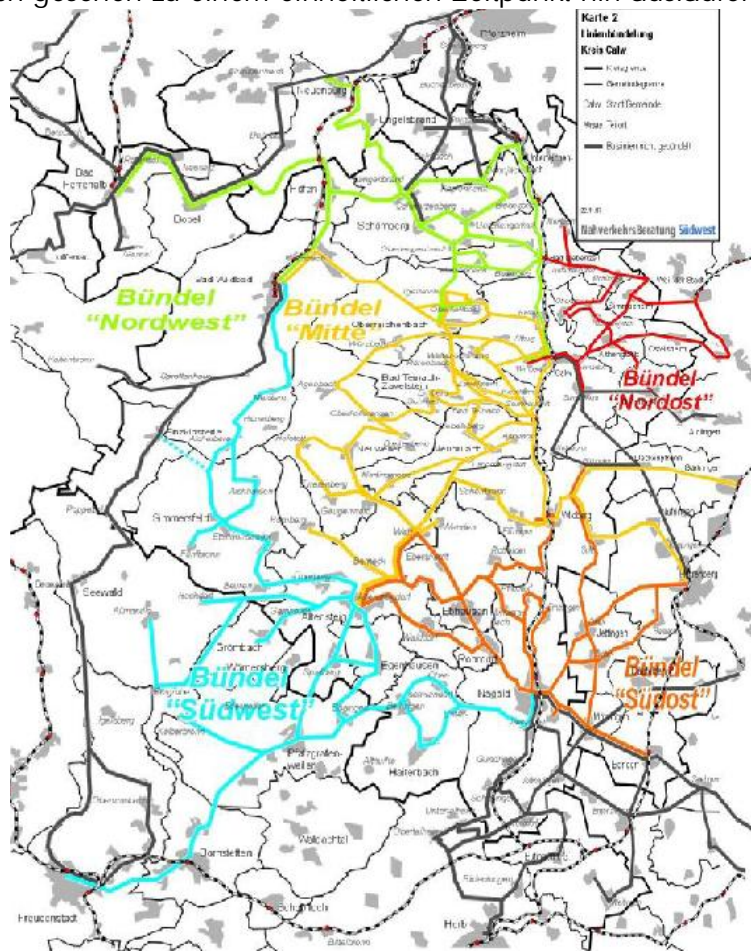
Die Zwischenzeit wurde aber zur Detaillierung und Optimierung verschiedenster technischer Parameter genutzt, so dass sich das Gesamtprojekt nicht verzögert hat.

Schienenverbindung Nagold – Herrenberg

Für die avisierte Strecke Nagold – Herrenberg wurden die beim Projekt „S-Bahn Calw – Stuttgart via Weil der Stadt“ gewonnenen Erfahrungen genutzt, um weiteres Optimierungspotential zu heben. Erste Untersuchungen ergaben, dass Trassenvarianten mit einem Nutzen -Kosten-Faktor >1 nicht ausgeschlossen sind und dass vertiefte Untersuchungen lohnen. Langfristig ist somit eine Verlängerung der derzeit in Herrenberg endenden S-Bahn-Linie 1 in Richtung Nagold denkbar.

Linienbündelung und Calwer Weg

Der am 17.12.2007 vom Kreistag einstimmig gefasste Linienbündelungsbeschluss (Schaffung der fünf Linienbündeln „Nordwest“, „Nordost“, „Mitte“, „Südwest“ und „Südost“ durch Zusammenfassung jeweils mehrerer Buslinien zu einem Bündel bei kreisweit über 70 Buslinien und 16 Verkehrsunternehmen als Konzessionsinhaber) stellt die erforderliche rechtliche Grundlage für die Genehmigungsbehörde dar, um Konzessionslaufzeiten einzelner Linien, welche räumlich und funktional zusammenhängen, zeitlich gesehen zu einem einheitlichen Zeitpunkt hin auslaufen zu lassen.



Durch Aufnahme eines zusätzlichen Beschlusspunktes mit dem Wortlaut „Die Verkehrsunternehmen sind aufgerufen, an der Ausgestaltung des Liniennetzes konstruktiv mitzuwirken und hierzu rechtzeitig eigene Vorschläge zu machen“ wurde den im Landkreis Calw tätigen Verkehrsunternehmen die Möglichkeit eingeräumt, ein eigenes, auf Kooperationen basierendes Konzept zu erstellen. Der vorgenannte Kreistagsbeschluss hat die Verkehrsunternehmen ganz offensichtlich dazu motiviert, ihre Bemühungen um einen effizienteren und leistungsfähigeren ÖPNV deutlich zu steigern.

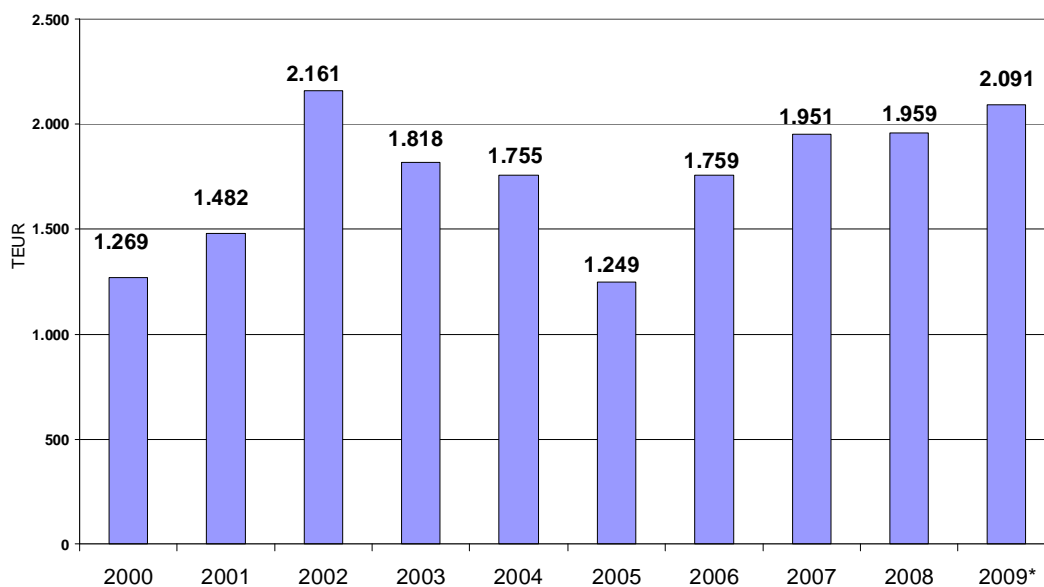
Der Landkreis steht dem Konzept der Verkehrsunternehmen, dem sogenannten „Calwer Weg“, aufgeschlossen gegenüber. Dies zeigt sich durch die Bildung einer Lenkungsgruppe ÖPNV, welche sich aus Vertretern des Landkreises sowie der Unternehmen zusammensetzt und den „Calwer Weg“ konstruktiv begleitet.

Sollten die Verkehrsunternehmen nachweisen können, dass die vom Landkreis geforderten Kriterien erfüllt werden und somit eine Gleichwertigkeit beider Konzepte besteht, könnte das Linienbündelungskonzept ganz oder in Teilen durch den „Calwer Weg“ abgelöst werden. Eine Entscheidung darüber wird voraussichtlich im Frühjahr 2010 fallen.

Schülerbeförderung

Um den ständig steigenden Kosten und dem wachsenden Finanzierungsbedarf bei der Schülerbeförderung entgegenzuwirken, wurde im Jahr 2006 das gedeckelte Zuschussverfahren im Landkreis Calw eingeführt. So konnten in den darauffolgenden Jahren trotz jährlich wiederkehrenden Tarifierhöhungen die Planansätze für die Fahrschüler im öffentlichen Personennahverkehr gehalten werden.

Zuschussbedarf Schülerbeförderung 2000 - 2009



2009*: Vorläufiges Ergebnis mit Stand 28. Januar 2010

Kostenintensiver stellt sich die Schülerbeförderung zu den Förder- und Sonderschulen im Landkreis Calw dar. Hier mussten in den letzten Jahren erhebliche Preissteigerun-

gen akzeptiert und genehmigt werden. So wurden alleine für die Beförderung der Schülerinnen und Schüler des Sprachheilzentrums in Calw-Stammheim im Jahr 2009 rund 783 Tausend Euro an Beförderungskosten erstattet.

In diesem Zusammenhang ist auch die zunehmende Anzahl von behinderten Kindern, die integriert betreut bzw. beschult werden, zu beobachten.

Wesentliche Veränderungen der Schullandschaft (z.B. Werkrealschulen und Ganztagsbetreuung) stehen bevor, die das Erfordernis einer Neufassung der Satzung über die Erstattung der notwendigen Beförderungskosten nach sich ziehen. Dies wird zum Schuljahreswechsel 2010/2011 erfolgen müssen.

Wohnraumförderung

Das baden-württembergische Landeswohnraumförderungsprogramm 2009 wurde am 02.01.2009 mit einem Volumen von rd. 99,45 Mio EUR gestartet. Dieses Budget lag um 25 Mio EUR über dem Bewilligungsrahmen des Jahres 2008 mit 74,45 Mio EUR. Geplant war die Förderung von selbst genutzten 2.400 Wohneinheiten und 830 Mietwohnungen. Wie bisher sollten mit diesem Programm Familien in die Lage versetzt werden, sich sowohl für Wohneigentum als auch für Kinder als die Zukunft unserer Gesellschaft zu entscheiden.

Im Landkreis Calw wurden im Jahr 2009 Förderdarlehen in Höhe von rd. 7,06 Mio EUR beantragt. Dies entspricht einem Barwert der Förderung in Höhe von rd. 1,52 Mio EUR.

Wie im Vorjahr beinhaltete das Programm 2009 auch die Option auf eine weitere Förderung für Kinder, die in den sechs Jahren nach Darlehenszusage geboren werden. „Optionsdarlehen“ wurden in Höhe von rd. 871.000 EUR beantragt.

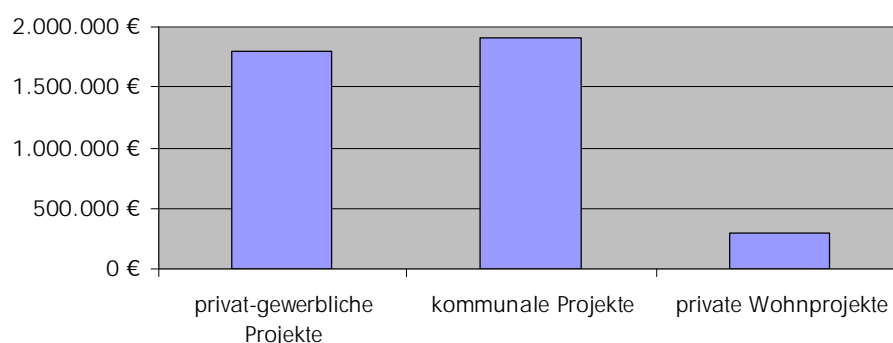
Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)

Die Landkreisverwaltung koordiniert das ELR auf Landkreisebene. Sie unterstützt die Gemeinden bei der Antragstellung und setzt sich auf Landesebene für die zur Förderung vorgeschlagenen Projekte ein. Darüber hinaus ergreift sie die Initiative, um sowohl möglichst vielen Projekten, die bei der ersten Einplanung vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum nicht berücksichtigt worden waren, als auch Nachzüglern mit hoher Dringlichkeit ein Nachrücken ins Programm zu ermöglichen.

Erfolgreiche Bilanz 2009

Insgesamt konnten 43 Projekte mit rund 4,1 Mio. EUR gefördert werden. Durch diesen Zuschuss wurden Investitionen von rund 34 Mio. EUR ermöglicht. Wie die Grafik "eingeplante ELR-Fördermittel 2009" zeigt, erhielten Projekte aus drei Bereichen Förderung: 18 privat-gewerbliche Projekte in Höhe von 1,8 Mio. EUR, 14 kommunale Projekte in Höhe von 1,9 Mio. EUR und 11 private Wohnprojekte in Höhe von 0,3 Mio. EUR.

eing geplante ELR-Fördermittel 2009

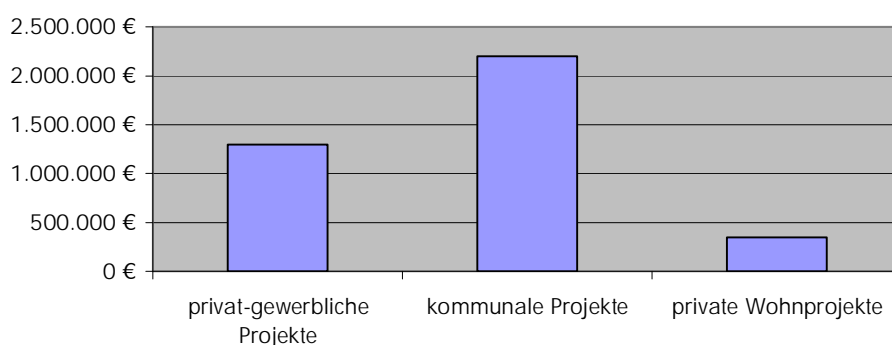


Während in den vergangenen sechs Jahren die Höhe der jährlichen Förderung zwischen zwei und drei Mio. EUR lag, wurde die Rekordsumme 2009 durch die ELR-Sonderausschreibung im Mai möglich. Die Landesregierung hatte beschlossen, mit Bundesmitteln aus dem Konjunkturpaket II den ELR-Topf zum zweiten Mal in einem Jahr zu füllen. Die Mittel aus dieser zweiten ELR-Antragsrunde wurden vorrangig für kommunale Projekte verwendet.

Programmjahr 2010

Für das Programmjahr 2010 wurden 51 Anträge eingereicht. Die beantragten Projekte umfassen ein Investitionsvolumen von rund 29 Mio. EUR und haben einen Zuschussbedarf von rund 3,9 Mio. EUR. Die Grafik "beantragte ELR-Fördermittel 2010" zeigt die Verteilung der beantragten Projekte nach Bereichen: 21 privat-gewerbliche Projekte mit rund 1,3 Mio. EUR, 15 kommunale Projekte mit rund 2,2 Mio. EUR und private 15 Wohnprojekte mit 0,35 Mio. EUR.

beantragte ELR-Fördermittel 2010



Die Entscheidung über die Einplanung der einzelnen Maßnahmen in das Programm 2010 wird das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum bis spätestens Ende März 2010 treffen. Die Landkreisverwaltung ist fest entschlossen, die Erfolgsbilanz des ELR auch in diesem Jahr weiterzuführen und bis Jahresende möglichst viele Fördermittel für strukturell bedeutsame Vorhaben in den Landkreis Calw zu lenken.

LEADER- Nachhaltige Regionalentwicklung im Nordschwarzwald

LEADER ist ein Regionalentwicklungsprogramm der Europäischen Union und des Landes Baden-Württemberg zur Förderung innovativer Entwicklungsansätze und Projekte im ländlichen Raum. Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung und wirtschaftliche Stärkung der strukturschwachen ländlichen Regionen in Europa.

LEADER steht für „Liason entre actions de développement de l'économie rurale“ (Verbindung von Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft).

Verantwortlich für die Programmumsetzung auf regionaler Ebene ist die LEADER-Aktionsgruppe Nordschwarzwald. Sie besteht aus 27 Mitgliedern, die, entsprechend dem „bottom-up-Ansatz“, landkreis- und fachübergreifend zusammenarbeiten. Vorsitzender der Aktionsgruppe war Landrat Hans-Werner Köblitz. Vertreten wird er durch den Freudenstädter Landrat Peter Dombrowsky und den Rastätter Landrat Jürgen Bäuerle. Unterstützt und beraten wird die Aktionsgruppe durch die Geschäftsstelle, die ihren Sitz im Landratsamt Calw hat.

Die LEADER-Aktionsgruppe legt die Entwicklungsschwerpunkte und Entwicklungsziele für ihre Region fest und entscheidet darüber, welche Projekte diesen Zielen am besten Rechnung tragen und gefördert werden.

Entwicklungsschwerpunkte für die Förderperiode 2008-2013 sind:

- Sicherung der Lebensqualität, insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung
- Förderung eines nachhaltigen Gesundheits- und Naturerlebnistourismus
- Erhalt und Pflege der Kulturlandschaft
- Förderung des heimischen Rohstoffs Holz als Baustoff und Energielieferant
- Förderung der regionalen und transnationalen Zusammenarbeit

Das LEADER-Gebiet Nordschwarzwald erstreckt sich über die drei Landkreise Calw, Freudenstadt und Rastatt und umfasst 28 Gemeinden.

Seit dem Beginn der neuen Förderperiode im Januar 2008 wurden bereits 29 Projekte durch die Aktionsgruppe beschlossen. Mit diesen Projekten wurde bislang ein Investitionsvolumen von rund 6,8 Mill. Euro ausgelöst und Fördermittel in Höhe von rund 2,9 Mill. Euro gebunden. Damit konnte in den ersten beiden Jahren der neuen Förderperiode bereits ein deutlich höheres Investitionsvolumen ausgelöst werden als über die gesamte letzte Programmperiode. Diese Zahlen machen deutlich, dass sich LEADER als wichtiges Förderinstrument der Regionalentwicklung im Nordschwarzwald etabliert hat.

Weitere Informationen können auf der Homepage der LEADER-Aktionsgruppe Nordschwarzwald unter www.leader-nordschwarzwald.de abgerufen werden.

Liegenschaften

Allgemeines

Die im Haushaltsjahr 2008 sprunghaft gestiegenen Energiekosten zusammen mit der stagnierenden Wirtschaft haben die bisherigen Bemühungen des Landkreises Calw um Ressourcen schonenden Umgang mit Energie in Form des Konjunkturpakets II unterstützt. Neben den laufenden Projekten wurden daraus weitere vier neue Projekte umsetzungsreif geplant, ausgeschrieben und bereits teilweise noch im Haushaltsjahr 2009 umgesetzt. Dies sind folgende Maßnahmen:

- Energetische Sanierung Flachdach Werkstätten mit Erneuerung der Sheds am Kreisberufsschulzentrum Nagold
- Energetische Sanierung der drei restl. Unterverteiler KBSZ Calw
- Energetische Verbesserung durch Einbau einer Heizanlage im KBSZ Nagold auf regenerativen Brennstoff Pellets (Redundanz Gas/Öl)
- Energetische Verbesserung durch Einbau einer Heizanlage im KGHS Bad Teinach-Zavelstein auf regenerativen Brennstoff (Redundanz Gas/Öl) -ein gemeinsames Projekt mit der Stadt Bad Teinach-Zavelstein

Allein diese Maßnahmen lösen Investitionen von über 2,2 Mio. EUR aus. Die Pelletheizung am Kreisberufsschulzentrum in Nagold wurde noch kurz vor Weihnachten in Betrieb genommen. Damit wird in allen großen Liegenschaften der Kernverwaltung der Großteil der Wärmeenergie mit regenerativen Brennstoffen erzeugt.

Die Bemühungen des Landkreises, seine Dächer für Photovoltaik zur Verfügung zu stellen, waren im Jahr 2009 ebenfalls erfolgreich. Bis zum Jahresende 2009 konnten rund 700 Kwp in Betrieb genommen werden.

Kreisschulen

Auch im Haushaltsjahr 2009 lag der Aufgabenschwerpunkt im Kreisberufsschulzentrum Calw. Der 2008 begonnene 1. Bauabschnitt der Erweiterung wurde zum Schuljahresbeginn 2009/2010 (inkl. der umfangreichen Einhausung des Haupttreppenhauses als Brandschutzaufgabe) in Betrieb genommen. In den Sommerferien wurde der gesamte Eingangsbereich mit Parkett ausgestattet und ein neuer Serverraum in Betrieb genommen. Im 2. Bauabschnitt konnte zum Jahresende bereits frühzeitig große Kostensicherheit durch eine Ausschreibung der wesentlichen Gewerke erreicht werden. Ziel ist es, den 2. Bauabschnitt zum Schuljahresbeginn 2010/2011 dem Schulbetrieb zu übergeben.

Im Internat des Kreisberufsschulzentrums Calw wurde die Generalsanierung der Sanitäranlagen abgeschlossen.

Umfangreiche Brandschutzmaßnahmen bildeten den Schwerpunkt in der Karl-Georg-Haldenwang-Schule.

Sonstige Gebäude

Im Jahre 2009 wurde bei den beiden noch bestehenden Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge und Aussiedler quasi Vollauslastung erreicht. Für darüber hinausgehende Spitzen wurde über alternative Lösungen nachgedacht.

EDV

Im Jahr 2009 wurde das Themenfeld „EDV“ in der gesamten Vielfältigkeit, sowohl EDV-organisatorisch wie auch systemtechnisch, umfassend bearbeitet. Die Datensicherheit, die von externen, zertifizierten Prüfern geprüft und für gut bis sehr gut befunden wurde, die Übertragung von Programmen und Daten von physischen Servern in virtuelle Server oder der Neueinsatz und die Weiterentwicklung von Fachverfahren sind nur einige herauszuhebende Themen.

Datenschutz und Datensicherheit

Der EDV-Einsatz beim Landratsamt Calw ist seit Einrichtung des PC-Netzes 1999 an den damaligen Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ausgerichtet. Zu den getroffenen Maßnahmen gehörten frühzeitig die Einrichtung und der Einsatz eines Firewallsystems und die Erstellung von Sicherheits-Grundregeln für die Nutzung der EDV. Seit dem Jahr 2006 ist uns die Anwendung der sehr umfangreichen Grundschutzkataloge des BSI vom Ministerium für Ländlichen Raum (MLR) im Rahmen der EU-Zahlstelle verbindlich vorgeschrieben. Das Jahr 2009 war geprägt durch die Erledigung folgender Aufgaben:

- Sehr intensiver Ausbau und Dokumentation von Sicherheitsregelungen im Zusammenhang mit den Vorgaben des MLR zur EU-Zahlstelle und Vorbereitung der sehr umfangreichen Prüfung durch BSI-zertifizierte Auditoren
- Überprüfung aller getroffenen Datenschutzmaßnahmen im Vorfeld einer Prüfung durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz im Bereich Versorgung
- Umfangreiche Prüfung der getroffenen Regelungen zur Freigabe von Programmen, u. a. in Gesprächen mit dem Personalrat und der Datenschutzbeauftragten
- Ablösung des alten Firewallsystems durch eine moderne, leistungsfähige Unified Threat Management-Lösung auf Basis von Open Source Software
- Ablösung der bisher über 70 eingesetzten Handhelds durch einheitliche Blackberry-Geräte zur Verbesserung der Sicherheit, für den Online-Zugriff auf E-Mail, Kalender und Kontakte und für die Telefonie von unterwegs
- Entwicklung und Systemintegration der Brandmeldeanlage mit Alarmierung der Mitarbeiter über PC-Laufschrift
- Teilnahme an IT-Arbeitskreisen wie überregional zum Thema „IT-Sicherheit der EU-Zahlstelle“

Maßnahmen zur Verbesserung der Verfügbarkeit und der Restaurierung von Daten

- Vereinheitlichung der Virtualisierungslösungen auf eine einzige Software
- Weiterführung der Virtualisierung von Servern
- Weiterführung der Ablösung von Windows Server 2000 und 2003 durch Windows Server 2008 auf den Servern
- Prüfung der Möglichkeiten einer komplexen Netzwerkmanagement-Software und eines Ticketsystems

Einsatz von neuer und Pflege von bereits eingesetzter Soft- und Hardware

- Flächendeckender Einsatz von weiterer Open Source Software: gantt Projektmanagement, Gimp Bildbearbeitung und dia Diagrammeditor auf Terminalserver
- Installation ELPAS-Aufrufsystem beim Kundencenter
- Planung, Ausschreibung und Bestellung des abzulösenden Datenspeichers (Storage Area Network SAN)
- Mitarbeit bei der Einführung des grafischen Informationssystems dw.webgis
- Mitarbeit bei der Einführung des neuen Finanzwesens SAP
- Einführung eines neuen Verfahrens beim Straßenbau
- Einrichtung der Anbindung der EDV-Verfahren im Straßenverkehrs-Bereich an das Kraftfahrtbundesamt
- Einrichtung Live-Kamera-Streaming aus dem großen Sitzungssaal
- Beginn der Ablösung alter mobiler Rechner bei der Vermessung
- Umzug von Datenbanken von einem alten Server auf neue Server-Hardware
- Ablösung der Datenbank Informix im Jugendhilfeverfahren auf die einheitlich im Hause eingesetzte Datenbank ORACLE
- Informationssammlung zum Thema „Digitale Archivierung“

Weitere in 2009 erledigte Aufgaben

- Mitarbeit bei der Erstellung der Regelungen zur Telearbeit, Klärung der technischen Vorgaben
- Anbindung einiger Telearbeitsplätze an das Netzwerk des Landratsamtes
- Mitarbeit bei der Planung der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie und bei der Einrichtung der Virtuellen Poststelle
- Unterstützung des Breitband-Projektes im Landkreis Calw durch technische Beratung
- Durch Besuch von Microsoft-zertifizierten Kursen im Office-Bereich hochwertige Qualifizierung des Schulungspersonals im Landratsamt

Straßenbau

Abteilung Straßenbau

Die Vielzahl der verschiedenen Baumaßnahmen des Jahres 2009 hat die Straßenbauabteilung, teilweise auch die Straßenmeister als Bauleiter, an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gebracht. Auch auf den Betriebsdienst kamen neben der täglichen Arbeit Sonderaufgaben im Verkehrsmonitoring und der Telematik hinzu (Näheres hierzu bei „Betrieb und Verkehr“).

Organisation und Finanzen

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, die Überwachung und Kontrolle der Ausgabenentwicklung, die Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen (Zuschüsse, Kostenbeteiligungen Dritter usw.), Durchführung der Grunderwerbsangelegenheiten und Bearbeitung der Veränderungsnachweise in der Straßenbauabteilung.

Die Gesamtaufwendungen für Belagsarbeiten, Sanierung von Kunstbauten (Brücken, Stützmauern, usw.) und Verkehrssicherheitsmaßnahmen an Kreisstraßen betragen 2009 rund 1,1 Mio. Euro.

Für den Neubau der Ortsumfahrung Rohrdorf sind Ausgaben in Höhe von rund 2,84 Euro angefallen. Für den Ausbau der Ortsdurchfahrt Überberg erfolgten Ausgaben von rund 449.000 Euro und für den Ausbau der Ortsdurchfahrt Iselshausen von rund 3,66 Mio. Euro, das sind insgesamt 6,95 Mio. Euro.

Für den Grunderwerb wurden insgesamt rund 222.500 Euro ausgegeben.

Für die Unterhaltung von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen fielen 2009 etwa 4,6 Mio. Euro an, wovon der Bund rund 27 % und das Land rund 33 % der Kosten tragen.

Planung

Im Jahr 2009 wurden durch das Planungsteam nachfolgende Maßnahmen bearbeitet:

- K 4325, Radweg zwischen Agenbach und Würzbach
Vorentwurfsplanung
- K 4334, Ausbau zwischen Ettmannweiler und Heselbronn
Vorentwurfsplanung
- K 4339, Ausbau zwischen Egenhausen und Walddorf
Vorentwurfsplanung
- K 4346, Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs in Iselshausen
Ausführungsplanung
- K 4367, Kurvenverbesserung im Poppeltal
Ausführungsplanung

Straßenbau

Nach 3 ½ Jahren Bauzeit konnte die K 4339, Umfahrung Rohrdorf, fertig gestellt werden. Der neue Straßenzug wurde am 25. November 2009 im Rahmen eines kleinen Festaktes unter Teilnahme des Regierungspräsidenten Dr. Rudolf Kühner dem Verkehr übergeben. Der letzte Teilabschnitt dieser Baumaßnahme umfasste die Rückverfüllung und Überschüttung des Tunnelbauwerkes und den kompletten Straßenbau. Während der Bauzeit hatte man sich entschieden, am Neuanschluss K 4339/B 28 einen Kreisverkehr zu installieren. Im Frühjahr 2009 wurde mit dem Bau des Kreisverkehrs an der B 28 begonnen. In einer Rekordzeit von nur drei Monaten wurde dieser Kreisverkehr unter Aufrechterhaltung des Verkehrs fertig gestellt. Die Gesamtausgaben für die Umfahrung Rohrdorf betragen rd. 11,2 Mio Euro.

Auch die K 4334, Ortsdurchfahrt Überberg, konnte am 26.07.2009 mit einem großen Festumzug dem Verkehr übergeben werden. Der Gestaltung der Ortsdurchfahrt in der dörflichen Umgebung durch die Stadt Altensteig und den Landkreis wurde großes Lob gezollt.

Die zweite Großbaumaßnahme des Landkreises Calw, die K 4346/K 4347, Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs in Iselshausen, wurde im April 2009 begonnen. Hierbei wird in einem ersten Bauabschnitt der Bahndamm unterquert. Die Arbeiten werden in bergmännischer Bauweise durchgeführt. Am 07.10.2009 ist nach zögerlichen Anlaufschwierigkeiten, welche aus den Baugrundverhältnissen herrührten, der Tunneldurchstich gelungen. Bis zur Jahreswende konnte noch das Sohlgewölbe der gesamten Tunnelröhre fertig gestellt werden. Parallel zu den Bauarbeiten des Bauwerks wurden die Ausschreibungen für die Straßenbauarbeiten, den Lärmschutz und einen zunächst nicht vorgesehenen Kreisverkehr erstellt.

An der K 4367 im Bereich Poppeltal traten in den Wintermonaten starke Fahrbahnschäden auf. Hier musste daher auf eine Länge von rund 250 m die komplette Fahrbahn durch einen Vollausbau saniert werden.

Erhaltungsmaßnahmen an Kreisstraßen:

Im Erhaltungsbereich wurden im vergangenen Jahr folgende Maßnahmen saniert:

K 4364, OD Möttlingen - Kreisgrenze	0,800 km Belagserneuerung und Oberflächenbehandlung
K 4338, OD Ebhausen - OD-Ende	0,500 km Belagserneuerung
K 4375, B 28 - OD Ebhausen	0,870 km Belagserneuerung
K 4352, Rotfelden - B 463	2,445 km Belagserneuerung
K 4323/L 346/K 4324, OD Oberkollbach	3,200 km Belagserneuerung
K 4340, Spielberg - Egenhausen	1,240 km Oberflächenbehandlung
K 4337, Wart - Gaugewald	1,550 km Oberflächenbehandlung
K 4312, Bad Liebenzell - Beinberg	0,450 km Stützmauersanierung
K 4379, OD Walddorf	Stützmauersanierung

Erhaltungsmaßnahmen an Bundes- und Landstraßen:

Im Rahmen des Konjunkturprogramms an Bundes- und Landesstraßen 2009 hat die Straßenbauabteilung des Landkreises Calw im Auftrag des Regierungspräsidiums Karlsruhe folgende Straßenabschnitte saniert:

B 295, Abzweigung Möttlingen - Kreisgrenze	3,500 km Belagserneuerung
B 463, Iselshausen - Gündringen	flickweise Instandsetzung
L 361, B 28 Nagold-Ost - Kreisgrenze	1,500 km Belagserneuerung
L 351, OD Enzklosterle	0,430 km Belagserneuerung
L 351, Bad Wildbad	Böschungsrutschung
L 347, B 294 - Hofstett	Einbau der Entwässerung, Bankettsanie- rung

Betrieb und Verkehr

Im Rahmen des Unterhaltungsdienstes klassifizierter Straßen ist der Winterdienst nach wie vor die Herausforderung in Sachen Koordination und Durchführung. Ein wichtiger Schritt im Rahmen des Winterdienstmanagements im Landkreis Calw war dabei die Einführung von MOBIDAT als Telematiksystem (Telekommunikation + Informatik) für sämtliche Winterdienstfahrzeuge in der Winterperiode 2009/2010.

MOBIDAT ermöglicht die mobile Erfassung aller relevanten Winterdienstdaten aus allen eingesetzten Winterdienstfahrzeugen. An Stelle von handgeschriebenen Berichten werden mittels GPS festgestellte Positions-, Fahrzeug- und Gerätedaten über Mobilfunk an einen Server übermittelt. Unter Berücksichtigung des Datenschutzes können nach jedem Winterdiensteinsatz alle Einsatzdaten abgerufen, analysiert und weiterverarbeitet werden. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die dadurch mögliche Differenzierung der Leistungen auf die einzelnen Straßenbaulastträger Bund, Land und Kreis. Nicht zuletzt werden die Geschäftsprozesse auch für die privaten Dienstleister bis hin zur Erstellung der Abrechnung erheblich vereinfacht.



Im Gegensatz zum gut funktionierenden Winterdienst rückt jedoch die schadhafte Bausubstanz vor allem auch bei Landesstraßen bei den Kraftfahrern immer stärker in den Fokus. Die Diskrepanz von baulicher Notwendigkeit und finanzieller Machbarkeit zeigt hier in zunehmendem Maße den engen Handlungsspielraum auf. Dies ist nicht nur bei den Straßen, sondern vermehrt auch bei den Bauwerken, besonders den Brücken, festzustellen. In diesem Zusammenhang kommt der strategischen Erhaltungsplanung von Straßen und Bauwerken eine immer wichtigere Bedeutung zu. Das Anlagevermögen der Straßen und Ingenieurbauwerke zu erhalten, ist gerade in Zeiten finanzieller Engpässe ein nicht zu vernachlässigendes Thema und ein wichtiger Schritt zur Zukunftssicherung. Daher werden nach der Zustandserfassung der Kreisstraßen in 2009 die Daten mittels strategischer Erhaltungsplanung dahingehend weiter ausgewertet, inwieweit unterschiedliche Haushaltsansätze Auswirkungen auf die Erhaltung und dauerhafte Sicherung des Anlagevermögens Straße haben.

Landkreis Calw als Pilotamt für Verkehrsmonitoring 2009 in Baden Württemberg:

An Stelle manueller Verkehrszählungen stellte sich neben den Landkreisen Ostalb und Ravensburg auch der Landkreis Calw für die automatisierte Verkehrszählung als Pilotamt zur Verfügung. Bisher wurden die Daten mit enormem Aufwand durch manuelle Zählungen erhoben. Baden-Württemberg hat in Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro deshalb die Grundlagen für eine flächendeckende und kontinuierliche Verkehrsdatenerfassung mit Seitenradargeräten entwickelt. Diese Geräte sind unauffällig in Leitpfosten integriert und übertragen die automatisch erhobenen Werte an einen zentralen Rechner. Mit den Radargeräten kann detailliert festgehalten werden, wie viele Fahrräder, Motorräder, Personenkraftwagen, Lastkraftwagen bis 3,5 Tonnen, Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen und Lastzüge zu welcher Uhrzeit, an welchem Wochentag und mit welcher Geschwindigkeit den jeweiligen Straßenabschnitt befahren.

Die Straßenmeistereien Calw und Nagold waren in der Pilotphase maßgebend beteiligt an der Neuentwicklung eines wieder verwendbaren Sockels zur Aufnahme der Zählleinrichtung, der auch bereits in anderen Bundesländern zur Anwendung kommt. Nach den Ergebnissen des Pilotversuchs kann man ohne Übertreibung von einem großen Fortschritt in der Verkehrserhebung und Verkehrsplanung sprechen. Der flächendeckenden Einführung für die landesweite Verkehrszählung 2010 steht somit nichts mehr im Wege.

Aus dem Konjunkturprogramm wurden für Zubehör an Straßen, wie Umrüstung von Fußgängersignalanlagen auf LED-Technik, Erneuerung von Schutzplanken usw. ca. 240.000 Euro umgesetzt.

Weiter wurden 16 Ausschreibungen zur Abwicklung des Betriebsdienstes erforderlich u. a. für Fahrbahnmarkierungen, Verkehrszeichen, Leitpfosten sowie kleinere Baumaßnahmen mit einem Auftragsvolumen von rund 500.000 Euro.

Nach der Fertigstellung der Umfahrung Rohrdorf ist der Betrieb des neuen „Malmentunnels“ in der Unterhaltungslast des Landkreises und somit eine neue Aufgabe für die Straßenmeisterei Nagold.

Bereich 2 – Land- und Forstwirtschaft, Verbraucherschutz

Ein Aufgabenschwerpunkt der der Abteilung „Verbraucherschutz und Veterinärdienst“ bildete die Umsetzung lebensmittelrechtlicher Bestimmungen der Europäischen Union für Schlacht-, Fleischbe- und Verarbeitungsbetriebe. Die zum 01.01.2010 anspruchsvolleren Standards für Lebensmittelhygiene, Dokumentation der Produktion und Kennzeichnung der Produkte bedingen zusätzliche bauliche und organisatorische Anforderungen an gewerbliche Betriebe. Um den wirtschaftlichen Weiterbetrieb, insbesondere von Kleinbetrieben, nicht zu gefährden, war die aufwändige Erarbeitung betriebsspezifischer Konzepte zwischen Unternehmen und Verwaltung erforderlich. Für Fleischereien wurden akzeptable Lösungen gefunden, für Gemeindeschlachthäuser und direktvermarktende landwirtschaftliche Betriebe zeichnen sich solche für das erste Quartal 2010 ab.

In den Monaten März bis Mai wurde nach 2008 zum zweiten Mal eine Pflichtimpfung von Rindern, Schafen und Ziegen gegen die Blauzungenkrankheit durchgeführt. Dabei waren 12 Tierärzte in 516 Betrieben im Einsatz.

Die Wälder im Landkreis konnten 2009, unbeeinträchtigt von besonderen Naturereignissen, weitgehend planmäßig bewirtschaftet werden (Abteilung „Forstbetrieb“). Im zweiten Halbjahr setzte eine Belebung der Holznachfrage ein und die Holzpreise stabilisierten sich auf einem für die Waldbesitzer auskömmlichen Niveau.

Bei den (Nadelholz-)Sägewerken in der Region haben Investitionen der letzten Jahre in die Modernisierung der Betriebe in den meisten Fällen zu einer Erhöhung der Einschnittskapazität geführt. Inzwischen übersteigt die Verarbeitungskapazität das nachhaltige Holzangebot der Region.

Zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und als Beitrag zum Klimaschutz wurde die energetische Verwendung von Holz forciert. Neben der Pflege der traditionellen Brennholzmärkte wurde das Angebot an Waldhackschnitzeln erhöht. Zusammen mit den waldbesitzenden Kommunen im Landkreis und dem Regionalverband Nordschwarzwald wurde eine Studie zur Ermittlung des nachhaltigen Energieholzpotenzials in Auftrag gegeben. Ergebnisse werden im ersten Quartal 2010 erwartet.

Ein herausragendes Ereignis waren die von der Abteilung „Forstliche Dienstleistung“ organisierten Walderlebnistage am 03./04.10.2009 in Schömberg. 20.000 Besucher informierten sich an den beiden Tagen über die vielfältigen Wirkungen, die von unseren Wäldern ausgehen und über die Waldbewirtschaftung.

57 Schulklassen mit über 1.100 Schülern und rund 8.200 Übernachtungen machten vom Angebot eines Waldschulheimaufenthalts auf der Burg Hornberg in Altensteig Gebrauch. Planungen für eine Sanierung und einen Neubau des Waldschulheims wurden begonnen. Die Baumaßnahmen sollen im Sommer 2010 bis Sommer 2011 durchgeführt werden.

Im Aufgabenbereich des Kreisjagdams gab es intensive Diskussionen von Jägern, Jagdgenossenschaften und Kommunen über die angestiegenen Wildschäden durch Wildschweine in der Landwirtschaft. Teilweise rückgängige Pachtpreise und der Verzicht auf die Erhebung der Jagdsteuer durch den Landkreis waren mittelbare Folgen. Der tragische Amoklauf vom 11.03.2009 in Winnenden und Wendlingen hat in Verbindung mit der Novellierung des Waffengesetzes eine umfangreiche Überprüfung der Waffenbesitzer erfordert und zu einer beispiellosen Aktion zur Abgabe von Schusswaffen geführt.

Die Landwirtschaft (Abteilung „Landwirtschaft und Naturschutz“) war geprägt durch stark gesunkene Erzeugerpreise infolge weltweiter Rekordernten. Insbesondere milcherzeugende Betriebe litten unter teilweise erheblichen Liquiditätsproblemen. In der unteren Naturschutzbehörde stellte und stellt die Umsetzung des novellierten Artenschutzrechts eine besondere Herausforderung dar.

Verbraucherschutz und Veterinärdienst

	Anzahl			
	2006	2007	2008	2009
Tierseuchen- und Tierkörperbeseitigungsrecht	112	98	106	95
Kontrolle von Tierhaltungen	291	231	242	230
Amtstierärztliche Gesundheitsbescheinigungen	317	310	276	284
Überwachung der Untersuchungspflicht (BHV1, Leukose, Brucellose, AK) und Befunddokumentation bei rinder-, schweine- und schafhaltenden Betrieben	474	158	98	33
Anträge zur Registrierung von Tierhaltungen				

	Anzahl			
	2006	2007	2008	2009
Lebensmittel- und Fleischhygienerecht				
Betriebskontrollen				
Planmäßige Routinekontrollen	722	778	902	722
Außerplanmäßige Kontrollen, z.B. Beschwerdekontrollen	308	343	387	453
Verstöße mit formellen Maßnahmen, z.B. Anordnung, Bußgeld	110	57	111	142
Probenahme in Lebensmittelbetrieben				
Planproben	589	587	537	592
Beschwerdeproben	10	17	9	4
Beanstandungen	55	114	72	95
Stellungnahme zu Baugesuchen	35	53	31	44

Amtliche Schlachtier- und Fleischuntersuchung (acht amtliche Tierärzte und drei Fleischkontrolleure)						
Tiere	2007		2008		2009	
	gesamt	davon gewerbliche Schlachtung	gesamt	davon gewerbliche Schlachtung	gesamt	davon gewerbliche Schlachtung
Rinder	1.999	1.954	1.885	1.860	1.793	1.757
Kälber	191	185	237	233	188	181
Schweine	13.734	13.462	12.679	12.465	11.236	10.969
Schafe	3.529	2.914	3.405	2.962	3.500	3.046
Ziegen	85	83	64	62	76	70

	Anzahl			
	2006	2007	2008	2009
Rückstandsuntersuchungen (Erzeuger- und Schlachtbetrieb)	32	117	111	103

BSE-Tests	Anzahl			
	2006	2007	2008	2009
Kontrolle von Schlachtrindern	151	70	70	26
Kontrolle bei verendeten Rindern	170	171	176	141
TSE-Tests (stichprobenhafte Untersuchung)				
Kontrolle von Schlachtschafen und -ziegen	22	14	11	12
Kontrolle bei verendeten Schafen und Ziegen	65	69	55	31

Tierschutzrecht	Anzahl			
	2006	2007	2008	2009
Kontrolle von Tierhaltungen	102	94	124	114
Bußgeld	3	2	4	2
Stellungnahme zu Baugesuchen	11	13	24	23

Gaststättenrecht	Anzahl			
	2006	2007	2008	2009
Erteilung einer Gaststättenerlaubnis	76	61	72	60
Ablehnung, Rücknahme, Widerruf	6	10	9	6

Gewerberecht	Anzahl			
	2006	2007	2008	2009
Einleitung eines Gewerbeuntersagungsverfahrens	17	20	9	10
Gewerbeuntersagung	12	11	17	5
Widersprüche gegen die Gewerbeuntersagung	11	6	9	3
Maklererlaubnis	22	24	22	23
Reisegewerbekarte	13	15	6	8
Erlaubnis für Märkte oder Messen	7	10	10	11
Registrierung und Weiterleitung von Gewerbean-, -um- und -abmeldungen	2.862	2.982	3.125	3656
Überprüfung von Preisangaben (Anzahl Betriebe)		62	72	68

Allgemeines zum Jahresablauf

Das Wirtschaftsjahr 2009 war natural durch einen ausgeglichenen Witterungsverlauf begünstigt. Außergewöhnliche Klimaextreme oder Kalamitäten wurden nicht verzeichnet. Wirtschaftlich hingegen haben sich die Folgen der Finanzkrise deutlich ausgewirkt. Eine sehr unruhige Nachfrage hat die Aussteuerung des Holzverkaufs und damit auch des Gesamtbetriebs sehr erschwert (s. Holzmarkt).

Staatswald

Neben dem schwierigen Holzmarktgeschehen machte im Staatswald die weiter gesunkene Zahl an Forstwirten die Aussteuerung der Betriebsarbeiten nicht einfach (s. Steuerung Arbeitskapazität). Dennoch ist es im Jahr 2009 gelungen, den motormanuellen Holzeinschlag weitgehend mit eigenen Mitarbeitern zu bewerkstelligen. Damit korrespondiert ein guter, deutlich positiver Deckungsbeitrag (s. Abb 1).

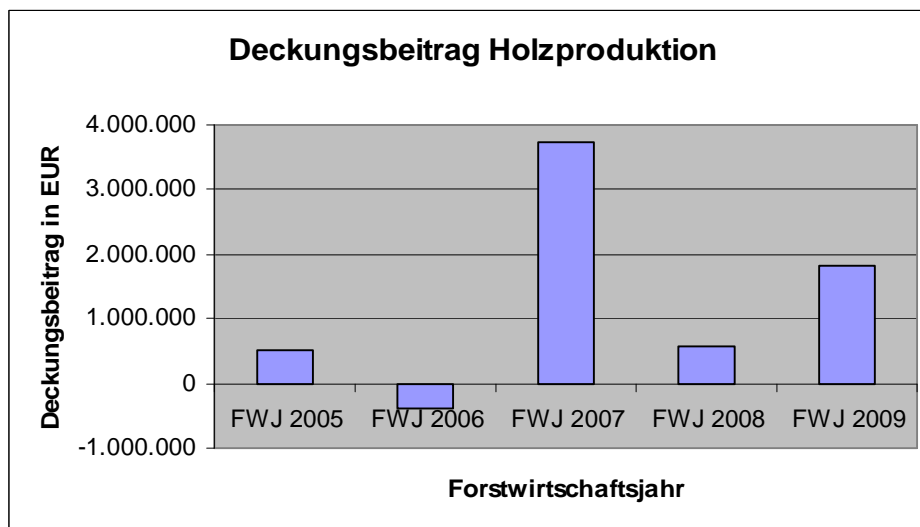


Abb.1

Da in den Sommermonaten nahezu kein Käferholz angefallen ist, konnte trotz des anspruchsvollen Einschlagsziels ein nennenswerter Teil der geplanten Pflegearbeiten bewältigt werden (s. Abb. 2).

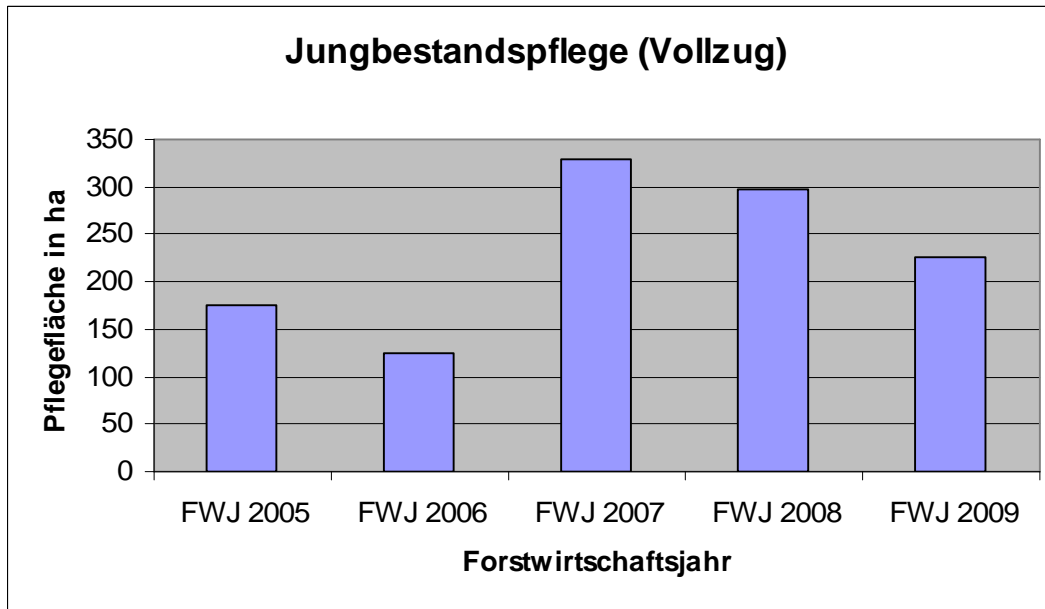


Abb. 2

Steuerung der Arbeitskapazität

Die Lohnkosten sind ein wesentlicher Faktor bei der Betrachtung der Gesamtkosten des Forstbetriebs (ca. 36 %). Dem effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Arbeitskapazität kommt daher höchste Bedeutung zu. Für diesen Bereich war durch die Zusammenführung der ehemals 7 Forstämter zu einer einheitlich gesteuerten Kreisforstverwaltung ein deutliches Optimierungspotential zu erwarten. Noch im Jahr 2005 waren beispielsweise 120.000 € für den Einsatz von Unternehmern in der Holzernte eingeplant gewesen. 2008 war es erstmals gelungen, unterstützt durch einen milden Winter mit nur kurzer witterungsbedingter Arbeitseinstellung, den Einsatz der eigenen Arbeitskräfte so zu steuern, dass auf Sachmittel für Unternehmereinsatz in der Holzernte gänzlich verzichtet werden konnte. 2009 ist dies aus verschiedenen Gründen nicht ganz gelungen: Zum einen stieg der Anteil der motormanuellen Holzernte, also dem Holz, das auf konventionelle Weise von den Forstwirten „in Handarbeit“ geerntet wird, von 87.000 fm auf 109.000 fm. Zum anderen ist die Anzahl der in der körperlich stark belastenden Holzernte einsetzbaren Forstwirte auch im abgelaufenen Jahr weiter rückläufig gewesen (Abb. 3).

Wie in den Vorjahren wurden zudem auch 2009 wieder mehrere Waldarbeitergruppen gegen Kostenersatz in den Nachbarkreisen (Enzkreis, PF, KA und RA) in einem Umfang von rd. 600 Stunden eingesetzt.

Vor diesem Hintergrund bedeutet der Sachmitteleinsatz von lediglich 14.300 € für die Holzaufbereitung durch Unternehmer eine nochmalige, vor wenigen Jahren noch nicht für möglich gehaltene Optimierung des Waldarbeitereinsatzes.

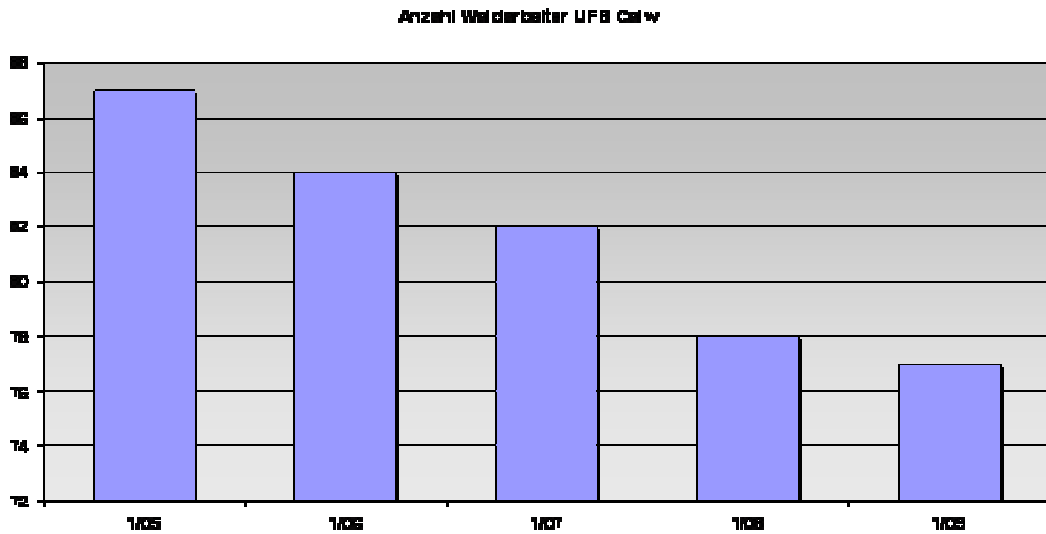


Abb. 3

Damit dürfte nun allerdings eine Grenze erreicht sein. Zusätzliche Belastungen der Mitarbeiter durch noch höhere Zeitanteile in der Holzernte können aus Gründen der gesundheitlichen Fürsorge nicht vertreten werden. Das durchschnittliche Alter der 74 Forstwirte liegt bei 48,2 Jahren. Immerhin 36 % der Mitarbeiter sind bereits 51 Jahre oder älter, nur 12 % haben das 40. Lebensjahr noch nicht erreicht (Abb. 4).

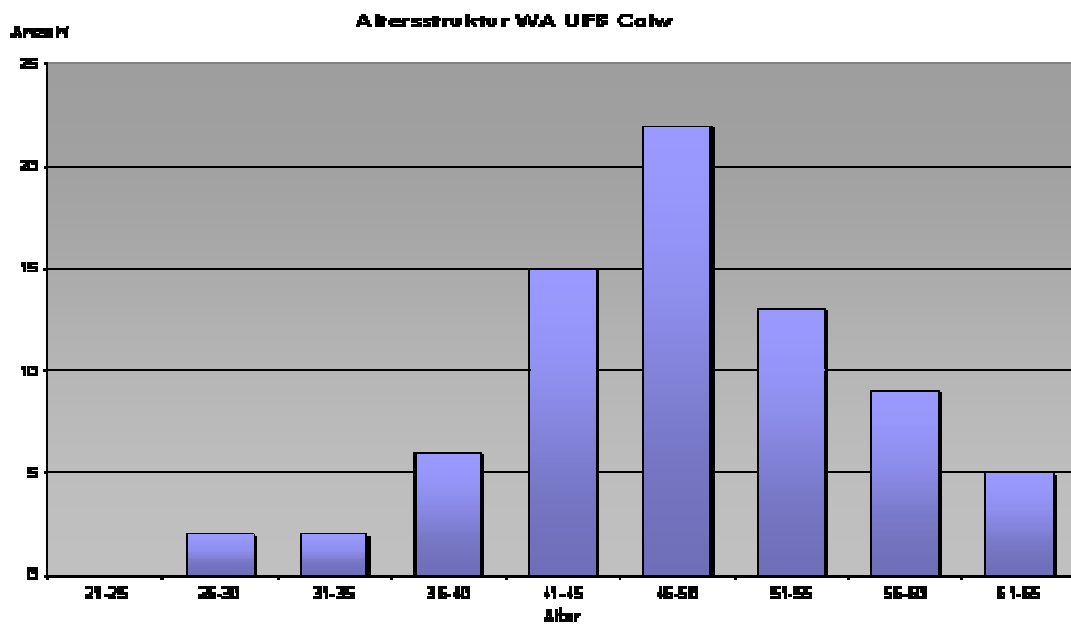


Abb. 4

Diese völlig unausgeglichene Altersstruktur führt dadurch, dass immer wieder Mitarbeiter aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr mit Holzerntearbeiten beschäftigt werden können, in immer kürzeren Zeitabständen dazu, dass die aus Sicherheitsgründen aus mindestens vier Mann bestehenden Partien neu organisiert werden müssen. Nachdem die letzte Neuorganisation zum Jahresbeginn 2008 erfolgt war, musste zum 1.2.2010 bereits wieder eine Neugliederung der Partien durchgeführt werden.

Die Forstwirte einer Partie müssen sich wegen des hohen Risikos, dem sie bei der Holzernnte ausgesetzt sind, blind aufeinander verlassen können. Häufig wechselnde Zusammensetzungen und das damit verbundene „sich aufeinander Einspielen müssen“, tragen nicht zur Steigerung der Produktivität bei und erhöhen das Risiko.

Über kurz oder lang kann dem nur über eine Neueinstellung junger Forstwirte entgegengewirkt werden. In den vergangenen Jahren war es nur möglich, jeweils einem der fünf Auszubildenden, die jedes Jahr die Ausbildung am Forstlichen Hauptstützpunkt in Calmbach beenden, einen befristeten Jahresvertrag anzubieten.

Jagdbetrieb und Wildkammerkonzeption

Die Regiejagdfläche, das ist die Fläche, auf welcher die Verwaltung und Nutzung der Jagd dem Land obliegt, beträgt im Kreis Calw 25.056 Hektar. Der Landkreis liegt damit an 3. Stelle aller Kreise. 15 % der Regiejagdfläche sind in 23 Jagdbögen (plus 1 gegenüber 2008) an private Jäger verpachtet. Auf 21.224 ha gehört die Jagdausübung, ohne Anrechnung auf die Arbeitszeit, zu den Dienstaufgaben der Forstbeamten.

Die wichtigste jagdbetriebliche Zielsetzung ist, „dass insbesondere die Begründung standortgerechter Mischwälder im Rahmen des naturnahen Waldbaus durch Wildschäden nicht gefährdet wird“. Vor diesem Hintergrund hat die Regulierung der Reh- und Rotwildbestände eine hohe Bedeutung. Die Abbildungen 5 und 6 verdeutlichen die Entwicklung der Abschusszahlen dieser beiden Wildarten.

Die nun schon über Jahre ansteigenden Abschusszahlen zeigen, dass die Populationen wachsen und der natürliche Zuwachs beider Wildarten nicht abgeschöpft wird. Insbesondere die Entwicklung der Rotwildstrecke, die Steigerung in den vergangenen fünf Jahren liegt hier bei 65 %, erfordert nicht nachlassende Anstrengungen der Jäger. Die enormen volkswirtschaftlichen Schäden im Wald, die in früheren Jahrzehnten durch völlig überhöhte, den natürlichen Äsungsverhältnissen nicht angepasste Rotwildbestände entstanden waren, dürfen sich nicht wiederholen. Dazu ist anzumerken, dass nur der westlich der Kleinen Enz gelegene Teil des Landkreises zum Rotwildgebiet Nordschwarzwald, einem der fünf im Land ausgewiesenen Rotwildgebiete, gehört.

Unter einem gänzlich anderen Aspekt wird das Schwarzwild bejagt: v. a. dort, wo die Landwirtschaft im Kreis eine Rolle spielt, und sei es nur in Form der Nutzung des Grünlandes als Mähwiesen, entwickelt sich diese Wildart in Folge ihrer ungeheuren Populationsdynamik mehr und mehr zu einem Problem. Inzwischen kommt es in Einzelfällen vor, dass Jagdbögen in landwirtschaftlich geprägten Bereichen wegen der enormen Wildschäden kaum mehr zu verpachten sind. Auch wenn das Schwarzwild am Wald selbst keine Schäden verursacht, sieht sich die Kreisforstverwaltung in

der Verantwortung. Im Jagdjahr (JJ) 2007/2008 wurde der bisher höchste Abschuss getätigt (Grafik 3). Im letzten vollständigen JJ 2008/2009, das Jagdjahr beginnt am 1. April und endet am 31. März des Folgejahres, gelang es, dieses Ergebnis annähernd zu wiederholen.

Entwicklung der Abschusszahlen Rehwild

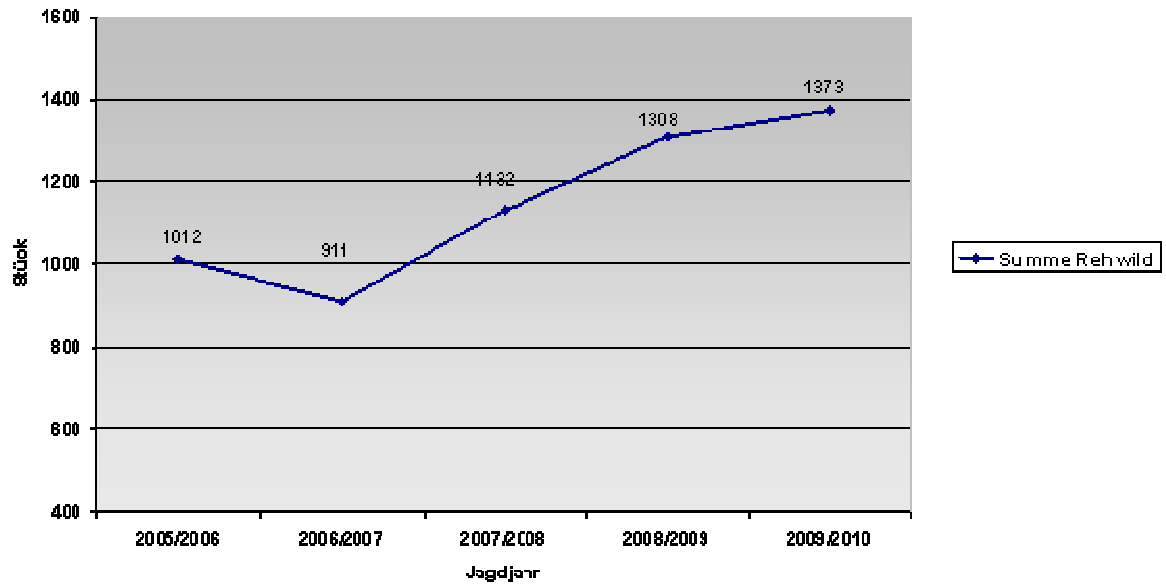


Abb. 5

Entwicklung der Abschusszahlen Rotwild

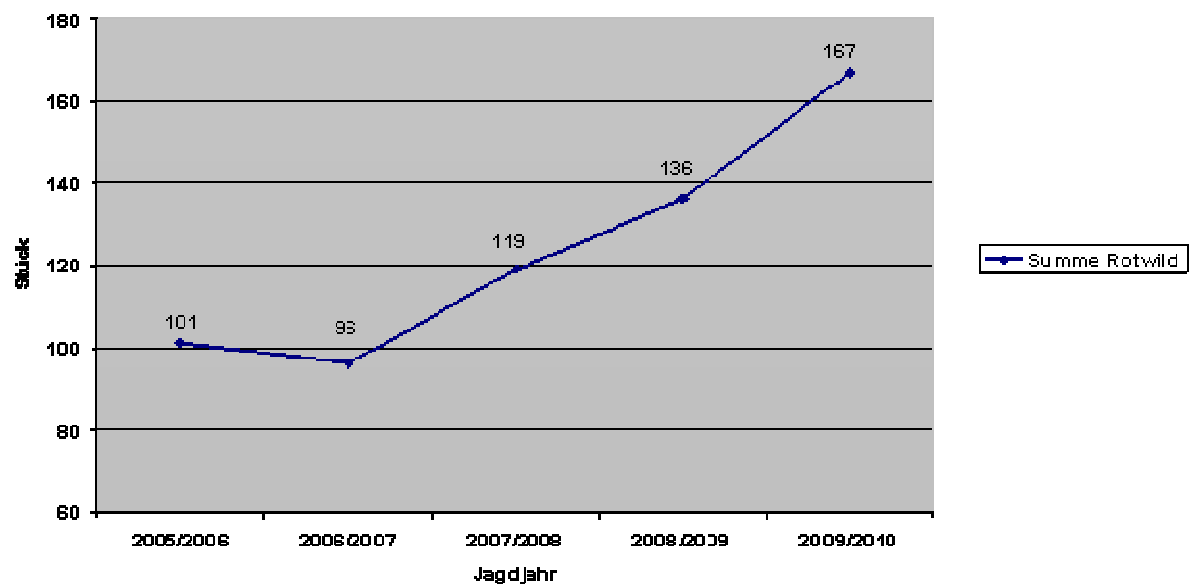


Abb. 6

Im laufenden JJ 2009/2010 steht der Abschuss mit Stand Mitte Februar erst bei 72 Stück. Daraus zu schließen, dass sich für das Schwarzwildproblem eine Lösung abzeichne, wäre jedoch voreilig. Für den geringen Abschussstand sind andere Gründe verantwortlich:

Die Buchen- und Eichenmast des Jahres 2009 hat das Schwarzwild erst spät im Jahr in unsere nadelholzreichen Gebiete ziehen lassen. Und bei der nun schon seit Wochen anhaltenden hohen Schneelage hält sich zumindest in den höheren Schwarzwaldlagen nur sehr wenig Schwarzwild auf. (Abb.7)

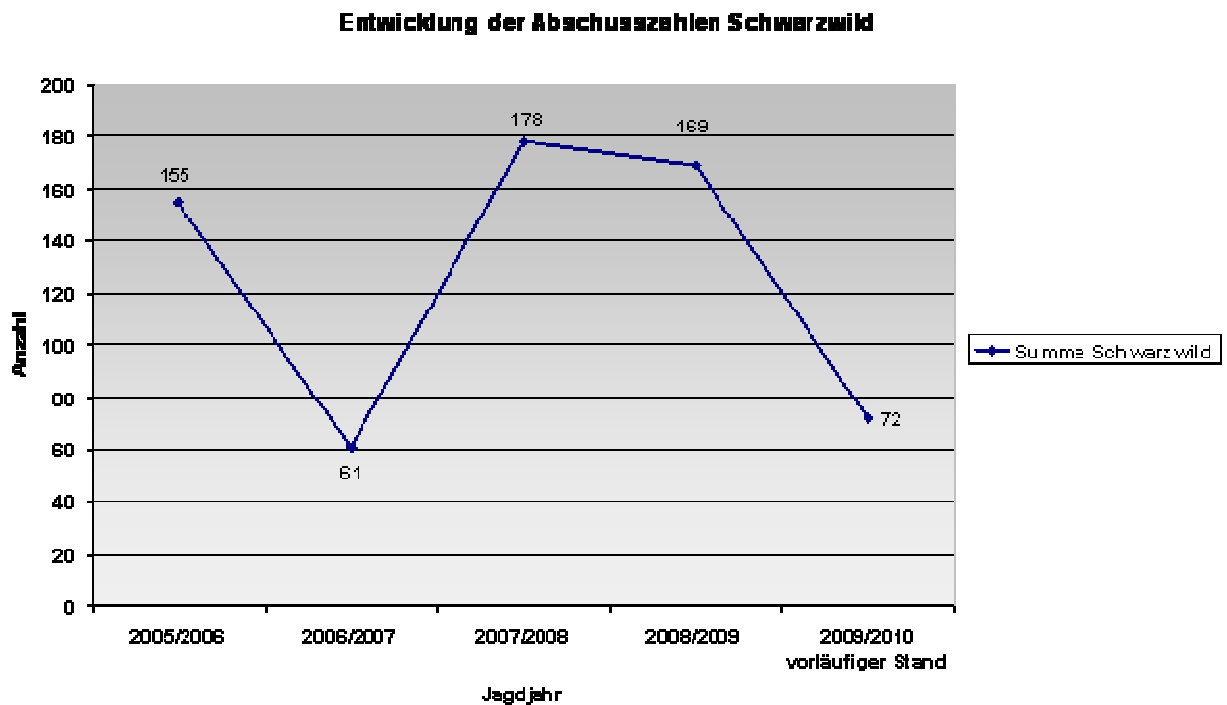


Abb. 7

Entsprechend der o. g. Zielsetzung werden im Kreis Calw derzeit 164 private, revierlose Jäger für eine Jahresgebühr von 450,- € am Jagdbetrieb beteiligt. Jagdgäste für entgeltpflichtige Abschüsse werden in der Regel durch die Forstdirektion zugewiesen. Die Einnahmen die sich hieraus ergeben beliefen sich im Jagdjahr 2008/2009 auf 92.500 €. Der Verkauf des in der Regiejagd erlegten Wildes erbrachte im selben JJ nochmals 118.400 €.

Mit der Umsetzung der vom Kreistag beschlossenen Wildkammerkonzeption wurde im Jahr 2009 begonnen. Die Wildkammer in Sprollenhaus ist abgeschlossen. Mit dem Bau der Wildkammer in Calmbach wurde begonnen. Die arbeiten werden im Jahr 2010 abgeschlossen. Der Beginn hatte sich durch die Planungen des Neubaus des Hauptstützpunktes durch das Land verzögert.

Kommunalwald

Im Marktumfeld des Jahres 2009 waren die Ergebnisse des Forstwirtschaftsjahres 2008 nicht zu halten. In der überwiegenden Zahl der Betriebe fällt deshalb das Jahresergebnis 2009 geringer aus. Das flächengewichtete Mittel der Betriebsergebnisse pro Hektar sank von 104 €/ha in 2008 auf 81 €/ha. Einzelne Betriebe haben durch Einmaleffekte ein besseres Ergebnis als im Jahr 2008 (Abb. 8).

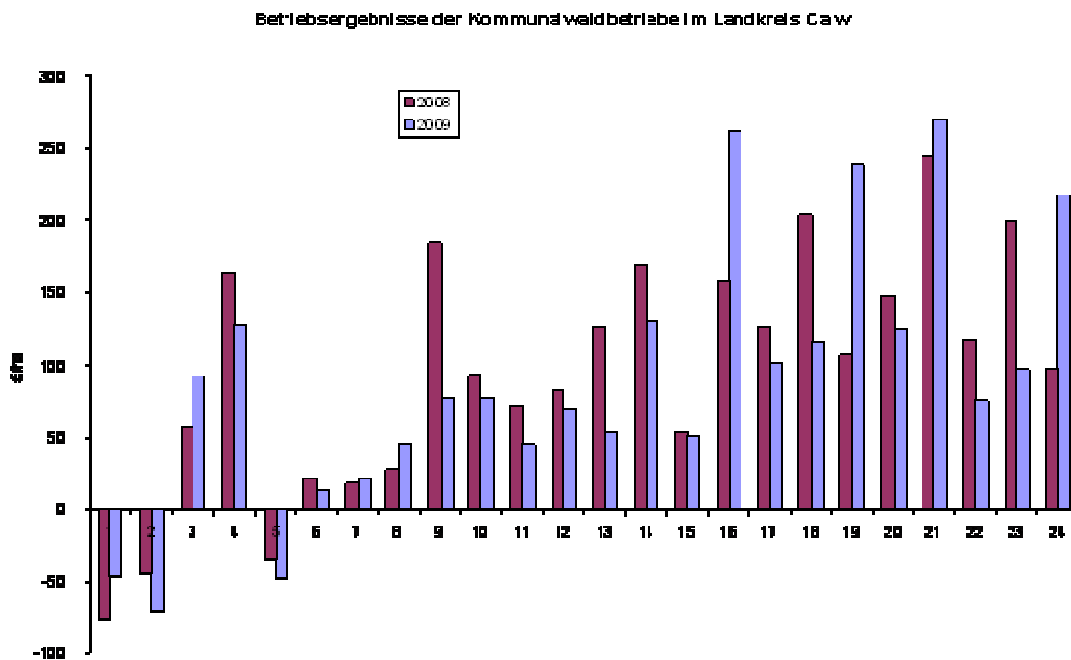


Abb. 8

Drei Kommunalwaldbetriebe haben mit einem negativen Betriebsergebnis geschlossen. Diese Betriebe sind durch Orkan Lothar und Borkenkäfer überdurchschnittlich stark geschädigt und holzvorratsarm.

Im Jahr 2009 hat sich in einem der Kommunalwaldbetriebe ein schwerer Arbeitsunfall ereignet. Der verletzte Forstwart ist mittlerweile wieder genesen und arbeitet wieder im Wald. Der Unfall hat die Kreisforstverwaltung Calw weiter darin bestärkt, in allen Waldbesitzarten weiter am Thema Arbeitssicherheit zu arbeiten. Neben den Arbeitssicherheitsroutinen im öffentlichen Wald versucht die Kreisforstverwaltung auch im Privatwald und im Bereich der Brennholzkundschaft die Sicherheit weiter zu erhöhen. So wird ab 2010 auch beim Kauf von Brennholz als Polterholz an der Waldstraße vom Endverbraucher ein so genannter Motorsägenführerschein verlangt. Diese Forderung existiert schon seit Jahren für den Bereich der Brennholz Flächenlose. Diese Regelung wurde nun auf das Polterholz übertragen. Die vorgeschriebene Schutzausrüstung sowie die Forderung nach einem Sachkundenachweis sollen die Unfallzahlen im Wald weiter senken.

Privatwald

Im Privatwald im Landkreis Calw sind 15.000 Festmeter eingeschlagen worden. Dies entspricht ungefähr der Einschlagsmenge von 2008. Die Menge liegt aber deutlich unter dem Ergebnis des Jahres 2007. Mit einem Einschlag von cirka zwei Festmeter pro Hektar nutzen die Privatwaldbesitzer deutlich weniger als in einem Jahr nachwächst. Der Forstbetrieb muss angesichts erheblicher Anstrengungen zur Steigerung des Holzaufkommens aus dem Privatwald nüchtern feststellen, dass der Holzpreis allein das Aufkommen bestimmt.

Trotz der verminderten Aktivität im Privatwald lief die routinemäßige Zusammenarbeit mit der Forstbetriebsgemeinschaft im Landkreis Calw normal weiter. An den Vorstands- und Ausschusssitzungen der Forstbetriebsgemeinschaft nimmt stets ein Vertreter der Kreisforstverwaltung als forstlicher Beirat teil.

Holzmarkt

Der rückläufige Markt aus 2008 hat sich bis weit nach 2009 hinein fortgesetzt. Europaweit haben die Unternehmen der Sägeindustrie mit gedrosselter Produktion bis hin zu Werksstilllegungen auf die geringere Schnittholznachfrage reagiert. Der Waldbesitz musste sich mit der Situation arrangieren und den Holzeinschlag insb. in das Frühjahr hinein entsprechend anpassen.

Im Frühsommer 2009 hat sich die Rundholznachfrage jedoch unvermittelt wieder belebt. Gleichzeitig ist erneut das Käferholz ausgeblieben und somit die sommerliche Einschlagspause tatsächlich auch am Holzmarkt zum Tragen gekommen.

Die Sägeindustrie beklagt seitdem eine unzureichende Rundholzversorgung sowie eine wachsende Diskrepanz zwischen wieder ansteigenden Rundholzpreisen (Abb.9) und den am Markt erzielbaren Schnittholzerlösen.

Der öffentliche Waldbesitz im Landkreis Calw konnte seine Holzeinschlags- und Verkaufsziele in diesem bewegten Marktumfeld erfolgreich umsetzen. Seit dem vierten Quartal 2009 beginnt sich auch die weitgehende Einschlagszurückhaltung im Privatwald aufzulösen.

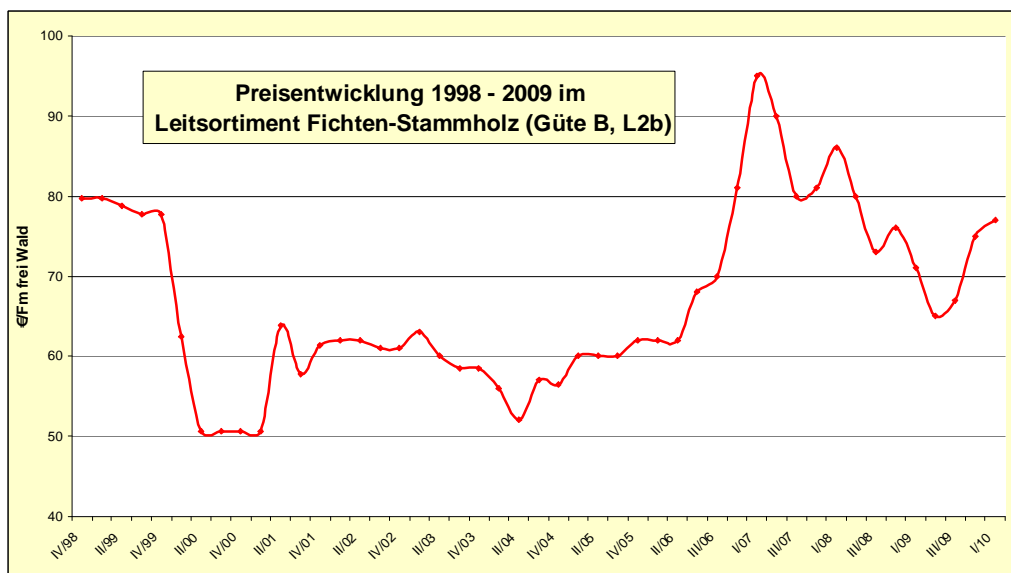


Abb. 9

Inzwischen zeichnet sich immer deutlicher ein zunehmender Wettbewerb um den Rohstoff Holz ab. In allen Landkreisen, die aktuell noch auf eine gute regionale Kundenstruktur bauen können, beschäftigt die Frage nach den Rundholzströmen die Kundenschaft.

Abb.10 zeigt den Verbleib des Nadelstammholzes aus dem Landkreis Calw. Rund drei Viertel des Nadelstammholzaufkommens werden an Sägewerke im Mittleren und im Nordschwarzwald verkauft. Dabei verbleibt das Langholz aus der motormanuellen Holzernte vollständig in der Region. An (Groß-) Sägewerke in anderen Landesteilen werden bislang nur Kurzholzsortimente aus der mechanisierten Aufarbeitung verkauft, deren Aufkommen die regionale Nachfrage bei weitem übersteigt.

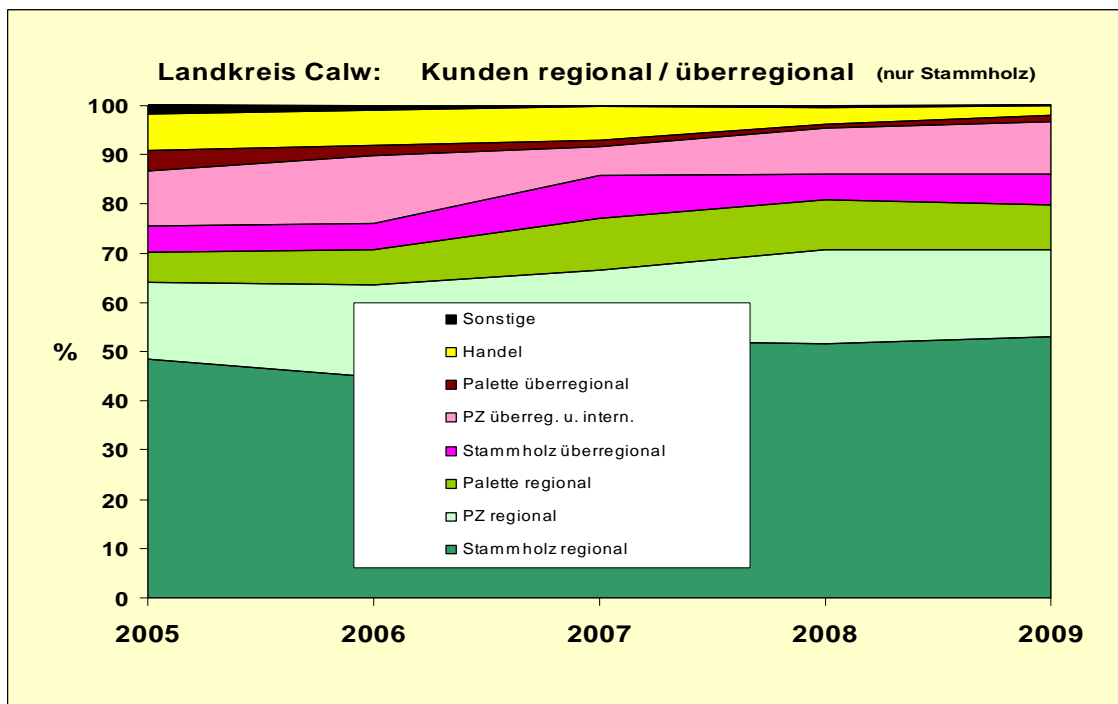
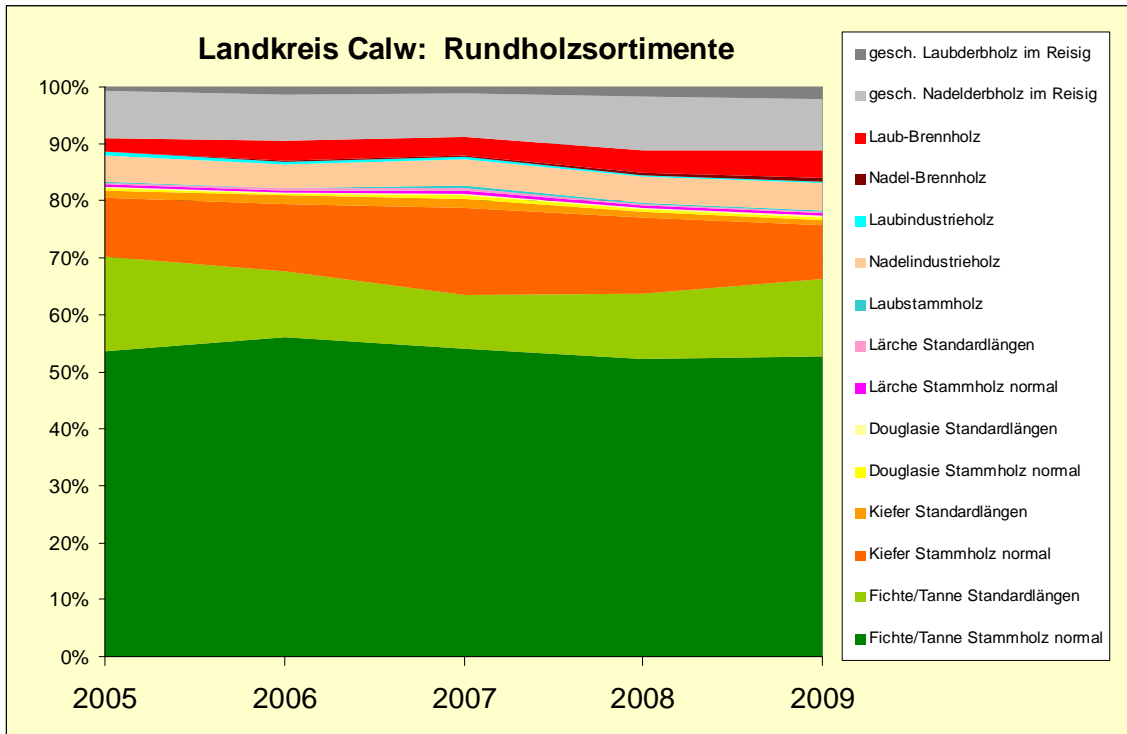


Abb. 10

Ein Wettbewerb um den Rohstoff Holz besteht jedoch nicht nur zwischen Sägewerken sondern grundsätzlich bereits zwischen seiner stofflichen oder energetischen Verwendung. Die politischen Ziele hinsichtlich des Einsatzes erneuerbarer Energien sind europaweit sehr anspruchsvoll. Entsprechend hoch sind in allen Waldregionen die Erwartungen an den Wald als Reservoir für Energieholz.

Und ein weiterer, zukunftsweisender Einsatzbereich für Holz zeichnet sich ab und schlägt sich bereits in der Besetzung von Lehrstühlen an forstlichen Fakultäten nieder: Der polymerchemische Aufschluss von Holz und die holzbasierte Materialforschung und -entwicklung.

Einen orientierenden Überblick über das traditionelle Sortimentsspektrum im Landkreis Calw gibt Abb.3. Ergänzende Hinweise zur Frage des möglichen Energieholzaufkommens werden aus der in 2009 gemeinsam mit der FH Rottenburg durchgeführten Potenzialstudie erwartet.



Forstliche Dienstleistung

Waldumwandlungsgenehmigungen im Landkreis Calw

Vorhaben	Waldflächenverlust in Hektar
Gewerbegebiet Schömberg – Schwarzenberg	0,03
Straßenausbau L 347 Bad Teinach - Oberkollwangen	0,30
Altensteig Erweiterung im Bereich des ehemali- gen Autohaus Löhle	0,05
Althengstett Gewerbegebiet	9,50
Zavelstein - Friedhof	0,15
Gesamtfläche	10,03

Forstrechtliche Ausgleichsmaßnahmen für Waldumwandlungen

- Finanzierung von Erholungseinrichtungen im Wald
Beispiel: Enzklösterle Pavillon Hirschtal
- Ersatzaufforstungen
- Auerwildhabitatmaßnahmen im Bereich Simmersfeld / Enzklösterle
- Waldumbaumaßnahmen und Maßnahmen zur Offenhaltung der Landschaft im kleinen Enztal
- Pflegemaßnahmen in Waldbiotopen und Schonwäldern
Beispiel: Schonwald Heselmis bei Würzbach

Forstrechtliche Ausgleichsflächenplanung im NSG Eyach- und Rotenbachtal

Auf Anregung der Unteren Forstbehörde Calw wurde zur Herleitung des forstrechtlichen Ausgleichspotentials für den Planungsbereich des NSG Eyach- und Rotenbachtals im Jahr 2009 durch ö:konzept GmbH Freiburg eine Kompensationsflächenplanung auf knapp 400 Hektar durchgeführt. Die Konzepterstellung erfolgte in enger Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Freiburg, Abteilung Forstdirektion, dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Naturschutz, und der Unteren Naturschutzbehörde Calw. Ziel des Konzeptes war, einen großflächigen Maßnahmenpool in den Waldbeständen sowie im Offenland für forstrechtliche Ausgleichsmaßnahmen zu erarbeiten.

Forstfachliche Stellungnahmen und Entscheidungen

Vorhaben	Anzahl der Stellungnahmen
Teilregionalpläne	2
Forstfachliche Stellungnahmen als TÖB (FNP; BPläne; Einzelbauvorhaben)	160
Forstrechtliche Verwaltungsverfahren, beispielsweise Genehmigungen von Veranstaltungen im Wald	85
Forstaufsichtliche Anordnungen	10
Bescheinigungen Vorkaufsrecht nach LWaldG	64
Stellungnahmen zu Aufforstungsanträgen	8

Sonstige Stellungnahmen zu Wasserrechtsanträgen, Schutzgebietsausweisungen, Verlegung von Erdkabeln, Flurbereinigungsverfahren, Eingriffe in Waldbiotope.

Forstliche Öffentlichkeitsarbeit

Rund 20.000 Besucher haben sich auf dem WALDerlebnisTAG 2009 der Kreisforstverwaltung Calw am 03. und 04. Oktober 2009 in Schömberg-Langenbrand bei idealem Herbstwetter entlang eines 3,5 km langen familien- und kinderwagentauglichem Rundparcours über die vielfältigen Aufgaben des Waldes und der Waldwirtschaft informieren können. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisforstverwaltung hatten rund ein Jahr lang ein umfangreiches Informations- und Unterhaltungsangebot vorbereitet. An insgesamt sieben Stationen konnten sich die Besucher über Themen informieren, die von der Holzenergie über Wild und Jagd, den Klimawandel, klassische Waldarbeit im Vergleich zu modernen Vollerntern bis zum Naturschutz reichten. Unterstützung kam von zahlreichen Schömberger Vereinen, verschiedenen Einrichtungen und Dienstleistungsanbietern aus dem Forstbereich sowie insbesondere von der Gemeinde Schömberg mit materieller und finanzieller Unterstützung.



Landrat Hans-Werner Köblitz und Landesforstpräsident Max Reger bei der Eröffnung zum WALDerlebnisTAG 2009 am 03. und 04. Oktober 2009 in Schömberg-Langenbrand



Waldschulheim Burg Hornberg

Das Waldschulheim Burg Hornberg in Altensteig-Hornberg ist eine anerkannte Einrichtung der Wald- und Umweltpädagogik. Es besteht aus einem Hauptgebäude mit Lehrsaal, Küche und Beherbergungsbereich sowie einem Turm mit Rittersaal und weiteren Zimmern und verfügt insgesamt über 64 Betten. Das Gebäude befindet sich im Eigentum der Landesforstverwaltung, der Waldschulheimbetrieb ist mit der Verwaltungsstrukturreform 2005 der Landkreisverwaltung übertragen worden.



Es werden sog. Waldschulheim- und Walderlebnisaufenthalte angeboten. Im Jahr 2009 verbrachten 25 Klassen mit 525 SchülerInnen und 49 LehrerInnen einen Waldschulheimaufenthalt. Walderlebnisaufenthalte nutzten im Jahr 2009 insgesamt 32 Klassen mit 592 SchülerInnen und 54 LehrerInnen. Mit rund 8.200 Übernachtungen im Jahr 2009 – das entspricht einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um rund 10% - ist das Waldschulheim einer der größten Beherbergungsbetriebe in Altensteig und Umgebung.

Aufgrund etlicher energietechnischer, sanitärer und baulicher Mängel wird das Waldschulheim von Sommer 2010 bis Spätherbst 2011 im Auftrag von Vermögen und Bau umfangreich saniert und neugebaut. Während der Bauzeit kann der Waldschulheimbetrieb nicht aufrecht erhalten werden. Die Baumaßnahme wird zum Großteil aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes (ZIP) mit 2,3 Mio. € und dem Landesinvestitionsprogramm (LIP) mit 0,5 Mio. € finanziert. Forst BW finanziert die geplante Holzpellet-Heizanlage. Vermögen und Bau Pforzheim hat 2009 ein Architektensuchverfahren durchgeführt, Auftragsgespräche mit dem ausgewählten Architekturbüro geführt, Nutzungsanforderungen und Bedarfsplanung konkretisiert sowie die Bauunterlage erstellt und mit dem Finanzministerium abgestimmt.

Förderung Naturnahe Waldwirtschaft im Privat- und Kommunalwald

Fördertatbestand	ausbezahlte Fördermittel
Bodenschutzkalkung	68.704 Euro
Jungbestandspflege	37.236 Euro
Wirtschaftswegebau	13.940 Euro
Wiederaufbauzuschuss Wald	13.721 Euro
Wiederaufforstung	4.865 Euro

Im Berichtsjahr wurden 25 eingehende Förderanträge bearbeitet und 10 Anträge aus dem Jahr 2008 abgeschlossen. An die kommunalen und privaten Forstbetriebe konnte eine Gesamtfördersumme von 138.466,07 Euro ausbezahlt werden. Im Jahr 2009 lag der Förderschwerpunkt bei Bodenschutzkalkungen von Waldflächen. Des Weiteren wurden verstärkt Jungbestandspflegemaßnahmen auf den ehemaligen Lotharflächen vorgenommen. Der Bau von zwei Wirtschaftswegen im Privat- und Kommunalwald wurde ebenfalls mit Mitteln der forstlichen Förderung unterstützt.

Kreisjagdamt

Bei der Kreisjagdamtssitzung am 02.07.2009 wurden die Abschusszahlen des Rotwildes für die Privatjagden der Rotwildhegegemeinschaft Enz (Rotwildgebiet Nördlicher Schwarzwald) als Gruppenabschuss auf 57 Stück Rotwild für das Jagdjahr 2009/10 festgesetzt. Ebenso erfolgte eine Kontrolle der Abschusserfüllung der dreijährigen Rehwild-Abschussplanung für die Jahre 2007/08 bis 2009/10 auf der Grundlage der eingegangenen Streckenmeldungen. Auf rund 75.000 Hektar Jagdfläche wurden im Jagdjahr 2008/09 erlegt: Schwarzwild 901 Stück, Rotwild 183 Stück, Rehwild 3.965 Stück, Füchse 1.468 Stück. Aufgrund der hohen Schwarzwildpopulation ist die Schonzeit für Schwarzwild weiterhin bis zum 15. Juni 2012 aufgehoben. Im Berichtsjahr wurden 328 ein- und dreijährige Jagdscheine ausgestellt bzw. verlängert. Insgesamt sind im Landkreis Calw derzeit rund 630 Jagdscheininhaber erfasst.

Waffen, Sprengstoff, Fischerei

Nach dem Amoklauf von Winnenden und Wendlingen vom 11.03.2009 wurde von der Unteren Waffenbehörde ein Merkblatt „Sichere Aufbewahrung von Waffen und Munition“ erstellt, an die Kreisjägereinigungen und die örtlichen Schützenvereine übermittelt sowie ins Internet der Landkreisverwaltung gestellt. Bis zum 22.10.2009 wurden alle 2.848 beim Landratsamt registrierten Waffenbesitzer, die 10.687 Waffen besitzen, angeschrieben. Die Waffenbesitzer wurden aufgefordert, auf dem mitgeschickten Selbstauskunftsbogen die Art der Aufbewahrung ihrer Waffen und Munition nachzuweisen und sich zur sicheren Aufbewahrung zu verpflichten. Parallel dazu wurde seit dem 20.07.2009 eine Waffen-Hotline angeboten. Bis zum 30.11.2009 gingen 1.113 Anrufe ein mit rund 53 Stunden Gesprächsdauer zur Beratung der Waffenbesitzer. Bis zum 31.12.2009 haben sich 2.794 Waffenbesitzer (98%) mit Selbstauskunftsbogen zur Aufbewahrung von Waffen und Munition geäußert. 561 Waffenbesitzer mussten mit einem 2. Anschreiben aufgefordert werden, die Art der Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition darzulegen. Beide Anschreiben blieben lediglich von 54 Waffenbesitzern unbeantwortet. Klärungsbedarf besteht noch bei rund 430 Waffenbesitzern, bei denen nach Auswertung der Selbstauskunft Zweifel an der sicheren Aufbewahrung bestehen. Diese werden zur Nachbesserung der sicheren Aufbewahrung aufgefordert.

Am Samstag, den 28.11.2009, führte die Untere Waffenbehörde einen Tag der Waffenabgabe speziell für Besitzer nicht registrierter Waffen durch. Dieses Angebot wurde rege angenommen. Es wurden 102 Lang- und Kurzwaffen und rund 50 kg Munition zur Vernichtung abgegeben. Davon waren 31 erlaubnispflichtige Schusswaffen nicht registriert.

Ende Oktober führte die Untere Waffenbehörde im Rahmen einer landesweiten Überprüfung stichprobenartig unangekündigte und verdachtsabhängige Vorortkontrollen durch. Bei vier von fünf kontrollierten Waffenbesitzern kam es zu Beanstandungen der Aufbewahrungsvorschriften. Die Waffenbesitzer wurden unter Fristsetzung zur Nachbesserung und Nachweis der getroffenen Maßnahmen aufgefordert. Zukünftig werden Vorortkontrollen durchgeführt.

Insgesamt wurden vom 11.03.2009 bis zum 31.12.2009 1.120 Waffen von rund 550 Waffenbesitzern, 43 sonstige gefährliche Gegenstände (z.B. Blankwaffen, Schlagstöcke) und rund 1.200 kg Munition zur Vernichtung abgegeben und zur Kampfmittelbeseitigung Baden-Württemberg transportiert. Die Amnestieregelung zur straffreien Abgabe nicht registrierter Waffen hat zur Vernichtung von 173 Schusswaffen geführt. Zum 31.12.2009 waren im Zuständigkeitsbereich des Landratsamtes Calw noch 2.020 Waffenbesitzer und 9.780 Waffen registriert.

Die gesamten Maßnahmen waren begleitet von Aus- und Fortbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unteren Waffenbehörde. Nur Personen mit Erfahrungen im Umgang mit Waffen haben Schusswaffen angenommen.

Waffen- und Sprengstoffrecht	2006	2007	2008	2009
Ausstellung von Waffenbesitzkarten	88	72	75	101
Widerruf von Waffenbesitzkarten	6	3	1	0
Ein- und Austragungen in Waffenbesitzkarten bei Kauf oder Verkauf einer Waffe	454	431	531	1029
Eintrag der Erwerbsberechtigung für eine Waffe in die Waffenbesitzkarte	56	50	49	84
Ausstellung des Europäischen Feuerwaffenpasses	2	5	4	10
Ausstellung des Kleinen Waffenscheins	27	14	22	24
Regelüberprüfung von Waffenbesitzkarteninhabern	875	577	616	782
Ausstellung o. Verlängerung von Sprengstofflaubnissen	36	41	44	54

Landwirtschaft und Naturschutz

Unverändert müssen die Aktivitäten der Abteilung im landwirtschaftlichen Teil in hohem Maß nach dem Verlauf der EU-Förderverfahren ausgerichtet werden. Mit insgesamt ca. 6,8 Mio. Euro im Jahr werden mit den Verfahren erhebliche Mittel für die Landwirtschaft bzw. die Landbewirtschaftler ausgezahlt, allerdings mit einem unverändert hohen bürokratischen Aufwand. Vielfältige Landschaftsstrukturen wie Hecken und Raine, viele Waldränder kleine Bewirtschaftungsstrukturen und Nutzungswechsel innerhalb der Flurstücke prägen unsere attraktive Kulturlandschaft im Kreis. Dadurch sind aber die Antragsstellung und -bearbeitung sowie die Kontrollen aufwändiger als in vielen anderen Landkreisen. Durch rechtzeitige und konsequente Organisation die Kontrollen und der Antragsbearbeitung gelang es 2009, die Betriebsprämie entsprechend den Vorgaben des MLR und der EU vier Wochen früher als in den vorangegangenen Jahren zu bewilligen, um die Liquiditätsschwierigkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe zu mildern.

Die teilweise sehr schwierige Liquiditätslage entstand durch enorme Preisrückgänge, insbesondere bei Milch. Die Milchviehhalter leisten mit der Bewirtschaftung des Grünlands zusammen mit den Schafhaltern und den Mutterkuhhaltern einen unverzichtbaren Beitrag zur Offenhaltung der Kulturlandschaft. Die entscheidenden Maßnahmen zur Stärkung der Milchviehhaltung müssen bei den Verbänden, Milcherzeugergenossenschaften und in der Politik auf der Ebene des Landes, des Bundes und der EU aufgegriffen werden. Flankierend wurde auf regionaler Ebene unter Federführung der Abteilung 24 folgende Maßnahmen aufgegriffen bzw. forciert: Beratung der Milchviehhalter durch die Abteilung Landwirtschaft und Naturschutz gemeinsam mit dem Beratungsdienst für Milchviehhaltung, zügige Antragsbearbeitung durch die Abteilung Landwirtschaft und Naturschutz und möglichst schnelle Ausbezahlung der Ausgleichleistungen, Förderung durch den Landkreis mit dem Landschafts- und Weidegeld (2009: 134.000 €), Informationen zu Milch und Milchviehhaltung, z.B. bei der Gläsernen Produktion und mit einem Pressetermin auf dem Haselstaller Hof sowie mit der Initiative für die Etablierung des Schulmilchprogramms im Kreis.

EU-Flächenverfahren

Maßnahme	2009	
	Anträge	Summe
SchALVO (Wasserschutz)	82	175.664
AZL (Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete)	358	531.626 €
UZW (Umweltzulage Wald)	53	1.621 €
EVP (Einkommensverlustprämie Wald)	10	3.298 €
MEKA III	410	1.191.773
LPR (Landschaftspflege richtlinie)	35	73.393 €
Betriebsprämie	634	4.363.202 €
Eiweißpflanzen	20	2.781 €
Energiepflanzen	1	614 €
Summe	1603	6.343.972 €

Mittlerweile hat sich das als GISELa (Geografisches Informationssystem Landwirtschaft) bezeichnete Verfahren als zentrales Werkzeug für die Kontrollen etabliert. Ein Ableger davon ist FIONA, das Flächen-Informations- und elektronische Antragsverfahren. Damit können Antragsteller via Internet ihre Flurstücke komfortabel verwalten, Änderungen und Korrekturen vornehmen und dann online den Antrag stellen. Dieses Verfahren erfolgt analog dem ELSTER-Verfahren der Finanzverwaltung. Die Abteilung bot im Jahr 2009 FIONA-Schulungen für die Landwirte an. Es wurden über 80 Betriebsleiter geschult, so dass die Anzahl der elektronischen Anträge fast verdoppelt werden konnte. Insgesamt haben jetzt 102 Landwirte (16%) ihren Antrag online gestellt. Der Flächenanteil dieser Antragsteller beträgt fast 40 %, damit hat der Landkreis Calw eine Spitzenposition im Land.

Im Sachgebiet Betriebswirtschaft und Agrarstruktur binden die Stellungnahmen zu Außenbereichsvorhaben erhebliche Arbeitskapazität. Im Bereich der Agrarinvestitionsförderung ist die für 2009 prognostizierte nachlassende Investitionsbereitschaft der landwirtschaftlichen Unternehmen aufgrund der gesunkenen Agrarproduktpreise erwartungsgemäß eingetroffen:

Für 2009 wurden mit 0,47 Mio. € beantragten Fördermitteln (bei rd. 2,1 Mio. € geplantem Investitionsvolumen) deutlich weniger Mittel nachgefragt als in den beiden Vorjahren. Insbesondere im Bereich der milchviehhaltenden Betriebe, die mit stark gesunkenen Milchpreisen ein wirtschaftlich schwieriges Jahr zu bewältigen hatten, sank die Investitionsbereitschaft deutlich. Bei fast gleicher Zahl der Anträge wie im Vorjahr sanken die beantragten Zuschüsse pro Antrag deutlich auf rd. 45 % der Vorjahreswerte (2009: durchschnittlich 39.000 € Zuschuss/Antrag; 2008: durchschnittlich 86.000 € Zuschuss pro Antrag).

Für das kommende Jahr ist bei relativ gleichbleibender Antragszahl mit ähnlich verhaltenen Investitionssummen zu rechnen.

Durch die Novellierung des Gesetzes über erneuerbare Energien haben sich die Rahmenbedingungen im Bereich der alternativen Energien, insbesondere im Biogasbereich verbessert. Beratungsanfragen von Interessenten wurden aufgegriffen. In 5 Einzelgesprächen wurden Landwirte zusammen mit dem staatlichen Biogasberater informiert. Eine Biogasanlage wurde erstellt. Für Freiflächen- Photovoltaikanlagen gab es 4 Anfragen.

Betriebswirtschaft und Agrarstruktur

Stellungnahmen zu Einzelbauvorhaben im Außenbereich	135
Stellungnahmen zu Regionalplänen incl. Teilregionalplan LW	0
Stellungnahmen zu Flächennutzungsplänen	1
Stellungnahmen zu Bebauungsplänen	41
Stellungnahmen zu Auffüllungen	9
Bearbeitung und Bewilligung von Anträgen nach dem Agrarinvestitionsförderprogramm 2009	12
Investitionssumme	2,1 Mio. €
dav. Fördersumme	0,47 Mio. €
Liquiditätshilfeprogramm, Anträge	2
Darlehenssumme	135.000 €
Subventionswert	1.274 €
Stallbauberatung Rindvieh incl. übergebiertl. Tätigkeit	28

Vorgänge nach §25 LLG (Aufforstungen, incl. Weihnachtsbaumkulturen)	24
Genehmigungen	9
Versagungen	6
Anzeigen	1
Anfragen und Vorgänge zur Pflegepflicht nach §26 LLG	6
Grundstücksverkehr	
Verträge	140
Negativattest	13
Voranfragen (schriftlich)	24

Weitere Tätigkeiten im Jahr 2009

Unterrichtserteilung an der Fachschule für Nebenerwerbslandwirtschaft in Nagold	Im Winterhalbjahr
Organisation der Aktion Gläserne Produktion	6
Beratung zu Emissionen im landwirtschaftlichen Bereich	ganzjährig auf Anfrage
Beratung zur Lagerung von Gülle, Jauche, Festmist	ganzjährig auf Anfrage
Beratung zur Liquiditätsplanung in landw. Betrieben	Vortragsveranstaltung
Beratung zur Betriebsaufgabe	Tagesseminar
Beratung zur Unternehmensentwicklung und Optimierung des gem. Antrages	Tagesseminar, ganzjährig auf Anfrage
Beratungen und Informationen zur Flächenförderung	Ganzjährig
Informationsveranstaltungen zum Gemeinsamen Antrag	3

Im Sachgebiet Landwirtschaft waren die vorgeschriebenen Kontrollen bezüglich Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS), Cross Compliance und beim Fachrecht ein Arbeitsschwerpunkt. Die Abteilung ist für die Koordination des gesamten Cross Compliance Kontrollsystems verantwortlich. Insgesamt wurden bei InVeKoS 42 landwirtschaftliche Betriebe (ca. 6% der Antragsteller) mit ca. 1300 Schläge kontrolliert. Dabei wurde eine Fläche von ca. 1.000 ha Vorort vermessen.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt im Sachgebiet ist die Beratung der Landwirte im Hinblick auf eine umweltgerechter und nachhaltige Landbewirtschaftung. Neben der Einzelberatung, der Telefonauskunft, und Online - Informationen über unsere Homepage, wurden zahlreiche Informationsveranstaltungen und Felderbegehungen durchgeführt. Grundlage der Pflanzenbauberatung bilden unsere lokale Versuche und seit letztem Jahr an verschiedenen Orten durchgeführte Resistenztests. Somit können wir den Landwirten fundierte und standortangepasste Informationen bieten.

Im Bereich Direktvermarktung und Einkommensalternativen wurde die 50% Stelle im Herbst 2009 neu besetzt. Ende 2009 wurde begonnen, die Direktvermarkterbroschüre neu zu konzipieren und zu aktualisieren. Neben den Marketingmaßnahmen stehen auch Öffentlichkeitsarbeit und Verbraucheraufklärung im Vordergrund. Die Gläserne Produktion, das Brunchangebot, sowie die Bauernmärkte fördern den Dialog zwischen Verbrauchern und der regionalen Landwirtschaft.

Das Beratungsangebot zu Einkommensalternativen wird gut angenommen und soll in Zukunft weiter ausgebaut werden. Durch Beratung und Förderung kann auf den Betrieben ein weiteres Standbein für zusätzliches Einkommen ermöglicht werden.

Landwirtschaft

Tätigkeit	Fallzahl / Teilnehmer / Fläche
Nebenerwerbsschule	
Schüler im 1. Winter 2009-2011	33
Ausbildungsberatung (übergebietlich CW/FDS)	
Auszubildende in Zuständigkeit:	
Berufsabschluss in 2009 (davon 11 BfQ 1er)	17
im 3. Lehrjahr	6
im 2. Lehrjahr	9
aktive Ausbildungsbetriebe (CW/FDS) in 2009	19
eine durchgeführte Zwischenprüfung (Anzahl Prüflinge)	25
eine durchgeführte Abschlussprüfung (Anzahl Prüflinge)	8
Organisation und Durchführung Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS)	
Kontrollbetriebe	39
Kontrollfläche (ha)	1015
Kontrollbetriebe Fachrechtskontrollen Pflanzenproduktion	10
Organisation und Durchführung Cross Compliance	
Systematische Kontrollen Fläche/Umwelt	9
Crosschecks Fläche/Umwelt	2
Wasserschutz	
Schutzgebietsfläche (ha)	ca. 3.700
davon Problemgebiet (ha)	ca. 1.700
Bewirtschafter	155
Standortfestlegung und Probennahme im Herbst	301
Überwachung Aufzeichnungspflicht	7
Versuchswesen	
Rapsglanzkäfermonitoring	3
Ackerfuchsschwanz Resistenztest	3
Pflanzenschutzversuche	7
Pflanzenproduktion	
Maiswurzelbohrerfallen	3
Saatgutverkehrskontrolle	6
Pflanzenschutzmittelkontrolle	16
Pflanzenproduktionsberatungen vor Ort	60
Wasserschutzberatung vor Ort	10
Warndienstansagen Anrufbeantworter	20
Warndienst Aktualisierung Internet	20
Sprengelversammlungen	3
Felderbegehungen	5
Rat zur Saat Infoveranstaltungen	2
Tierproduktion	
Futteruntersuchungen	35
Rationsberechnungen	10
Beratung zu Haltungsfragen	30
Förderung extensiver Tierhaltungen	15
Informationsveranstaltungen zur Milchviehhaltung	6
Veranstaltungen zur Pferdehaltung	1
Arbeitskreis Mutterkuhhaltung Veranstaltungen	6
Milchquotenregelung	
Bearbeitung Börsenangebote	30
Milchquotenübertragung	15
Einkommensalternativen und Direktvermarktung	
Gläserne Produktion	6

Brunch mit den Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord e. V.	1
Organisation und Durchführung von Bauernmärkten	1
Beratung für Einkommenskombinationen (ohne Förderung)	8
Fachberatung und Unterstützung des Bauernmarktvereins Nordschwarzwald / Gäu e. V.	ganzjährig

Fachschule für Nebenerwerbslandwirte

Der 9. Kurs der Fachschulischen Bildung für Nebenerwerbslandwirte unter der Leitung der Abteilung Landwirtschaft und Naturschutz ist am 27. März 2009 zu Ende gegangen. Insgesamt haben 21 Nebenerwerbslandwirte aus 5 Landkreisen die 400-stündige Fortbildungsmaßnahme erfolgreich abgeschlossen. Die meisten Teilnehmer (10 TN) kommen aus dem Kreis Calw. Von den 21 Absolventen haben 11 zusätzlich die Berufsabschlussprüfung „Landwirt“ bestanden. Insgesamt haben seit 1993 über 100 Nebenerwerbslandwirte über unsere Fachschule den Berufsabschluss Landwirt erworben. (s. Tabelle)

Im November startete der 10. Kurs mit einer Rekordbeteiligung von 33 Schülern aus 5 Landkreisen. Erstmals haben wir einen speziellen Internetzugang für die Teilnehmer eingerichtet. Unsere Schüler können nun mit einer Benutzerkennung und Passwort selbst Unterrichtsmaterial (z.B. Präsentationen, Stundenpläne) herunterladen. Damit kann die Schule Kopierkosten und Zeit einsparen und den Schülern wird eine optimale Vor- und Nachbereitung des Stoffes ermöglicht. Terminänderungen oder sonstige wichtige Informationen können schnell ausgetauscht werden.

Schulstatistik ab 1993: Zahl der Abschlüsse

Abschluss Jahrgang	Beginner	Fachschulabschluss	Berufsabschluss
1993	27	22	9
1995	28	25	10
1997	28	25	15
1999	28	24	11
2001	27	19	16
2003	21	13	8
2005	23	21	17
2007	23	17	10
2009	21	21	11
2011	33		
SUMME	259	187	107

Naturschutz 2009

Der besondere Artenschutz stellt weiterhin ein arbeitsintensives und konfliktreiches Tätigkeitsfeld dar. Die Änderung des Artenschutzes hat unmittelbare Auswirkungen auf sämtliche Planungs- und Zulassungsverfahren, die Prüfanforderungen für die Vorhabensträger haben sich erhöht. Zur Verbesserung der Information wurde in Zusammenarbeit mit der Abteilung Baurecht und mit Beteiligung des Regierungspräsidiums Karlsruhe eine Informationsveranstaltung für Kommunen und deren Planer durchgeführt, die auf große Resonanz stieß.

Nach dem Scheitern des Umweltgesetzbuches hat der Bundestag im Juli 2009 eine Neufassung des Bundesnaturschutzgesetzes beschlossen, die zum 01.03.2010 in Kraft tritt.

Stellungnahmen zu Einzelbauvorhaben im Außenbereich, Aufforstungen und zu anderen Verfahren (Vorhaben in der freien Landschaft)	308
Stellungnahmen zu Regionalplänen	1
Stellungnahmen zu Flächennutzungsplänen	5
Stellungnahmen zu Bebauungsplänen	87
Naturschutzrechtliche Gestattungen und Anordnungen	43
Maßnahmen zur Mängelbeseitigung in Schutzgebieten oder von unzulässigen Eingriffen in Natur und Landschaft	61
Gesamt	505

Landschaftspflege in Zahlen nach der Landschaftspflegerichtlinie

	Naturschutz		Landwirtschaft	
	Anzahl	Mittel [€]	Anzahl	Mittel [€]
LPR Teil A – Vertragsnaturschutz und Extensivierungsverträge	36	61.400	9	3.900
LPR Teile B, D, E - Zuwendungen und Direktmaßnahmen (u. a. Kreispflegeprogramm, Mindestflurkonzeptionen)	38	51.600	3	1.200

Mittelumsatz im Jahr 2009 im Rahmen der Landschaftspflegerichtlinie: 118.000 Euro.

Weitere Tätigkeiten der unteren Naturschutzbehörde im Jahr 2008

Pressemitteilungen/Pressetermine	6
Mitwirkung bei PLENUM und LEADER	9
Vorträge, Führungen und Ausstellungen (Durchführung bzw. Organisation)	10
Beratung Artenschutz (teilweise vor Ort) z. B. Hornissen, Fledermäuse etc., Versand von Informationsbroschüren	ca. 100

Darüber hinaus hat die Untere Naturschutzbehörde u. a. folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Beratung zur Bauleitplanung
- Beratung Ökokonto
- Schutzgebietsbetreuung (Bewertung von Eingriffen, Änderungen, Ausweisungen)
- Betreuung landeseigener Grundstücke

- ÿ Pflege digitaler Naturschutzfachdaten, Umsetzung der Richtlinie zur Fachdatenführung im Naturschutz
- ÿ Begutachtung von Hornissen-Vorkommen und Beratung vor Ort
- ÿ Kontaktstelle für ehrenamtliche Beauftragte z.B. für Hornissen, Fledermäuse, Amphibien
- ÿ Beratung bei Naturpark, LEADER, PLENUM
- ÿ Schulung der Naturschutzbeauftragten

Durch den Einsatz eines Mitarbeiters bei der Unteren Waffenbehörde über einen mehrmonatigen Zeitraum konnten 2009 weniger Beratungen zum Thema Artenschutz (z.B. Hornissen) als im Jahr 2008 durchgeführt werden. Auch konnte nur in eingeschränktem Umfang Meldungen und Hinweisen zu naturschutzrelevanten Vorgängen vor Ort nachgegangen werden.

Der Kreistag hat im Juni 2009 der 2. Förderperiode von PLENUM Heckengäu zugestimmt und die notwendigen Haushaltsmittel für die anteiligen Geschäftsstellenkosten bereitgestellt. Damit können in den Jahren 2010 bis 2014 erneut jährlich Fördermittel i. H. v. ca. 400.000 € in das PLENUM- Gebiet zugunsten von Projekten der Regionalentwicklung fließen.

Auch im Jahr 2009 wurde der Öffentlichkeitsarbeit mit vielfältigen Aktionen ein hoher Stellenwert eingeräumt, beispielsweise durch die Organisation bzw. Beteiligung an folgenden Veranstaltungen:



Im Frühjahr wurde der erste Wiesenmalwettbewerb für Grundschulklassen im Landkreis Calw ausgeschrieben. Den Schulen wurde umfangreiches Unterrichtsmaterial zum Thema Wiese zur Verfügung gestellt. Schüler/innen von insgesamt 12 Grundschulklassen haben viele originelle und gelungene Bilder eingereicht. Dank zahlreicher Sponsoren konnten attraktive Einzel- und Klassenpreise an die jungen Künstler vergeben werden. Die Preisverleihung

erfolgte durch Herrn Landrat Köblitz im Rahmen der Gläsernen Produktion beim Bioland-Betrieb Achim Kober in Stammheim.

1. Preis: Gesamtwertung: Lydia Holtgrewe, Hochdorf

In Zusammenhang mit der „Gläsernen Produktion“ bei der Firma Getränkehandel Laich in Simmozheim wurde ein Aktionstag zum Thema Streuobst für Grundschulklassen und Kindergartengruppen der Umgebung und für Kinder von Mitarbeiter/innen des Landratsamtes durchgeführt. Insgesamt 180 Kinder und Jugendliche kamen an diesem Tag für jeweils zwei Stunden in die Mosterei nach Simmozheim.

Die Kinder hatten Gelegenheit, mit einer kleinen Presse selbst Saft herzustellen und beim Pressen mit der hauseigenen Technik zuzusehen. Bei Spielen rund um das Thema Streuobst mit Martina Hörmann von der Streuobstinitiative Calw-Enzkreis-Freudenstadt erfuhren die Kinder viel Wissenswertes zum Thema Streuobst. Eine kindgerecht gestaltete Ausstellung mit fachkundiger Führung von Mitarbeiterinnen der Abteilung rundete das Angebot ab.

Beim Walderlebnistag der Kreisforstverwaltung in Schömberg-Langenbrand im Oktober war der Naturschutz an beiden Tagen mit einem Informationsstand und einem Quiz für Kinder zum Thema Arten und ihre Lebensräume vertreten.

Fachvorträge zu verschiedenen Themen wurden organisiert bzw. auf Einladung gehalten (z. B. Amphibienschutz, Naturschutz in der Gemeinde Simmozheim).

Bereich 3 - Umwelt und Ordnung

Das Bauvolumen und die Zahl der Baugenehmigungsverfahren haben sich in den letzten 3 Jahren stabilisiert. Allerdings auf niedrigem Niveau. Derselbe Trend zeigt sich auch bei den baurechtlichen Rechtsbehelfsverfahren. Die Einbindung von Gebäuden und Betrieben in die Umgebung zeigt in enger werdenden Räumen immer wieder Schwierigkeiten aus der Sicht umweltfachlicher Belange, insbesondere Lärm, die nur mit entsprechendem Aufwand oder Einschränkungen zu bewältigen sind und daher auch zu rechtlichen Auseinandersetzungen führen. Das Ziel, sowohl den öffentlichen Belangen als auch privaten Interessen zu ihrem Recht zu verhelfen bedarf vermehrter Anstrengung.

Trotz dieser konjunkturellen Entwicklung bereiten sich die Städte und Gemeinden mit der Aufstellung von Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen auf neue Entwicklungen vor.

Die konjunkturelle Entwicklung spiegelt sich auch ein Stück weit in den Aufträgen der Vermessungsverwaltung wieder. Die Aufträge sind seit drei Jahren rückläufig und haben 2009 zum niedrigsten Einnahmestand in der Vermessungsverwaltung geführt. Im Liegenschaftskataster werden alle Flurstücke geführt. Die Zahl der Veränderungen hat sich in den letzten drei Jahren auf niedrigem Niveau eingependelt. Die Bereitstellung von Bauland hängt eng mit der Übernahme der dazu erforderlichen Katastervermessungen in das Liegenschaftskataster zusammen. Daher wird seit Jahren auf kurze Übernahmezeiten geachtet. Die notwendige Datenaufbereitung wird allerdings durch die Fehlerbehebung beigebrachter Vermessungsschriften wieder verzögert.

Der zunehmende Umstieg der Hausbesitzer auf erneuerbare Energien zeigt sich auch beim Einsatz von Erdwärmesonden. Allerdings hat sich die Zunahme aus den Vorjahren nicht fortgesetzt, da viele Bauherren wegen der Wirtschaftskrise oder vielleicht auch wegen in der Presse diskutierter Schadensfälle verunsichert waren.

Zwar weisen unsere Kläranlagen im Vergleich des Landes gute bis sehr gute Reinigungswerte auf, allerdings liegt dies auch an der hohen Verdünnung mit Fremdwasser von über 50 %, das eigentlich gar nicht in der Kläranlage gereinigt werden müsste. Daher sind nach wie vor große Aufwendungen erforderlich, um die Abwasseranlagen zu modernisieren und auch zur Einhaltung der rechtlichen Vorgaben. Dabei zeichnet sich bei kleineren Kläranlagen ein Trend zu deren Aufgabe ab und zum Anschluss an eine größere Anlage.

Städte und Gemeinden erkennen die Möglichkeiten der Sanierung und Modernisierung von Gewässerläufen nicht nur um der Natur ihre ursprünglichen Möglichkeiten zurückzugeben, sondern auch weil sie als Ausgleichsleistungen für Eingriffe an anderer Stelle, z. B. durch neue Baugebiete, dienen können.

Das Hochwasser in Gechingen am 15. Mai hat zu großen örtlichen Schäden geführt. Zahlreiche Bürger und Gebäude haben durch die Wassermassen Schäden erfahren. Schnelle Hilfe durch Feuerwehren, Rettungsdienste und viele hilfsbereite Bürger hat geholfen, die Auswirkungen wenigstens etwas zu mindern. Wie künftig solche Schäden vermindert werden können, wird derzeit untersucht.

Mit fast 127.000 zugelassenen Fahrzeugen kommt rein rechnerisch auf ca. 80 % unserer Bevölkerung ein Fahrzeug. Vielleicht auch mit durch die Abwrackprämie konnte 2009 ein leichter Anstieg des Fahrzeugbestandes festgestellt werden. Interessant ist, dass trotz der konjunkturellen Situation die Speditionen 58 zusätzliche Lkws beschafft haben und dass Dank fachkundiger Speditionen die Großraum- und Schwertransporte für Spezialgüter auf hohem Niveau geblieben ist.

Die Zahl der Ausländer im Landkreis Calw beträgt über 16.000, wobei jeweils $\frac{1}{4}$ auf die Große Kreisstadt Calw und die Verwaltungsgemeinschaft Nagold und die übrige Hälfte sich auf den übrigen Landkreis verteilen.

Das neue Personenstandsgesetz und damit der Wegfall des Familienbuches hat zu einer entsprechenden Steigerung beim Zweitbuch geführt, in das nun im Landratsamt ersatzweise die anfallenden Beurkundung eingetragen werden müssen.

Umwelt- und Arbeitsschutz

Stellungnahmen der Abt. Umwelt- und Arbeitsschutz als technische Fachbehörde in baurechtlichen Verfahren

	2009	2008	2007	2006	2005
Bauanträge u. Bauvoranfragen	326	364	384	454	418
Flächennutzungspläne u. Änderungen	6	6	7	11	16
Bebauungspläne u. Abrundungs-satzungen	86	83	81	84	70

Tabelle: Anzahl der Stellungnahmen

	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer	
	2009	2008
Stellungnahmen Baugesuche	12 Tage	11 Tage
Stellungnahmen Bauleitpläne	12 Tage	12 Tage

Tabelle: Bearbeitungszeiten in baurechtlichen Verfahren

Grundwasserschutz und Wasserversorgung Wasserschutzgebiete

Es befinden sich vier Heilquellenschutzgebiete und acht Wasserschutzgebiete im Planungsstadium. Davon müssen sieben Wasserschutzgebiete überarbeitet und neu ausgewiesen werden. Des Weiteren befindet sich ein Wasserschutzgebiet im Rechtsverfahren.

Landeszuwendung für Wasserversorgungsmaßnahmen nach den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft (FrWw) im Jahr 2010

Für das Bewilligungsjahr 2010 sind zum Stichtag 1. Oktober 2009 ein Zuwendungsantrag für eine Förderung nach den Förderrichtlinien „Wasserwirtschaft“ FrWw beim Landratsamt eingegangen, die mit fachtechnischer Beurteilung dem Regierungspräsidium Karlsruhe vorgelegt wurden.

In der nachfolgenden Aufstellung sind die zur Förderung beantragten Investitionen für das Haushaltsjahr 2010 aufgelistet.

Neuer Förderantrag zum 1. Oktober 2009:

Neustrukturierung der Wasserversorgung Haiterbach- Beihingen

Der Gesamtumfang der zur Investition anstehenden Baukosten beträgt 1,1 Mio €.

In der nachfolgenden Tabelle mit Diagramm ist die Anzahl der Förderanträge der letzten Jahre mit den entsprechenden Baukosten dargestellt.

Haushaltsjahr	2010	2009	2008	2007	2006
Anzahl	1	2	4	4	6
Beantragte Baukosten in €	1,1 Mio	330.200	1.132.153	2.228.500	5.417.340
Bezuschusste Baukosten in €	*)	158.000	60.000	429.000	3.673.700
Zuwendung in €	*)	38.900	30.000	118.700	1.431.700

*) Entscheidung durch RP KA im Frühjahr 2010

Tabelle: Entwicklung der Förderanträge

Eine Investitionsmaßnahme läuft zumeist über mehrere Haushaltsjahre. Im Jahr 2009 haben die Gemeinden für die mit Landesmitteln geförderten Wasserversorgungsmaßnahmen Teilbaukosten von 597.568,37 EUR geltend gemacht. Nach Prüfung durch die Abt. 31 konnte die L-Bank 274.910,65 EUR Zuwendung an die WVU im Kreis Calw überweisen.

Sonstige Stellungnahmen im Bereich Grundwasser

Jahr	2009	2008	2007	2006
Fachtechnische Stellungnahmen zu Einwendungen und Befreiungen sowie Planungen für Wasserschutzgebiete	30	27	42	64
Stellungnahmen zu Kabel-, Straßen- und Leitungsbau sowie zu Wasserrechtsanträgen und zu immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen	27	39	53	39
Erdaufschlüsse, Erkundungsbohrungen (Bohrfreigaben § 37 WG)	23	18	9	21
Anfragen Erdwärmesonden	49	132	nicht erfasst	

Tabelle: Zusammenstellung der Stellungnahmen

Erdwärmesondenanlagen

Für den Betrieb einer Erdsondenanlage (regenerative Energie) ist neben der Bearbeitung der Bohranzeige die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis erforderlich. Ab einer Bohrtiefe von 100 m ist auch eine Zulassung der Landesbergdirektion beim Regierungspräsidium Freiburg, Abt. 9, in Freiburg einzuholen.

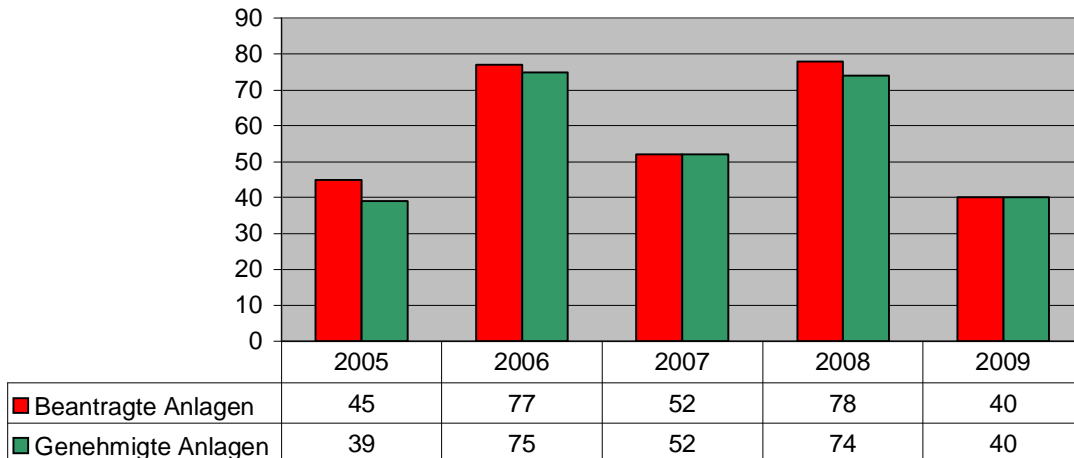


Tabelle: Erdwärmesondenanträge

Die Erdwärmesondentechnik hat sich am Markt weiter durchgesetzt. Sie stellt mittlerweile eine bewährte Technik zur Nutzung regenerativer Energie dar und leistet einen Beitrag zur CO₂-Reduzierung. Die Zunahme aus dem Jahr 2008 hat sich nicht fortgesetzt, da wohl viele Bauherren wegen der Wirtschaftskrise und verschiedene Schadensfälle (z.B. Staufen) verunsichert waren.

Kommunalabwasser Abwasserproben

Zur Überwachung der ordnungsgemäßen Reinigungsleistung der privaten und kommunalen Kläranlagen und als Grundlage für die Abwasserabgabe sind regelmäßige amtliche Abwasseruntersuchungen vorzunehmen.

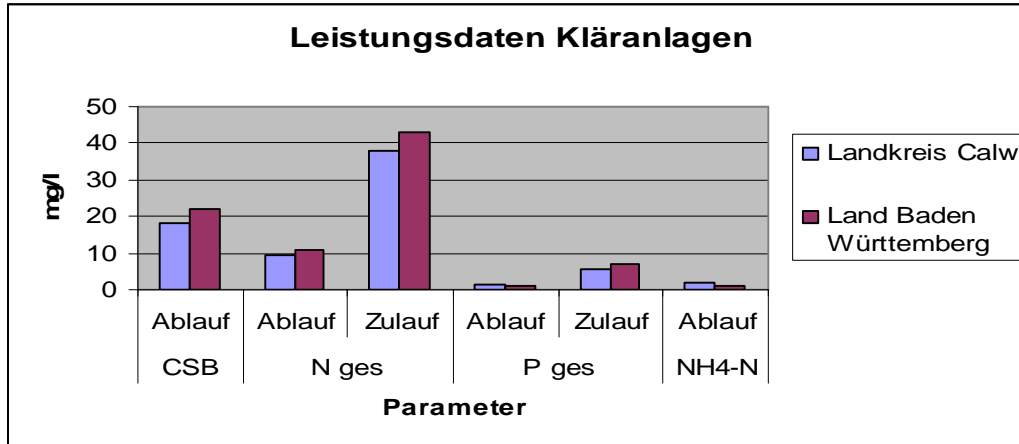
Jahr	2009	2008	2007	2006	2005
Abwasserproben	134	138	158	156	149

Tabelle: Anzahl der Abwasserprobennahmen

Die Abwasserproben werden im Landkreis Calw durch ein anerkanntes Labor, welches im 2 Jahres Rhythmus durch eine Ausschreibung ermittelt wird, auf den Kläranlagen gezogen und analysiert.

Im Kreis Calw werden derzeit noch 25 Kläranlagen betrieben (1999: 37 Anlagen). Der Trend geht dahin, kleinere Kläranlagen stillzulegen und das Abwasser in größeren Anlagen zu reinigen. In den Jahren 2010 – 2012 sollen vier Kläranlagen stillgelegt werden (Calw-Holzbronn, Neubulach-Liebelsberg, Oberreichenbach-Würzbach und Neubulach).

Im Vergleich aller 1.010 Kläranlagen des Landes Baden Württemberg weisen die Kläranlagen des Kreises Calw gute bis sehr gute Ablaufwerte auf. Dieses hängt jedoch auch mit dem hohen Fremdwasseranteil von über 50 % in den Abwassersystemen des Landkreises Calw und der damit einhergehenden Verdünnung des Abwassers zusammen.



Störfälle auf kommunalen Kläranlagen

Im Jahr 2009 wurden dem Landratsamt Calw 47 Störfälle (2008: 41, 2007: 51, 2006: 58, 2005: 41) auf den kommunalen Kläranlagen gemeldet. Durch die Fremdvergabe der Kläranlagenbeprobung hat die Meldung der Störfälle einen besonders hohen Stellenwert bekommen. Wird ein Störfall nicht gemeldet und erscheint das Labor zur Beprobung auf der Kläranlage, muss die Abwasserprobe auch genommen, analysiert und für die Ermittlung der Abwasserabgabe herangezogen werden. Hierdurch können erhebliche Mehrkosten bei der Abwasserabgabe entstehen.

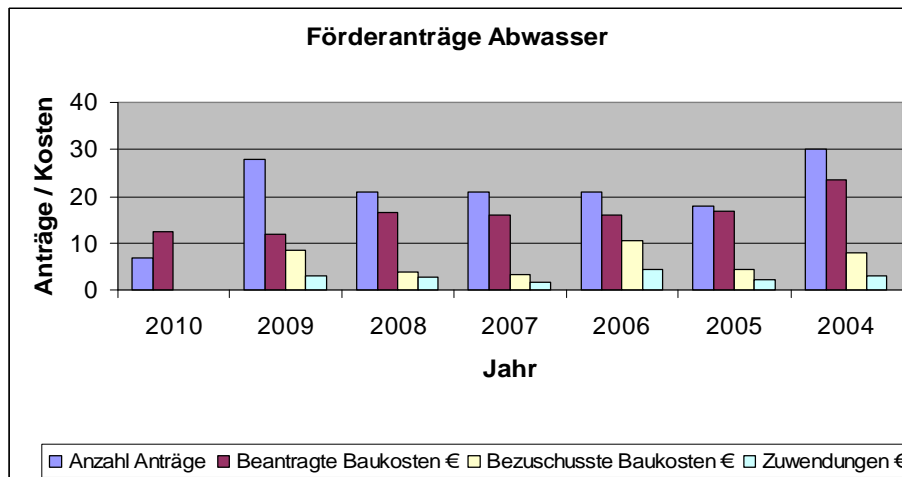
Förderanträge Abwasser

In der folgenden Aufstellung sind die zur Fachförderung beantragten Investitionen der Gemeinden für das Haushaltsjahr 2010 nach den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft aufgelistet.

Nr.	Ort	Vorhaben
1	Bad Liebenzell	Sanierung des Sammlers zum Pumpwerk "Am Frauenwald" von Möttlingen nach Unterhaugstett aufgrund hohen Fremdwassereintritts
2	Bad Liebenzell	Fremdwasserableitung "Ottenbronner Straße" Unterhaugstett
3	Calw	Anschluss der Kläranlagen Holzbronn und Liebelsberg an die KLA Hirsau
4	Unterreichenbach	Kanalsanierung Hausackerweg und Waldstraße
5	Altensteig	KO Fremdwasser Außengebiete im Bereich des AZV
6	Neubulach	KO Fremdwasser Außengebiete Oberhaugst., Liebelsb., Altb.

Tabelle: Förderanträge

In der nachfolgenden Tabelle ist die Anzahl der über die Kommunen gestellten Förderanträge für die entsprechenden Haushaltsjahre mit den dazugehörigen Baukosten aufgelistet.



Haushaltsjahr	2010	2009	2008	2007	2006	2005
Anzahl Anträge	7	28	21	21	21	18
Beantragte Baukosten in Euro	12,31	11,88	16,5	15,9	16,1	16,8
Bezuschusste Baukosten in Euro		8,47	3,94	3,39	10,5	4,4
Zuwendungen in Euro		3,15	2,63	1,59	4,4	2,1

Tabelle: Baukosten der Abwasserinvestitionen nach den Förderanträgen

Im Jahr 2009 wurde eine neue Förderrichtlinie Wasserwirtschaft (FrWw) eingeführt. Der Umfang der förderfähigen Maßnahmen hat sich in dieser Richtlinie verringert wodurch sich auch die rückläufige Zahl der Anträge erklärt.

Bei den insgesamt 30 Rechnungsprüfungen wurden 10 Schlusszahlungsanträgen mit Baukosten von 2,54 Mio. € und Landeszuschüssen von 0,99 Mio. € abgerechnet.

Jahr	2009	2008	2007	2006	2005
Teil- und Schlusszahlungen	30	18	27	28	56

Tabelle: Schlusszahlungen

Im Zusammenhang mit dem Unterstützungsprogramm Schlauch-Pumpe wurden im Jahr 2009 6 Vorhaben mit Gesamtkosten von 257.300 € gefördert und mit Zuwendungen von 77.200 € unterstützt.

Jahr	2009	2008	2007	2006	2005
Private Anschlüsse	6	8	7	5	5

Tabelle: Anzahl der geförderten privaten Investitionen

Sonstige fachliche Stellungnahmen zu Abwasserangelegenheiten

Jahr	2009	2008	2007	2006	2005
Stellungnahmen	65	73	69	71	68

Tabelle: Anzahl der fachtechnischen Stellungnahmen

Abwasserabgabe

Jahr	2009
Bescheide	40
Schmutzwasserabgabe	803.000 €
Verrechnung mit Investitionsmaßnahmen und Rückerstattung bereits bezahlter Abwasserabgabe	600.000 €
Kleineinleiter	9.735 €
Niederschlagswasser	4.295 €

Oberflächengewässer Fördermittel

Landeszuwendung von Mitteln der Glücksspirale aus dem Themenbereich „Mensch und Gewässer“

- Aufwertung des Wäschbaches in Nagold-Pfrondorf: 10.000 €
- Offenlegung des Leutestalbächle in Nagold-Emmingen: 40.000 €

Landeszuwendung für wasserbauliche Vorhaben nach den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft (FrWw)

- Gewässerentwicklungspläne (Tälesbach, Brombach) der Gemeinde Althengstett: 12.500 €, Honorar 25.000 €
- Gewässerentwicklungspläne (Monbach, Haugstetter Bach, Maisgraben, Kollbach, Lengenbach, Maisenbach und Dieterbach) der Stadt Bad Liebenzell: 25.300 €, Honorar: 51.000 €
- Lokale Hochwasserschutzmaßnahme der Stadt Bad Herrenal: 174.000 €, Herstellungskosten 633.000 €

Zuwendung für wasserwirtschaftliche Vorhaben nach den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft (FrWw) in Verbindung mit einer EU-Kofinanzierung nach ELER

- Herstellen von rauen Rampen an der Steinach in Nagold-Gündringen:
- Der Umbau von Löffelabstürzen in raue Steinrampen an der Steinach in Nagold-Gündringen und Schietingen wurde fertig gestellt. Die Gesamtkosten betragen ca. 214.000 €. Eine Zuwendung von 40.000 € wurde über die wasserwirtschaftliche Förderung gewährt. Außerdem wurde das Vorhaben durch Ausgleichszahlungen für Eingriffe in neuen Baugebieten finanziert.



Raue Rampe an der Steinach in Gündringen

Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie

Die Abteilung Umwelt- und Arbeitsschutz hat in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Landesbetrieb Gewässer, einen Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der Durchgängigkeit an den Gewässern I. Ordnung, der Nagold und Enz, für die Bauwerke erarbeitet, die sich im Eigentum des Landes Baden-Württemberg befinden. Wir sehen bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie das Land in der Pflicht, hier bei den eigenen Anlagen zügig tätig zu werden, und somit ein Signal für die Kommunen und Privaten zu setzen.

Als einer der ersten Landkreise in Baden-Württemberg, aber als erster im Regierungsbezirk Karlsruhe hat der Landkreis Calw mit diesem ausgearbeiteten Maßnahmenkatalog Ende August 2009 mit der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie begonnen. An der Enz und an der Nagold wurden Querbauwerke und Abstürze entfernt bzw. umgebaut. Bis auf vier Anlagen hat das Land seine Anlagen im Kreis Calw den Vorschriften der EG-Wasserrahmenrichtlinie angepasst.

Die größte Herausforderung für das Landratsamt Calw in den nächsten Jahren wird sein, die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie bei den Wasserkraftbetreibern zu erreichen. Einzelne Wasserkraftbetreiber sind insbesondere wegen der erhöhten Zahlungen aus dem Energieeinspeisungsgesetz tätig geworden.

Dort, wo die ökologische Situation besonders kritisch einzustufen ist, wurde das Landratsamt Calw bereits tätig. Ein Widerspruch eines Wasserkraftbetreibers in Höfen liegt bereits dem Regierungspräsidium Karlsruhe vor. Die Wasserkraftanlage Bettenberg der EnBW wird bereits umgebaut. Wegen der Mindestwassermenge in der langen Ausleitungsstrecke der Wasserkraftanlage Station Teinach werden Gespräche mit der EnBW geführt.

Hochwasser in Gechingen

Aufgrund eines Starkniederschlagsereignisses am 15. Mai 2009 wurde die Ortslage von Gechingen überflutet. Die Überflutungen verursachten erhebliche Schäden. Die Abteilung 31 kartierte und dokumentierte die überfluteten Bereiche und Schäden. Bei Ortsbegehungen wurden kurzfristig Maßnahmenvorschläge zur Verbesserung der Abflussverhältnisse aufgestellt.

Im Rahmen einer Flussgebietsuntersuchung soll in Zusammenarbeit der Gemeinden Gechingen und Aidlingen für das gesamte Einzugsgebiet der Irm bzw. Aid eine Hochwasserschutzkonzeption aufgestellt werden.



Hochwasser in Gechingen am 15. Mai 2009

Gewässerschauen

Die Abteilung 31 hat an den Gewässerschauen des Regierungspräsidiums Karlsruhe an der Nagold im Bereich der Gemeinde Rohrdorf und der Stadt Nagold mitgewirkt. Im Zuge der Nachbearbeitung der Gewässerschau waren zahlreiche Anschreiben und Ortstermine erforderlich, um auf eine Beseitigung der festgestellten Mängel hinzuwirken.

Sonstige fachliche Stellungnahmen

Stellungnahmen und Besprechungen waren zu folgenden Vorhaben erforderlich:

- Anlagen am Gewässer (z.B. Brücken, Uferbefestigungen, Überschwemmungsgebiete)
- Wasserentnahmen (z.B. Wärmegewinnung, Kühlwasser)
- Einleitungen in Gewässer (z.B. Straßenentwässerung, Kläranlagen, RÜB u. a.)
- Baugesuch, Flächennutzungs- und Bebauungsplänen
- Neubau, Änderung und Beanstandungen von Wasserkraftwerken
- Gewässerkreuzungen mit Leitungen und Kabeln
- Gewässerausbaumaßnahmen (z.B. Hochwasserschutz, Renaturierung u. a.)

Altlasten, Bodenschutz und Schadensfälle

Altlasten

Jahr	altlastenrelevanten Standorten	Stellungnahmen zu	
		Bauanträgen	Bebauungsplänen bzw. Flächennutzungsplänen
2009	286	24	57
2008	326	30	76

Tabelle: fachtechnische Stellungnahmen

Kommunale Altlasten werden aus Landesmitteln gefördert, hierzu erfolgt die Prüfung und Stellungnahme zu Förderanträgen (und Mehrkostenanträgen), sowie die Prüfung und Bearbeitung von Teil- und Schlussrechnungen durch die Abteilung 31.

Jahr	Neu- und Mehrkostenanträge	Teil- und Schlussrechnungen
2009	6	8
2008	5	8

Tabelle : Förderanträge

Derzeit befinden sich sechs kommunale Altlasten in der Bearbeitung mit einem Gesamtvolumen von derzeit rund 0,7 Mio €.

2009 wurden folgende größere Projekte bearbeitet:

- Sanierungsplanung der beiden durch Rutschung gefährdeten Altablagerungen „Nördlicher und Südlicher Tälesbach“ in Calw-Hirsau
- Abschluss Altablagerung Schleifmühle in Nagold
- Sanierungsuntersuchungen „AA Heimberg“ in Althengstett
- Sanierung der AS „Regula Werk King, Pforzheimer Straße“ und „Regula King Ulmenweg“ in Bad Liebenzell
- Gefahrverdachtsuntersuchung von 12 Altlastverdachtsflächen (§9.1 BBodSchG)
- Fortführung der Erfassung altlastverdächtiger Flächen Landkreis Calw

Die Altlasten „Tälesbach“ haben wegen möglicher Folgen einer Rutschung die höchste Priorität.

Bodenschutz

	2008	2009
Auffüllungsanträge zur Bodenverbesserung	13	5

Tabelle: Auffüllungen

VAwS-Anlagen

Jahr	Schreiben wegen	
	Mängel an Heizölanlagen	versäumter Prüfungen
2009	122	76
2008	228	239
2007	129	211
2006	146	76

Tabelle: Verwaltungsvorgänge

Altautos, Wilder Müll

Jahr	unerlaubt abgestellte Schrottfahrzeuge	Anordnungen zur Beseitigung	abgeschleppte Fahrzeuge	Wilde Ablagerungen	Bußgeldverfahren
2009	47	6	0	45	5
2008	45	6	0	53	2
2007	39	5	3	64	9
2006	66	21	5	58	6

Tabelle: Fallzahlen

Gewerbeaufsicht Statistische Angaben

Verteilung der Betriebe und Anlagen auf Leitbranchen im Landkreis Calw				
Leitbranchen	Anzahl	Anlagen	Anlagen	Anlagen
	Betriebe	4. BImSchV ¹⁾	31. BImSchV ²⁾	§ 45 e WG ³⁾
Metallerzeugung	4	0	0	0

Verteilung der Betriebe und Anlagen auf Leitbranchen im Landkreis Calw				
Leitbranchen	Anzahl	Anlagen	Anlagen	Anlagen
	Betriebe	4. BImSchV 1)	31. BImSchV 2)	§ 45 e WG 3)
Herstellung von Zellstoff, Papier und Pappe	5	0	0	0
Fahrzeugbau	18	0	5	1
Datenverarbeitung, Fernmeldedienste	25	0	0	0
Elektrotechnik	24	0	0	2
Chemische Betriebe	38	0	0	0
Versorgung	45	3	0	0
Druckereien, Verlags- und Pressewesen	50	0	0	0
Maschinenbau	88	3	2	0
Leder, Textil	74	0	0	1
Entsorgung, Recycling	76	14	0	0
Feinmechanik	84	1	0	1
Metallverarbeitung	203	3	3	2
Holzbe- und -verarbeitung	221	1	2	0
<i>Kredit- und Versicherungsgewerbe</i>	<i>299</i>	0	0	0
<i>Dienstleistungen</i>	<i>452</i>	0	0	0
<i>Verwaltung</i>	<i>449</i>	21	0	0
Kraftfahrzeugreparatur, Tankstellen	532	0	22	0
<i>Nahrungs- und Genussmittel</i>	<i>468</i>	3	0	3
<i>Verkehr</i>	<i>516</i>	0	0	0
Bau, Steine, Erden	655	5	0	0
<i>Hochschulen, Gesundheitswesen</i>	<i>746</i>	3	0	0
<i>Handel</i>	<i>927</i>	1	0	0
<i>Gaststätten, Beherbergungen</i>	<i>1.145</i>	1	0	0
Summen:	7.144	59	34	10
Anzahl der nicht prioritären Betriebe	5.002			
Prioritäre Betriebe	2.142			

1) Immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen

2) VOC-Anlagen (z.B. Lackieranlagen)

3) Genehmigungsbedürftige Abwasserbehandlungsanlagen

Tabelle: Statistische Auswertung der erfassten Betriebe

Tätigkeitsstatistik

	2009	2008	2007
Baugenehmigungen	158	193	219
Bauleitplanung	65	73	80
Immissionsschutzrechtl. Verfahren	4	4	6
Nachbarschaftsbeschwerden	23	35	26
Erlaubnisverfahren nach Betriebssicherheitsgesetz	7	9	6
Ausnahmen nach Arbeitszeitgesetz	16	10	17
Summen:	273	324	354

Tabelle: Aufgabenschwerpunkte - Stellungnahmen / Verwaltungsverfahren

	2009	2008	2007
Unfallmeldungen	140	233	200
Meldungen nach Jugendarbeitsschutzgesetz	301	332	553
Niederfrequenzanlagen (Trafos, Erdkabel)	36	35	15
Hochfrequenzanlagen (Mobilfunk)	24	20	13
Baustellenvorankündigungen	30	nicht erfasst	nicht erfasst
Baustellenkontrollen	15		
Asbestanzeigen	25		
Baustellenkontrollen (Asbest)	12		
Summen:	583	620	781

Tabelle: Aufgabenschwerpunkte - Meldungen / Anzeigen

	2009	2008	2007
Betriebsbesuche	360	319	387

Tabelle: Betriebsbesuche

Abwasseranlagen	Anzahl
in der regelmäßigen Überwachung, davon Behandlungsanlagen für Abwasser aus:	6
- Leiterplattenherstellung	1
- Galvanik	2
- Vorbehandlung Lackiererei (Metall)	1
- Textilbetrieb	1
anlassbezogene Überwachung (Neutralisationsanlagen der Getränkeindustrie)	4

Tabelle: Abwasseranlagen

Im Rahmen der regelmäßigen Abwasserüberwachung wurden 2010 pro Anlage im Auftrag des Landratsamtes Calw von einem beauftragten Sachverständigen zwei bis drei Abwasserproben entnommen. Nur eine der entnommenen und untersuchten Abwasserproben entsprach nicht der wasserrechtlichen Genehmigung. Bei diesem Betrieb wurde unverzüglich eine weitere Probe gezogen, die dann einwandfrei war.

Fahrpersonalrecht

Das Landratsamt Calw ist für die Bearbeitung der festgestellten Verstöße der hier ansässigen Transportunternehmen im gesamten Bundesgebiet zuständig. Die von der Polizei bei Straßenkontrollen festgestellten Verstöße und eingezogenen Schaublätter werden von der Abteilung 31 ausgewertet und bearbeitet.

	Anzahl
Verwarnung mit Verwarnungsgeld	34
Bußgeldbescheide	306

Gesamt: 340

Im Vorjahr: 289

Tabelle: Straßen-Kontrollen 2009

Verordnung (EWG) Nr. 3820/85 bzw. AETR		Anzahl
Lenkzeiten	Tageslenkzeit	610
	2 aufeinander folgende Wochen	11
Lenkzeit-Unterbrechung	Lenkzeit nach 4,5 Std.	400

Verordnung (EWG) Nr. 3820/85 bzw. AETR		Anzahl
	Zu kurze Unterbrechung	402
Ruhezeiten	Tägl. Ruhezeit	898
	Wöchentl. Ruhezeit	16

Gesamt: 2.337

Im Vorjahr: 1.995

Tabelle: Straßenkontrollen 2009 (Polizei) und Verstöße

Ergänzend zu den Straßenkontrollen werden Betriebsüberprüfungen von der Abteilung 31 durchgeführt. Das Ergebnis gibt die folgende Tabelle wieder.

	Anzahl			
	Insgesamt		Beanstandungen	
	2009	2008	2009	2008
Kontrollierte Betriebe	16	19	15	17
Überprüfte Fahrer	107	116	85	86
Überprüfte Arbeitstage	4.661	5.654	1.668	2.019

Tabelle: Betriebskontrollen (Landratsamt Calw) und Verstöße

Im Jahr 2009 wurden rd. 165.000 Euro Bußgelder eingenommen.

Wasserrecht

	2009	2008	2007	2006
Antragseingänge	85	78	89	70
Entschiedene Anträge	80	66	76	68
Wasserbucheinträge	10	38	31	46
Wasserbuchlöschungen	3	6	2	4

Tabelle: Vorgänge in den Berichtsjahren

2009 wurden ca. 25.000 Euro an Gebühren eingenommen.

Immissionsschutzrecht Genehmigungsverfahren

Anlage	Anzahl
Motorsportanlage	genehmigt
Wertstoffanlage	abgelehnt
Windkraftanlage	Scopingtermin
Schotterwerk	Scopingtermin

Tabelle: Immissionsschutzrechtliche Entscheidungen u. Änderungsanzeigen in 2008

Umweltmeldungen

Im Jahr 2009 gingen wieder zahlreiche Umweltmeldungen ein. Der größte Teil davon konnte kurzfristig, d.h. zumeist telefonisch erledigt werden.

Bei den übrigen 36 Umweltmeldungen mussten weitere Recherchen (z.B. Lärmmessungen, Einholung von Gutachten, Vor-Ort-Termine, Befragung Schornsteinfeger usw.) vorgenommen werden.

	Anzahl
Umweltmeldungen mit Folgemaßnahmen wegen	36
- Lärm	15
- Luft	13
- Wasser	1
- Abfall	3
- Sonstiges	4

Tabelle: Umweltmeldungen

Schornsteinfegerwesen

Am 1. Dezember 2008 sind das Gesetz zur Neuregelung des Schornsteinfegerwesens und das Schornsteinfeger-Handwerksgesetz in Kraft getreten. Danach werden ab 01. Januar 2010 neu zu besetzende Kehrbezirke öffentlich ausgeschrieben und auf die Dauer von 7 Jahren vergeben. Das Nebenerwerbsverbot wird schrittweise aufgehoben.

Ab 1. Januar 2013 wandelt sich die Bestellung zum Bezirksschornsteinfegermeister automatisch in eine Bestellung zum „Bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger“ um. Ihnen obliegt nach wie vor die Feuerstättenschau und die Bauabnahmen. Ihre Aufgabe ist zudem die Überwachung, ob die Grundstückseigentümer ihren Verpflichtungen zur Messung und Kehrung nachgekommen sind.

Messungen, Kehrungen und sonstige Überprüfungen dürfen ab 2013 von allen Betrieben vorgenommen werden, die mit dem Schornsteinfegerhandwerk in die Handwerksrolle eingetragen sind oder die Voraussetzungen der EU/EWR-Handwerk-Verordnung erfüllen.

Die 15 Bezirksschornsteinfegermeister (ab 2013 Bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger) im Landkreis unterstehen der Dienst- und Fachaufsicht der Unteren Verwaltungsbehörde.

Da die Schornsteinfeger zum großen Teil im öffentlichen Auftrag handeln, stellen die Gebühren eine öffentliche Last dar. Sofern diese trotz Mahnung nicht entrichtet werden, ist es daher Aufgabe der Unteren Verwaltungsbehörden, die Gebühren beizutreiben.

Im Jahr 2009 wurden 136 Gebührenschuldner aufgefordert, die Rechnungsgebühr zu begleichen, in 57 Fällen musste die Beitreibung eingeleitet werden.

Erddeponien

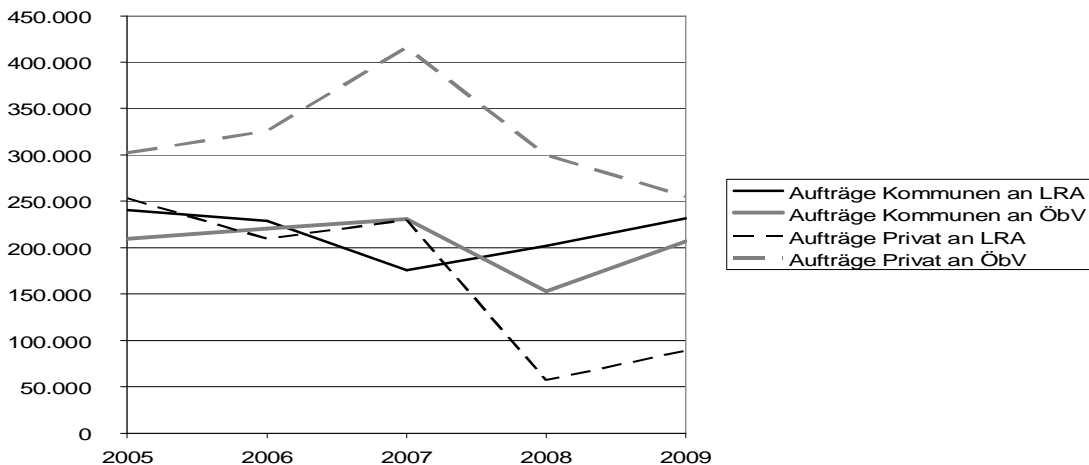
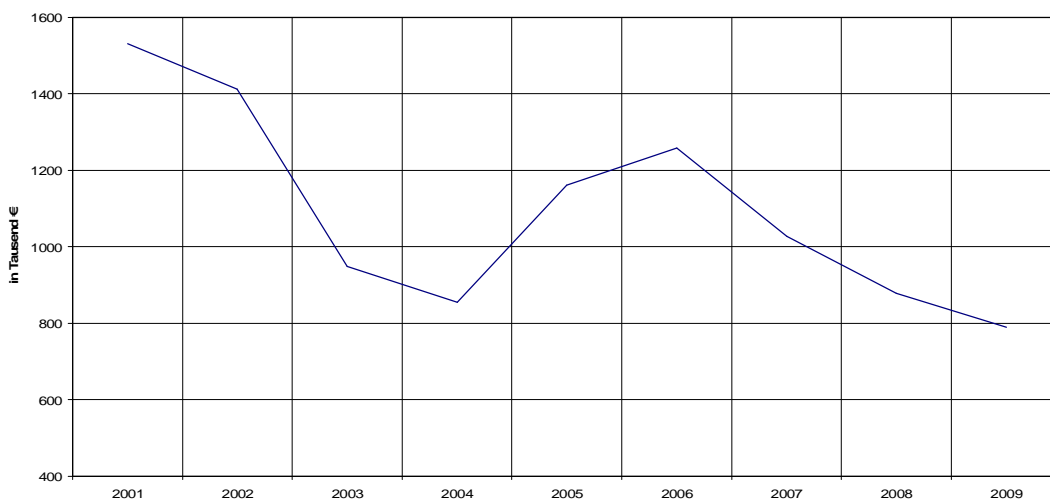
Auf den Erddeponien des Landkreises darf nur unbelastetes Erdmaterial abgelagert werden.

Die 19 Erddeponien wurden auch im Jahr 2009 turnusmäßig überprüft. 13 Erddeponien waren in einem einwandfreien Zustand. Vier Anlagen wiesen geringe und zwei gravierende Mängel auf. Die Mängel wurden zwischenzeitlich abgestellt.

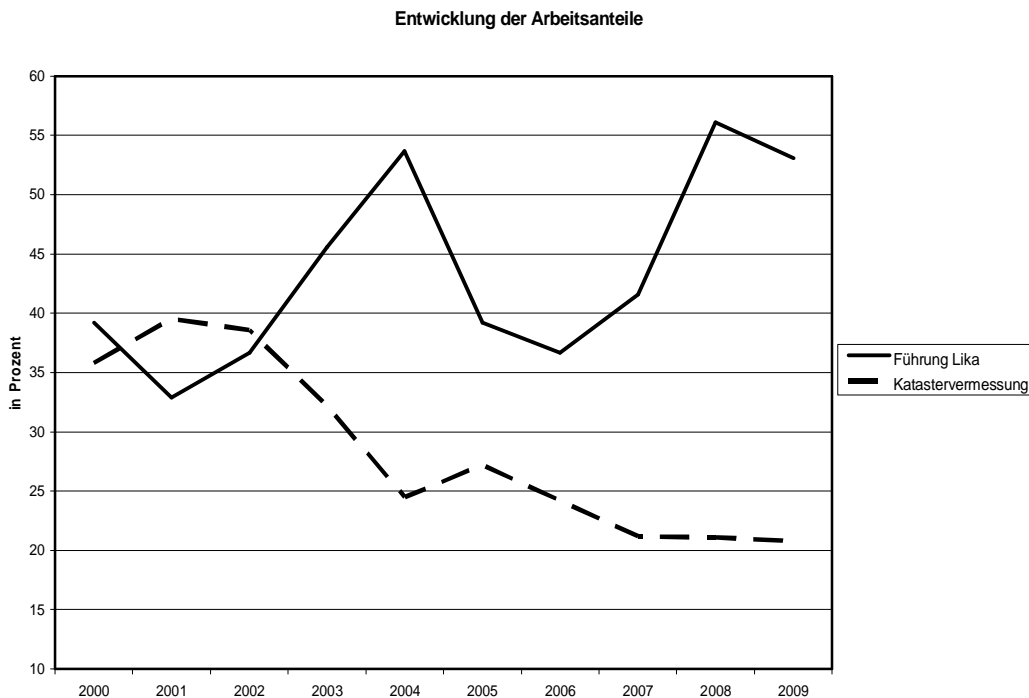
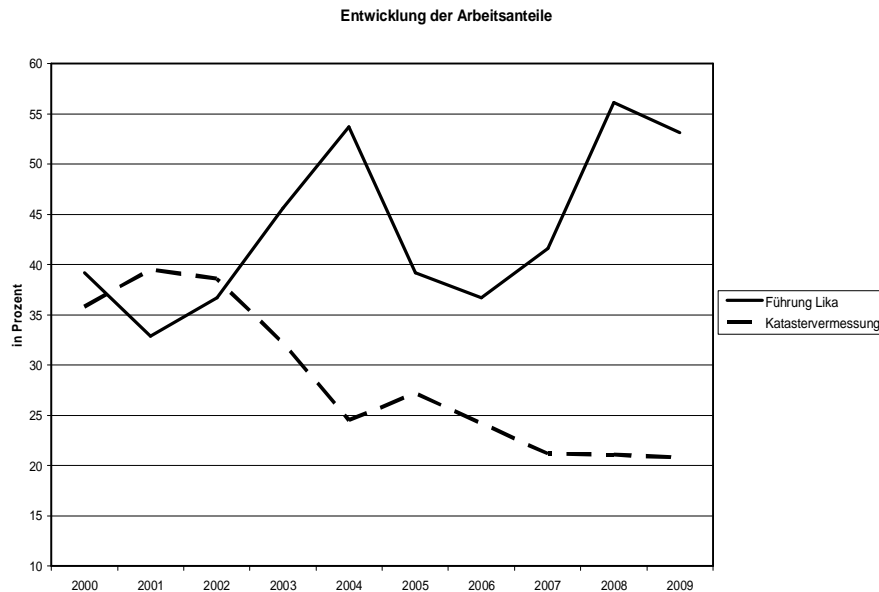
Allgemeines

In drei aufeinander folgenden Jahren sanken die Einnahmen auf einen historischen Tiefstand. Auffallend ist der drastische Rückgang an privaten Aufträgen, dessen Ursache möglicherweise darin liegt, dass dem Privatmann nicht bekannt ist, dass das ehemalige Vermessungsamt im Landratsamt integriert worden ist. Diese Tendenz wird in 2010 noch drastischer ausfallen, da die Landesregierung beabsichtigt, den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren das Monopol an den lukrativen Zerlegungen einzuräumen.

Entwicklung der Einnahmen

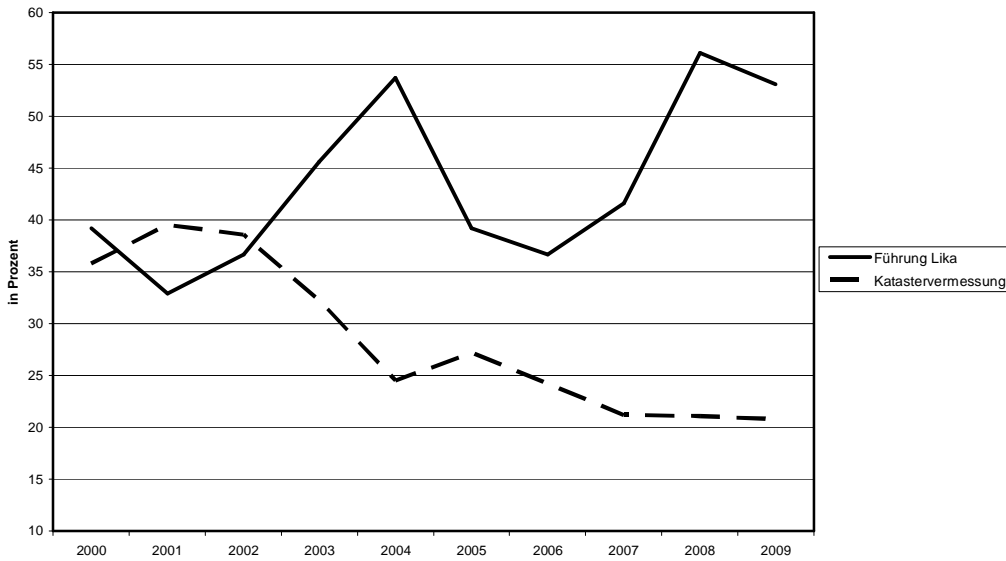


Obwohl die Katastervermessung nur 21 % unserer Arbeitsanteile ausmacht, werden damit 57 % der Einnahmen erzielt.



Der politische Willen der Landesregierung ist auch am sinkenden Anteil an Katastervermessungen erkennbar. Der Aufwand für die Führung des Liegenschaftskatasters ist tendenziell steigend, da bei der Umstellung auf digitale Karten gleichzeitig die Qualität der Daten verbessert wird.

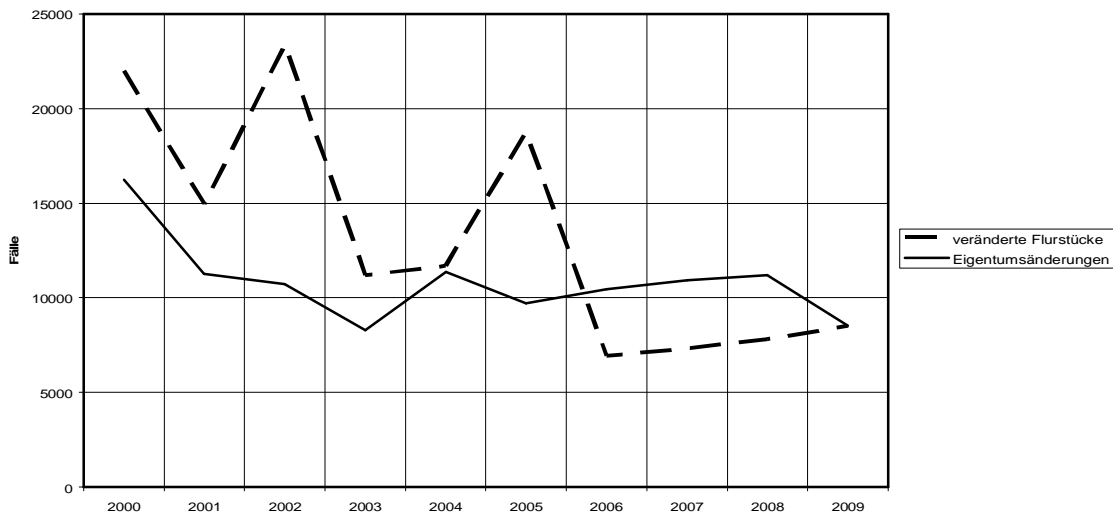
Entwicklung der Arbeitsanteile



Führung Liegenschaftskataster

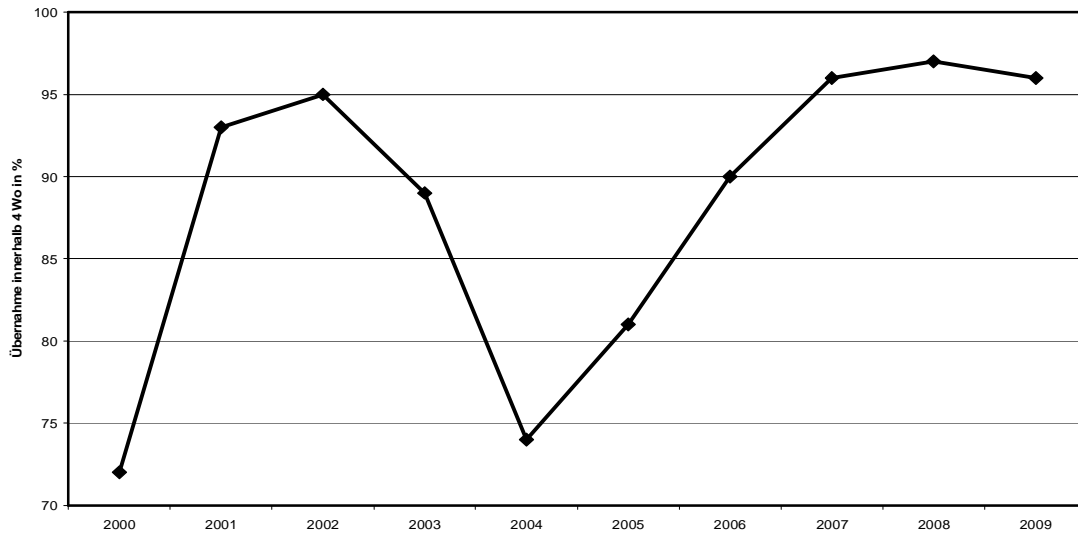
Im Liegenschaftskataster werden sämtliche Flurstücke, Gebäude und Eigentümer geführt. Derzeit sind Angaben über 169.000 Flurstücke, 94.000 Gebäude und deren Eigentümer gespeichert. Während die Zahl der Eigentumsänderungen relativ konstant bleibt, ist bei der Zahl der veränderten Flurstücke trotz Schwankungen die abnehmende Tendenz zu erkennen.

Änderungen im Liegenschaftskataster

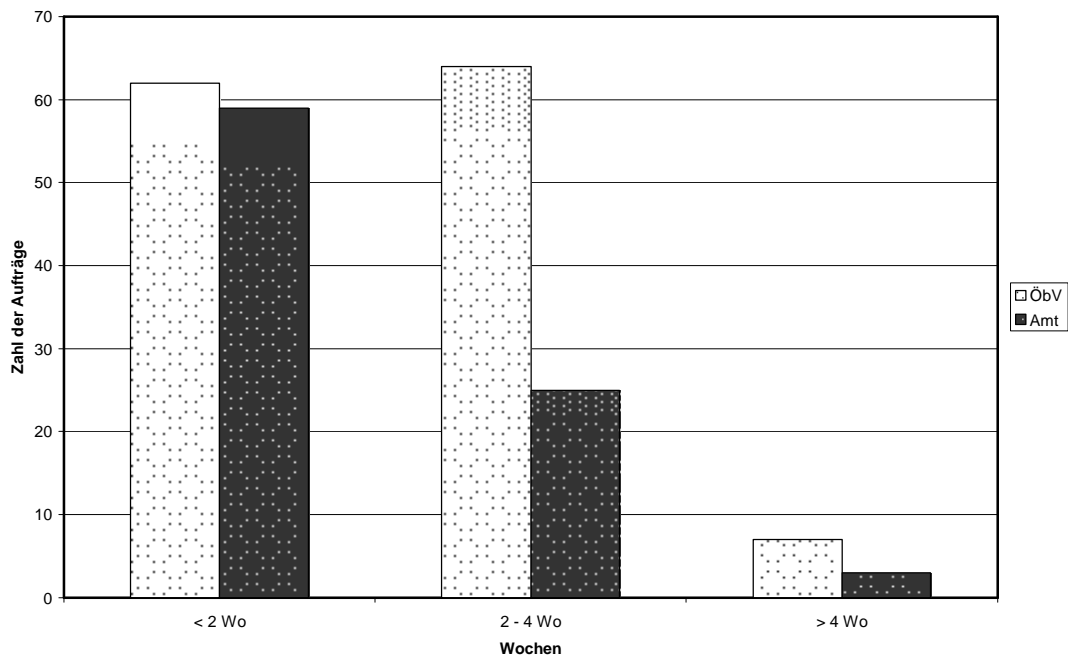


Die Bereitstellung von Bauland hängt eng mit der Übernahme der dazu erforderlichen Katastervermessungen in das Liegenschaftskataster zusammen. Daher wird seit Jahren auf kurze Übernahmeweiten geachtet. Aufgrund der notwendigen Datenaufbereitung und Fehlerbehebung beigebrachter Vermessungsschriften dauert deren Übernahme länger.

Übernahmeweiten

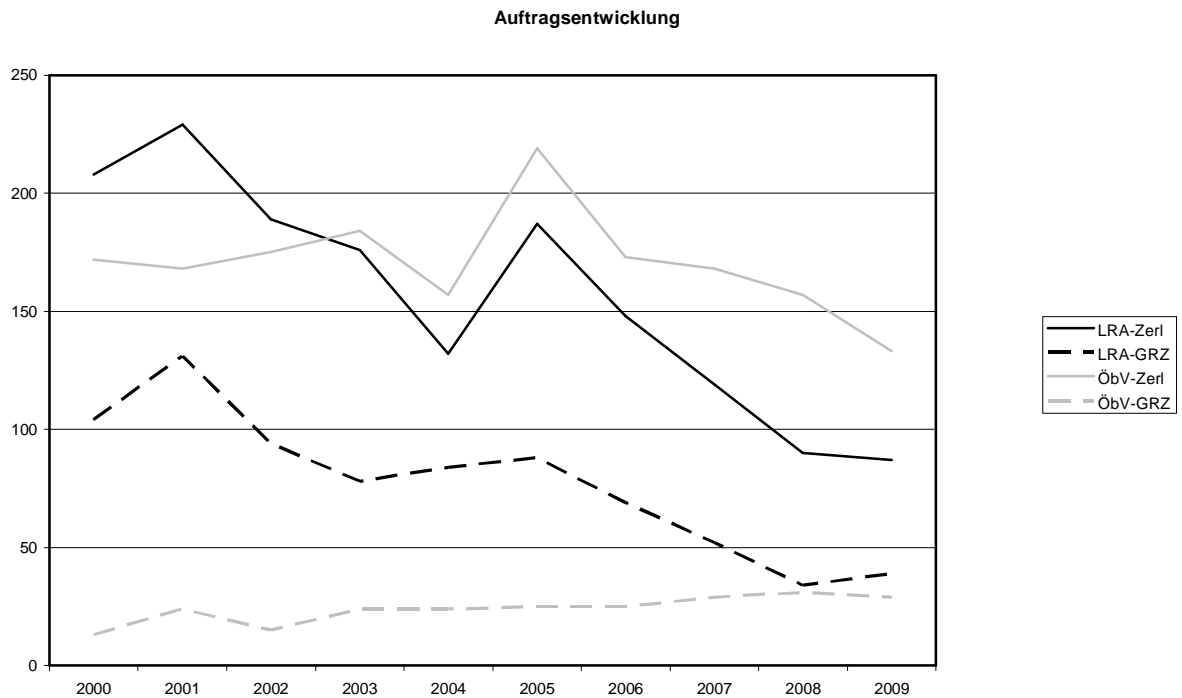


Übernahmedauer



Katastervermessung

Die Entwicklung der Zahl der Aufträge ist ein Spiegelbild der Konjunktur. Nicht erst seit der Finanzkrise nehmen die Zahl der Aufträge ab, wobei der Rückgang beim Landratsamt besonders drastisch ausfällt.

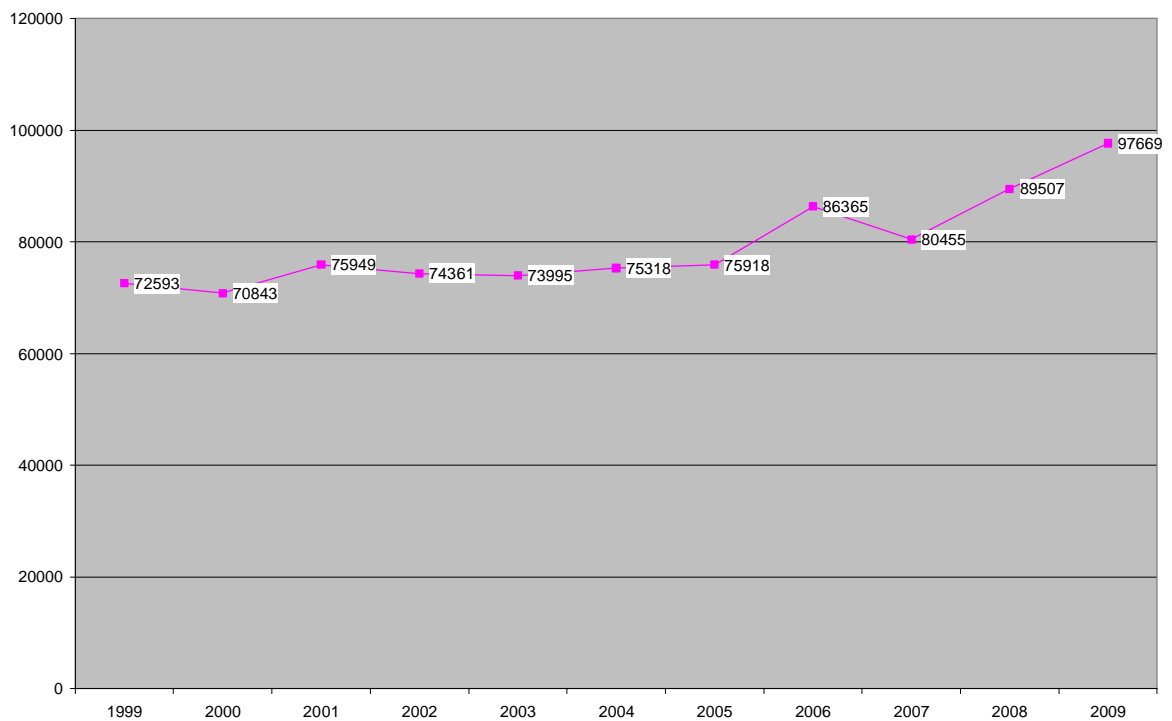


KFZ-Zulassung

Fallzahlenentwicklung bei der Fahrzeugzulassung

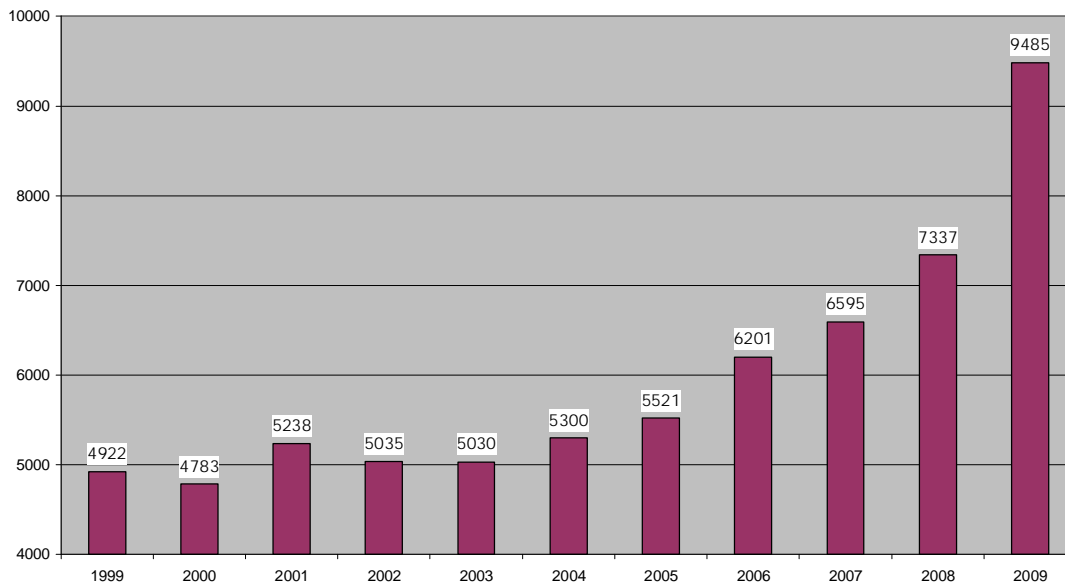
Das nachstehende Diagramm gibt einen Überblick über die Entwicklung. 2009 haben sich die Fallzahlen im Vorjahresvergleich weiter gesteigert. Dies spiegelt sich auch in den, im Vergleich höheren Gebühreneinnahmen wieder. Der Anstieg der Fallzahlen um ca. 8,4 % begründet sich nahezu ausschließlich in der Eintragung von technischen Änderungen zur Verbesserung der Emissionsklasse incl. der Ausgabe von Feinstaubplaketten und einer Steigerung der Neuzulassungen (23%).

Fallzahlen ohne Zwangsmaßnahmen

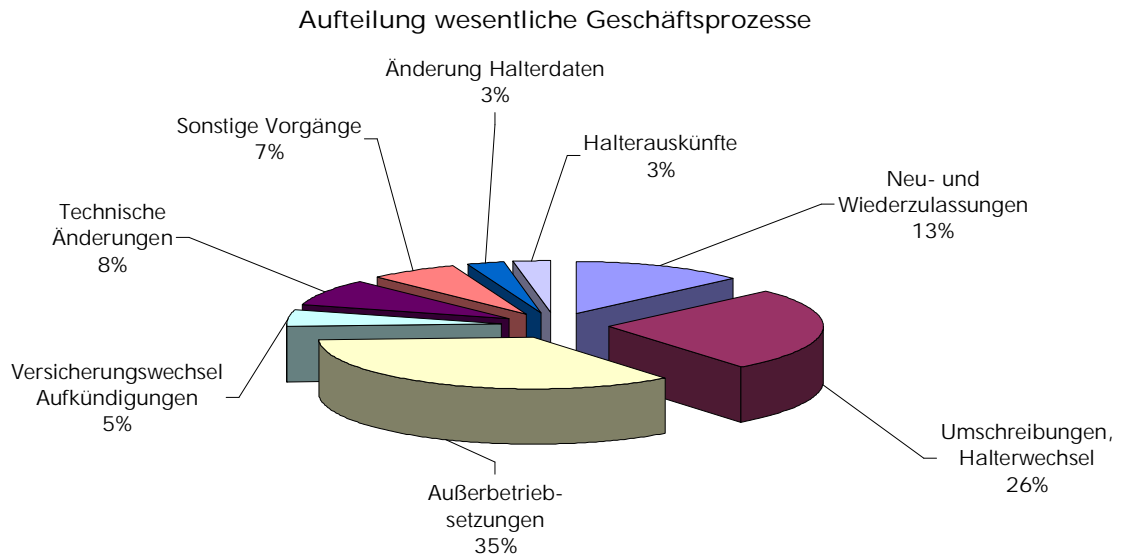


Je Personalstelle ergibt sich folgendes Bild:

Fallzahlen pro besetzter Stelle (ohne Zwangsmassnahmen)

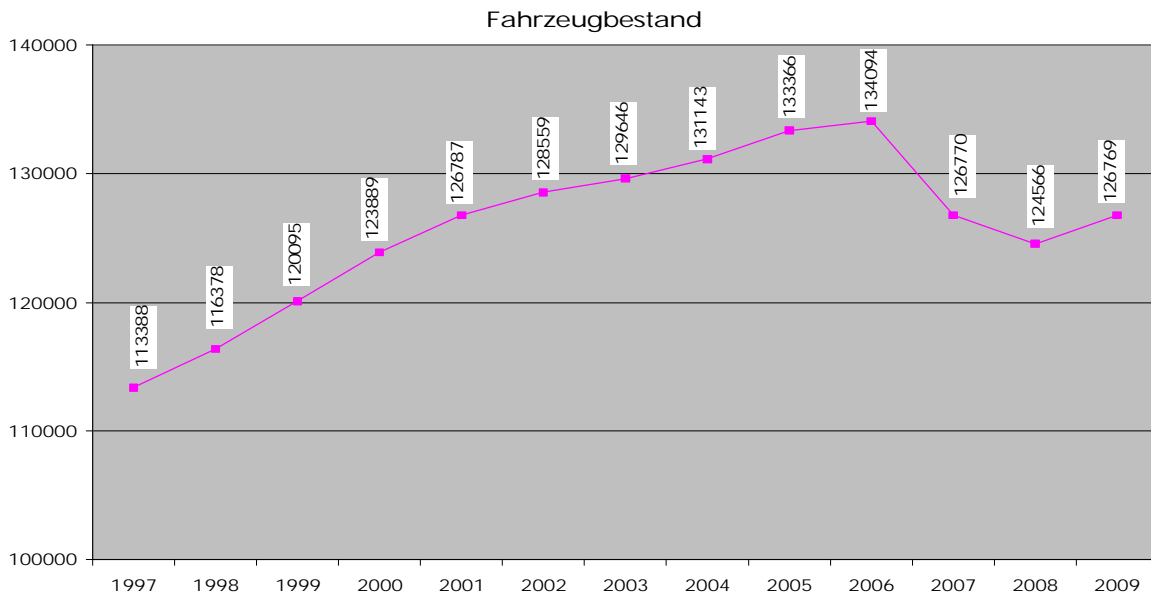


Auf die wesentlichen Geschäftsprozesse teilen sich die Fallzahlen wie folgt auf:



Entwicklung des Kraftfahrzeugbestands

Seit der im Jahr 2007 eingeführten Fahrzeugzulassungs-Verordnung verringert sich der jeweilige Fahrzeugbestand um die außer Betrieb gesetzten Fahrzeuge. Hierdurch sank der Bestand im Jahr 2007 um 7.324 Fahrzeuge gegenüber dem Vorjahr. 2008 setzte sich dieser Trend mit einem weiteren Minus von ca. 2 % fort. Diese Entwicklung setzte sich im Jahr 2009 nicht weiter fort. Im Vergleich zum Vorjahr erholte sich der Fahrzeugbestand um ca. 1,7 % und ist somit wieder auf dem Niveau von 2007.



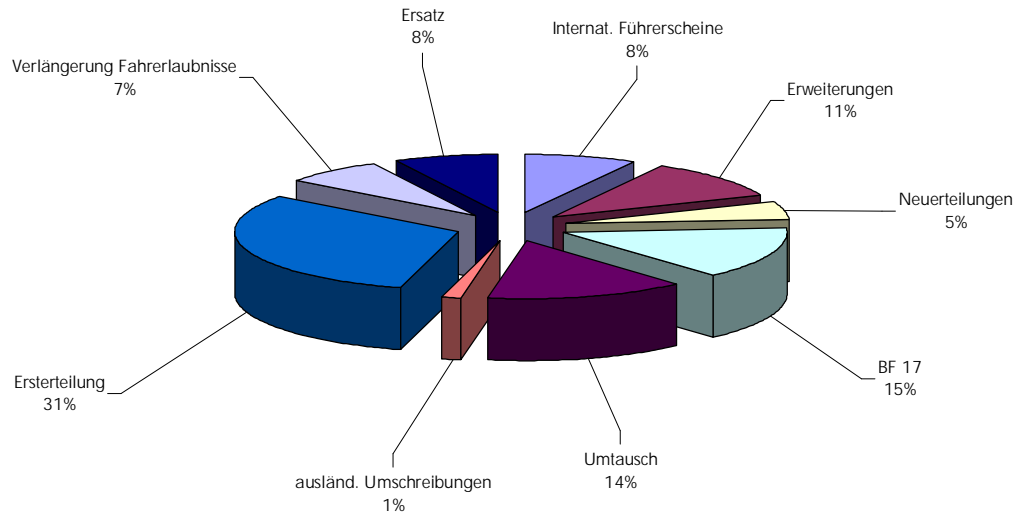
Führerscheinstelle

Fallzahlenentwicklung

Die Antragszahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig erhöht. Insgesamt wurden 129 Anträge mehr (ca. 1,8 %) gestellt und bearbeitet. Diese sind überwiegend den beantragten Verlängerungen der Gültigkeit von Fahrerlaubnissen der Lkw und Omnibus-Klasse zuzuschreiben.

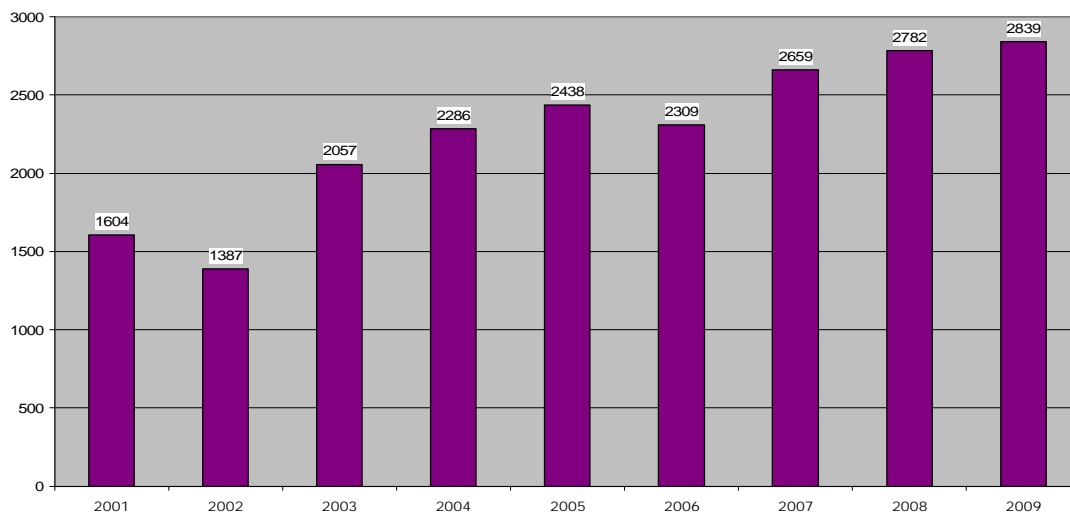
Auf die einzelnen Antragsarten verteilen sich die Fallzahlen wie folgt:

Fallzahlen Anträge



Bezogen auf die Personalstellen ergibt sich, aus den für den Vergleichsring relevanten Fallzahlen, folgendes Bild:

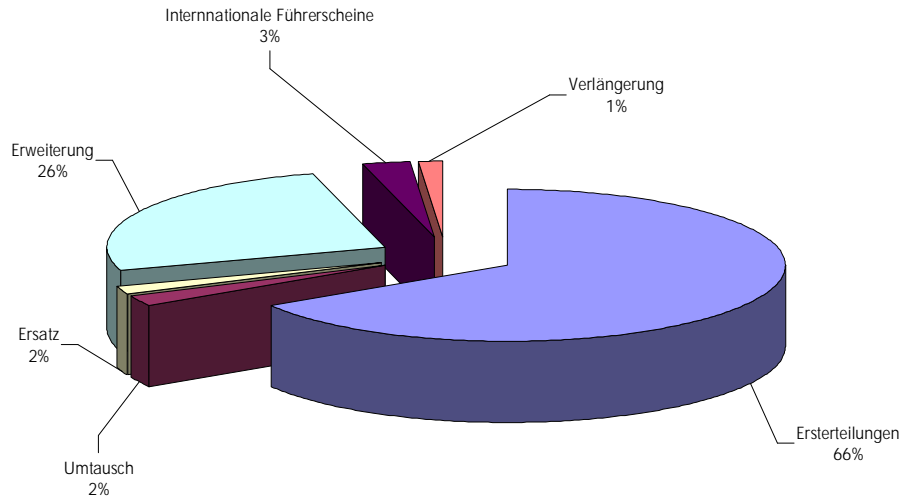
Fahrerlaubnis­anträge pro besetzter Stelle



Online-Antragstellung über das Internet

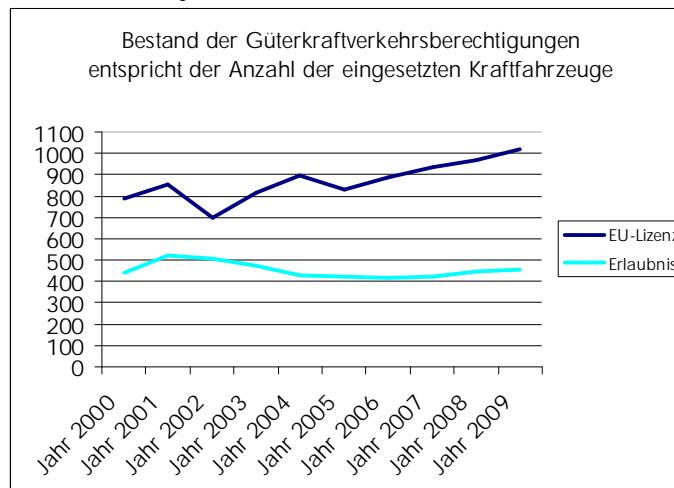
Die Online-Antragstellung über das Internet wird nach wie vor rege genutzt. Im Jahr 2009 gingen 922 (Vorjahr 876) Anträge über das Online-Modul ein.

Aufteilung Online-Anträge

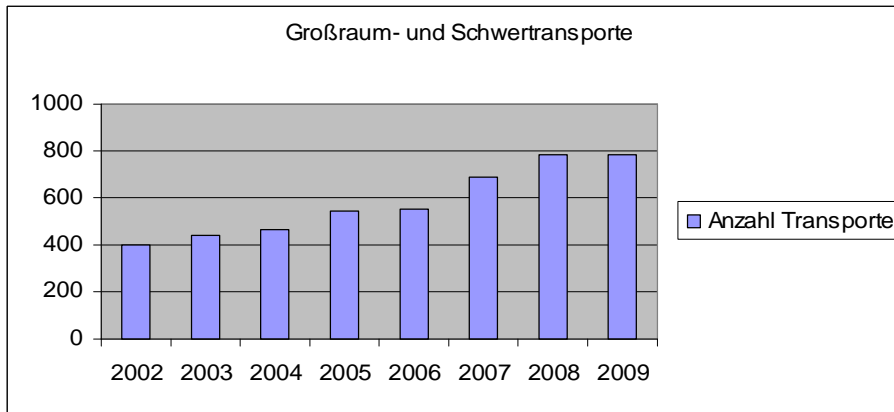


Güterkraftverkehr

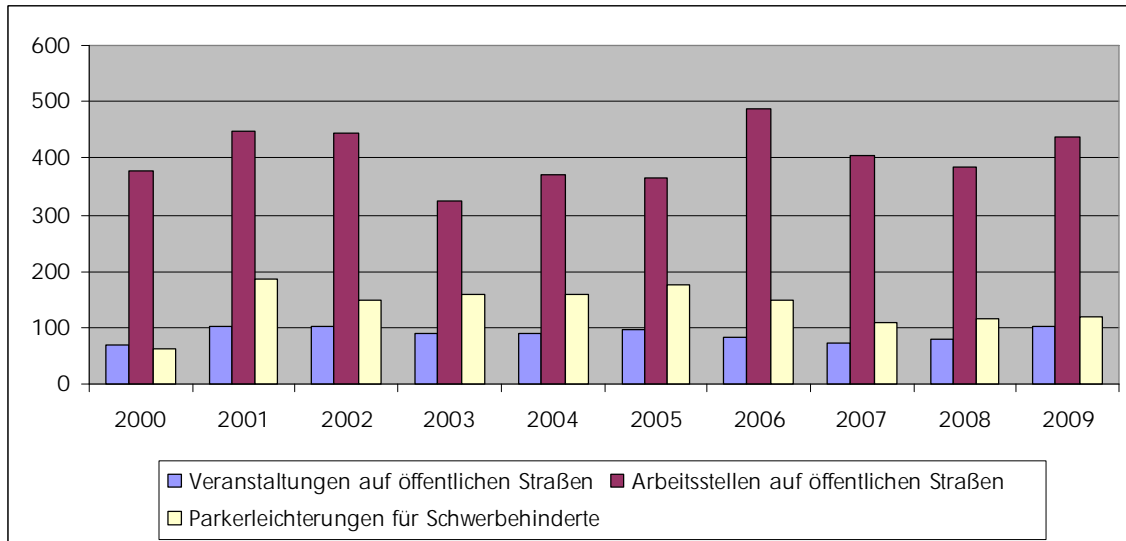
Trotz 12 Betriebsaufgaben (darunter 3 Insolvenzen) erhöhte sich die Anzahl der Unternehmen durch Firmenneugründungen von 165 auf 166 Betriebe, die erlaubnispflichtigen Güterkraftverkehr durchgeführt haben. Es wurden insgesamt 1471 Lkw eingesetzt. Dies sind im Vergleich zum Vorjahr 58 zusätzliche Lkw.



Großraum- und Schwertransporte



Veranstaltungen, Arbeitsstellen, Parkerleichterungen für Schwerbehinderte



Bauamt

Anzahl baurechtlicher Verfahren

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009
Baurechtliche neue Verfahren	1.055	1.038	822	816	802
davon					
- Erteilte Baugenehmigungen	512	611	471	452	420
- Abgelehnte Baugenehmigungen	29	18	15	14	2
- Bauvoranfragen genehmigt	36	34	41	44	22
- Bauvoranfragen abgelehnt	8	8	5	8	1
- Bauvoranfrage zurückgenommen	29	36	21	13	23
- Anzahl Kenntnissgabeverfahren	114	101	79	71	81
davon mit Befreiungen	105	89	78	58	64
- WEG -Teilungsgenehmigungen	50	54	41	25	22
Brandverhütungsschauen, davon	260	270	253	253	253
- Wiederkehrende Prüfungen*)	50	55	53	51	53
- Nachkontrollen	210	215	200	201	200

*) insgesamt müssen etwa 250 Gebäude/Anlagen (z. B. Hotels, Schulen, Veranstaltungshallen, Kliniken, Gewerbliche Betriebe) alle 5 Jahre überprüft werden; dazu kommen noch zusätzliche Nachkontrollen bei festgestellten Mängeln.

Neben den Baugenehmigungsverfahren wird von der Abteilung Bauordnung eine Vielzahl an bauordnungsrechtlichen Verfahren durchgeführt. Dabei handelt es sich zum einen um die Durchsetzung von Auflagen aus Baugenehmigungen, zum anderen um Verfahren die aufgrund von Bauüberprüfungen eingeleitet werden.

Genehmigungszeiten von Bauanträgen (Kalendertage)

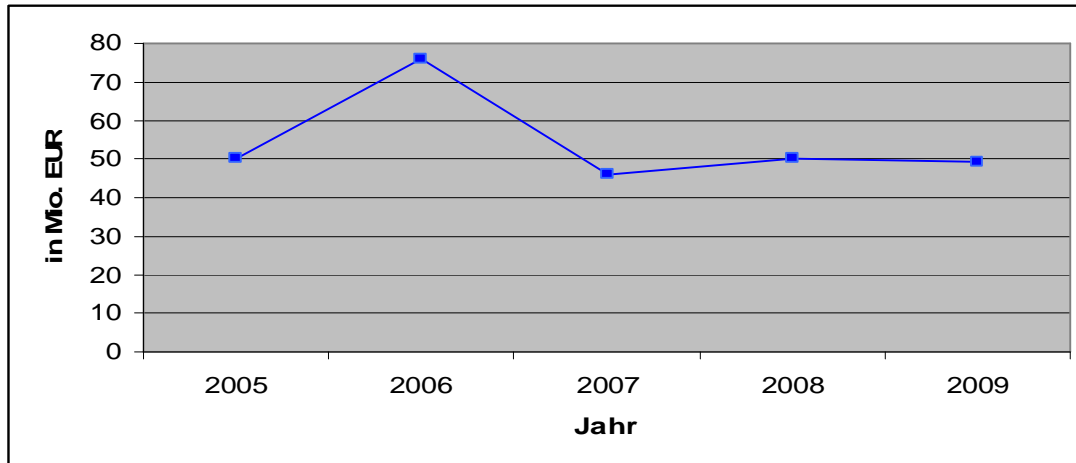
Jahr	2005	2006	2007	2008	2009
Baugenehmigungen					
a) Gesamte Laufzeit	94	93	90	70	81
b) Bearbeitungsdauer	33	34	23	18	18
Bauvoranfragen					
a) Gesamte Laufzeit	149	144	169	82	137
b) Bearbeitungsdauer	54	43	57	23	22
Befreiungen im Kenntnissgabeverfahren					
a) Gesamte Laufzeit	30	26	26	48	42
b) Bearbeitungsdauer	7	4	6	4	8

Durchschnittliche Laufzeiten

- a) Gesamte Laufzeit vom Antragseingang bis zur Genehmigung (Kalendertage)
- b) Bearbeitungsdauer ab Vollständigkeit der Unterlagen bis zur Genehmigung (Kalendertage)

Entwicklung der Baukosten (ohne Kenntnissgabeverfahren)

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009
in Mio. EUR	50	76	47	50	49



Baurechtliche Rechtsbehelfsverfahren

Jahr	2008	2009
Eingang von Widersprüchen	43	47
Vorlage ans Regierungspräsidium	22	19
Abhilfe von Widersprüchen durch das Landratsamt	6	5
Abhilfe von Widersprüchen durch das Regierungspräsidium	0	0
Rücknahmen von Widersprüchen	15	20
Zurückweisung von Widersprüchen durch das Regierungspräsidium	17	8
Eilanträge beim Verwaltungsgericht	4	1
Klagen beim Verwaltungsgericht	9	6
Zulassungsbeschwerden beim Verwaltungsgerichtshof	4	3
Berufungen beim Verwaltungsgerichtshof	1	1
Petitionen	0	3

Bußgeldverfahren

Jahr	2006	2007	2008	2009
Verfahren	18	3	12	15

Bauleitplanung

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009
Stellungnahmen zu Bebauungsplänen	73	86	75	83	87
Stellungnahmen zu Flächennutzungsplänen	14	10	9	10	5
Stellungnahmen zum Regionalplan	1	1	2	-	1
Bebauungsplananzeigen	27	33	18	19	23
Bebauungsplangenehmigungen	8	4	2	4	2
Flächennutzungsplangenehmigungen	4	8	1	5	4
Sonstige Satzungen	-	-	-	-	4

Denkmalschutz

Jahr	2006	2007	2008	2009
Denkmalschutzrechtliche Entscheidungen	21	23	18	17
Objekte, die vor Ort besichtigt wurden (z. B. wg. Abbruch, Umbau)	-	67	43	62

Neben den denkmalschutzrechtlichen Entscheidungen stellt die Abteilung Bauordnung noch steuerliche Bescheinigungen (ca. 10 – 15 pro Jahr) nach dem Einkommenssteuergesetz für Aufwendungen aus, die zum Erhalt von Kulturdenkmalen erforderlich sind.

Kreisbrandmeister

	2007	2008	2009
Brandschutztechnischer Sachverständiger			
Brandschutztechnische Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren, Bebauungs- und Flächennutzungsplan-Änderungen	272	242	181
Kostenfreie Beratungen von Architekten, Bauherren, Behörden innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens	118	108	82
Kostenpflichtige Beratungen von Architekten, Bauherren,	9	16	5

Behörden in der Funktion als Brandschutztechnischer Sachverständiger, Abnahme von Brandschutzanlagen			
Repräsentative Aufgaben			
Teilnahme an Hauptversammlungen der freiwilligen Feuerwehren, Jubiläen, Ehrungen u.ä.	44	49	42
Aus- und Fortbildung			
Organisation und Durchführung von Seminaren und Fortbildungsveranstaltungen für die Leiter oder Gerätewarte der kreisangehörigen Freiwilligen Feuerwehren	4	8	8
Organisation von Lehrgängen des Feuerwehrwesens auf Kreisebene (413 Teilnehmer)	29	29	23
Verwaltung von Lehrgangsteilnahmen an der Landesfeuerweherschule BW	70	83	68
Einsatzorganisation			
Abstimmung von Alarm- und Ausrückeordnungen, Beratung der kreisangehörigen Freiwilligen Feuerwehren in organisatorischen und technischen Belangen, Mitarbeit in der Organisation der integrierten Leitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst	45	31	32
Zuschusswesen 2009 (VwV Z-Feu) in Höhe von 1.274.096 EURO			
Anträge auf Zuschüsse zur Förderung des Feuerwehrwesens	37	35	42
Hiervon bewilligte Pauschalförderungen	25	25	25
Hiervon mit zustimmender fachtechnischer Stellungnahme zum Förderantrag für Investitionen	12	9	9
Bewilligte Pauschalförderungen	25	25	25
Einsatzwesen			
Übernahme der Einsatzleitung/Beratung der Kommandanten und/oder der Einsatzleiter Vorort	3	4	12
Bereichsausschuss (Teilnahme an Sitzungen des Ausschusses für den Rettungsdienst)	2	2	2

Zentrale Schlauch- und Atemschutzwerkstatt des Landkreises

	2007	2008	2009
Schlauchwerkstatt			
Stück-Durchsatz von Löschwasserschläuchen (Reinigung, Pflege, Reparatur, Prüfung, Abholung, Zufuhr) der kreisangehörigen Gemeindefeuerwehren	7.284	7.148	9.627
Atemschutzwerkstatt			
Pressluftatmer (Reinigung, Prüfung, TÜV, Abholung, Zufuhr)	1.250	1.077	1.357
Befüllung von Atemluftflaschen (teilweise mit Abholung, Zufuhr)	2.543	3.476	3.070
Atemschutzmasken (teilweise mit Reinigung, Prüfung, Abholung, Zufuhr)	3.090	3.231	3.084
Chemieschutzanzüge (Reinigung, Wartung, Prüfung, Reparatur)	16	8	14

Zivil- und Katastrophenschutz, Wehrangelegenheiten

Geprägt war das Jahr von der Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes innerhalb des Landratsamtes Calw. Insbesondere wurden im Verwaltungsstabsbereich die weitere sächliche Ausstattung sowie die theoretische und praktische Fortbildung vorangebracht. Alle Führungsmitglieder des Verwaltungsstabes waren in der Landesfeuerwehrschule Bruchsal auf dem Grundlagenseminar "Stabsarbeit". Als weiterer Schritt konnte der Verwaltungsstab sein Können bei der ersten gemeinsamen Stabsrahmenübung im Oktober erfolgreich unter Beweis stellen.

Auf der Grundlage der Verwaltungsvorschrift "Stabsarbeit" wurde eine Stabsdienstordnung entworfen, welche in der ersten Jahreshälfte 2010 beschlossen und damit umgesetzt werden soll.

Die Arbeiten für eine betriebliche Pandemieplanung wurden in Zusammenarbeit mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst angestoßen. Daneben wurde ein Entwurf eines betrieblichen Pandemieplans für das Landratsamt erarbeitet.

	2007	2008	2009
Wehrangelegenheiten			
Bearbeitung von Anträgen zur Freistellung vom Wehr- und Zivildienst	37	29	32
Erfolgte Verpflichtungen als Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz	29	27	30
Bearbeitung von Verfahren zu Unabkömmlichkeits-Stellungen	15	8	1
Erfolgte Unabkömmlichkeits-Stellungen	15	6	1
Einleitung und Bearbeitung von Schlichtungsverfahren	1	0	0
Bearbeitung von Übungs- und Manöveranmeldungen	28	20	25
Bereitschaft für Großereignisse	1	1	1

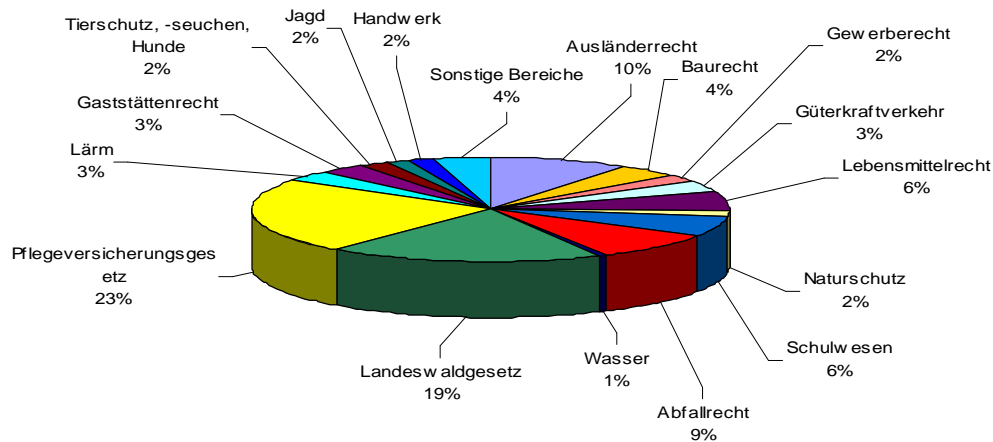
Öffentliche Ordnung

Ordnungswidrigkeiten

Die Zahl der Ordnungswidrigkeiten ist im Jahr 2009 erstmals seit 1997 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Hauptursachen dafür dürften eine ungewöhnlich hohe Zahl technisch bedingter Ausfälle beim Geschwindigkeitsmessdienst sowie die ungünstige Witterung im ersten Halbjahr gewesen sein.

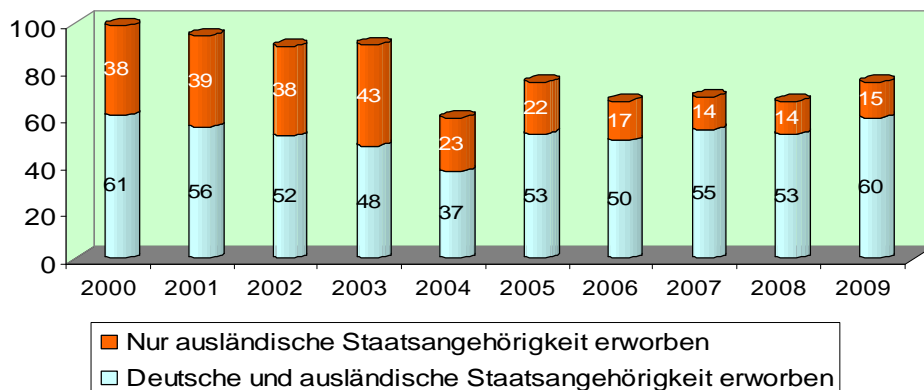
Dagegen ist die Zahl der nicht im Verkehr begangenen Ordnungswidrigkeiten von 0,5 % auf 0,67 % angestiegen.

Ordnungswidrigkeiten nach Sachgebieten ohne Verkehr 2009 (ca. 0,67 %)

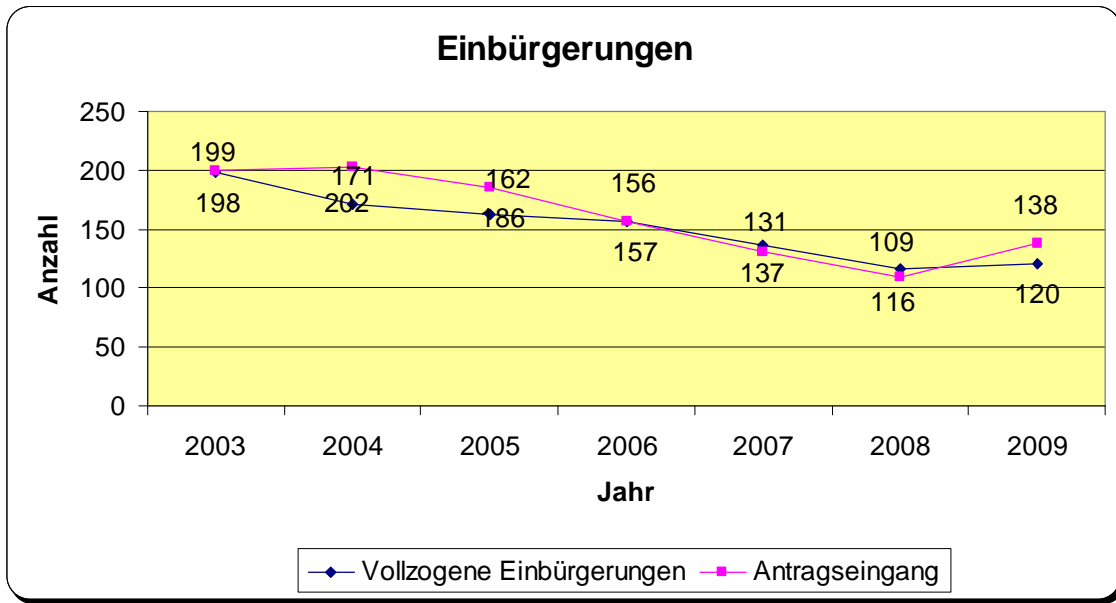


Staatsangehörigkeitswesen

Doppelte Staatsbürgerschaft für Kinder ausländischer Eltern



Kinder ausländischer Eltern, die seit dem Jahr 2000 neben der ererbten auch die deutsche Staatsangehörigkeit (sog. „doppelte Staatsbürgerschaft“) durch Geburt oder (befristet auf Antrag) erwerben konnten, mussten sich erstmals im Jahr 2008 mit dem 18. Lebensjahr für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden (Optionsrecht). Im Jahr 2008 betraf dies dreizehn Personen, 2009 waren es zehn. Bisher haben sich alle für die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden und die von ihren Eltern durch Abstammung erworbene ausländische Staatsangehörigkeit aufgegeben.



War im Jahre 2008 nach der Einführung des erweiterten Einbürgerungstests eine Verschiebung durch die benötigte Vorbereitungszeit beobachtet worden, so ist im Jahr 2009 sowohl ein Anstieg der vollzogenen Einbürgerungen als auch bei den Neuankünften festzustellen.

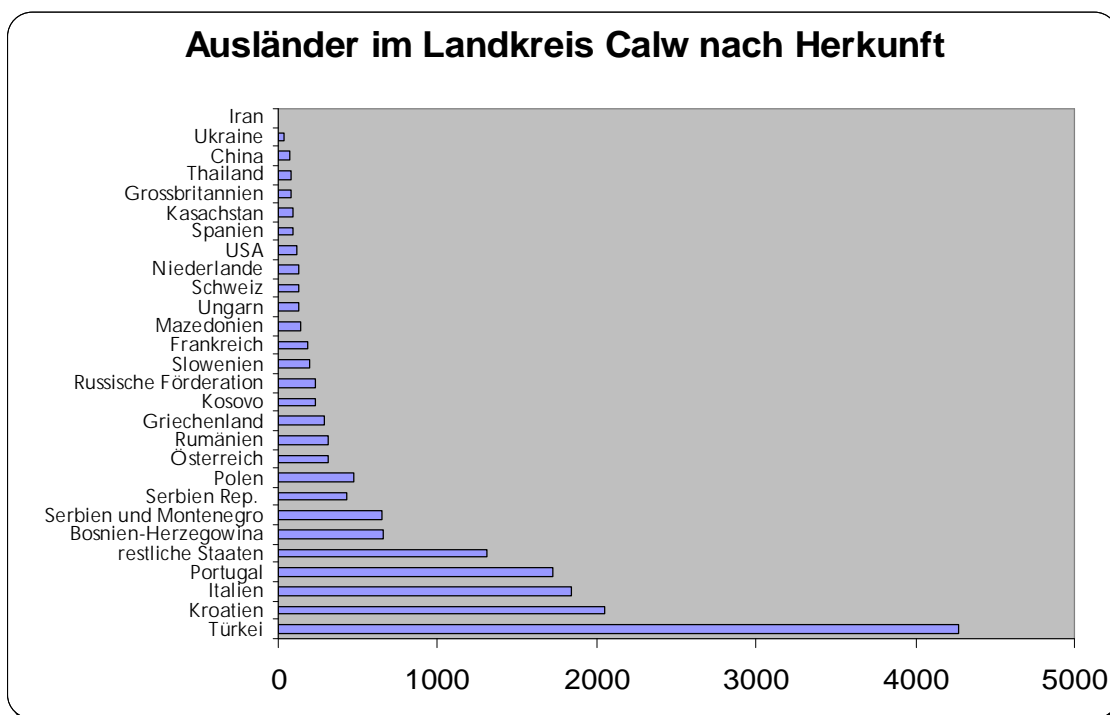
Aufenthalt von Ausländern

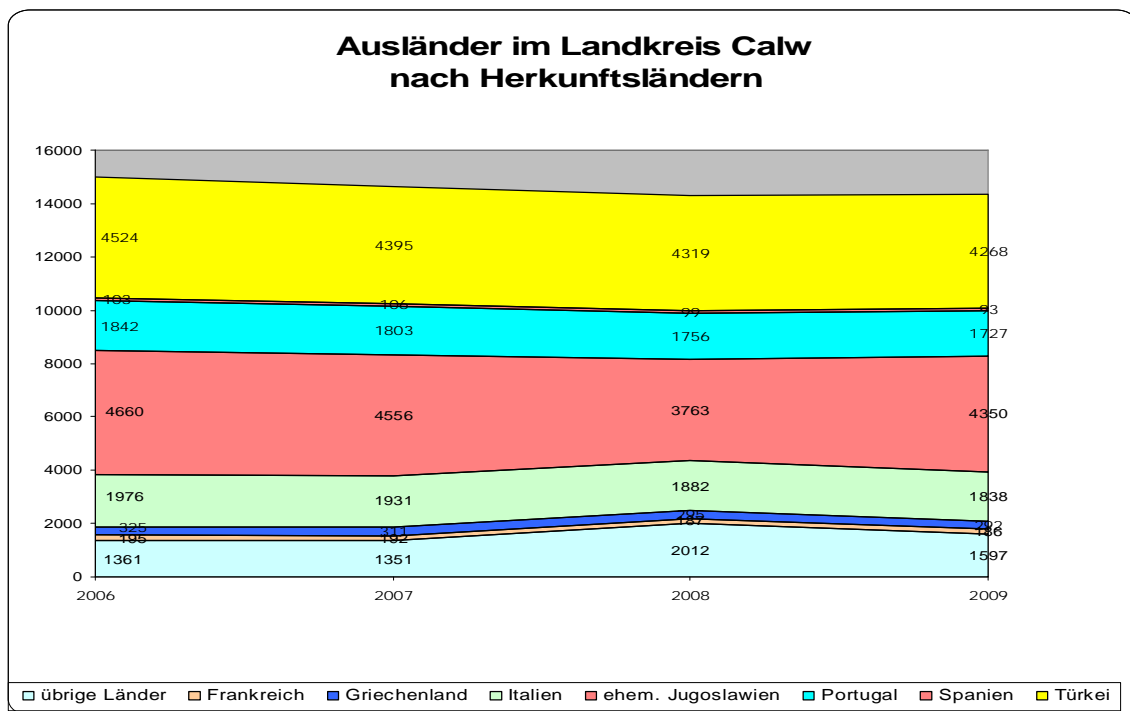
Die im Landkreis Calw ansässigen Ausländer verteilen sich zu etwa einem Viertel auf die Große Kreisstadt Calw, etwa einem Viertel auf die Verwaltungsgemeinschaft Nagold und knapp der Hälfte auf den übrigen Landkreis. Insgesamt hielten sich am 31.12.2009 im Landkreis Calw 16.266 Ausländer auf. Dabei ist die Verteilung der Nationalitäten bei den drei Ausländerbehörden unterschiedlich. Beispielsweise stellen Italiener in der Stadt Calw die größte Ausländergruppe, in Bad Liebenzell sind Portugiesen am stärksten vertreten. Insgesamt ist jedoch die Zahl der Türken am höchsten.

Ausländerrechtliche Regelungen sind in den vergangenen Jahren vielseitiger, „komplizierter und schnelllebig“ geworden. Die Prüfung von Einzelfällen erfordert einen höheren zeitlichen Aufwand. Oft ist eine mehrmalige persönliche Vorsprache der Antragsteller erforderlich. Dies zeigt sich insbesondere an der heutigen Regelung des Arbeitsgenehmigungsverfahrens, das bei der Ausländerbehörde geführt wird, die lediglich die Bundesagentur für Arbeit intern beteiligt.

Ausländeranteil im Landkreis Calw

Ort	Zahl		%	Stärkste Gruppe	
	Einwohnerzahl	Ausländeranzahl		Nation	Anzahl
Altensteig	11.083	1.184	10,7%	Türkisch	459
Althengstett	8.003	676	8,4%	Türkisch	182
Bad Herrenalb	7.402	513	6,9%	Türkisch	141
Bad Liebenzell	9.405	929	9,9%	Portugiesisch	419
Bad Teinach- Zavelstein	3.012	143	4,7%	Türkisch	17
Bad Wildbad	10.610	911	8,6%	Kroatisch	236
Calw	22.993	3.995	17,4%	Italienisch	890
Dobel	2.240	113	5,0%	Polnisch	14
Ebhausen	4.775	577	12,1%	Portugiesisch	197
Egenhausen	1.938	51	2,6%	Türkisch	17
Enzklösterle	1.215	52	4,3%	Kroatisch	8
Gechingen	3.875	310	8,0%	Türkisch	105
Haiterbach	5.637	729	12,9%	Kroatisch	221
Höfen a. d. Enz	1.638	110	6,7%	Rumänisch	49
Nagold	22.588	2.891	12,8%	Türkisch	1106
Neubulach	5.520	285	5,2%	Türkisch	118
Neuweiler	3.134	115	3,7%	Türkisch	35
Oberreichenbach	2.837	67	2,4%	Italienisch	11
Ostelsheim	2.489	212	8,5%	Türkisch	43
Rohrdorf	1.917	220	11,5%	Türkisch	109
Schömburg	8.534	734	8,6%	Türkisch	162
Simmersfeld	2.176	50	2,3%	Serbisch	7
Simmozheim	2.845	217	7,6%	Italienisch	62
Unterreichenbach	2.259	206	9,1%	Türkisch	81
Wildberg	9.958	681	6,8%	Türkisch	278





Der sog. „Gesetzlichen Altfallregelung“ des § 104 a des Aufenthaltsgesetzes war die auf Beschluss der Innenministerkonferenz getroffene Erlassregelung im Jahre 2006 vorausgegangen. Schon in den Jahren 2007 und 2008 waren einige der Fälle ausreisepflichtiger Ausländer mit langjährigem Aufenthalt mehrmals entschieden worden. Personen ohne ausreichenden Integrationsfortschritt konnte lediglich eine „Aufenthaltsurlaubnis auf Probe“ erteilt werden, die nach der gesetzlichen Regelung bis zum 31.12.2009 befristet war. Nach dem Stand der geltenden Regelungen wurden im Herbst 2009 konkrete Vorbereitungen (Anforderung von Anträgen und Nachweisen) zur Entscheidung der 36 anhängigen Fälle getroffen. Wegen der Anfang Dezember 2009 getroffenen gesetzlichen Neuregelung mussten alle verbleibenden Fälle im Hinblick auf die niedrigeren Voraussetzungen neu bearbeitet werden. Durch die mehrmals geänderten Anforderungen entstand ein ungewöhnlich hoher Arbeits- und Beratungsaufwand.

Personenstandswesen

Zum 01.01.2009 ist das neue Personenstandsgesetz in Kraft getreten. Das neue Personenstandsgesetz setzt nicht nur auf den umfassenden Einzug der Elektronik in die Standesämter, sondern sieht auch grundlegende Änderungen der Verwaltungsabläufe vor:

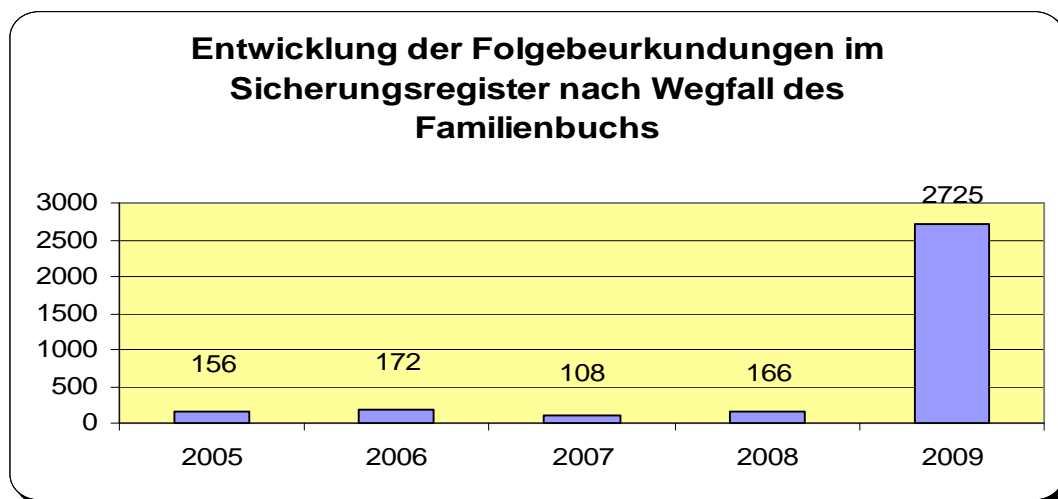
- Die herkömmliche papiergebundene Personenstandsregistrierung (Geburten-, Heirats- und Sterbebuch) wird künftig ausschließlich elektronisch erfolgen. (Übergangsfrist bis 31.12.2013)
- Der Umfang der Beurkundungsdaten sowie die zu erteilenden Personenstandsurkunden sind auf das für ein funktionsfähiges Personenstandswesen erforderliche Maß reduziert worden.
- Das Familienbuch ist weggefallen; Seine Funktionen sind überwiegend von anderen Registern übernommen worden.

- Für die Fortführung der Personenstandsregister sind Fristen eingeführt worden. Nach Ablauf dieser Fortführungszeiten werden die Register an die Archive abgegeben.

Die Funktion des beim Heiratsort geführten Familienbuches hat überwiegend das Geburtenbuch übernommen. Dieses wird durch Folgebeurkundungen (Einträge, die den Beurkundungsinhalt ändern) und Hinweise (Einträge, die den Zusammenhang zwischen verschiedenen Beurkundungen und Registern herstellen) ergänzt und fortgeschrieben.

Diese Eintragungen müssen in den Erstregistern, die beim Standesamt geführt werden und in den Sicherungsregistern, die beim Landratsamt aufbewahrt werden, nachgetragen werden.

Vor allem aufgrund des Wegfalls des Familienbuches (infolge EU-Rechts), haben die beim Geburtenbuch (Zweitbuch) anfallenden Beurkundungen für die Standesamtsaufsicht beim Landratsamt einen erheblichen Aufgabenzuwachs entstehen lassen.



Die Einträge (Folgebeurkundungen und Hinweise) sind im Jahr 2009 auf 2.725 angestiegen.

Da die Standesämter bei der Ausführung der neuen Regelungen noch keine Routine aufweisen, sieht sich die Standesamtsaufsicht vor die Notwendigkeit gestellt, die mitgeteilten Beurkundungen auch vollständig auf ihre inhaltliche und förmliche Richtigkeit zu prüfen.

Insgesamt ist die Umstellung mit einem erheblichen zusätzlichen Aufwand für die Standesamtsaufsicht verbunden.

Flurneuordnung

Flurneuordnungsverfahren im Landkreis Calw

Flurneuordnungsverfahren in Ausführung

Verfahrens- Bezeichnung	Verfahrens- Fläche ha	Anzahl Flurstücke	Anzahl Teilnehmer	Ausführungs- kosten €	Zuschuss €
Haiterbach	1344	4756	772	3 534 480	2 970 825
Wildberg (Nagoldhang Ost)	246	549	195	608 400	458 800
Haiterbach- Beihtingen	103	410	69	300 000	237 000
Enzklösterle	2003	1015	372	500 000	395 000

LIP-Verfahren:

Altensteig- Überberg/ Eichwäldleweg (LIP)	7	4	2	84 800	63 600
Haiterbach- Beihtingen/ Feldweg 536/2 (LIP)	1	7	5	41 140	30 855

Flurneuordnungsverfahren in Vorbereitung (Anordnung 2011 oder später)

Verfahrens- Bezeichnung	Verfahrens- Fläche ha	Anzahl Flurstücke	Anzahl Teilnehmer	Ausführungs- Kosten €	Zuschuss €
Ebhausen-Rotfelden	ca. 200	ca. 500	ca. 200	ca. 600 000	ca. 475 000

Die allgemeinen Aufgaben und Ziele der Flurneuordnung und Landentwicklung sind im Wesentlichen:

- Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft,
- Förderung der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung sowie
- Schaffung von gleichwertigen Lebensbedingungen im ländlichen Raum.

Bereich 4 – Jugend, Soziales und Schulen

2009 – Das Jahr der Krise

Eine aus Sicht des Bereiches Jugend, Soziales und Schulen treffende Charakterisierung des vergangenen Jahres. Waren die Vorjahre - Verwaltungsreform bedingt – vom Wechsel, der Neuorientierung und sodann von der Konsolidierung geprägt, endete letztere nun abrupt und schmerzhaft. Die Wirtschaftskrise hinterlässt auch im sozialen Bereich Spuren.

Dies gilt selbstverständlich in erster Linie für die Leistungsausgaben im SGB II, führt aber auch zu Kollateralschäden in anderen Segmenten unseres Aufgabenspektrums. So steigen die Empfängerzahlen und damit die Arbeitsbelastung bei Wohngeld und Ausbildungsförderung, was den Kreishaushalt mittelbar, nämlich über die Personalkosten belastet. Außerdem führen zurückgehende Unterhalts- und Kostenbeiträge, als zwangsläufige Folge von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, unmittelbar zu einer Erhöhung unseres Zuschussbedarfs.

Diese Erhöhung hatte eine teilweise deutliche Überschreitung der Haushaltsansätze zur Folge. Die Ursachen dafür sind indes vielschichtig. Als verantwortliche Faktoren konnten neben der Wirtschaftskrise vor allem

- eine Erhöhung der Leistungsentgelte in stationären und ambulanten Einrichtungen um 6,8%
- eine Fallzahlenerhöhung in allen Leistungsbereichen
- der Zuzug 10 Personensorgeberechtigter, deren Kinder sich in stationären Einrichtungen befinden und
- der Verzicht auf nennenswerte Steigerungsraten im Rahmen der Haushaltsplanung 2008

ausgemacht werden.

Für die geradezu dramatischen Kostensteigerungen in der Jugendhilfe war in erster Linie der Zuzug von 10 Personensorgeberechtigten, deren Kinder in Einrichtungen untergebracht sind, verantwortlich. Die höchste Zahl von Zuzügen seit Erhebung dieser Daten im Jahre 1993. Angesichts üblicher Jugendhilfetagesätze zwischen 140,- € und 180,- € verursachten diese Zuzüge im vergangenen Jahr Mehrkosten von knapp einer halben Million Euro. Weitere 500.000,- € fielen durch Fallzahlensteigerungen und die bereits erwähnte Erhöhung der Leistungsentgelte an.

Dabei ist die Entwicklung der Jugendhilfeausgaben kein spezifisch Calwer Problem sondern eine bundesweit erkennbare Tendenz. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialen Dienstes verdanken wir einen Silberstreif am Horizont: Bis Ende des Jahres konnten fünf der zuzugsverursachten Maßnahmen beendet werden.

Auch in der Sozialhilfe sind die Zuwächse weitestgehend fremdbestimmt. Fallzahlensteigerungen waren insbesondere bei der Eingliederungshilfe und bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu verzeichnen. Bei letzterer beläuft sich der Aufwand inzwischen auf 3,7 Mio. EUR. Bemerkenswert für eine Leistung, die erst 2002

eingeführt wurde! Im SGB II haben wir bei den Hilfeempfängerzahlen wieder den Höchststand des Monats Juli 2006 erreicht. Weitere Erhöhungen sind prognostiziert.

Zwangsläufige Folge der Fallzahlenanstiege war eine zusätzliche Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dank deren überobligatorischem Einsatz zählen wir landesweit noch immer zu den Kreisen mit dem geringsten sozialen Zuschussbedarf.

Selbstverständlich gibt es trotz der Krise auch Positives zu berichten.

So hat sich der Fachdienst Erziehungspartnerschaft, der Anfang 2009 seine Arbeit aufnahm, inzwischen konsolidiert und als begehrter Ansprechpartner im Bereich der frühen Hilfen Ansehen erworben. Fortgesetzt wurde unsere Reihe von Fachvorträgen für Erzieherinnen, Lehrerinnen und Lehrer sowie für interessierte Eltern. Alle Veranstaltungen waren hervorragend besucht und erfreuen sich hoher Akzeptanz.

Glänzen konnten auch der kulturelle und der schulische Bereich. So wurde 2009 der erste Bauabschnitt der Erweiterung des Calwer Kreisberufsschulzentrums abgeschlossen. Die neuen Räumlichkeiten sind bereits bezogen. Besonderes Augenmerk verdient außerdem die Weiterentwicklung unserer schulischen Angebote. So steht die Genehmigung eines biotechnologischen Gymnasiums an der Hermann-Gundert-Schule Calw unmittelbar bevor. Bereits genehmigt ist die Einrichtung eines sozialwissenschaftlichen Gymnasiums an der Hauswirtschaftlichen Schule Nagold. Die Attraktivität beider Schulstandorte wird sich dadurch deutlich erhöhen.

Im Rahmen seiner kulturellen Aktivitäten engagierte sich der Landkreis 2009 mit einem breitgefächerten Angebot von Ausstellungen, Lesungen und musikalischen Highlights.

Die Schuleingangsuntersuchung wird inzwischen kreisweit durchgeführt. Mit dieser wichtigen Aufgabe befassen sich drei Kolleginnen der Abteilung Gesundheit und Versorgung. Erfreulicherweise ist die Neue Influenza am Landkreis Calw weitgehend spurlos vorbeigegangen. Schulschließungen im größeren Umfang waren ebenso entbehrlich wie größere Impfkationen.

Für 2010 ist uns der "Kinder- und familienfreundliche Landkreis Calw" wiederum ein zentrales Anliegen. Die Weiterentwicklung und Neuschaffung familienfreundlicher Strukturen insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung ist dabei oberste Priorität. Dazu gehört der Ausbau der Tagespflege ebenso wie die Schaffung eines Krippenangebots für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises. Neben dieser "Kür" sind auch im Pflichtbereich wichtige Aufgaben zu erledigen. Die SGB II-Reform ist nur eine davon.

Wir sind gespannt!

Jugendhilfe

Die Dienstleistungen der Abteilung Jugendhilfe umfassen insbesondere:

- Führung von Beistandschaften / Pflegschaften / Vormundschaften,
- Finanzielle Leistungen nach dem SGB VIII -Kinder- und Jugendhilfe- und
- Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz.

Der Jahresumsatz in der Jugendhilfe (Mündelgelder, ausgezahlte Leistungen nach dem SGB VIII und UVG sowie eingezahlte Unterhalts- und Kostenbeiträge usw.) belief sich 2009 auf rd. 11,5 Mio. EUR.

Beistandschaften / Pflegschaften / Vormundschaften

Als Beistand, Amtspfleger und Amtsvormund für Minderjährige hat die Abteilung Jugendhilfe u. a. die Vaterschaftsfrage zu klären, Unterhaltsansprüche zu verfolgen, Prozesse zu führen, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen zu veranlassen und Beurkundungen sowie Beglaubigungen vorzunehmen.

Darüber hinaus sind wir gesetzlich verpflichtet, Beratung und Unterstützung bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen, Betreuungsunterhalt, Entbindungskosten und Vaterschaftsfeststellungen anzubieten. Auch Volljährige bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres haben Anspruch auf Beratung und Unterstützung bezüglich ihres Unterhaltsanspruchs.

Von den Beiständen wurden im Jahr 2009 rd. 1,1 Mio. EUR vom unterhaltspflichtigen Elternteil eingezogen und an den anderen Elternteil, die Unterhaltsvorschusskasse bzw. die Wirtschaftlichen Jugendhilfe weitergeleitet.

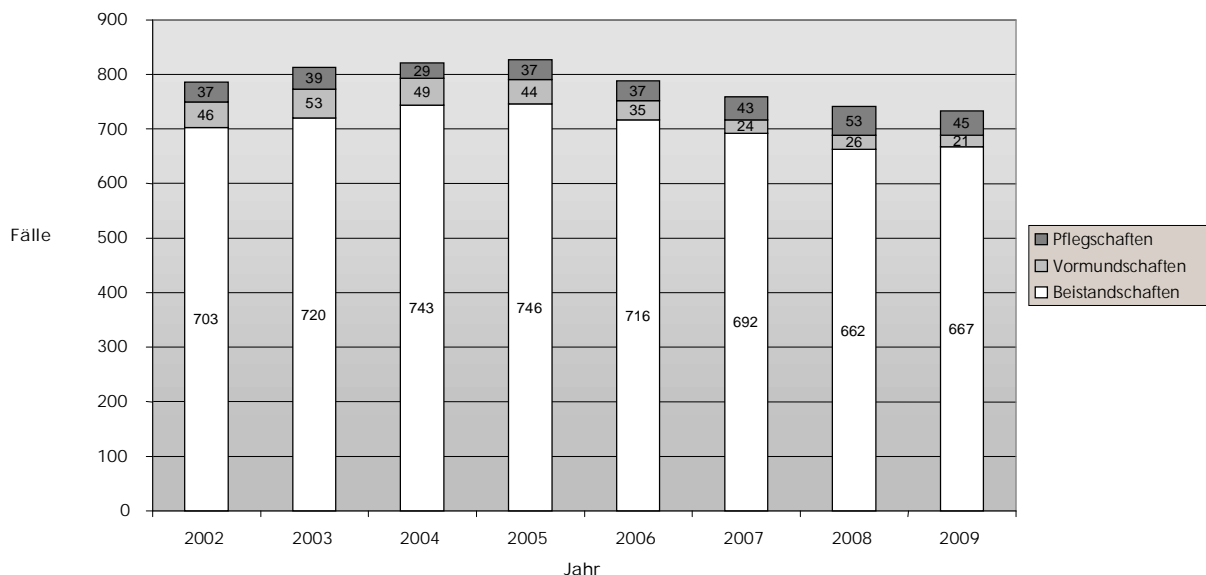


Abbildung 1 -BPV- Entwicklung der Fallzahlen 2002 bis 2009

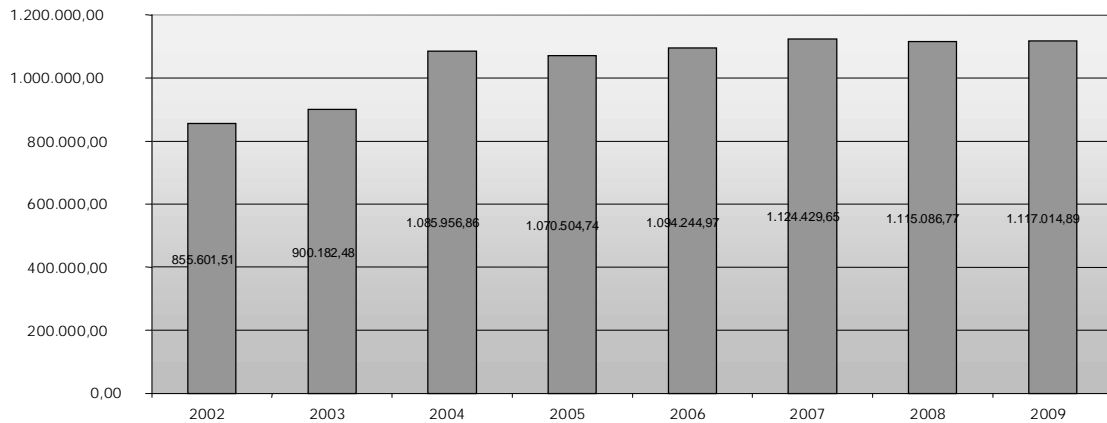


Abbildung 2 -BPV- Eingezogene Unterhaltszahlungen 2002 bis 2009

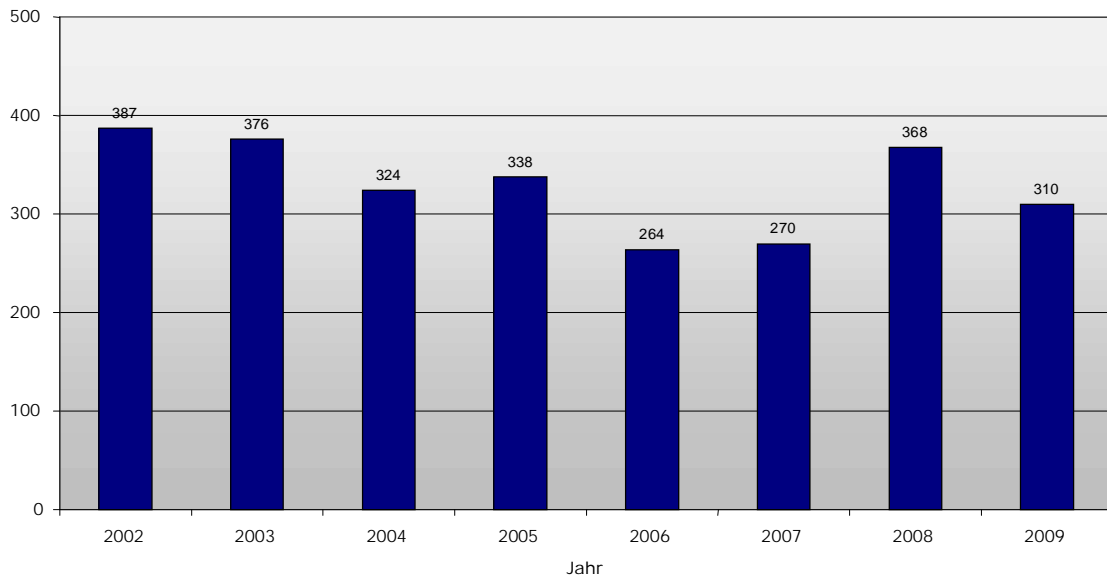


Abbildung 3 -BPV- Anzahl der Beurkundungen 2002 bis 2009

Wirtschaftliche Jugendhilfe

Von der Wirtschaftlichen Jugendhilfe werden sämtliche finanziellen Leistungen, Zuschüsse und Hilfen nach des SGB VIII und nach den Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses bearbeitet. Durch die Erhebung von Kostenbeiträgen wird der individuelle Nachrang der Jugendhilfe hergestellt.

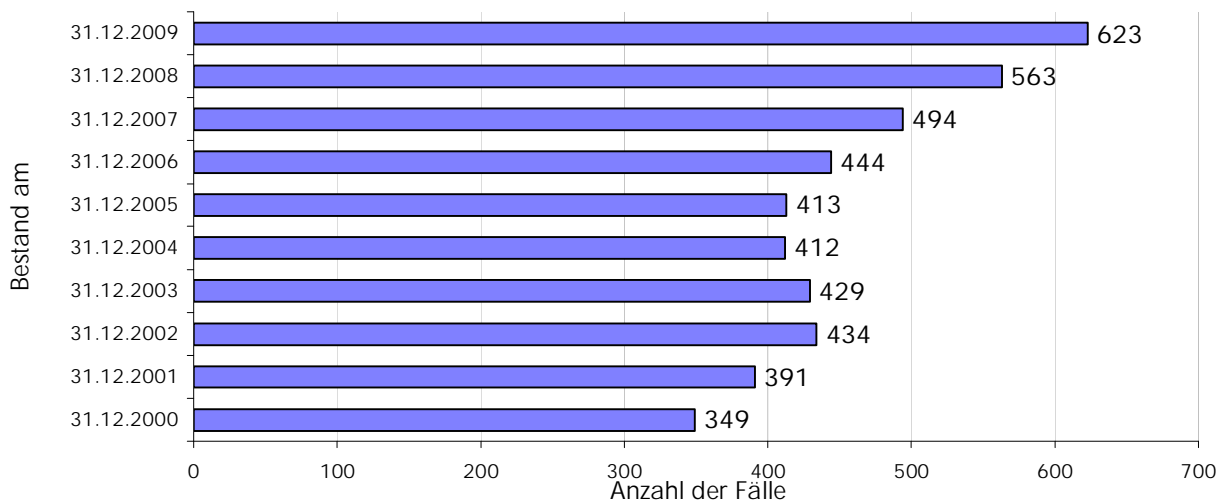


Abbildung 4 -Wirtschaftliche Jugendhilfe- Entwicklung der Fallzahlen bei den Hilfen nach dem SGV VIII vom 31.12.2000 bis 31.12.2009

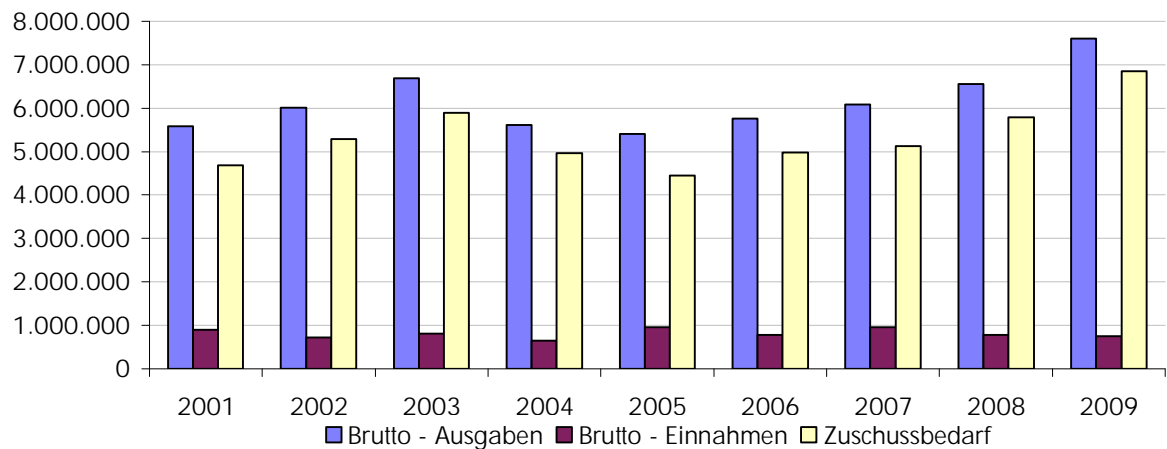


Abbildung 5 -Wirtschaftliche Jugendhilfe- Entwicklung der Ausgaben, Einnahmen und des Zuschussbedarfs 2001 bis 2009 (Vorläufiges Rechnungsergebnis !)

Unterhaltsvorschusskasse

Mütter und Väter, die ihr Kind allein erziehen, sind meist mit erschwerten Bedingungen konfrontiert. Wenn bestehende Unterhaltspflichten von einem Elternteil nicht erfüllt werden, darf dies nicht zu Lasten des Kindes gehen. Zur finanziellen Entlastung alleinstehender Elternteile kann daher aus öffentlichen Mitteln ein Unterhaltsvorschuss gewährt werden. Bis zum 31.03.2004 wurden die Ausgaben für Unterhaltsvorschussleistungen zu einem Drittel vom Bund und zu zwei Dritteln vom Land getragen. Mit dem Haushaltsstrukturgesetz 2004 hat das Land die Kreise verpflichtet, ab 01.04.2004 ein Drittel des UVG – Nettoaufwandes zu tragen (Finanzierung ab 01.04.2004 somit zu je einem Drittel von Bund, Ländern und Kreisen).

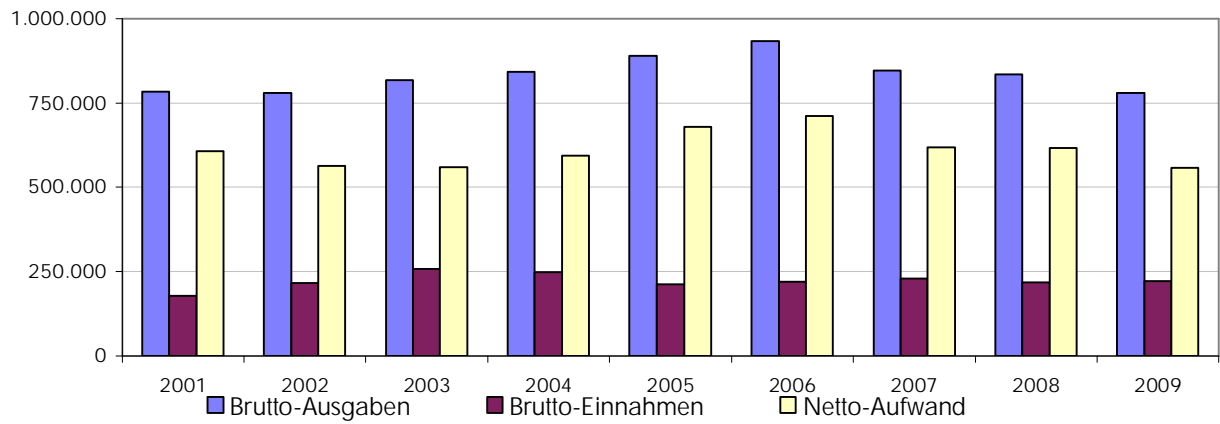


Abbildung 6 -Unterhaltsvorschusskasse- Entwicklung Ausgaben, Einnahmen und des Zuschussbedarfs 2001 bis 2009

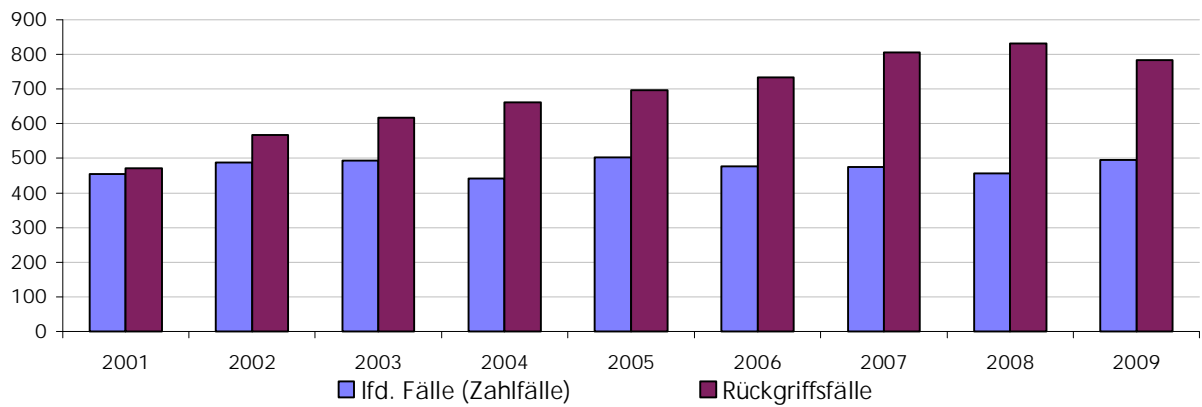


Abbildung 7 -Unterhaltsvorschusskasse- Entwicklung der Fallzahlen 2001 bis 2009

Gesundheit und Versorgung

Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über Tätigkeiten und Fallzahlen der Abteilung im abgelaufenen Jahr.

Unterabschnitt Versorgung

Schwerbehindertenrecht – SGB IX

Gutachtenanlass	2007	2008	2009
Erstfeststellungsanträge	1.093	1.225	1.203
Neufeststellungsanträge	2.249	2.297	2.243

Sonderentschädigungsrecht

Bedingt durch das hohe Alter der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten und die damit verbundene Sterberate kam es im Jahre 2009 zu einer Reduzierung der Fallzahlen im Bereich der Sondergesetze. Als Folge ergab sich eine Reduzierung der vom Landratsamt verwalteten, aber von Bund und Land zu leistenden, Rentenzahlungen und Versorgungsleistungen.

Ausgaben bei der Kriegsopferversorge einschließlich Soldatenversorgung:

	2007	2008	2009
Laufende Zahlungen (Renten, Pflegezulage, Heimkosten)	4.168.508,00 €	3.712.955,00 €	3.193.408,00 €
Einmalige Zahlungen	214.351,37 €	299.996,00 €	173.948,60 €
Gesamtsumme	4.382.859,37 €	4.012.951,00 €	3.367.356,60 €

Die Anzahl der Neuanträge im Bereich der Länderfinanzierten Nebengesetze liegt im Bereich des Opferentschädigungsgesetzes bei durchschnittlich 40 Anträgen im Jahr.

Ausgaben im Bereich der Länderfinanzierten Nebengesetze:

Gesetz	2007	2008	2009
Infektionsschutzgesetz	347.982,32 €	332.416,17 €	238.619,38 €
Opferentschädigungsgesetz	147.176,33 €	99.156,54 €	104.841,35 €
SED-Unrechtsgesetz	1.422,00 €	1.434,00 €	1.458,00 €
Gesamtsumme	496.580,65 €	433.006,71 €	344.918,73

Im Bereich der Kriegsopferversorge, wo die Aufwendungen zu 80% vom Bund und zu 20% vom Landkreis getragen werden, ist eine Kostensteigerung zu verzeichnen, da die Anzahl der Pflegeheimunterbringungen der Hinterbliebenen ansteigt.

Ausgaben bei der Kriegsopferfürsorge:

	2007	2008	2009
Hilfe zur Pflege	153.193,39 €	117.492,09 €	75.718,58 €
Altenhilfe	760,00 €	544,00 €	704,00 €
Ergänzende Hilfen zum Lebensunterhalt	12.223,92 €	10.611,00 €	5.313,02 €
Erholungshilfe	3.241,20 €	3.194,00 €	0,00 €
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts		591,80 €	0,00 €
Hilfe in besonderen Lebenslagen	655.347,50 €	592.986,03 €	662.999,37 €
Gesamtsumme	824.766,01 €	725.373,92 €	744.734,97 €

Unterabschnitt Gesundheit

Gesundheitsförderung

Landesinitiative Bewusste Kinderernährung - Einsätze der BeKi-Fachfrauen

Zeitraum 1.1-31.12.2009	Schuljahr 2008/2009	Schuljahr 2009/2010	Summe
Kleinkindergruppen	17	9	26
Kindergarten	8	4	12
Grundschulen	25	20	45
Hauptschulen	1	0	1
Realschulen	0	0	0
Gymnasien	0	0	0
Sonderschulen	0	0	0
Multiplikatoren Lehrer	2	1	3
Multiplikatoren Erziehrinnen	0	0	0
Elterninformation	0	0	0
Sonstige Einsätze	2	3	5
Besprechungen	4	4	8
Summe	59	41	100

KOMM IN FORM - Initiative für clevere Ernährung in Baden Württemberg

Das „Komm in Form“ Projekt bietet im Landkreis Calw ein Unterstützungsangebot für Schulen im Bildungs- und Entwicklungsfeld Ernährung. Ziel war es Alltagskompetenzen zu gesunder Ernährung insbesondere von Schüler/Innen der BEJ (Berufseinstiegsjahrgänge) und BVJ (Berufsvorbereitungsjahr) vom Berufsschulzentrum Calw-Wimberg zu vermitteln und zu stärken.

Dies erfolgte in jeweils 16 Unterrichtseinheiten pro Schulklasse bzw. Schülergruppe durch jeweils 2 hierfür ausgebildete Fachkräfte.

Termin	Schule	Schulklasse	Teilnehmer
24.06.09– 06.07.09	Hermann-Gundert-Schule Calw	Klasse BEJ 1 Bereich Kinderpflege	11 SchülerInnen
07.07.09- 14.07.09	Hermann-Gundert-Schule Calw	Klasse BEJ 3 Berufs- feld Einzelhandel	12 SchülerInnen
24.07.09- 28.07.09	Johann Georg Doertenbach- schule Calw	Projektgruppe	16 SchülerInnen
13.11.09- 19.11.09	Johann Georg Doerten- bachschule Calw	Klasse BEJ 1	12 SchülerInnen

Interkulturelle Elterncafés im Landkreis Calw/ AG Familie und Erziehung

An inzwischen 5 Schulen im Landkreis Calw haben 14 Interkulturelle Elterncafés stattgefunden mit insgesamt 414 Teilnehmern (Erw. u. Ki.).

Ziel der IK-Elterncafé's ist u.a. den interkulturellen Austausch unter den Eltern, Schülern und Lehrern zu fördern und interkulturelle Kompetenzen zu stärken.

Das Ziel, Kulturkreis übergreifend zu arbeiten wurde erreicht. Zwei Drittel der Teilnehmer waren Migranten überwiegend der zweiten Generation.

Themen, die Anlass zum Austausch gaben: Schulprobleme; Gewalt; Sprachbarrieren; Sprachkurse; Badezeit für Mädchen und Frauen im Hallenbad, Sitten und Gebräuche, Schulverpflegung; Freizeitgestaltung; Elternkurs: Wie funktioniert Schule, Feste, Ausflüge usw.

Zu den verschiedenen Themenpunkten wurden bei Bedarf auch Fachkräfte ins Elterncafé eingeladen.

Bei der BeKI-Jahrestagung in der Uni-Hohenheim konnte sich das IK-Elterncafé an einem Infostand präsentieren.

Schulen	Anzahl geförderter Elterncafés	Teiln. Insges.		hiervon mit Migr.hintergr.	
		Erw.	Ki u. Ju.	Erw.	Ki u. Ju.
Bildungszentrum Wildberg	4	107	29	74	25
Badstraßenschule Calw	1	37	12	37	12
Burgschule Nagold	1	10	24	5	14
Burgschule Haiterbach	4	73	51	37	34
Zellerschule Nagold	4	53	18	33	11
Summe	14	280	134	186	96

Netzwerk gesunder Landkreis Calw

Das Netzwerk basiert auf einer Kooperationsvereinbarung des Landratsamtes, Abteilung Gesundheit und Versorgung mit dem Kreisjugendring und der Fachstelle Sucht. Unter dem Motte „Gesund leben in Bad Wildbad – Mitgestalten und sich wohlfühlen“ wurden in einem längeren Prozess in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Bad Wildbad und engagierten Bürgern mehrere Gesundheitsprojekte geplant und umgesetzt.

- Gesundheitsprojekt im Kindergarten / Gesundes Frühstück / Bewegungsprojekt
- Zertifizierung von sucht – und gewaltfreien Schulklassen
- Bonuskarte für Neugeborene, Kinder, Jugendliche, Fahranfänger (Wild-Card)
- Seniorenbroschüre - bietet Übersicht über kulturelle, soziale und Gesundheitsangebote
- Institutionalisierung eines Familientreffs: Vereinsgründung „Familientreff Karussell e.V.“. Dieser Verein möchte zunächst junge Familien ansprechen und Angebote für Kinder und Eltern entwickeln.

Kinder- und jugendärztlicher Dienst Schuluntersuchungen, alte Art, Auslaufphase

	2005	2006	2007	2008	2009
Einschulkinder (Einschuljahrgang 2009/10) im Kreis Calw	2.143	2.119	1.926	1.872	1.722
Untersucht, weil ohne U9, auf Wunsch und wegen Zurückstellung vom Schulbesuch	128	113	68	92	110

Einschuluntersuchung, neue Art, Anlaufphase

	2009
Kinder des Einschuljahrgangs 2010/11 im Kreis Calw	1.549
Davon im Schritt 1 durch Sozialmedizinische Assistentin untersucht ¹	768
Davon ärztlich nach zu untersuchen mit erweiterter Sprachstandsdiagnostik ¹	287
Nur erweiterte Sprachstandsdiagnostik ¹	43
Festgestellter intensiver Sprachförderbedarf ¹	172

Beobachtungsgesundheitsamt

Die 4. Klassenstufen dreier Grundschulen beteiligten sich an einer Untersuchung in Zusammenarbeit mit dem Landesgesundheitsamt zum Thema Gesundheit, Umwelt und Wohnen bei Kindern.

Von den 158 Schülern der 4. Klassenstufe nahmen 72 an dieser Untersuchung teil.

Die umweltmedizinische Untersuchung beinhaltete die Messung von Größe und Gewicht, die Entnahme von Mundflüssigkeit, eine Urinuntersuchung und eine Blutabnahme zur Bestimmung von Schadstoffen, Allergien und Antikörpern gegen Infektionskrankheiten.

Ergänzend zu den Untersuchungen wurde von den Eltern ein umfangreicher Fragebogen zum Kind ausgefüllt.

Sozialer Dienst

	2005	2006	2007	2008	2009
Außergewöhnlich umfangreiche Fälle	13	17	31	17	12

Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung

	2005	2006	2007	2008	2009
Beratungsgespräche gesamt	115	114	138	83	72
Schwangerschaftskonfliktberatungen	76	77	77	62	55
Anträge auf finanzielle Hilfe	8	9	14	6	7

¹ Anmerkung: Das Schuluntersuchungsjahr (Sept. bis August des Folgejahres) stimmt nicht mit dem Berichtsjahr des Verwaltungsberichts überein. Die obenstehenden Zahlen differieren deswegen zu anderen Berichten zur Einschuluntersuchung.

Beratungsstelle für AIDS und andere sexuell übertragbare Krankheiten (sexually transmitted diseases: STD)

	2006 ¹	2007	2008	2009
Informations- und Beratungsgespräche	118	159	136	108
Darunter				
Spezielle STD-Beratung		4	3	6
Kontakt zu HIV-infizierter Person		1	3	2
MSM (Männer die Sex mit Männer haben)		2	3	8
Sex gegen den Willen bzw. Vergewaltigung		3	1	0
Auslandsaufenthalt		0	4	7
Prostitution		0	0	1
Medizinisches Personal nach Nadelstichverletzung		0	3	2
AIDS-Phobie		0	2	0
Blutentnahmen HIV („AIDS Test“)	99	95	70	100
Positive HIV Nachweise	keine	keine	keine	Einer nicht bestätigt (s. u.)
Untersuchungen auf andere sexuell übertragb. Krankheiten	38	51	25	71
Davon positiv		keine	keine	keine
Informationsveranstaltungen	2	8	3	

¹ Aus dem ersten Halbjahr 2006 liegen keine Zahlen vor.

Im Rahmen der AIDS-Sprechstunde war bei 1 Person eine besondere Aufklärung notwendig. Ein erster positiver HIV-Antikörpertest (Elisa-Test) konnte in weiteren speziellen Tests (Western-Blot sowie HIV-PCR) nicht bestätigt werden. Bei diesem Ergebnis geht man von einer unspezifischen Infektion aus, die zwar zu einem Antikörpernachweis geführt hat, aber keine HIV-Infektion war.

Gesundheitsschutz

Allgemeiner Infektionsschutz

	2005	2006	2007	2008	2009
Meldungen übertragbarer Krankheiten	410	451	716	1.432	1.171

Tuberkulosefürsorge

In diesem Jahr erkrankten im Kreis Calw insgesamt 7 Personen an Tuberkulose (5 Männer und 2 Frauen). Von diesen 7 Personen waren 3 an offener, 3 an geschlossener und 1 an extrapulmonaler Tbc (Lymphknoten-Tbc) erkrankt. 3 Personen haben die deutsche Staatsangehörigkeit und 4 Personen sind ausländische Mitbürger/Innen. Die Inzidenz in 2009 im Kreis Calw beträgt 4,37 pro 100 000 Einwohner (2008 – 6,87 pro 100 000 Einwohner – 11 Tuberkuloseerkrankungen).

Freizügigkeit der Bevölkerungsbewegung und Globalisierung der Wirtschaft können viel Arbeit verursachen. Beispielhaft sei ein Fall erwähnt, der zwei Abteilungen des Hauses umfangreich beschäftigte:

Ein Asylbewerber in einer Gemeinschaftsunterkunft, mit anfangs geschlossener Tuberkulose, verweigerte die Medikamenteneinnahme, so dass unklar war, ob diese mittlerweile offen war. Die Anordnung, sich in eine Fachklinik zu begeben, war schwierig durchzusetzen. Auch dort war der Patient unkooperativ so dass eine Einweisung in die geschlossene Klinik Parsberg in Bayern erfolgen musste. Die Rückführung ins Land der ersten Einreise in die EU verzögerte sich wegen einer dann geltend gemachten psychischen Erkrankung. Wegen des fortbestehenden Gesundheitsrisikos für Dritte musste versucht werden eine Einzelunterkunft zu organisieren und eine „überwachte Medikamenteneinnahme“ musste veranlasst (und bezahlt) werden. Die weitere überwachte Therapie gestaltete sich schwierig, da der Patient oft entweder nicht anzutreffen war oder recht aggressiv auftrat. Nach einer erneuten Untersuchung der Reisefähigkeit ist er im August untergetaucht. Allein dieser Einzelfall hat Arbeitskraft mehrerer Mitarbeiter/innen über Tage gebunden.

	2005	2006	2007	2008	2009
Untersuchungen im Rahmen der Tbc-Fürsorge	594	481	219	470	458
Anzahl der Röntgenuntersuchungen dabei	289	221	56	114	86

„Hygienebelehrung“ nach § 43 Infektionsschutzgesetz

	2005	2006	2007	2008	2009
Unterrichtung zur Hygiene im Lebensmittelbereich	1.024	654	774	830	898
Unterrichtung von Erziehern, Lehrern und Schülern	69	43	39	127	75
Unterrichtung durch externe beauftragte Ärzte	177	29	343	429	308
Unterrichtung mit Einschaltung von Dolmetschern		11	20	4	8
Bescheinigungen für begrenzte Tätigkeit (keine Kosten z. B. Schüler, Lehrer, Erzieherinnen)		43	39	127	75

Wasserüberwachung

Mineral- und Thermalquellen:

Alle Rohwässer des Mineralbrunnen Bad Liebenzell wurde 2mal, Schwarzwald-Sprudel Wildberg 2mal und Mineralbrunnen Bad Teinach 1mal von Abt. Gesundheit und Versorgung im laufenden Jahr beprobt.

Badewasser

Bömbachsee, Altensteig-Spielberg:

Die Beprobung des Bömbachsees erfolgte 14tägig von Mai bis September 2009. Es wurden 10 Proben entnommen.

Frei- Hallen- und Thermalbäder:

Mikrobiologische und chemisch-physikalische Kontrolluntersuchungen wurden insgesamt 30 Mal durchgeführt, davon 13 Hallenbäder, 8 Freibäder, 4 Thermalbäder und 1 Solebad.

Trinkwasser

Großanlagen

Bei 4 Wasserversorgungsanlagen und bei 3 Eigenwasser-Versorgungsanlagen wurden nach der Trinkwasserverordnung umfangreiche Prüfungen/Kontrollen durchgeführt.

Hausinstallationen:

Im Rahmen der Überwachung von Hausinstallationen wurden in Altersheimen/Behindertenheimen inklusive Nachuntersuchungen nach Durchführung von thermischer Desinfektion bzw. Durchführung von Sanierungsmaßnahmen 15mal umfangreiche Beprobungen und Untersuchungen im Kreis Calw durchgeführt.

Produktzentrum Gutachten

Amtsärztliche Gutachten

Die folgende Tabelle listet nur die häufigsten Untersuchungsanlässe unter den insgesamt 1.404 Gutachten und Stellungnahmen auf:

Gutachtenanlass	2005	2006	2007	2008	2009
Drogen- und Alkoholscreening / auch mit amtsärztlicher Untersuchung	360	286	336	511	605
Beurteilung - Betreuungsverfahren	242	349	263	218	179
Amtsärztliche Untersuchung für Beihilfestelle	98	105	90	89	51
Amtsärztliche Untersuchung für Eingliederungshilfe	70	117	81	61	67
Amtsärztliche Untersuchung für Abt. Straßenverkehr	60	54	31	32	22
Amtsärztliche Untersuchung -Beamte (ohne Lehrer)- Einstellung	32	39	35	32	15
Amtsärztliche Untersuchung - Lehrer - Vorbereitungsdienst	97	87	66	91	63
Amtsärztliche Untersuchung - Lehrer - Dienst(un)fähigkeit	34	31	23	27	22

Allgemeine Soziale Dienste

Grundmaxime des ASD ist der Familienansatz.

Der ASD (Clearingstelle) vermittelt die Erziehungshilfen auf Antrag der Eltern.

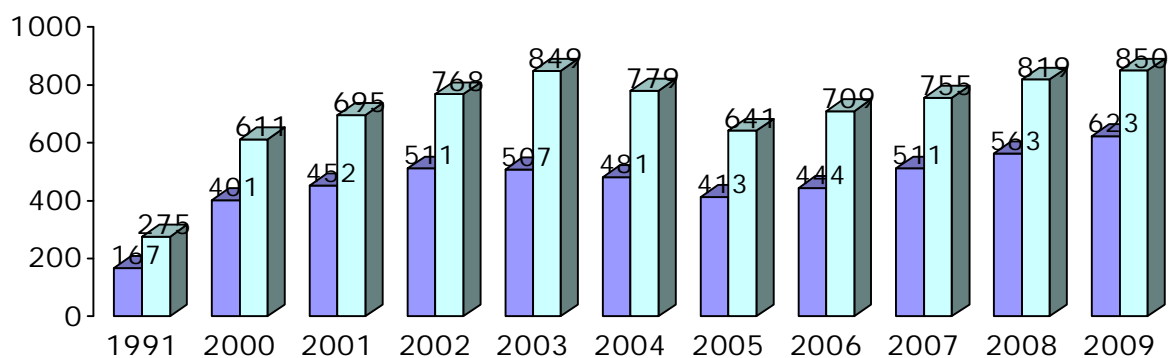
Sofern eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung im engeren sozialen Umfeld nicht gewährleistet ist, wird insbesondere die Vermittlung in eine Pflegefamilie geprüft.

Qualitätssicherung und Evaluation - Hilfeplan und Hilfeplanungsprozess:

Als Grundlage der Hilfe zur Erziehung stellen die Bezirkssozialarbeiter/innen zusammen mit den Personensorgeberechtigten und dem jungen Menschen in jedem Einzelfall einen Hilfeplan (Kontraktmanagement) auf.

Fallzahlenentwicklung bei den Hilfen zur Erziehung

Ziel: Nutzung der Ressourcen des sozialen Umfeldes sowie Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern – Hilfe zur Selbsthilfe!



2009 wurden 850 „nur“ kostenrelevante Fälle bearbeitet

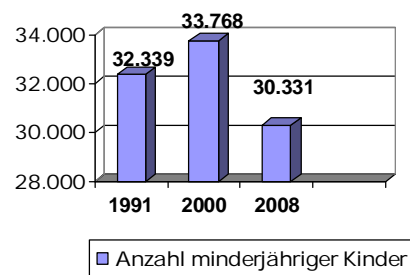
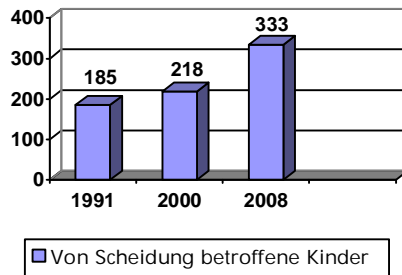
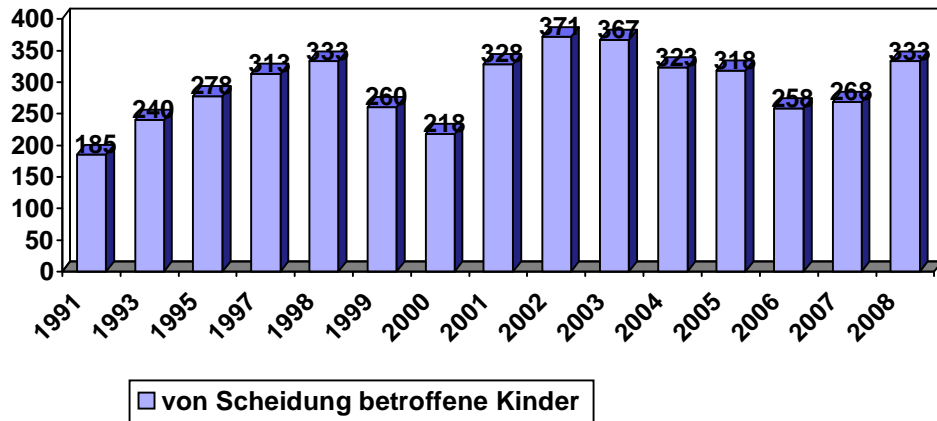
(Fälle, in denen Kindergartenbeiträge nach § 23 SGB VIII übernommen werden, sind seit 01.01.05 nicht mehr enthalten).

Diese Kinder und Jugendlichen kommen mit der belastenden Lebenssituation (Ausgrenzung, Gewalt, Überschuldung, Sucht, psychische Erkrankung, Vermüllung u.a.) nicht mehr zurecht.

Familienergänzende Betreuungsangebote wirken Ausgrenzungen entgegen.

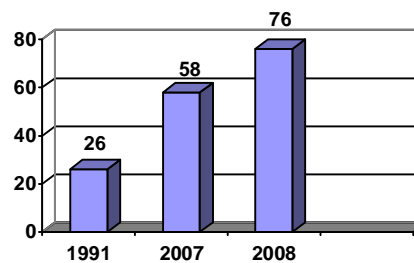
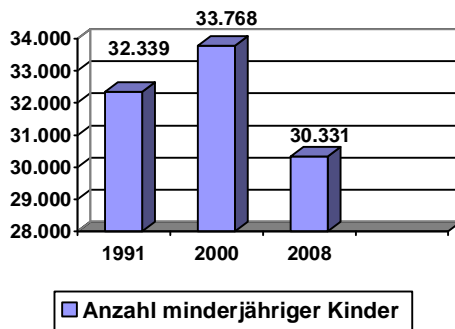
Familiengerichtshilfe

Diese Entwicklung ist in Zusammenhang mit der Bildung von Stieffamilien zu sehen; sie hat weiterhin Auswirkungen auf die Anzahl der Sorgerechts- und Umgangsregelungen.



Die Anzahl der minderjährigen Kinder (0-18 Jahre) hat sich in der Zeit von 2001 bis 2008 von 33.777 Kinder auf 30.331 Kinder reduziert. Gleichzeitig ist der Zahl der von Scheidung betroffenen Kinder im gleichen Zeitraum von 218 Kinder auf 333 Kinder gestiegen.

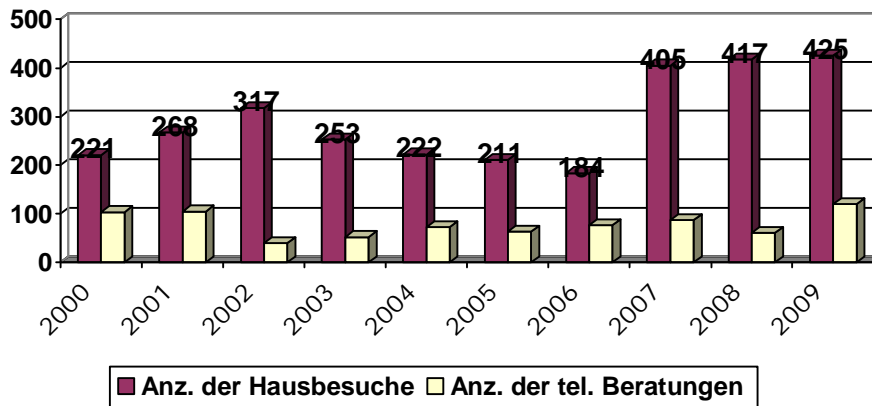
Umgangsregelungen vor den Familiengerichten Calw und Nagold



Auch die Anzahl der Kinder die von gerichtlichen Umgangsregelungen betroffen waren, hat sich, trotz sinkender Kinderzahlen, von 26 im Jahr 1991 auf 76 im Jahr 2008 erhöht. Dieses entspricht einer Steigerung um 292 %. Hierbei ist zu beachten, dass die Sachbearbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes in allen gerichtlichen Verfahren beteiligt sind.

Erweiterte Geburtennachsorge

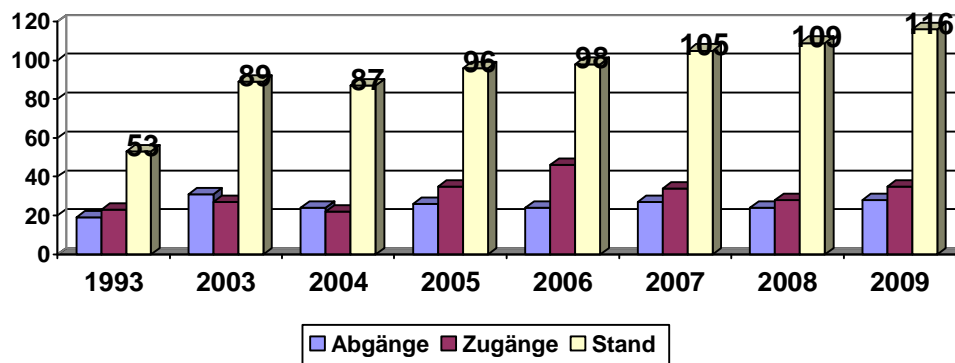
Durch die Erweiterte Geburtennachsorge kann Krisen vorgebeugt werden. Darüber hinaus gelingt es, Behinderungen und lebensbedrohliche Gefährdungen der Kinder zu erkennen und in Kooperation mit der Kinderklinik, dem Kinderarzt und den Sozialen Diensten frühzeitig abzuwenden bzw. zu behandeln.



Pflegekinderdienst

Der Pflegekinderdienst (zwei 50%-Stellen) ist zuständig für die Anwerbung, Auswahl und Qualifizierung von Pflegestellen. Die Vermittlung von Kindern und Jugendlichen in eine für sie geeignete Pflegefamilie erfolgt in Kooperation mit der Fachberatung für Pflegefamilien und den Bezirkssozialarbeitern/innen des Allgemeinen Sozialen Dienstes.

Anzahl der Pflegekinder:



Schwerpunkte 2008:

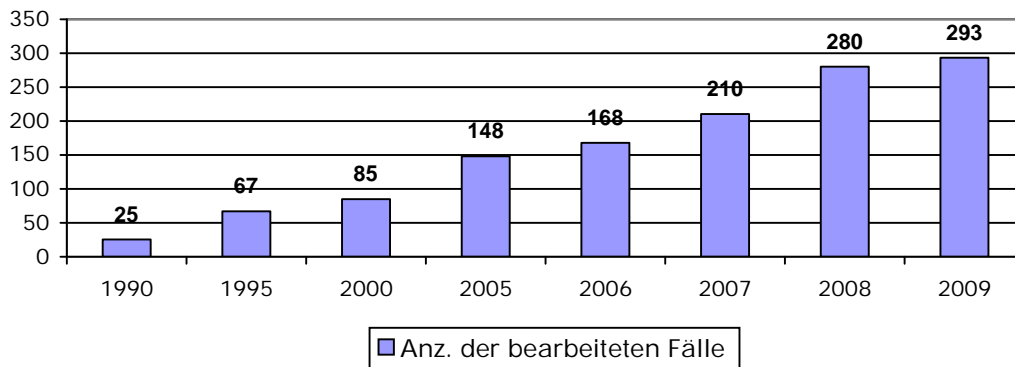
- Öffentlichkeitsarbeit zur Gewinnung neuer Pflegefamilien
- Planung und Durchführung eines Einführungsseminars für Pflegeelternbewerber
- Qualifizierung der Pflegeeltern durch Supervision und Fortbildungsangebote
- Weiterentwicklung der Konzeption im Bereich Pflegekinderwesen, insbesondere bei der Unterbringung älterer Kinder und Jugendlicher in Pflegefamilien.

Koordinationsstelle Sozialpädagogische Familienhilfe für Honorarkräfte

Die Koordinationsstelle ist insbesondere zuständig für

- die Anwerbung von geeigneten Honorarkräften,
- die Einsatzplanung, Einsatzbegleitung und fachliche Beratung sowie
- die konzeptionelle Weiterentwicklung und Differenzierung des Hilfeangebotes.

Anzahl der in 2008 bearbeiteten Fälle (einschließlich der Zu- und Abgänge):



Insgesamt wurden durch die Sozialpädagogische Familienhilfe 453 (2007: 382) im Haushalt der Eltern lebende Kinder betreut.

Außerschulische Hausaufgabenbetreuung (Außerunterrichtliche)

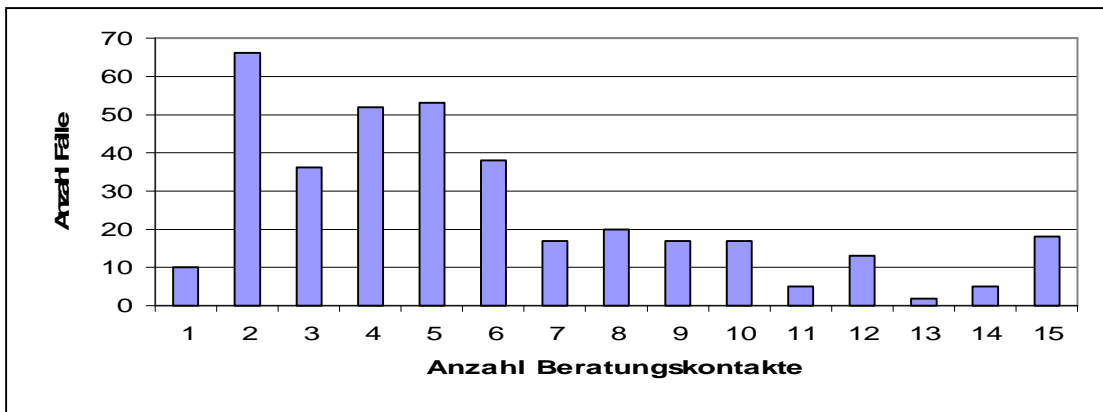
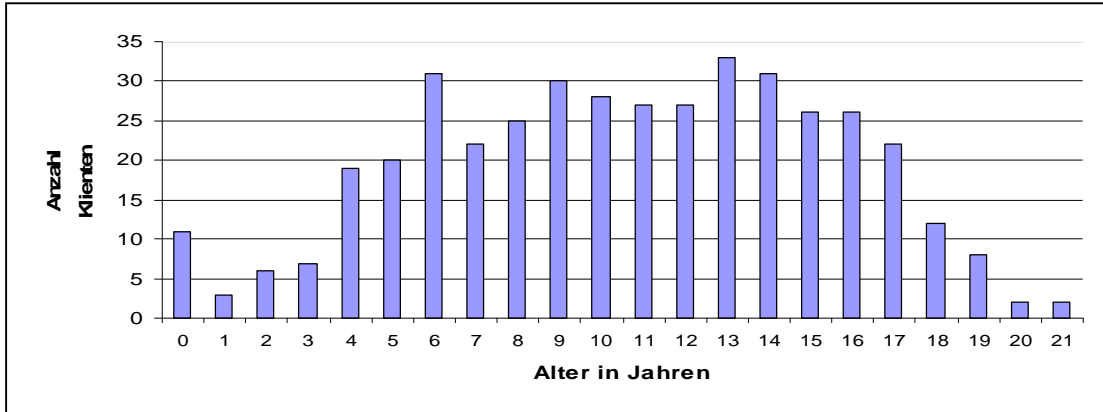
Am 8.03.2008 beschloss der Jungdhilfeausschuss die „Förderrichtlinien des Landkreises Calw für außerschulische Hausaufgaben-, Lern- und Sprachhilfen an Grund- und Förderschulen (1. bis 4. Klasse) des Landkreises Calw“.

Die Koordinatorin des Landkreises Calw unterstützt durch regelmäßige Treffen und Fortbildungen die Hausaufgabenbetreuerinnen und -betreuer.

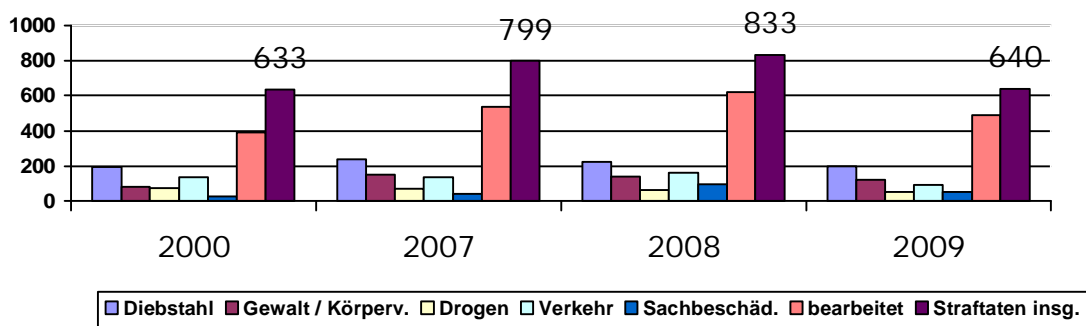
Im Jahr 2009 waren 37 Betreuerinnen und -betreuer an 22 Schulen und einem außerschulischen Ort eingesetzt. Sie förderten in 38 Wochen insgesamt ca. 230 Kinder in 34 Gruppen (Gruppe bis zu 8 Kinder) durchschnittlich 2 mal 2 Stunden je Woche.

Jugendgerichtshilfe

Die Jugendgerichtshilfe wurde im Jahr 2009 über 640 (Vorjahr: 833) Jugendstrafverfahren informiert. In 489 (Vorjahr: 621) Verfahren wirkte die Jugendgerichtshilfe aktiv mit.



Delikte in der Jugendgerichtshilfe



Die Fallzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Nach wie vor wurden die meisten Straftaten durch Diebstähle begangen. Körperverletzung und Verkehrsstraftaten folgen. Bei Drogendelikten ist auch diesmal eine leichte Abnahme zu verzeichnen.

Jugendliche		Heranwachsende	
2007	61 %	2007	39 %
2008	58 %	2008	42 %
2009	64 %	2009	36 %

39 Fälle wurden zur Durchführung eines Täter-Opfer-Ausgleichs an das Projekt Handschlag verwiesen. 8 Jugendliche haben an einem Sozialen Trainingskurs teilgenommen.

2009 fand wieder ein Anti-Gewalt-Training statt. Es nahmen 6 mehrfach auffällige Jugendliche daran teil.

Auch im Jahre 2009 hat die Jugendgerichtshilfe sich bei Präventionsveranstaltungen von Schulen und in Arbeitskreisen gegen Sucht und Gewalt in Calw, Nagold und Bad Wildbad eingebracht. Im Rahmen von Auflagen mussten jugendliche Straftäter insgesamt 8244 (Vorjahr: 8794) gemeinnützige Arbeitsstunden ableisten.

Fachdienst Erziehungspartnerschaft

Seit März 2009 arbeiten 3 Psychologen und eine Psychologin auf 3,5 Stellen. Gemeinsam mit den Sozialen Diensten bildet die Erziehungspartnerschaft die Multiprofessionalität-Interdisziplinarität- der Regionalteams.

Gesamtzahl der bearbeiteten Fälle: 416.

Plätze in Kindertageseinrichtungen – Bestandserhebung -

Bei der Bestandserhebung sind die Betreuungsplätze zu berücksichtigen, die verbindlich zur Verfügung stehen. Ein Betreuungsplatz kann dabei auch durch Kombination verschiedener Angebotsformen abgedeckt werden.

Betreuung für Kinder von 0 – 3 Jahren:

Gesamt-kinderzahl	Stichtag	RG	VÖ	GT	Krippe	Spielgruppe	Tagespflege
4354	01.01.2005	14	22	2	60	37	39
4390	01.01.2006	15	32	0	51	59	32
4186	01.01.2007	17	59	1	122	70	30
4115	01.01.2008	30	121	3	179	62	25
3847	01.01.2009	37	138	3	247	59	31
3843	01.01.2010	37	119	5	301	77	53

Das Angebot an Krippenplätzen wurde im vergangenen Jahr nochmals erweitert!

Betreuung für Kinder von 3 – 6 Jahren:

Gesamt-kinderzahl	Stichtag	RG	VÖ	GT	Tagespflege
5810	01.01.2005	3212	3312	96	keine Daten
5918	01.01.2006	3092	3146	98	23
4983	01.01.2007	2555	3545	114	23
4728	01.01.2008	2565	3107	162	29
4387	01.01.2009	2362	2885	262	29
4311	01.01.2010	2270	2949	301	55

Betreuung für Kinder von 6 – 14 Jahren:

Gesamt-kinderzahl	Stichtag	RG	VÖ	VerlGS/Kern	Hort	GTSchule	erg.schul. Angebote
12259	01.01.05	5	12	603	66	459	35
12653	01.01.06	5	21	541	114	650	424
14585	01.01.07	6	25	614	114	720	710
14539	01.01.08	11	35	842	109	811	722
14221	01.01.09	7	29	880	130	910	887
14355	01.01.10	4	30	964	134	1267	1329

Weitere Angebote sind in konkreter Planung und werden 2010 umgesetzt.
Durch Betreuungsangebote können bei einigen Kindern erhebliche Fehlentwicklungen verhindert werden.

Plätze in Kindertagespflege - Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes
Der Fachdienst Kindertagespflege des Landratsamtes Calw ist seit Juli 2009 für die Vermittlung der Kinder an geeignete Tagespflegepersonen, für die fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung der Tagespflegepersonen zuständig. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und in enger Kooperation mit den Kommunen wird der Fachdienst Kindertagespflege neue Tagesmütter akquirieren, um die Betreuungssituation auch für Kinder unter drei Jahren in den Gemeinden zu verbessern.

Gesamt Stand:	TM mit PE (aktiv)	TM ohne PE (aktiv)	Personen im Antragsverfahren zu einer PE	TP-Kinder gesamt	Kinder unter 3 Jahre	Kinder über 3 Jahren
01.01.10	62	21	24	102	47	55
01.03.10	67	23	28	95	49	46

Untere Eingliederungs- und Aufnahmebehörde / Migrationsdienst

Die Belegungszahlen in den Gemeinschaftsunterkünften Bad Wildbad und Calw-Wimberg stiegen im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlich an, so dass bei beiden Gemeinschaftsunterkünften die Kapazitätsgrenzen erreicht sind.

Die Fluktuation - die Anzahl der Zuzüge und der Auszüge in den Unterkünften - erhöhte sich in 2009 durch Veränderungen im Bleiberecht stark.

Neben den Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen und Aussiedlern wurden erneut minderjährige unbegleitete Flüchtlinge durch die Landesaufnahmestelle Karlsruhe zugewiesen. Hierdurch war eine jugendgerechte Unterbringung mit der Gewährung von Jugendhilfe für den genannten Personenkreis zu leisten.

Belegung der Gemeinschaftsunterkünfte in Calw und Bad Wildbad

Jahr	Personen
31.12.07	135
31.12.08	131
31.12.09	150

Außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte waren im 4. Quartal 94 Flüchtlinge kommunal untergebracht.

Die Betreuungsbehörde besteht seit 1992

(früher: Vormundschaft für Volljährige sowie Gebrechlichkeitspflegschaft).

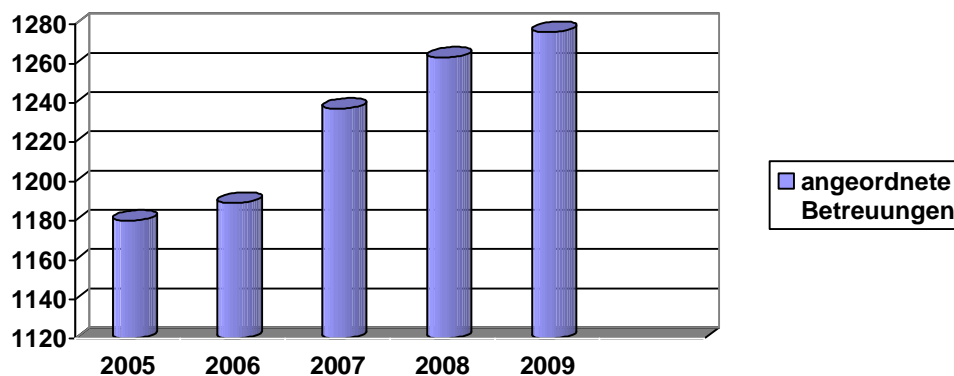
Eine Betreuung kommt für Volljährige in Betracht, sofern diese aufgrund einer psychischen Erkrankung oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht mehr regeln können.

Die Betreuungsbehörde des Landratsamtes Calw ist an allen Betreuungsverfahren beteiligt, die bei den Betreuungsgerichten (15 Notariate) anhängig sind.

Aufgaben der Betreuungsbehörde sind im Wesentlichen:

- Information, Beratung und Unterstützung von Betreuern und Bevollmächtigten,
- Unterstützung der Betreuungsgerichte durch Sachverhaltsermittlungen,
- Vorschlag eines geeigneten und übernahmebereiten Betreuers und Gewinnung von Berufsbetreuern.

Im Landkreis Calw angeordnete Betreuungen (lt. Betreuungsgerichte)



Die Zahl der angeordneten Betreuungen steigt -wie im gesamten Bundesgebiet- auch im Landkreis Calw kontinuierlich an. In Baden-Württemberg stehen bereits über 100.000 Personen unter Betreuung, bundesweit sind es knapp 1, 25 Millionen Menschen.

Kreisjugendreferat/Kreisjugendring

Großen Anklang im Jahr 2008 fand die erstmals herausgegebene Broschüre „Finanzierungsmöglichkeiten in der Jugendarbeit“. Die erste Auflage von 1000 Stück ist fast vergriffen, andere Landkreise nehmen sich diese als Vorbild und wollen Ähnliches herausgeben.

Im Bereich Offene Jugendarbeit wurden wieder einige Jugendtreffs aufgebaut, so in Bad Teinach, Gechingen und Hornberg.

Im Bereich verbandliche Jugendarbeit wurden Schulungen zu den Themen Aufsichtspflicht und Haftung sowie eine komplette JuLeiCa-Schulung für 15 Jugendgruppenleiter durchgeführt.

Im Bereich Jugendschutz konnte in Zusammenarbeit mit der Polizei in Nagold eine Vereinbarung mit den Festveranstaltern im Oberen Nagoldtal ausgehandelt werden, die zu einem friedfertigen Ablauf der Feste beigetragen hat. In dieser Vereinbarung haben sich die Festveranstalter zur strikten Einhaltung des Jugendschutzgesetzes verpflichtet.

Weiterhin durchgeführt wird das Projekt „Kinder und ihr verantwortungsvoller Umgang mit Geld“, das von der Landesstiftung Baden-Württemberg (Unterabteilung Kinderlandstiftung) finanziert und vom Kreisjugendring durchgeführt wird. Hier zeigen sich schon deutliche Erfolge, in dem Sinne, dass die beteiligten Kinder wesentlich aufmerksamer auf Preise einzelner Waren schauen.

Das Projekt „individuelle Lernbegleitung benachteiligter Jugendlicher beim Übergang Schule/Beruf“ konnte im Jahr 2008 sehr erfolgreich ausgebaut werden. Es sind derzeit 46 ehrenamtliche Paten im Einsatz, die an 11 Schulen 47 Jugendliche beim Übergang Schule/Beruf betreuen. Neu hinzugekommen sind das Bildungszentrum Wildberg und die Schlehengäuschule in Gechingen.

„Wer neue Wege gehen will, muss alte Pfade verlassen“.

(Manfred Grau)

Zum 01.01.2009 wurde die Schulaufsicht wieder Sonderbehörde und wird seither vom Staatlichen Schulamt Pforzheim wahrgenommen. Obwohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch voraussichtlich bis zum 30.04.2010 im Landratsamt untergebracht sind, ist eine Zuständigkeit des Landratsamtes nicht mehr gegeben.

Als neue Aufgabe der Abteilung kam die Kommunale Kriminalprävention hinzu. Der seitherige Stelleninhaber ist seit 01.06.2009 je zur Hälfte mit der Leitung des Schülerwohnheimes Calw und der Kommunalen Kriminalprävention als Telearbeit betraut.

Am 20.10.2009 war der Landkreis Calw Gastgeber für die vom Landkreistag Baden-Württemberg zweimal im Jahr stattfindende Schulamtsleitertagung aller 35 Landkreise. Auf der Tagesordnung standen Themen wie: Evaluation an beruflichen Schulen, die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte Behinderter und die Folgen für die Schulentwicklung, Ausbau der Bildungsregionen, das Projekt Schulverpflegung und weitere schulspezifische Themen. Lange Zeit nahm auch die Diskussion über den Abschlussbericht des Expertenkreises Amok und die Sicherheit an Schulen ein.

Landkreis Calw als Schulträger

Der Landkreis Calw ist Schulträger der Johann-Georg-Doertenbach-Schule (Gewerbliche Schule) Calw, der Hermann-Gundert-Schule Calw (Kaufmännische/ Hauswirtschaftliche Schulen), der Gewerblichen Schule Nagold, der Kaufmännischen Schule Nagold, der Annemarie-Lindner-Schule (Hauswirtschaftliche Schule) Nagold, der Karl-Georg-Haldenwang-Schule mit Schulkindergarten in Sommenhardt, der Schule für Kranke sowie der Fachschule für Nebenerwerbslandwirte in Calw/Nagold. Daneben ist er Träger der Schülerwohnheime Calw, der beiden Schulbibliotheken Calw und Nagold und des Kreismedienzentrums Calw.

Das Jahr 2009 war in den Schulen durch erhebliche Baumaßnahmen bestimmt, die teilweise auch durch das Konjunkturpaket II ausgelöst wurden.

Herauszuheben ist hier die Durchführung und der Abschluss des 1. Bauabschnitts der Erweiterung des Kreisberufsschulzentrums Calw. Am 21.04.2008 hat der Kreistag grünes Licht für die Erweiterung des Kreisberufsschulzentrums Calw gegeben. Bei diesem 1. Bauabschnitt wurde die Verwaltung am Hauptgebäude aufgestockt und die erzielten Räume stehen nun seit Schuljahresbeginn ausschließlich der Hermann-Gundert-Schule Calw zur Verfügung. Für die Umsetzung dieses 1. Bauabschnittes wurden 2,6 Mio. Euro Baukosten veranschlagt. Das Land Baden-Württemberg hat bereits einen Zuschuss in Höhe von 804.000 Euro zugesagt; mit entsprechenden Zahlungen ist in den Jahren 2010 und 2011 zu rechnen.

Die Einweihung fand am 07.10.2009 statt; mit den neuen Räumlichkeiten ist wieder ein geordneter Schulbetrieb in der Hermann-Gundert-Schule Calw möglich.



Landrat Köblitz überreicht Schulleiter Füssinger zur Einweihung ein Bildgeschenk.

Am 21.10.2009 ging es dann mit dem Spatenstich für den 2. Bauabschnitt weiter, der zum Schuljahresbeginn 2010/2011 der Johann-Georg-Doertenbach-Schule (Gewerbliche Schule) zur Verfügung stehen wird. Für diesen zweiten Bauabschnitt wird mit einem Landeszuschuss in Höhe von 2,331 Mio. Euro gerechnet; der entsprechende Förderantrag ist bereits gestellt.

Ein weiteres Highlight war die Fertigstellung der sanitären Anlagen im Schülerwohnheim Calw. Diese seit Jahren geschobene Baumaßnahme war dringend notwendig und fand nun endlich ihren Abschluss.

Mitte September 2009 haben die Schulleitungen des Kreisberufsschulzentrums Nagold ihre Erweiterungswünsche vorgetragen, die derzeit innerhalb der Abteilungen Gebäude und EDV und Schulen und Kultur geprüft werden.

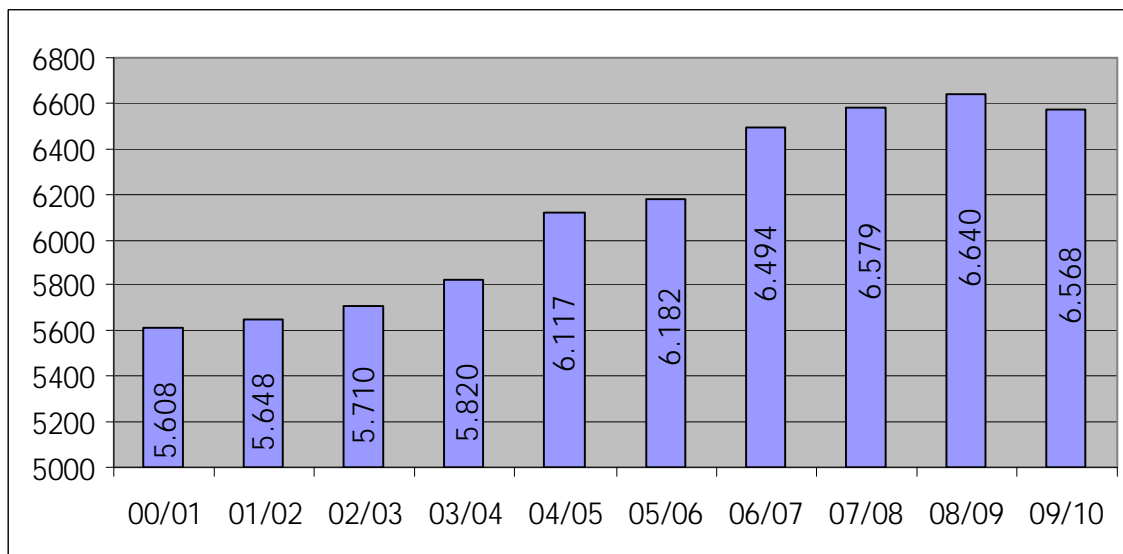
Auch im Jahr 2009 war die Weiterentwicklung der schulischen Angebote in den beiden Kreisberufsschulzentren Calw und Nagold ein wichtiges Thema. Verwaltung und Kreistag beschlossen einstimmig die Einrichtung folgender weiterer Schularten, um die Attraktivität der Schulen und die Sicherung der Schulstandorte voranzubringen:

- Einrichtung eines Biotechnologischen Gymnasiums an der Hermann-Gundert-Schule Calw
- Einrichtung eines Sozialwissenschaftlichen Gymnasiums an der Hauswirtschaftlichen Schule Nagold
- Einrichtung einer zweijährigen Berufsfachschule zum Erwerb von Zusatzqualifikationen – Fachbereich Erziehung – Schwerpunkt Vorbereitung Erzieherabschluss an der Hauswirtschaftlichen Schule Nagold
- Einrichtung eines einjährigen Berufskollegs Gesundheit und Pflege (1BK1P) an der Hauswirtschaftlichen Schule Nagold

Von der Einrichtung eines Wirtschaftsgymnasiums Nagold wurde wegen Erfolglosigkeit nun endgültig abgesehen und das Berufungsverfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim für erledigt erklärt.

Im Jahr 2009 haben sich die Gewerbliche Schule Calw sowie die Hauswirtschaftliche Schule Nagold für einen besonderen Schulnamen mit Genehmigung des Schulträgers entschlossen und zwar Johann-Georg-Doertenbach-Schule Calw (Gewerbliche Schule) und Annemarie-Lindner-Schule Nagold (Hauswirtschaftliche Schule).

Entwicklung der Schülerzahlen



Die aktuelle Schülerzahl von 6.568 (Vorjahr: 6.651) verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Schulen:

• Johann-Georg-Doertenbach-Schule Calw	2.609	(2.666)
• Hermann-Gundert-Schule Calw	1.377	(1.380)
• Gewerbliche Schule Nagold	1.251	(1.252)
• Kaufmännische Schule Nagold	776	(792)
• Annemarie-Lindner-Schule Nagold	365	(361)
• Karl-Georg-Haldenwang-Schule Sommenhardt	132	(127)
• Schulkindergarten Sommenhardt/Nagold	29	(31)
• Schule für Kranke, Hirsau	29	(31)

Beim Vergleich der Schülerzahlen der letzten zehn Jahre zeigt sich, dass die Schülerzahlen stagnieren bzw. leicht zurückgehen.

Entwicklung der Sachkostenbeiträge

Im Haushalt 2009 waren 4,29 Mio. Euro an Sachkostenbeiträgen veranschlagt (Vorjahr: 4,20 Mio. Euro).

Kultur

Der Landkreis Calw unterstützt und fördert finanziell die fünf Musikschulen, den Kreisverband der Blasmusik sowie die drei Sängergaue. Seit dem Jahr 2007 besteht das Projekt „Kooperation Schule/Verein“ mit insgesamt jährlich 50.000 Euro, von dem die Schulen sowie die Musik- und Sportvereine und nicht zuletzt die Kinder und Jugendlichen profitieren. Es ist in den vergangenen fünf Jahren, in denen der Landkreis Calw auch für die Schulaufsicht zuständig war, gelungen, musische Angebote an allen allgemeinbildenden Schulen einrichten zu lassen, sei es in Form von Bläser- und Streicherklassen, Flötenensembles oder Schulchöre.

Neben der finanziellen Unterstützung der Altensteiger Sommermusik, Kulturwerkstatt Simmersfeld, Schwarzwald Musikfestival, Music Contest Nordschwarzwald, Kulturhaus Osterfeld, Katholische Kirchenpflege Bad Liebenzell, Kultur Gut e.V. Calw sowie Kunstprojekt „Das kalte Herz“ und der Herausgabe des 27. Band des Jahrbuches sowie des Museumsführers fanden im abgelaufenen Jahr noch folgende eigene, kulturelle Veranstaltungen im Hause statt:

- „Calw auf schwäbisch“ mit Walter Schultheiß u.a. am 18.01.2009
- Konzertabend mit Felicia Terpitz-Teutrine und Ljiliana Borota am 18.02.2009
- „Orientalischer Märchenabend“ mit Annika Wittig am 04.03.2009
- Lesung „Laugenweckle zum Frühstück“ am 24.03.2009
- Ausstellung „Korrespondenzen“ mit verschiedenen Künstlerinnen und Künstlern im April/Mai
- Endausscheidung Kinderchorwettbewerb für Grundschüler am 14.05.2009
- Ausstellung „Ortszeit“ im Juni
- Ausstellung „Aufbruch“ im Juli/August
- Konzertabend im Rahmen der Altensteiger Sommermusik am 07.08.2009
- Ausstellung „René Dantes – Skulpturen und Zeichnungen“ im September/Oktober
- Konzertabend mit dem Akkordeonvirtuosen Prof. Viktor Romanko aus Russland
- Ausstellung „2. Wettbewerb Junge Bildende Künstler 2009“ im November/Dezember mit Förderpreisen



Sport

Im Bereich des Sportes standen neben der finanziellen Förderung des Sportkreises Calw mit Sportkreisjugend in Höhe von insgesamt 24.000 Euro und dem Förderprogramm „Kooperation Schule/Verein“ mit zusätzlichen 25.000 Euro den sporttreibenden Vereinen auch im Jahr 2009 die beiden Schulsporthallen bei den Kreisberufsschulzentren Calw und Nagold zur Verfügung, die regelmäßig renoviert, gewartet und mit neuen Sportgeräten ausgestattet werden. An diesen Kosten beteiligen sich die Städte Calw und Nagold anteilmäßig mit 50 bzw. 70 Prozent. Ferner beteiligte sich der Landkreis Calw an den Anschaffungskosten einer mobilen Zeiterfassungsanlage, die der Sportkreis Calw für eigene Veranstaltungen nutzt, diese aber auch bei Bedarf an alle Schulen im Landkreis Calw ausleiht.

Kreisarchiv

Zum 01.05.2009 wurde die vakante Stelle des Kreisarchivars wieder besetzt und das Kreisarchiv zum 01.08.2009 mit einer Verwaltungskraft in Teilzeit verstärkt. Zahlreiche Aktenaussonderungen und Aktenbewertungen von Registraturgut standen auch im Jahr 2009 im Vordergrund. Das so ermittelte Archivgut wurde in das Kreisarchiv übernommen, nach archivfachlichen Gesichtspunkten aufgearbeitet und für die Nachwelt gesichert.



Neben dem Ausbau der Sammlungen stand die Beratung von Privatpersonen, Gemeinden und Einrichtungen des Kreises in Fragen der Schriftgutverwaltung bzw. des Archivwesens sowie in historischen Fragen im Mittelpunkt. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit organisierte das Kreisarchiv u.a. den jährlichen Tag des offenen Denkmals mit einer geführten Rundfahrt durch den Landkreis und beteiligte sich mit einem Beitrag im Jahrbuch Band 27. Ferner wird auch weiterhin ein enger Kontakt zum Kreisgeschichtsverein sowohl durch den Kreisarchivar als auch die Abteilungsleitung gepflegt.

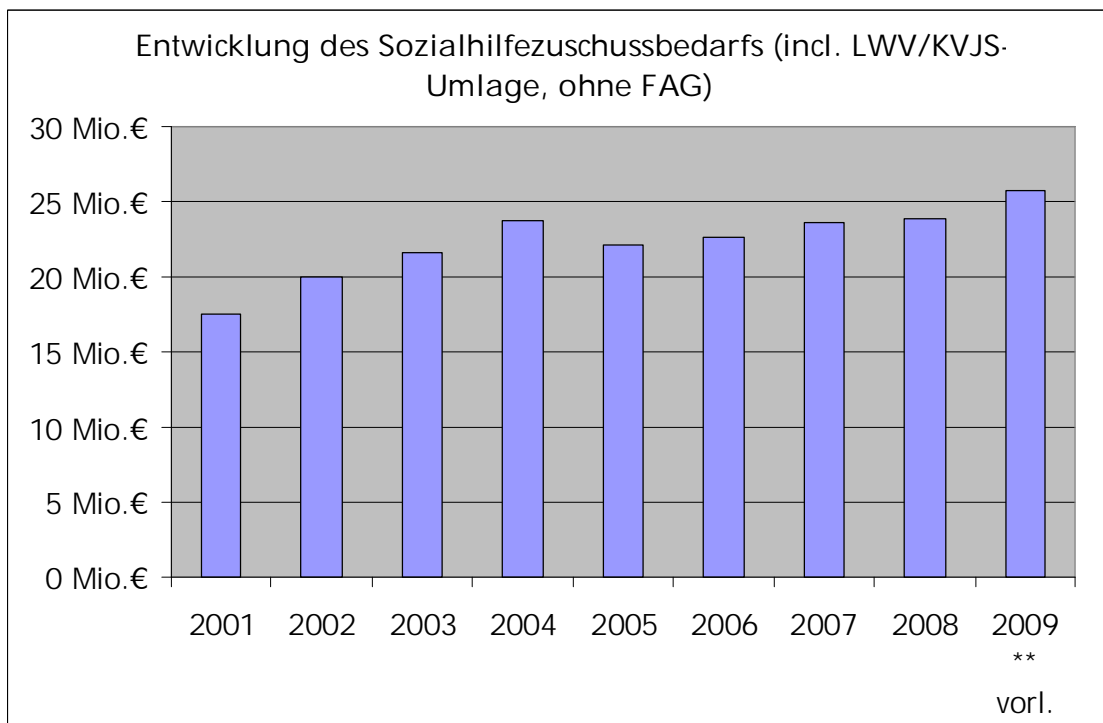
Der Besuch bei der Rußhütte in Enzklösterle stand im Rahmen des Tags des offenen Denkmals auf dem Programm.

„Vergangenheit ist Geschichte, Zukunft ist Geheimnis, aber jeder Augenblick ist ein Geschenk.“

Sozialhilfe nach dem SGB XII

Die Leistungen der Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch - Zwölftes Buch umfassen die Hilfen zum Lebensunterhalt (Drittes Kapitel), die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Viertes Kapitel), die Hilfen zur Gesundheit (Fünftes Kapitel), die Eingliederungshilfen für behinderte Menschen (Sechstes Kapitel), die Hilfen zur Pflege (Siebtes Kapitel), die Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Achtes Kapitel) und die Hilfen in anderen Lebenslagen (Neuntes Kapitel).

Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ging mit der Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände 2005 in die Aufgaben- und Finanzverantwortung der Kreisverwaltung über. Neben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mit einem Anteil von 3,235 Mio. EUR stellt der Zuschussbedarf in der Eingliederungshilfe mit 17,501 Mio. EUR in 2009 den größten Einzelposten dar. In den Jahren 2005 - 2007 konnte der bisher ungebremsste Ausgabenanstieg in der Sozialhilfe deutlich und nachhaltig reduziert werden. Die demografisch bedingt stetig steigenden Fallzahlen (jährlich 3,6 %) und die deutliche Erhöhung der Leistungsentgelte in den ambulanten und stationären Einrichtungen führen neben der allgemeinen Kostenentwicklung zu erneut weiter steigenden Leistungsausgaben. Ohne weitere Initiativen und Maßnahmen des Gesetzgebers sind Entwicklungen auf örtlicher Ebene mittelfristig im Wesentlichen nicht zu beeinflussen.



Neben der deutlichen Kostensenkung und Dämpfung des Kostenanstiegs konnte vor Ort durch den direkten Kontakt mit allen Beteiligten die Chance für eine kontinuierliche Weiterentwicklung von tragfähigen und passgenauen Leistungsstrukturen genutzt werden. Ziel aller Bemühungen ist weiterhin ein möglichst optimaler und effizienter Einsatz der vorhandenen Ressourcen und eine nachhaltige Sicherstellung des notwendigen Bedarfs im Einzelfall. In enger Abstimmung mit den Leistungsberechtigten, den Wohlfahrtsverbänden, den Leistungserbringern und den regionalen sozialen Netzwerken zählt hierzu eine gezielte Weiterentwicklung der Leistungsangebote und die Schaffung wohnortnaher und differenzierter Unterstützungsformen – auch in Form des persönlichen Budgets.

Auf der Grundlage von „Eckpunkten der Hilfen für Menschen mit Behinderungen“, der Gründung eines „Gemeindepsychiatrischen Verbundes für den Landkreis Calw“ sowie des „Suchthilfenetzwerkes“ konnte die soziale Infrastruktur des Kreises in Abstimmung mit allen Beteiligten in positiver Weise weiterentwickelt werden. Beim „Budget für Arbeit“ zur Förderung des Übergangs wesentlich behinderter Menschen in regionale Arbeitsplätze hat der Landkreis ebenso wie bei der Vorsorge für bedarfsgerechte Strukturen älterer behinderter Menschen eine landesweite Vorreiterrolle bei den Überlegungen für eine zukunftsweisende soziale Infrastruktur inne.

Interdisziplinäre Frühförderstelle

Die interdisziplinäre Frühförderstelle des Landkreises Calw bietet Eltern und ihren behinderten oder von Behinderung bedrohten Kindern Leistungen der Frühförderung vom Säuglingsalter bis zum Eintritt in die Schule. Sie ist für alle Entwicklungsauffälligkeiten und Behinderungen offen. Die Förderung und Therapie erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten sowie anderen Diensten und Einrichtungen. Ziel ist es, direkte oder indirekte Auswirkungen einer vorliegenden Schädigung oder Behinderung auf die Entwicklung des Kindes zu verhindern, zu mildern oder auszugleichen.

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Fallzahlen	199	226	226	256	294	284	277	293	345	314

Ein wichtiges Ziel der Frühförderstelle ist es, die Integration behinderter Kinder und ihre Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu unterstützen. Dabei arbeitet sie eng mit anderen Stellen im landkreisweiten „Netzwerk Frühförderung“, der Jugendhilfe und dem Öffentlichen Gesundheitsdienst sowie den örtlichen Kindergärten zusammen.

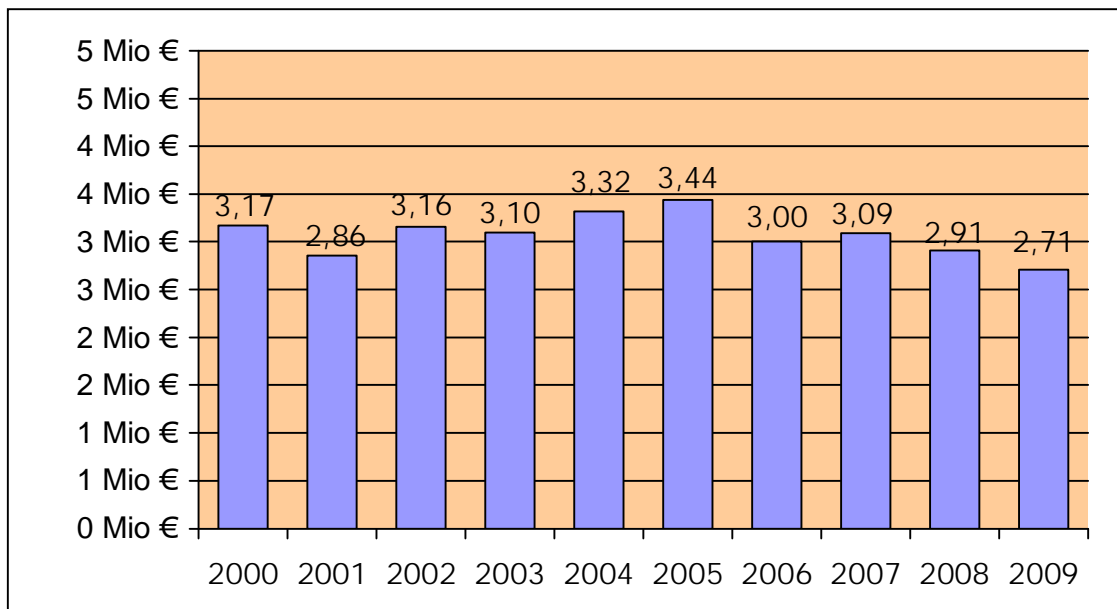
Die beiden lokalen Arbeitskreise Frühförderung in Nagold und in Calw, vierteljährlich organisiert und moderiert von der Frühförderstelle, werden von vielen Institutionen und Therapeuten im Landkreis Calw als wichtiges Forum für Weiterbildung und Informationsaustausch wahrgenommen.

Seit April 2008 ist die Koordination integrativer Maßnahmen in Regelkindergärten an die Frühförderstelle angegliedert. Die Fallzahlen haben sich innerhalb eines Jahres um 40 % erhöht und lassen – auch aufgrund der UN-Konvention – eine steigende Tendenz zur Integration und in eine wohnortnahe Grundschule erwarten.

Jahr	2007	2008	2009
Integrative Maßnahmen im Regelkindergarten	41	48	67

Hilfen zur Pflege für über 65-jährige

Bei der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen haben sich nach Inkrafttreten des Pflegeversicherungsgesetzes im Jahr 1997 die Aufwendungen im Rahmen der Hilfe zur Pflege nahezu halbiert. Allgemeine Erhöhungen der Pflegesätze und neue Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen zur Verbesserung der Ausstattung mit Fachpersonal führten in den Jahren 2004 und 2005 wieder zu steigenden Ausgaben. Mit dem Ausbau der ambulanten Pflege- und Betreuungsangebote und einer Anpassung der Leistungen durch das Pflegeweiterentwicklungsgesetz wurden diese Leistungen wieder verstärkt in Anspruch genommen. Die durch ein großes und vielfältiges Angebot an stationären Pflegeplätzen bestehende „Markt- und Wettbewerbssituation“ bei geringerer Nachfrage und freien Pflegeplätzen in den Einrichtungen ermöglicht Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen Preis- und Leistungsvergleiche und bremst die derzeit noch die Kostenentwicklung. Entgegen dem allgemeinen landesweiten Trend konnten 2009 die Ausgaben in diesem Aufgabengebiet weiter gesenkt werden. Insgesamt betragen die Leistungsausgaben für die Hilfe zur Pflege in stationären Pflegeeinrichtungen (über 65-Jahre) im Berichtsjahr 2,71 Mio. EUR und erreichten damit den niedrigsten Stand seit 10 Jahren. Vorrangige Ansprüche werden konsequent realisiert und eingefordert.



Altenhilfefachberatung und Pflegeheimförderung

Eine aktuelle Fortschreibung der stationären Pflegeplätze im Landkreis Calw (Stand 12/2009) ergibt einen Bestand von 1.604 Pflegeheimplätzen, davon 83 Tages- und Kurzzeitpflegeplätze. Durchschnittlich werden die Altenpflegeeinrichtungen im Landkreis zu 69 % von Kreiseinwohnern belegt, 21 % stammen aus den benachbarten Kreisen und 10% weiter entfernt liegenden Landkreisen innerhalb des Bundesgebietes. Sowohl nach der aktuellen als auch im Rahmen einer Hochrechnung der demographischen Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2015 liegen die Pflegeplatzkapazitäten heute schon um 43 % über der vom Sozialministerium Baden-Württemberg aktuell ermittelten unteren Bedarfsvariante von 1120 Pflegeheimplätzen. In der obersten Bedarfsvariante werden bis zum Jahr 2015 insgesamt 1250 Pflegeheimplätze benötigt. Bei der Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung lassen sich jedoch die Wanderungsbewegungen, die sich bei kleinräumiger Betrachtung relativ stark auswirken können, nicht vorhersagen.

Im Landkreis Calw stehen in vielen Städten und Gemeinden insgesamt rund 800 Plätze für das Betreute Seniorenwohnen zur Verfügung. Weitere Projekte befinden sich in der Planungs- bzw. Realisierungsphase. Die Empfehlungen des Sozialministeriums BW sehen bis zum Jahr 2015 einen Bedarf 620 betreuten Seniorenwohnungen (2-3 % der über 65-jährigen Personen) vor.

Der Landkreis bietet seinen Bürgerinnen und Bürgern eine qualitativ und quantitativ hervorragende, leistungsfähige und wohnortnahe pflegerische Infrastruktur. Mit den weiteren bis zum Jahr 2010 geplanten und geförderten Sanierungsmaßnahmen in mehreren traditionellen Pflegeeinrichtungen ist der Landkreis auf die mittelfristigen Herausforderungen der demographischen Entwicklung bestens vorbereitet. Auch der besondere Bedarf jüngerer pflegebedürftiger Menschen und älterer Menschen mit Behinderungen wurde bei der konzeptionellen Weiterentwicklung der Einrichtungen berücksichtigt.

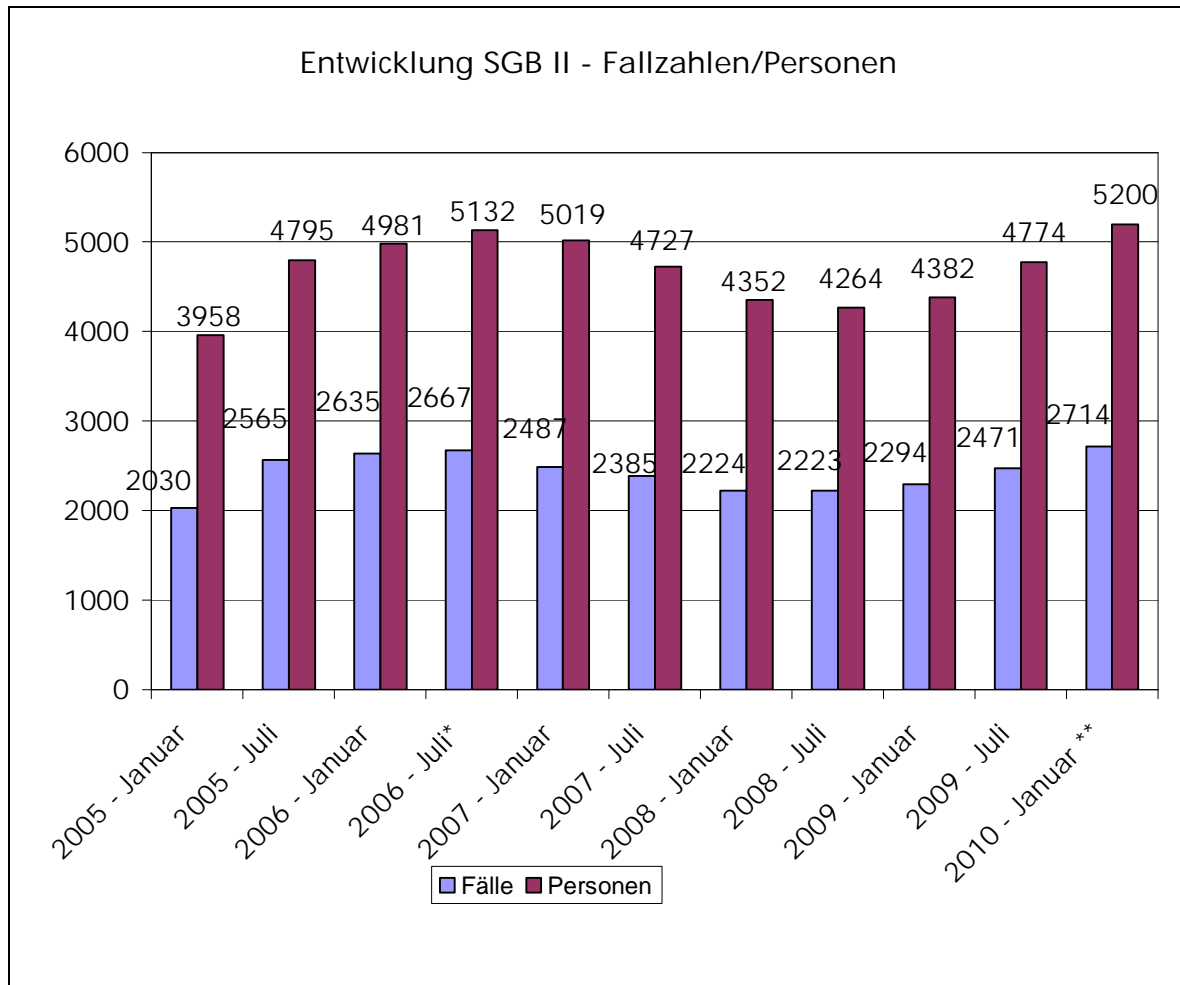
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)

Mit der Einführung des Sozialgesetzbuches, Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende am 01.01.2005 wurde die Sozialhilfe für erwerbsfähige Arbeitsuchende und die Arbeitslosenhilfe zusammengeführt. Träger der dort geregelten Leistungen sind die Bundesagentur für Arbeit und die Stadt- und Landkreise. Die Kreisverwaltung hat davon abgesehen, die Aufgabe in eigene Bearbeitungszuständigkeit zu übernehmen oder eine Arbeitsgemeinschaft mit der örtlich zuständigen Arbeitsagentur zu bilden. Den Kreisen obliegt die originäre Aufgaben- und Finanzierungszuständigkeit für

- Leistungen zur Eingliederung (u.a. Sucht- und Schuldnerberatung)
- Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie
- Leistungen für die Erstausrüstung für Wohnung und Bekleidung sowie mehrtägige Klassenfahrten.

Eine ursprünglich vom Bund avisierte Entlastung der kommunalen Haushalte ist im Landkreis Calw bisher nicht eingetreten. Die Finanz- und Wirtschaftskrise führte in 2009 zu einem Abbruch der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt und kontinuierlich stei-

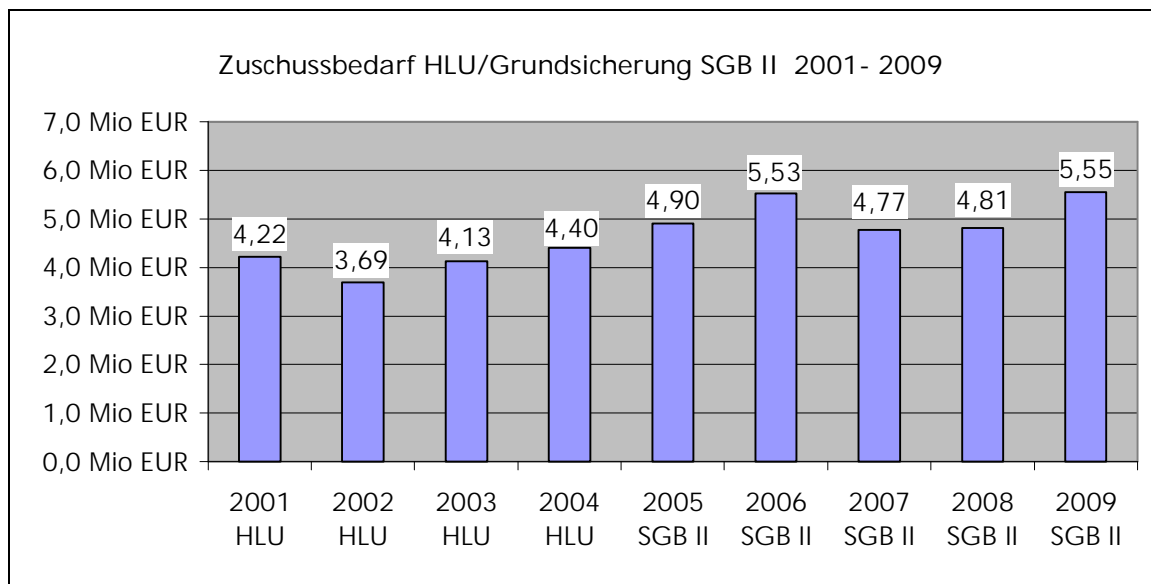
genden Fallzahlen bei den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Die rund 5000 Neu- und Fortzahlungsanträge auf Leistungen der Grundsicherung dokumentieren eine hohe Dynamik und Arbeitsintensität im gesamten Jahresverlauf. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die trotz Erzielung von Arbeitseinkommen auf ergänzende Leistungen zum Lebensunterhalt oder/und für die Kosten der Unterkunft angewiesen sind, hat sich auch im Jahr 2009 nach einem Tiefststand im Juli 2008 stetig weiter erhöht.



* Rechtsänderung zum 01.07.2006

** vorläufige Daten

Im Jahr 2009 hat sich die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten von 35,2% (2007) über 32,6% (2008) auf 29,4% verringert. Ab 2010 sind es noch 27,0%. Der Zuschussbedarf erreichte 2009 mit 5,55 Mio. EUR einen neuen Höchststand (Vorjahr 4,81 Mio. EUR).



Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Mit der Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes hat das Land im Jahr 2004 die Kostenerstattung für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften neu gefasst. Für alle in diesem Zusammenhang anfallenden Ausgaben erhält der Landkreis 6 Monate nach der Zuweisung durch das Land eine einmalige Pauschale, die weitgehend unabhängig ist von der tatsächlichen Aufenthaltsdauer und den notwendigen gesetzlichen Leistungen im Einzelfall.

Seit 2004 haben sich die Neuzuweisungen in den Landkreis kontinuierlich verringert. Die Aufnahmekapazitäten wurden systematisch an die aktuellen Anforderungen angepasst. Der Zuschussbedarf im Jahr 2009 erreichte mit 472.239 EUR einen neuen Tiefstand.

Wohngeld

Die Leistungen nach dem Wohngeldgesetz kommen sowohl Mietern als auch Eigentümern von Wohnraum (Lastenzuschuss) mit geringem Einkommen zu Gute. Nach Änderungen der gesetzlichen Grundlagen im Zusammenhang mit der Einführung des SGB II und des SGB XII hatten sich die früheren Antragszahlen deutlich reduziert, da für so genannte „Transferleistungsempfänger“ bisher ergänzende Wohngeldleistungen ausgeschlossen waren. Mit der Änderung des Wohngeldgesetzes zum 01.01.2009 und einer Ausweitung der Leistungen sind die Antragszahlen im Jahr 2009 wieder deutlich angestiegen (+ 35 %). Bisherigen Wohngeldempfängern wurde im ersten Halbjahr 2009 auch ein einmaliger, zusätzlicher Heizkostenzuschuss gewährt.

Wohngeld	2005	2006	2007	2008	2009
Leistungen in EUR	1.100.176	1.450.028	1.073.562	770.092	1.790.901

BAFÖG und Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Das Ausbildungsförderungsgesetz (Bafög) soll jungen Menschen die Möglichkeit geben, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation eine Ausbildung zu absolvieren, die ihren Fähigkeiten und Interessen entspricht. Das Bafög sieht eine individuelle Ausbildungsförderung vor, wenn dem Auszubildenden die für seinen Lebensunterhalt und seine Ausbildung erforderlichen Mittel anderweitig nicht zur Verfügung stehen.

BAFÖG	2005	2006	2007	2008	2009
Berechtigte	356	361	386	366	386
Leistungen EUR	817.387	788.562	780.116	646.878	933.760

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), auch als „Meister-Bafög“ bekannt, soll Nachwuchskräften aus Handwerk und Wirtschaft die Vorbereitung auf einen Fortbildungsabschluss erleichtern und ihnen einen beruflichen Aufstieg ermöglichen. Nach der Novellierung des AFBG, mit einer erheblichen Ausweitung des Kreises der Geförderten und des Anwendungsbereichs der Förderung durch die Einbeziehung weiterer Fortbildungen, einer deutlichen Verbesserung der Förderkonditionen für alle Teilnehmer an Aufstiegsfortbildungen sowie stärkeren Anreizen zur Existenzgründung, wurden im Jahr 2009 259 Anträge auf Leistungen nach dem AFBG bewilligt. Die Zuschuss- und Darlehensleistungen betragen insgesamt 1.143.377 EUR.

AFBG	2005	2006	2007	2008	2009
Berechtigte	172	179	215	248	259
Leistungen EUR	1.014.206	855.326	846.140	984.989	1.143.377

Das „Meister-Bafög“ unterstützt die Erweiterung und den Aufbau beruflicher Qualifizierung, stärkt damit die Fortbildungsmotivation des Fachkräftenachwuchses und bietet über den Darlehensteilerlass hinaus potentiellen Existenzgründern einen Anreiz, nach erfolgreichem Abschluss der Fortbildung den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Unterhaltssicherung für Wehrpflichtige und Zivildienstleistende nach dem UVG

Unterhaltssicherung für	2005	2006	2007	2008	2009
Wehrpflichtige + Zivildienstleistende	133	114	99	142	160
Leistungen in EUR	122.053	138.922	97.455	134.579	150.708

Impressum

Herausgeber:

Landkreis Calw
Landratsamt
Vogteistraße 42 - 46
75365 Calw

Schlussredaktion:

Abteilung Personal und Organisation

April 2010